

Salzburg hat gewählt

Mit 94.642 von 253.396 Stimmen haben die SalzburgerInnen die ÖVP zum 14. Mal seit 1949 auf Platz eins gewählt. Wilfried Haslauer wird mit 37,8 Prozent neuerlich Landeshauptmann.



Foto: ÖVP / Christian Georgescu

Freuen sich am Wahlabend über die Ergebnisse der ersten Hochrechnung: Landeshauptmann Wilfried Haslauer (Mitte) mit seiner Ehefrau Christina und Bundeskanzler und ÖVP-Bundesparteiobmann Sebastian Kurz; im Hintergrund (v.l.) Landeshauptmann-Stellvertreter Christian Stöckl, Salzburgs Bürgermeister Harry Preuner, Landesrätin Brigitta Pallauf und, verdeckt, Landesrat Sepp Schwaiger

Am 22. April hat in Salzburg die turnusmäßige Landtagswahl stattgefunden. Landeshauptmann Wilfried Haslauer (ÖVP) kann sich über einen wesentlichen Erfolg freuen: Ausgehend von 29,0 % Prozent um Jahr 2013 es ihm gelungen, mit einem Zuge-

winn von 8,8 PP mit 37,8 seine Partei massiv zu stärken und Position eins im Land klar zu bestätigen.

Wichtigstes Wahlmotiv für die ÖVP war mit großem Abstand Spitzenkandidat Wilfried Haslauer gefolgt von der bisherigen Ar-

beit und den inhaltlichen Standpunkten der Partei. In einer fiktiven Direktwahl würde Haslauer mit 46 Prozent noch vor seiner Partei liegen.

Lesen Sie ab der Seite 49 über die Ergebnisse und Wahlmotive... ➤

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute,

mit der in dieser Ausgabe beschriebenen Landtagswahl in Salzburg ist die Reihe der Wahlen für rund ein Jahr unterbrochen, nämlich bis zu der zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019. Sie können als österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger daran teilnehmen – wie, erfahren Sie auf <https://www.bmeia.gv.at/reise-aufenthalt/leben-im-ausland/wahlen/stimmabgabe/> des Außenministeriums.

In zwei Monaten, am 1. Juli, wird Österreichs EU-Vorsitz beginnen und bis Ende des Jahres die Geschicke der EU wesentlich mitgestalten. Wir werden Sie hier gerne darüber informieren!

*Liebe Grüße aus Wien
Michael Mössmer*

Der Inhalt der Ausgabe 174

Die bisher größte Auslandsreise:		Kräfteige Impulse für die Wirtschaft	62
Die Staatsspitze war in China.	3	Tourismusforum Burgenland	63
Staatsbesuch in Jordanien	14	Eisenstadt hat Vorreiterrolle in der Kinderbetreuung	64
Bundespräsident empfing Überlebende des Holocaust	15	Mattersburg: Leben und Wirtschaft im Einklang	65
Vereinigte Arabische Emirate wichtiger strategischer Partner	16	Berlakovich ist neuer LK-Präsident	66
Ehrendoktorwürde an Eric Kandel	17	Engagierte Frauen rütteln auf und verändern!	67
Botschafterkonferenz in Linz	20	Restaurierung im Haydn-Haus	68
Karin Kneissl in Moskau	24	Jahresausstellung auf Burg Forchtenstein	70
Neue Kulturinstitution in Moskau	25	-----	
EU-Erweiterung – Leicht steigende Zustimmungsraten	26	Konjunktur weiterhin stark	72
Besetzung von Leitungsfunktionen im Ausland	27	Hochkonjunktur beflügelt Nachfrage	73
Wie Gesandtenbriefe das Türken-Stereotyp prägten	28	ABB investiert 100 Mio. Euro	74
Abgestürzt, verschollen, gelyncht... Alliierte Piloten zwischen 1943	30	Weltweit modernstes Edelstahlwerk	76
Oö. Entwicklungszusammenarbeit	32	Größtes Umwelt- und Lebensmittel-labor in Wiener Neudorf	79
Wie ist es in der EU um die Gerechtigkeit bestellt?	33	1948 – Internationale Menschenrechte für die Republik	80
Teddy Kollek. Der Wiener Bürgermeister von Jerusalem.	36	Klagenfurt erzählt Geschichte	82
»Verdrängte Jahre« – ÖBB Wanderausstellung in Mauthausen	38	GROHAG: »Durchstich« geschafft!	86
Türkisch-Österreichisches Wirtschaftsforum	41	»Femme 2018« vergeben	87
BBT: 61 Meter in 24 Stunden	42	Ein Nachruf auf Paul Singer	88
Doppelmayr Cable Car baut Cable Liner in London	43	Ehrenzeichen an Hans Penz	88
Bundesländer und die Welt	44	»Gold« für Polster und Spiegel	89
Salzburg hat gewählt		Portisch Ehrenbürger von Wien	90
Ergebnis der Landtagswahl am 22. April 2018	49	Vorarlbergs Literaturpreis 2018	91
Günther Platter wurde zum Tiroler Landeshauptmann angelobt	55	Rosalia wird DAC-Gebiet	92
Peter Kaiser wurde zum Kärntner Landeshauptmann angelobt	55	»Mein Welschriesling« 2017	93
Wirtschaftsstandort stärken	56	H2FUTURE on track	94
»Burgenland Journal«		Quantenphysiker erzielen Verschränkungsrekord	96
Schicksalsjahr 1938 – NS Herrschaft im Burgenland	57	Das Hochleistungsmikroskop am Bungee-Seil	98
Sicherheitsgipfel	59	7T-Scanner liefert präzise Landkarte der Gehirnaktivität	99
Land Burgenland beteiligt sich an Joanneum Research	60	OÖ. Landesausstellung 2018	100
		Von Abrogans und Nibelungen	106
		Artstetten – Durchs Schlüsselloch: Geschichte erzählt!	108
		ÖJ-Kreuzwörterrätsel	110



Ehrendoktorwürde für Eric Kandel 17



NS-Herrschaft im Burgenland 57



Weltweit modernstes Edelstahlwerk 76



H"UTURE on track 94



OÖ. Landesausstellung 2018 100

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1: ÖVP / Christian Georgescu. S. 2: MedUni Wien / Martin Hörmandinger; Burgenländischer Landesmedienservice; voestalpine AG; H2FUTURE; Land OÖ / Sandra Schauer

Die bisher größte Auslandsreise: Die Staatsspitze war in China.

Auf Einladung des Staatspräsidenten der Volksrepublik China, Xi Jinping, hat Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit einer rund 250köpfigen Delegation der Volksrepublik China vom 6. bis 13. April 2018 einen Staatsbesuch abgestattet.



Foto: HBF / Peter Lechner

Begrüßungszeremonie für Bundespräsident Alexander Van der Bellen durch den Staatspräsidenten der Volksrepublik China Xi Jinping im Zhongnanhai, dem Regierungssitz, mit militärischen Ehren

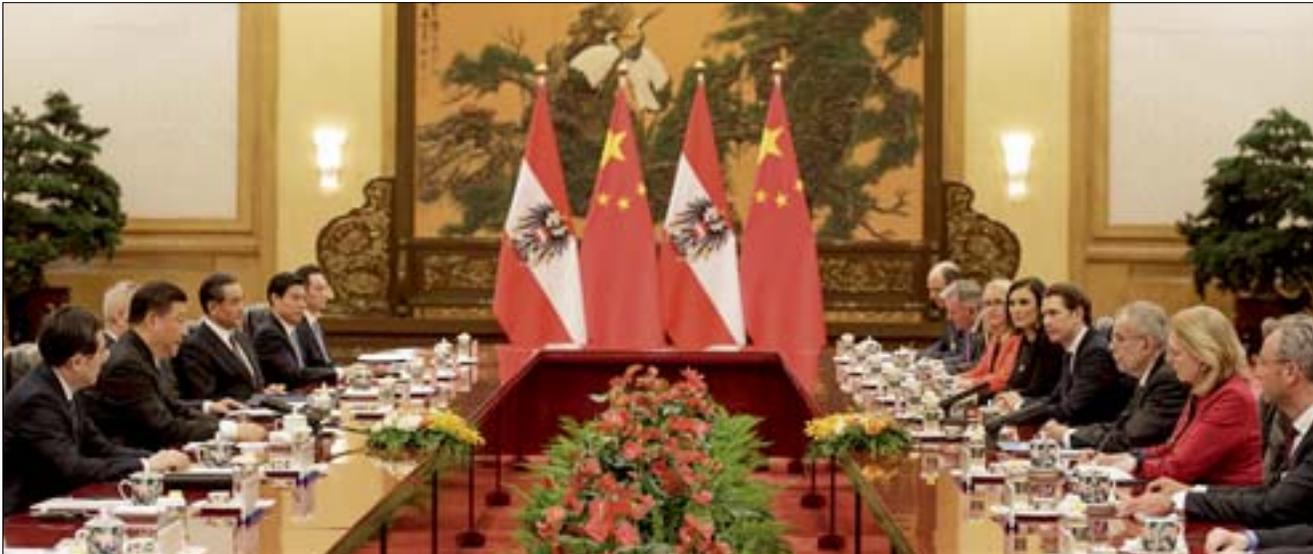
Bei keiner Auslandsreise bisher hat es eine höherrangige Begleitdelegation gegeben“, sagte Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Vorfeld der zwischen 7. und 12. April stattgefundenen Visite. Rund 170 Unternehmer, darunter WKÖ-Präsident Christoph Leitl, sowie 30 WissenschaftlerInnen und Kulturschaffende waren mitgereist. „Der Staatsbesuch soll dem weiteren Ausbau der bilateralen Beziehungen dienen, vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Umwelt“, sagte der Bundespräsident. So könne China etwa beim Umweltschutz oder Städtebau vom österreichischen Know-How profitieren. Auch China wolle saubere Seen und Flüsse. „Viel zu bieten“ hätten österreichische Unternehmen auch im Hinblick auf die Olympischen Winterspiele 2020 in Peking. Außerdem wolle Österreich im Forschungsbereich an der sehr dynamischen Entwicklung in China partizipieren. In Vorbereitung waren auch Vereinbarungen zum Kulturaustausch.



Foto: HBF / Peter Lechner

Herzliche Begrüßung von Bundespräsident Alexander Van der Bellen und seiner Frau Doris Schmidauer bei ihrer Ankunft in Peking

Foto: HBF / Peter Lechner



Arbeitsgespräch mit Staatspräsident Xi Jinping und Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Beisein der Delegationen

„Mich persönlich interessiert besonders das reiche Kulturerbe Chinas und der gewaltige wirtschaftliche Aufschwung des Landes“, sagte der Van der Bellen. Neben Präsident Xi Jinping, Ministerpräsident Li Keqiang und Parlamentspräsident Li Zhanshu waren auch Treffen mit Menschenrechtlern geplant. „Das haben wir vor“, sagte er auf eine entsprechende Frage der APA. Er wollte es diesbezüglich ähnlich halten wie jüngst in der Ukraine. Daß die kommunistische Führung in Peking verschnupft reagieren könnte, glaubte der Bundespräsident nicht. „Das sind keine Geheimtreffen. Die Schnupfengefahr ist gebannt“, scherzte er. Alexander Van der Bellen räumte ein, daß Österreich und China in Menschenrechtsfragen unterschiedliche Auffassungen haben und verwies diesbezüglich auf die Teilnahme Österreichs am EU-China-Menschenrechtsdialog.

Bundeskanzler Sebastian Kurz betonte, daß die UNO-Vetomacht China etwa beim Kampf gegen den Klimawandel oder dem Nordkorea-Konflikt ein wesentlicher internationaler Player sei. Das Land sei aber auch wirtschaftlich „eine aufstrebende Supermacht“. Mit einem Wirtschaftswachstum von heuer 6,5 Prozent zähle China zu den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften, und auch die dortige Mittelschicht wachse „extrem schnell“. China sei somit ein „Land mit einem irrsinnigen Potential“ für österreichische Unternehmen, von denen schon jetzt über 900 im Land tätig seien.

Neben gemeinsamen Interessen gebe es aber auch „heikle Themen“, räumte der Bundeskanzler ein. Es gehe nämlich darum, „die europäische und österreichische Wirtschaft vor unlauterem Wettbewerb oder auch

Überkapazitäten zu schützen“. Zum als gering kritisierten österreichischen Engagement beim chinesischen Milliarden-Infrastrukturprojekt „Neue Seidenstraße“ räumte Kurz ein, daß es „immer Luft nach oben“ gebe. Österreich sehe die chinesischen Pläne „grundsätzlich positiv“. Die schwarz-blaue Bundesregierung wolle diesbezüglich besser abgestimmt vorgehen, versprach der Bundeskanzler. So werde in China das gemeinsame Auftreten verschiedener Ministerien im Rahmen des Besuchs „sehr positiv wahrgenommen“, fügte er hinzu.

Begleitet wurde Bundespräsident Alexander Van der Bellen von Bundeskanzler Sebastian Kurz, Karin Kneissl, BM für Europa, Integration und Äußeres, Elisabeth Köstinger, BM für Nachhaltigkeit und Tourismus, Norbert Hofer, BM für Verkehr, Innovation und Technologie, und Margarete Schramböck, BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, begleitet.

Gemeinsame Erklärung

Um die Zusammenarbeit im Interesse beider Länder und beider Völker zu vertiefen, haben Österreich und China beschlossen, ihre Beziehungen auf die Ebene einer von Freundschaft getragenen Strategischen Partnerschaft anzuheben. Mit dieser Strategischen Partnerschaft anerkennen Österreich und China die Bedeutung, Vielfalt und Intensität, die den bilateralen Beziehungen heute zukommt.

1. Im Rahmen der Strategischen Partnerschaft beschließen Österreich und China, den hochrangigen Austausch sowie die Kon-

takte auf allen Ebenen zwischen beiden Ländern zu intensivieren, insbesondere in Form von regelmäßigen Konsultationen zu bilateralen, internationalen und regionalen Themen von beiderseitigem Interesse, um gemeinsame Positionen auszuarbeiten und das gegenseitige politische Vertrauen zu festigen.

2. Die Strategische Partnerschaft dient dazu, die bilateralen Beziehungen ständig weiterzuentwickeln, aufbauend auf den bereits bestehenden bilateralen Vereinbarungen und auf der Basis des gegenseitigen Respekts, der Gleichheit und des Verständnisses für die Entwicklungen des jeweils anderen Staates. In diesem Zusammenhang bekräftigt Österreich seine Anerkennung und Anwendung des Ein-China-Prinzips.

3. Österreich begrüßt und unterstützt die chinesische „Ein Gürtel eine Straße“-Initiative. Beide Seiten bekräftigen ihre Bereitschaft, sich im Rahmen dieser Initiative über konkrete Projekte auszutauschen und Projekte voranzutreiben, zur Unterstützung der Unternehmen und um daraus beiderseitigen Nutzen zu ziehen. Sie werden ebenso die Möglichkeiten für Kooperationen mit Drittländern ausloten. Als Bereiche der Zusammenarbeit bieten sich zum Beispiel Infrastruktur (Transport, Energie und Telekommunikation), Logistik, Technologie, Digitalisierung, Umwelt und Nachhaltigkeit, ländliche Entwicklung, Kultur, Tourismus sowie Finanzdienstleistungen an.

Österreich und China sind bereit, die Kooperation im Rahmen der Asiatischen Infrastruktur- und Investitionsbank weiter zu verstärken. China begrüßt die Teilnahme Öster-

Österreich, Europa und die Welt

reichs als Beobachter an der Zusammenarbeit zwischen China und den osteuropäischen Ländern (16+1).

4. Österreich und China betonen die Wichtigkeit von Kontakten auf Unternehmensebene, inklusive auf Ebene der kleineren und mittleren Unternehmen. Österreich steht chinesischen Investitionen offen gegenüber, die beiden Seiten Vorteile bringen.

5. Österreich und China begrüßen die Unterzeichnung eines bilateralen Rechtshilfeabkommens in Strafsachen. Nach Evaluierung des Rechtshilfeabkommens werden beide Seiten ein allfälliges Auslieferungsabkommen prüfen.

6. Österreich und China haben das gemeinsame Bestreben, ihre Märkte für Qualitätsprodukte gegenseitig zu öffnen, unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Sicherheits- und Qualitätskontrollen. Dies trifft zum Beispiel auf den Export von österreichischem Schweinefleisch und Früchten nach China zu. China begrüßt die Teilnahme Österreichs an der ersten Internationalen Importmesse in China im November 2018.

7. Im Hinblick auf die Ausrichtung der Olympischen Winterspiele 2022 in China bietet Österreich seine umfassende Erfahrung und Expertise an. Beide Staaten werden sich dazu in den kommenden Jahren noch stärker austauschen. Das „EU-China Tourismusjahr 2018“ soll genutzt werden, um die Zusammenarbeit im Tourismusbereich zwischen China und Österreich zu intensivieren.

8. Österreich und China schließen, in Umsetzung des bestehenden Kulturabkommens, ein neues Kulturarbeitsprogramm für den Zeitraum 2018 bis 2021 ab. Beide Seiten unterstützen die Einrichtung eines chinesischen Kulturzentrums in Wien.

9. Beide Seiten wollen ihre Innovationszusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technologie weiter verstärken und eine engere Kooperation zwischen Innovationsträgern wie Hochschulen und Forschungseinrichtungen beider Länder vorantreiben. Die Zusammenarbeit betreffend Quantenkommunikationstechnologien wird von beiden Seiten als vorbildhaft angesehen.

10. Im Sinne der Freundschaft zwischen beiden Völkern freuen sich Österreich und China auf eine weitere gute Zusammenarbeit

bei der Forschung, Aufzucht und Betreuung von Pandabären.

11. Die bestehende Zusammenarbeit in den Bereichen Umweltschutz und Bekämpfung des Klimawandels wird von beiden Seiten gewürdigt und fortgesetzt. Beide Seiten werden verstärkt bei der Bekämpfung von Umweltverschmutzung, Förderung von erneuerbaren Energien und nachhaltiger Urbanisierung zusammenarbeiten.

12. Österreich und China sind Mitglieder der Vereinten Nationen und streben danach, im Sinne der Zielsetzungen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen, dauerhaften Frieden, allgemeinen Wohlstand, nachhaltige Entwicklung und Sicherheit in der Welt zu fördern. Österreich und China werden weiterhin die Gedanken einer multipolaren Welt und eines Multilateralismus, der sich auf internationales Recht und universell anerkannte Normen stützt, fördern. Sie setzen ihre Bemühungen fort, um gemeinsam internationale Beziehungen aufzubauen, die auf gegenseitigem Respekt, Gerechtigkeit, Recht und Zusammenarbeit zum gemeinsamen Wohle begründet sind. Beide Seiten unterstreichen die Bedeutung der Förderung und des Schutzes der Menschenrechte und der Grundfreiheiten im Sinne der Charta der Vereinten Nationen.

13. Österreich und China bekennen sich zur Bekämpfung des Terrorismus in all seinen Formen und unterstützen die entsprechenden internationalen Maßnahmen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen. Auch bei der Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität, Korruption und Cyberkriminalität werden beide Seiten verstärkt kooperieren.

14. Österreich und China werden sich weiterhin für eine offene und inklusive Weltwirtschaft, für die Bekämpfung von Protektionismus und für die Aufrechterhaltung des regelbasierten und multilateralen Handelsregimes, mit fairem Wettbewerb, einsetzen. Beide Seiten stimmen darüber ein, daß Welt- und Investitionen, unter Einhaltung der von der WTO aufgestellten Regeln, erleichtert werden sollen.

15. Im Rahmen von internationalen Organisationen, wie Vereinte Nationen, WTO und IMF, werden beide Seiten verstärkt zusammenarbeiten, um gemeinsam Prosperität und Stabilität in der Welt zu gewährleisten und

voranzutreiben. Dabei kommt dem Amtssitz der Vereinten Nationen in Wien eine besondere Bedeutung zu, insbesondere in den Bereichen der Nonproliferation und der nuklearen Abrüstung sowie bei der Zusammenarbeit im Rahmen der IAEO.

16. Österreich und China werden gemeinsam zur Vertiefung der umfassenden strategischen Partnerschaft zwischen der EU und China beitragen, in deren Rahmen die Weiterentwicklung der Handelsbeziehungen, der Investitionen sowie der Konnektivität eine wichtige Rolle spielt. Während seines EU-Ratsvorsitzes in der zweiten Jahreshälfte 2018 wird Österreich sich für eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der EU und China einsetzen.

17. Beide Seiten erklären sich bereit, im Rahmen des Asien-Europa-Treffens (ASEM) ihre Koordination zu intensivieren, um gemeinsam die ergebnisorientierte Zusammenarbeit und die Konnektivität zu fördern.

18. Die positiven Beiträge der chinesischen bzw. österreichischen Bürger und Bürgerinnen im jeweils anderen Land zu wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung, zu kulturellem Austausch und zur Stärkung der Freundschaft beider Länder werden anerkannt. Beide Seiten werden sich bemühen, die Integration im jeweiligen Gastland zu fördern.

19. Als Zeichen der intensiven und erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Österreich und China wurden folgende Kooperationsvereinbarungen unterzeichnet:

1. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik China über die Rechtshilfe in Strafsachen

2. Absichtserklärung zur Seidenstraße zwischen BMVIT und Nationaler Entwicklungs- und Reformkommission der Volksrepublik China

3. Gemeinsame Absichtserklärung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der angewandten Forschung und Innovation

4. Aktionsplan für die Zeitperiode 2018-2020 zwischen BMVIT und Verkehrsministerium der Volksrepublik China

5. Memorandum of Understanding zur Vertiefung des Austauschs sowie der Zusammenarbeit im Bereich des modernen Handels

6. Kulturaustauschprogramm zwischen der Regierung der Volksrepublik China und der Regierung der Republik Österreich für die Jahre 2018-2021

Österreich, Europa und die Welt

7. Memorandum of Understanding für Zusammenarbeit im Bereich des Sports

8. Memorandum of Understanding „Intellectual Property Rights – Patents“

9. Memorandum of Understanding über Mobilität der Forschenden

10. Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit im Bereich E-Commerce

11. Gemeinsame Erklärung betreffend Ausweitung des Memorandum of Understanding „on the piloting of the Patent Prosecution Highway“.

Wirtschaftsforum

»Austria Connect China 2018«

Bundeskanzler Sebastian Kurz betonte im Rahmen des bilateralen Wirtschaftsforums „Austria Connect China 2018“ am 8. April, daß durch die Reise der Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation beider Länder entscheidend vorangetrieben werden könne. „Wir können Verträge im Ausmaß von 1,5 Milliarden Euro abschließen. China ist ein Wirtschafts-Turbo“, so Kurz, der am 9. April auch mit dem Vorsitzenden der größten Bank der Welt, ICBC-Chairman Yi Huima, zusammentraf. Dabei wurde Wien als möglicher Standort des ICBC-Hauptquartiers für Mittel- und Osteuropa angesprochen. Der Bundeskanzler sah dabei vor allem die „Stärkung des Finanzplatzes Österreich und unsere Position als Tor zu Mittel- und Osteuropa“ als starkes Signal, das dadurch ausgesandt werden würde. Derzeit seien noch die Prüfungen der österreichischen Finanzmarktaufsicht und der Europäischen Zentralbank am Laufen.

Zudem bekräftigte Kurz die Bedeutung eines fairen und freien Welthandels. Ein Han-



oben: Bundeskanzler Sebastian Kurz mit dem Vorsitzenden der größten Bank der Welt, ICBC-Chairman Yi Huima und unten beim bilateralen Wirtschaftsforum »Austria Connect China 2018«



Fotos: BKA / Dragan Tatic

v.r.: Verkehrsminister Norbert Hofer, Außenministerin Karin Kneissl, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Nachhaltigkeits- und Tourismusministerin Elisabeth Köstinger und Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck

Österreich, Europa und die Welt

delskrieg müsse vermieden werden, da Handelsbeschränkungen gerade für ein exportorientiertes Land wie Österreich negative Auswirkungen haben können. Kurz betonte zudem, daß er jede Form von Protektionismus ablehne. Auch der chinesische Markt sei protektionistisch und nicht so frei zugänglich, kritisierte er. „Da würden wir uns mehr Rechtsstaatlichkeit und Planbarkeit wünschen.“ Er erwarte sich diesbezüglich eine weitere schrittweise Öffnung seitens der chinesischen Führung. Diese erkenne bereits, daß bisherige Öffnungsprozesse für ihr Land förderlich seien.

Auch Van der Bellen, Kneissl, Schramböck, Köstinger, Hofer sowie Leitl nahmen an Gesprächspanels des Wirtschaftsforums teil.

Staatspräsident XI: »Sie haben den Frühlingswind gebracht!«

Es war ein Empfang mit allen militärischen Ehren und einer jubelnden Kinder­schar: Bundespräsident Alexander Van der Bellen und fünf Vertreter der schwarz-blauen Bundesregierung sind am 9. April in Peking mit der Staatsspitze Chinas zusammengetroffen.

„Sie haben den Frühlingswind gebracht“, sagte Präsident Xi Jinping zur Begrüßung. Alexander Van der Bellen nahm den Ball auf: „Der März in Wien war kalt, hier grünen

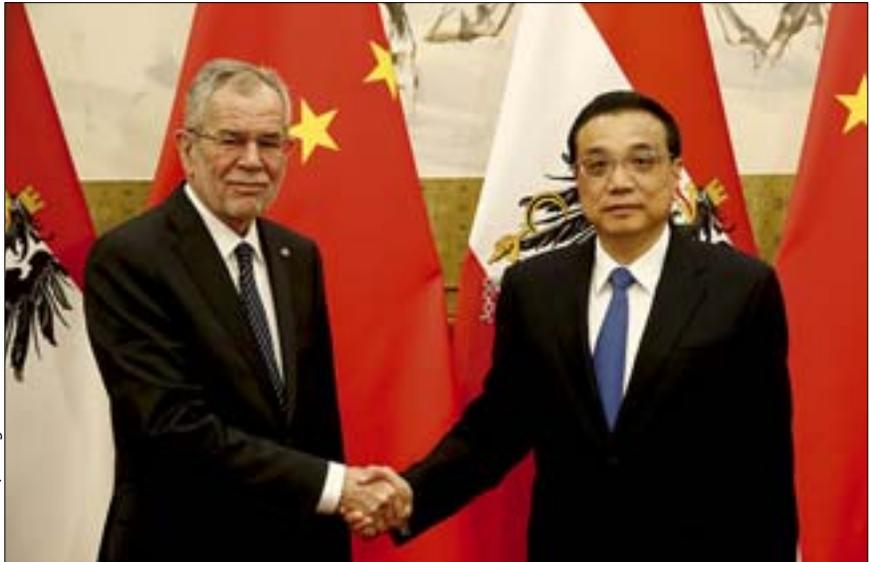


Foto: HBF / Dragan Tatic

Bundespräsident Alexander Van der Bellen nach seinem Arbeitsgespräch mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Li Keqiang

die Bäume. Wir freuen uns darüber.“ Xi nahm dies erfreut zur Kenntnis. So eine große Delegation aus Österreich habe es noch nie gegeben. „Das ist ein Zeichen – ein Zeichen, wie wichtig der Besuch ist.“

Österreich sei ein wichtiger Partner, China bereit, die Freundschaft zu vertiefen, sagte Chinas Staatspräsident. Daß die neue Bundesregierung den Ausbau der Seidenstraße in ihr Programm aufgenommen habe, sei besonders erfreulich.

Zuvor war die Delegation mit Regierungschef Li Keqiang zusammengetroffen. Generell standen bei dem Staatsbesuch Wirtschaftsfragen im Zentrum. Kritische Fragen wie Menschenrechtsthemen würden nur in persönlichen Gesprächen erörtert, hieß es bereits im Vorfeld der Treffen.

Gastgeber beim Bankett im Goldenen Saal der Großen Halle des Volkes war nach den Delegationsgesprächen Staatspräsident Xi Jinping. Von Österreich wurde dabei eher Wert darauf gelegt, die „gegenseitige Affinität im Kulturbereich“ zu betonen. Eine besondere Note brachte daher Anna Cäcilia Pfoß ins Spiel. Sie ist erst sieben Jahre alt und damit auch ein kleines Wunderkind wie der Komponist Wolfgang Amadeus Mozart. Sie spielte auf jenem aus Salzburg mitgebrachten Instrument, das schon „Wolferl“ als kleiner Bub in Händen gehalten hatte. Sie trug Werke Mozarts sowie österreichische und chinesische Volksweisen vor. Am Klavier begleitet wurde sie vom Präsidenten der Stiftung Mozarteum, Johannes Honsig-Erlenburg.

Einen Bezug zur Musik hat auch Xis Frau Peng Liyuan. Sie war früher eine bekannte Sängerin. Ihren letzten Auftritt hatte sie dem Vernehmen nach vor rund zehn Jahren an der Wiener Staatsoper. Peng erhielt daher eine Musikedition der Wiener Philharmoniker sowie eine Rose der Firma Swarovski. Der Präsident selbst wurde mit einem Teeservice von Augarten bedacht. Dazu bekam er eine Skijacke der Firma Sportalm und Alpinski (Fischer) geschenkt. Hintergrund: Peking trägt 2022 die Olympischen Winterspiele aus.

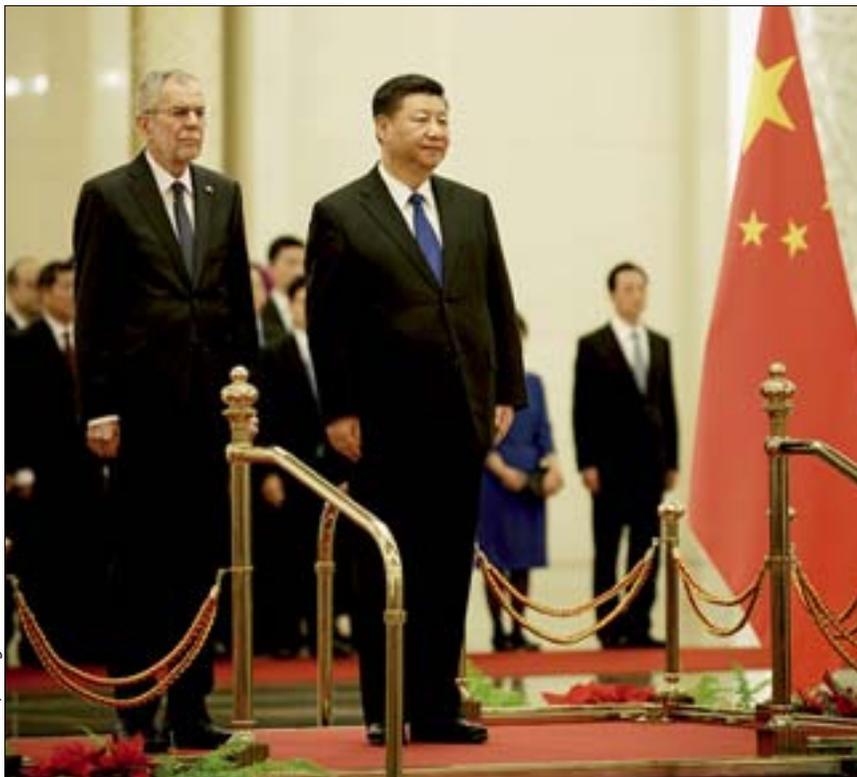


Foto: HBF / Dragan Tatic

Staatspräsident Xi Jinping: »Sie haben den Frühlingswind gebracht!«

Österreich, Europa und die Welt

Auftakt des Asien-Schwerpunkts der österreichischen Diplomatie

„Ein Zeitenwechsel ist im Gange: vom transatlantischen zum pazifischen Zeitalter. Wir müssen den veränderten geopolitischen Gegebenheiten Rechnung tragen“, erklärte Außenministerin Karin Kneissl am Beginn des Staatsbesuchs.

So sei China in den letzten Jahren nicht nur zur Wirtschaftsgrößmacht aufgestiegen, sondern habe sich auch zu einem global player entwickelt, der willens sei, auch bei Problemen, wie etwa dem Klimawandel, eine konstruktive Rolle zu spielen. „Österreich begrüßt auch die Seidenstraßeninitiative. Sie eröffnet für China und Österreich wertvolle Möglichkeiten, auf Drittmärkten zu kooperieren“, so die Außenministerin.

„Der Staatsbesuch in China ist Auftakt für den neuen Asien-Schwerpunkt der österreichischen Diplomatie“, so Kneissl. Denn das beeindruckende Wachstum der aufstrebenden Schwellenländer mache Asien gleichzeitig zum attraktiven Handelspartner und zur begehrten Herkunftsregion für den Incoming Tourismus. „Mir geht es darum, in den nächsten Jahren in Asien vermehrt Vertrauen aufzubauen und Österreich als Vermittler und Standort für Diplomatie und Wirtschaft zu positionieren.“

Kneissl nützte das Treffen mit ihrem chinesischen Amtskollegen Wang Yi auch, um die Menschenrechtslage zu erörtern. „Die Wahrung und der Respekt der Menschen- und Bürgerrechte sind unabdingbare Voraussetzung für eine stabile und nachhaltige Entwicklung und Gesellschaft“, betonte die Außenministerin. Die beiden Minister besprachen auch die aktuellen Entwicklungen in Rußland und internationale Krisenherde, wie zum Beispiel Syrien. Die chinesische



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit seiner Frau Doris Schmidauer und Staatspräsident Xi Jinping mit seiner Frau Peng Liyuan beim BOAO-Forum

Seite zeigte sich dabei auch an der Nahostexpertise der Außenministerin interessiert. Als künftigem EU-Ratsvorsitz komme Österreich eine wichtige Brückenfunktion zu. Beide Seiten betonten zudem ihr Interesse an der vollen Aufklärung des Falles Skripal.

»Sogenannte Handelskriege sind das letzte, was wir brauchen!«

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Chinas Staatspräsident Xi Jinping nahmen am 10. April am BOAO-Forum auf der chinesischen Tropeninsel Hainan teil, welches nach dem Vorbild des World Economic Forum Davos 2001 von 26 asiatischen und pazifischen Staaten gegründet wurde und die wirtschaftliche Integration asiatischer Länder fördern soll.

„Sogenannte Handelskriege sind das letzte, was wir brauchen!“ – der Bundespräsi-

dent hat bei seiner Rede eine Lanze für wirtschaftliche „Offenheit und Innovation“ gebrochen. Das korrelierte mit der Ankündigung von Chinas Präsidenten, China weiter zu öffnen.

Diese Begriffe dürften aber nicht zu Schlagworten werden, sondern müßten eine hohe Qualität aufweisen, um sie zu einer Quelle des Wohlstands zu machen, sagte Van der Bellen. Handelskriege würden sich letztlich „für alle“ schlecht auswirken, erklärte Van der Bellen vor dem Hintergrund weltpolitischer Verwerfungen wie des Konflikts um die von den USA verhängten Strafzölle. Von diesen ist auch China betroffen, das seinerseits Maßnahmen setzte. Allerdings gebe es auch im Reich der Mitte noch zu viel Protektionismus sowie politischen und staatlichen Einfluß auf die Wirtschaft, wodurch der freie Marktzugang eingeschränkt sei.



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei seiner Rede vor dem BOAO-Forum auf Hainan

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA / Dregan Tatlic



Bundeskanzler Sebastian Kurz wird von Staatspräsident Xi Jinping begrüßt.

In Gegenwart seines Gastgebers, des chinesischen Staats- und Parteichefs, erinnerte der Bundespräsident daran, daß China vor den von Deng Xiaoping eingeführten Reformen ein ökonomisch armes Land gewesen sei und gratulierte zu den seit damals erfolgreich durchgeführten Reformen und Öffnungsprozessen.

Auch Xi ging in seiner rund halbstündigen Rede darauf ein, daß heuer der 40. Jahrestag des Beginns der Öffnung sei, die das chinesische Volk aus der Armut geführt habe. „Beim Durchschreiten des Flusses haben wir aber auch die Steine gespürt.“ Diese „zweite Revolution“ der Reformen einer sozialistischen Marktwirtschaft müßten nun mit „Weisheit und Nachdruck“ und umfassend fortgesetzt werden. Fortschritt könne aber nur durch friedvolle Zusammenarbeit und integrativ erreicht werden. „Wir erleben einen Trend der wirtschaftlichen Globalisierung und Konnektivität.“

Die Welt sei ein globales Dorf geworden. „Wir müssen auch voneinander lernen.“ Die Entwicklung müsse aber auch nachhaltig und umweltschonend sein, betonte Xi und legte auch ein Bekenntnis zum Klimaschutz ab. Die Zukunft seines Landes liege „in einem modernen Sozialismus chinesischer Prägung“. Um erfolgreich zu sein, „müssen wir die Tore aber weiter öffnen“. Das heiße etwa, das Investitionsumfeld zu verbessern. Xi kündigte auch an, Importe zu erleichtern und etwa die Zölle für Einfuhren von Autos zu senken. China werde jedenfalls ein neues „Gesicht der Offenheit“ zeigen.

Die geforderte „Offenheit“ müsse aber auch umfassend sein, appellierte der Bundes-

präsident in seiner kurzen Rede und brachte Österreich als Beispiel. Der Außenhandel sei das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. Sechs von zehn Euro würden durch Exporte verdient. „Ein freies, faires und zuverlässiges weltweites Handelsregime ist entscheidend für Österreich.“

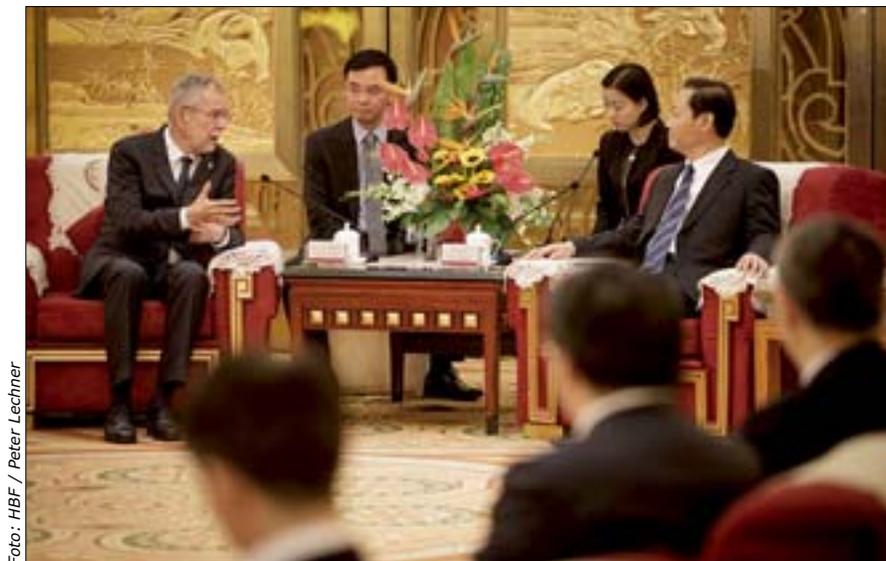
Von wirtschaftlicher Offenheit würden aber nicht nur kleine Länder wie Österreich profitieren, sondern „jede Volkswirtschaft in Asien, Europa und darüber hinaus“. Die Kontinente wüchsen technologisch wie wirtschaftlich immer enger zusammen und vernetzten sich, erklärte der Bundespräsident und erwähnte in diesem Zusammenhang die von China forcierte „Neue Seidenstraße“. Dieser geplante Handelsweg soll künftig China näher an Afrika und Europa heranbringen –

und umgekehrt, so Alexander Van der Bellen sinngemäß. Solche Kontakte und Projekte müssten immer auf beide Seiten ausgerichtet sein und dürften nicht unilateral erfolgen, ließ Van der Bellen eine leise Mahnung durchblicken.

Zudem forderte Van der Bellen mit Nachdruck Nachhaltigkeit und „grüne Entwicklung“ ein. Dieses Anliegen sei ihm immer sehr am Herzen gelegen. „Ich bin überzeugt, daß eine grüne Wirtschaft für mehr Wohlstand sorgen wird, nicht nur für diese Generation“, sagte der Bundespräsident, der am in Peking auch an einem Öko-Forum teilgenommen hatte, bei dem Umwelt- und Nachhaltigkeitskonzepte für China vorgestellt wurden. „Wir müssen das Klimaschutzabkommen von Paris und unser grünes Wachstum aufrechterhalten und noch weiter tragen.“

Ein weiterer entscheidender Faktor für Offenheit und Innovation sei ein gut funktionierendes System eines effektiven Multilateralismus, hielt Van der Bellen in seiner Ansprache fest, ebenso die Gewährleistung einer regelbasierten multilateralen Ordnung. „Asien war seit Jahrzehnten der Motor des Wachstums der Weltwirtschaft“, setzte der Bundespräsident fort. „In Verbindung mit der Erholung der europäischen Wirtschaft waren die Aussichten auf eine Welt größeren Wohlstands noch nie besser“, blickte Van der Bellen positiv in die Zukunft. Aus wenn es noch einige Herausforderungen zu bewältigen gebe.

Beim Boao-Forum waren unter anderen auch UNO-Generalsekretär Antonio Guterres und IWF-Chefin Christine Lagarde zugegen.



Der Bundespräsident im Gespräch mit der Provinzregierung von Sichuan

Foto: HBF / Peter Lechner



Foto: BMEIA

Feierliche Eröffnung des österreichischen Generalkonsulats in in Chengdu

Neues Generalkonsulat in Chengdu

Am Nachmittag des 11. April eröffneten Bundespräsident, Bundeskanzler und Außenministerin Karin Kneissl ein österreichisches Generalkonsulat in in Chengdu, der Hauptstadt der Provinz Sichuan. Mit einer Fläche von 485.000 km² und einer Bevölkerung von ca. 92 Millionen Einwohnern gehört Sichuan zu den vier bevölkerungsreichsten Provinzen Chinas. Mit Umland kommt die rasant wachsende Stadt auf rund 14 Millionen Einwohner, sie gilt als Wirtschaftsmotor und Tor zum westchinesischen Markt.

Heftigen Applaus gab es für die Außenministerin, die ihrer Tradition treu blieb und die Anwesenden auf Chinesisch begrüßte. Das neue Generalkonsulat hat zwar noch kein eigenes Büro oder Gebäude, daher wurde die Eröffnung in einem Hotel vorgenommen. Unterbringung und Betrieb sollen in enger Kooperation mit dem ebenfalls neuen Außenwirtschaftszentrum der WKÖ in Chengdu erfolgen.

„Mit dem neuen Generalkonsulat in Chengdu stärken wir das österreichische Vertretungsnetz in China“, erklärte Außenministerin Karin Kneissl. Mit dem Generalkonsulat Chengdu ist Österreichs Diplomatie, zusammen mit Peking, Shanghai und Hongkong, in bereits vier Millionenmetropolen Chinas präsent. Unterbringung und Betrieb des neuen Generalkonsulats erfolgen, wie bereits an zahlreichen anderen Orten, in enger Kooperation mit dem ebenfalls neuen Außenwirtschaftscenter Chengdu der Außenwirtschaftsorganisation der Wirtschaftskammer Österreich.



Foto: BMEIA

Außenministerin Karin Kneissl: »Mit dem neuen Generalkonsulat in Chengdu stärken wir das österreichische Vertretungsnetz in China«,

„Genau hier, in der pulsierenden Wirtschaftsmetropole Westchinas wollen wir präsent sein, vor allem für Österreichs Wirtschaft, aber natürlich auch zur Stärkung der kulturellen und zwischenmenschlichen Kontakte“, so Kneissl.

„Auch im Zeitalter der Digitalisierung führt kein Weg vorbei an einem eng ge-

knüpften Netz an österreichischen Botschaften, Generalkonsulaten und Kulturforen. Sie sind nicht nur die Augen und Ohren Österreichs in der Welt, sondern bleiben auch wichtige Hubs für die Unterstützung österreichischer Unternehmen, Künstler und Reisender in aller Welt“, so die Außenministerin abschließend.

Österreich, Europa und die Welt

»First Block Train Ceremony«

Wahrlich bewegende Momente und ein großer Bahnhof gab es am 12. April im Ging Baijiang nahe Chengdu. Bei einem Festakt verabschiedete der Bundespräsident den ersten ÖBB-Güterzug vom China-EU Railway Container Center nach Wien.

Nach einer Reise über Kasachstan, Rußland, die Ukraine und die Slowakei war der Zug der ÖBB Rail Cargo nach 13 Tagen in der Bundeshauptstadt eingetroffen. Künftig soll die Route verstärkt befahren werden.

Van der Bellen, der am letzten Tag seiner großen China-Reise wieder von Bundeskanzler Sebastian Kurz und Außenministerin Karin Kneissl begleitet wurde, betonte in seiner Rede, daß der Güterverkehr per Bahn wesentlich umweltfreundlicher sei als beispielsweise jener mit Lkw. „Das ist auch ein Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel“, sagte er und erinnerte daran, daß Chinas Präsident Xi Jinping erst zwei Tage zuvor beim Boao-Wirtschaftsforum in seinem Besein ein Bekenntnis zum Klimaschutz abgelegt habe.

Für ÖBB-Generaldirektor Andreas Matthä ist es das Ziel, in weiterer Zukunft pro Woche sieben Züge zwischen China und Österreich verkehren zu lassen. Mit einer Reisezeit von rund zwei Wochen von China nach Europa sei diese Transportroute deutlich schneller als jene mit Schiffen, die in der Regel bis zu 40 Tagen brauchen. Allerdings, so räumte Andreas Matthä während der „First Block Train Ceremony“ im Gespräch mit Journalisten ein, sei der Seeverkehr derzeit noch billiger. „Daran müssen wir arbeiten.“

Die Zugverbindung sei auch eine Chance für die österreichischen Exportwirtschaft, meinte Matthä. Derzeit sind die Kapazitäten vor allem auf der Retourroute noch nicht ausgelastet. Bis 2020 soll die Zugfrequenz zwischen China und Europa auf circa 2000 pro Jahr gesteigert werden. Derzeit liegt sie etwa bei der Hälfte. Von China wird daher der Ausbau der „Neuen Seidenstraße“ (Road-and-Belt-Initiative) forciert. Diese könnte letztlich bis nach Parndorf im Burgenland reichen, wo ein an die breitspurige Transsibirische Eisenbahn angeschlossener Güterbahnhof entstehen soll.

Beladen war die Gütergarnitur nach Angaben Matthäs mit Elektronikgeräten, Maschinenteilen und Schlafsäcken. Oder wie es die chinesische Seite etwas salbungsvoller formulierte, bevor sich die Lokomotive mit einem schrillen Pfiff in Bewegung setzte: „Es ist ein Zug voller Freundschaft und Hoffnung.“



Foto: ÖBB / Nina Gou Xuang Feng

Die Schienenverbindung zwischen der im Zentrum Chinas liegenden Stadt Chengdu und Wien liegt besonders im Fokus der Rail Cargo Group (RCG), da die Metropole über den größten Eisenbahn-Hub in China verfügt.



Foto: HBF / Carina Karlovits

Nach 9.800 Kilometern und einer Fahrzeit von 14 Tagen ist der erste direkte Güterzug zwischen China und Österreich am 27. April in Wien eingetroffen (v.l.): ÖBB-Holding Vorstandsvorsitzender Andreas Matthä, die RCG-Vorstände Thomas Kargl und Erik Regter, Bundesministerin Margarete Schramböck, RCG-Vorstand Clemens Först, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und der Volksrepublik China in Österreich, Botschafter in Wien, Li Xiaosi begrüßen den 600 Meter langen und mit 44 Containern beladenen Güterzug im Güterzentrum Wien Süd.

Schwarzweiße Bären zum Abschluß

Bundespräsident, Bundeskanzler und Außenministerin Karin Kneissl waren gegen Ende der groß angelegten China-Visite am 12. April in der 1987 eingerichteten Station zur Aufzucht dieser bedrohten Tierart im Du Jiangyan Panda Parks zu Gast. Das Gebiet ist dem speziellen Lebensraum der Tiere mit Wäldern, Seen und Wiesen nachempfunden, künstlicher Dampf sorgt für die nötige Feuchtigkeit.

In dem Park leben auch „Auslandsösterreicher“: Drei der insgesamt rund 30 Pandas

wurden im Tiergarten Schönbrunn in Wien geboren.

Dort hofft man ja sehnsüchtig auf ein Pandamännchen. Auch der Bundespräsident hatte diesen Wunsch am vergangenen Sonntag bei seinem Treffen mit Präsident Xi Jinping angesprochen. Dieser versprach, das Anliegen prüfen zu wollen.

Alexander Van der Bellen lud Xi auch zu einem Gegenbesuch nach Wien ein. Chinas Präsident könnte möglicherweise 2019 nach Wien kommen. Ein pelziges Gastgeschenk würde sich da wohl anbieten.

Österreich, Europa und die Welt



Der China-Besuch war ein»voller Erfolg«

Vor mitgereisten heimischen JournalistInnen zogen Bundespräsident und Bundeskanzler am Ende ihrer China-Reise Bilanz: „Wir haben einen großen Erfolg verbucht, alles richtig gemacht“, so Van der Bellen. Es sei richtig gewesen, „geballt aufzutreten“. Die Größe der Delegation habe „schon beeindruckt.“

Neben zählbaren Erfolgen wie Vertragsabschlüssen mit einem Volumen von 1,5 Milliarden Euro könne Österreich auch als EU-Mitglied prinzipiell stolz sein: „China nimmt uns ernst. Nicht nur in der Musik, die natürlich immer zur Sprache kommt. Wir haben etwas anzubieten in Bereichen wie Industrie oder Hochtechnologie.“ Die Chinesen wüßten das, sagte Van der Bellen. „Wir müssen uns selbst eben auch etwas ernster nehmen.“ China sei immerhin eine der kommenden Weltmächte. „Da ist es wichtig, Verbindungen aufzubauen.“

Österreich sei eine Exportnation. Daher sei auch das Interesse an einer Kooperation im Bereich der von China forcierten „Neuen Seidenstraße“ vorhanden. „Solange es in beide Richtungen geht.“

Diesbezüglich wurde der österreichischen Delegation am letzten Tag ihres China-Aufenthalts das Stadtentwicklungsprojekt „Tian Fu New Area“ mit Videos und Baumodellen vorgestellt. Die Planer hätten dafür auch Anleihen an der Seestadt Aspern in Wien genommen, hieß es. Der kleine Größenunterschied: In Tian Fu sollen einmal sechs Millionen Menschen leben.

Auch der Bundeskanzler sprach von einem „vollen Erfolg“. Österreich habe in China „massive Interessen“, und China werden bald die größte wirtschaftliche Macht

Außenministerin Karin Kneissl, Doris Schmidauer, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundeskanzler Sebastian Kurz mit Panda Fu Bao, geboren im Tiergarten Schönbrunn



Doris Schmidauer besuchte das SOS Kinderdorf Chengdu



Besichtigung des Du Jiangyan Water Conservancy Project (UNESCO Welterbe)

Fotos: HBF / Peter Lechner

Österreich, Europa und die Welt

der Welt sein. Allerdings gebe es neben allen positiven Aspekten auch Themen mit Gesprächsbedarf. Daß Präsident Xi beim Boao-Forum auf Hainan weitere wirtschaftliche Öffnungen angekündigt habe, sei „gut und richtig“. Nun müßten diese Ankündigungen aber auch umgesetzt werden. Etwa beim Freihandel. „Wir haben ein Interesse daran, daß das Land die Standards erfüllt, die es erfüllen muß.“

Zudem habe China beim Thema Menschenrechte einen starken Aufholbedarf, das sei vom Bundespräsidenten aber auch angesprochen worden. Viele Themen würden durchaus Sorge machen, so die zunehmende Überwachung der Gesellschaft in China, etwa über das Internet. Dies müsse bei künftigen Kontakten auf der Agenda bleiben.

Außenministerin Karin Kneissl verwies darauf, daß die Bürgerrechte auch bilateral angesprochen worden seien. So sei ein Rechtshilfeabkommen abgeschlossen. Dabei habe man auch erörtert, wie es mit Auslieferungen aussehe, wenn den Betroffenen in China die Todesstrafe drohen könnte. Im Gespräch mit ihrem Amtskollegen Wang Yi habe sie großes außenpolitisches Interesse gespürt. China sei es daran gelegen, sich über Brennpunkte wie den Syrien-Krieg, die Iran-Atomfrage oder die Entwicklungen in Südosteuropa auszutauschen.

Wie schon Van der Bellen und Kurz zeigte sich auch Kneissl zudem von den „kleinen Gesten“ beeindruckt, die das freundschaftliche Verhältnis zwischen China und Österreich bei diesem Besuch unterstrichen hätten. ■

<http://www.bundespraesident.at>

<http://www.austria.gv.at>

<http://www.bmeia.gv.at>



Foto: HBF / Peter Lechner

Auch Sightseeing konnte die österreichische Delegation genießen (v.l.): Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, Außenministerin Karin Kneissl, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Doris Schmidauer und Nachhaltigkeits- und Tourismusministerin Elisabeth Köstinger



Foto: HBF / Peter Lechner

Zogen Bilanz der Reise: Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundeskanzler Sebastian Kurz mit Außenministerin Karin Kneissl vor den mitgereisten JournalistInnen



Foto: BKA / Dragan Tatic

Besichtigung des Stadtentwicklungsgebietes Tian Fu New Area

Staatsbesuch in Jordanien

Bundespräsident Alexander Van der Bellen war in Begleitung von Außenministerin Karin Kneissl bei König Abdullah – Genfer Friedensverhandlungen »neu beleben«

Nur wenige Tage nach ihrer Rückkehr aus China absolvierten Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Außenministerin Karin Kneissl am 18. April wieder einen gemeinsamen Besuch: Beide wurden vom jordanischen König Abdullah II. in Amman empfangen. Hauptgesprächsthema war der Syrienkrieg, von dem Jordanien besonders betroffen ist – und eine mögliche Rolle Wiens als Vermittler in dem Konflikt.

Er habe dem jordanischen König für die Bewältigung des durch den Krieg im nördlichen Nachbarland bedingten Flüchtlingsansturmes „meine volle Anerkennung ausgesprochen“, sagte der Bundespräsident nach dem Treffen vor österreichischen JournalistInnen. „Der Krieg dauert jetzt nun schon mehr als sieben Jahre und Jordanien hat in dieser Zeit mehr als eine Million syrische Flüchtlinge im Land aufgenommen. Das ist für ein Land, das von der Größe in etwa mit Österreich vergleichbar ist, wirklich eine Riesenherausforderung, die bis jetzt – auch mit internationaler Unterstützung – sehr gut gemeistert wurde.“

Jetzt seien für das Land aber „die Grenzen erreicht“, Jordanien sei auf internationale Unterstützung angewiesen: „Wenn wir in Europa wollen, daß sich hier die Situation stabilisiert, dann müssen wir auch bereit sein, dafür Geld in die Hand zu nehmen“, meinte der Bundespräsident. „Österreich allein wird die Situation nicht entschärfen, aber die europäische Union insgesamt hat, glaube ich, jedes Interesse daran, daß Jordanien politisch so stabil bleibt, wie es in den letzten Jahrzehnten de facto der Fall war.“

Was den Auslöser der Flüchtlingskrise, den Krieg in Syrien, betrifft, „hofft man in Jordanien, daß auf allen Seiten wieder Vernunft einkehrt und man sich wieder darauf besinnt, an den Verhandlungstisch zurückzukehren“, sagte Van der Bellen. „Sei es in der alten Fassung der Genfer Verhandlungen unter UNO-Leitung, sei es an einer neuen Location mit neuen Teilnehmern. Vielleicht unter Beteiligung von Staaten, die insofern neutral sind, als sie nicht an dem Konflikt beteiligt sind.“

Wie auch schon Bundeskanzler Sebastian Kurz und Außenministerin Karin Kneissl hat auch der Bundespräsident dabei Wien ins



Foto: HBF / Peter Lechner

v.l.: Präsidentengattin Doris Schmidauer, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Jordaniens König Abdullah II. mit Königin Rania



Foto: HBF / Peter Lechner

Eröffnung des österreichisch-jordanischen Wirtschaftsforums in Amman

Spiel gebracht. Er schwächte zwar ab, es handle sich dabei um eine „Idee“, die noch nicht zur Konkretheit gediehen sei. Man frage sich aber angesichts des Stillstandes bei den Genfer Syrien-Verhandlungen, „auf welche Weise man das neu beleben kann, sei es durch einen Wechsel der Location – und hier hat Wien natürlich einen hervorragenden Ruf –, sei es durch die zusätzliche Herannahme anderer Partner, die keine unmittelbaren Interessen in der Region haben.“ Unterstützung für Jordanien aus Österreich kann für den Bundespräsidenten – neben den

ohnehin bestehenden Schienen wie finanzielle Beiträge durch den Auslandskatastrophenfonds oder die Arbeit österreichischer NGOs in Jordanien – aber auch im Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen bestehen.

Für Alexander Van der Bellen, der vor seiner Visite bei König Abdullah zuvor auch ein österreichisch-jordanisches Wirtschaftsforum in Amman eröffnete, sind die gegenseitigen Wirtschaftsbande „um es milde auszudrücken, stark ausbaufähig“. Mit gutem Beispiel geht dabei der oberösterreichische Feuerwehrausrüster Rosenbauer voran, der, wie der Bundespräsident berichtete, bereits am Flughafen von Amman engagiert ist und jetzt auch eine Assembling-Halle in der jordanischen Hauptstadt errichten wird.

Nach ihrem Besuch bei König Abdullah und dessen Frau Rania besichtigten der Bundespräsident und seine Frau Doris Schmidauer noch die weltberühmte nabatäische Felsenstadt Petra.

Am 19. April stand als letzter Punkt ein Besuch des Flüchtlingslagers Zaatari auf dem Programm. Das nur wenige Kilometer von der syrischen Grenze entfernte Lager beherbergt rund 80.000 syrischen Kriegsflüchtlinge und ist damit eines der größten Flüchtlingslager der Welt. ■

<http://www.bundespraesident.at>

Bundespräsident empfing Überlebende des Holocaust

Empfang für ehemalige österreichische StaatsbürgerInnen und NachkommInnen, Jewish Welcome Service sowie des Chores »Vienna Jewish Boys«



Foto: HBF / Carina Karlovits

Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei seiner Begrüßung der Gäste in seinen Amtsräumen in der Wiener Hofburg

Ich vermute, Sie alle haben ambivalente Gefühle gegenüber Österreich.“ Mit diesen Worten hat sich Bundespräsident Alexander Van der Bellen beim Empfang des Jewish Welcome Service an die Überlebenden des Holocaust und deren Nachkommen gerichtet. Dennoch freute er sich, seine Gäste in einem „anderen Österreich“ willkommen heißen zu dürfen, so der Bundespräsident in der Hofburg.

Alexander Van der Bellen erinnerte in seiner Rede daran, daß Österreich sich „seiner Geschichte lange – zu lange – nicht gestellt“ habe. Heute, betonte der Bundespräsident auch, bestehe jedoch ein „breiter Konsens in den Medien, in der Politik, in der Gesellschaft insgesamt, sich jeglichem Antisemitismus vehement entgegenzustellen“.

Wie jedes Jahr lud, der Jewish Welcome Service auch im Gedenkjahr 2018 aus Österreich vertriebene JüdInnen und deren Nachkommen nach Wien ein. Die Stadt wolle damit die Anerkennung des Leides der Holocaust-Überlebenden und deren Familien zum Ausdruck bringen, so die Generalsekretärin der Organisation, Susanne Traunek, in einer Aussendung.

Die diesjährigen Gäste kommen aus den USA, Israel sowie Großbritannien und sind überwiegend Nachkommen österreichischer

JüdInnen in zweiter Generation. Ein Gast, Alice Malcolm aus Glasgow, hat die Vertreibung noch selbst erlebt. Sie wurde 1924 in Wien geboren und ist erstmals seit ihrer Flucht wieder in der Stadt ihrer Kindheit.

Der Empfang wurde vom „Vienna Jewish Boys“-Chor unter Leitung des Oberkantors Shmuel Barzilai musikalisch begleitet. Anwesend waren auch die israelische Botschaf-

terin Talya Lador-Fresher und der britische Botschafter Robert Leigh Turner.

Der Jewish Welcome Service wurde 1980 vom Wiener Bürgermeister Leopold Gratz, dem Stadtrat Heinz Nittel sowie dem Publizisten und KZ-Überlebenden Leon Zelman gegründet. ■

<http://www.bundespraesident.at>

<https://jewish-welcome.at>



Foto: HBF / Carina Karlovits

Ein Gast, Alice Malcolm aus Glasgow, hat die Vertreibung noch selbst erlebt. Sie wurde 1924 in Wien geboren und ist erstmals seit ihrer Flucht wieder in der Stadt ihrer Kindheit.

Vereinigte Arabische Emirate wichtiger strategischer Partner

Bundeskanzler Kurz traf Kronprinz Scheich Mohammed bin Zayed al-Nahyan

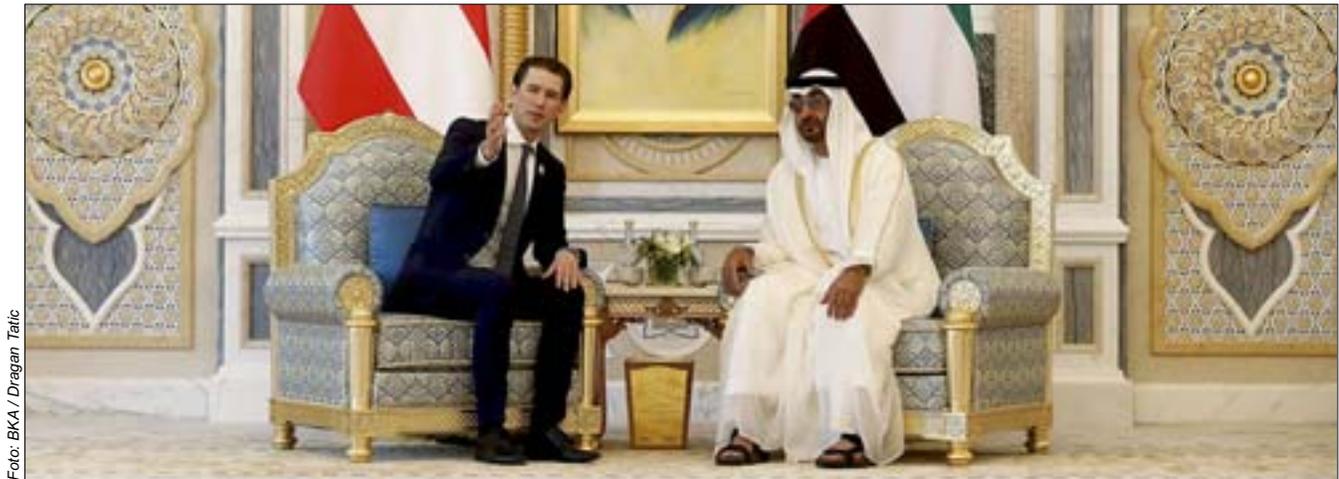


Foto: BKA / Dragana Tatic

Am zweiten Tag der Arbeitsreise traf Bundeskanzler Sebastian Kurz Kronprinz Muhammad bin Zayid Al Nahyan zu einem Gespräch.

Bundeskanzler Sebastian Kurz nutzte die Reise in die Vereinigten Arabischen Emirate von 27. auf 28. April zu einem Gespräch über politische und geostrategische Fragen mit Kronprinz Scheich Mohammed bin Zayed al-Nahyan. „Die Vereinigten Arabischen Emirate sind ein wichtiger strategischer Partner in der Golfregion. Sie sind federführend im Kampf gegen Terrorismus und Radikalismus“, erläuterte Kurz nach dem Treffen, bei dem es auch um den Kampf gegen den IS gegangen sei. Außerdem unterstütze der Kronprinz „unsere Position zur illegalen Migration“, laut derer man bei Fehlentscheidungen gegensteuern müsse.

Investitionen in den VAE

Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck zog ebenso eine zufriedene Bilanz in Bezug auf die Wirtschaftsthemen während des Aufenthalts in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE). Sie betonte, daß „230 Unternehmen aus Österreich erfolgreich in den Vereinigten Arabischen Emiraten tätig“ sind. „Sie nützen die VAE als Brückenkopf zu anderen Ländern in der Golfregion. Die Investitionen Österreichs sind zuletzt um 23 Prozent gestiegen. Jetzt geht es um eine vermehrte Zusammenarbeit am Forschungs- und Entwicklungssektor sowie eine diesbezügliche Umsetzung in der Industrie“, so Schramböck. Von besonderem Interesse für die VAE sei auch die duale Lehrlingsausbil-

dung als „Garant für eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit“. Auch die Digitalisierung müsse in Zukunft einen Schwerpunkt bei den Kooperationen darstellen.

Offshore-Ölfelder – Vertragsunterzeichnung

Von der hochrangigen Wirtschaftsdelegation machte unter anderem die OMV auf sich aufmerksam. Sie unterzeichnete einen Vertrag zum Erwerb von 20 Prozent an 2 Offshore-Ölfeldern von der Abu-Dhabi-Ölgruppe ADNOC. Das Unternehmen sprach von einem Meilenstein, da dadurch die Position

in einem der weltweit führenden Öl- und Gasländer vergrößert werde.

Im medizinischen Bereich war man durch Vamed vertreten – das Unternehmen sieht derzeit der Realisierung von drei Großprojekten in den VAE entgegen.

Sport und Kultur widmete man weitere Schwerpunkte im Rahmen der Reiseaktivitäten. So kam es etwa zu einer Einladung des Special Olympics Fußballteams der VAE zum Training nach Österreich. Den Abschluß bildete ein Besuch des neuen Louvre-Museums von Abu Dhabi. ■

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at>

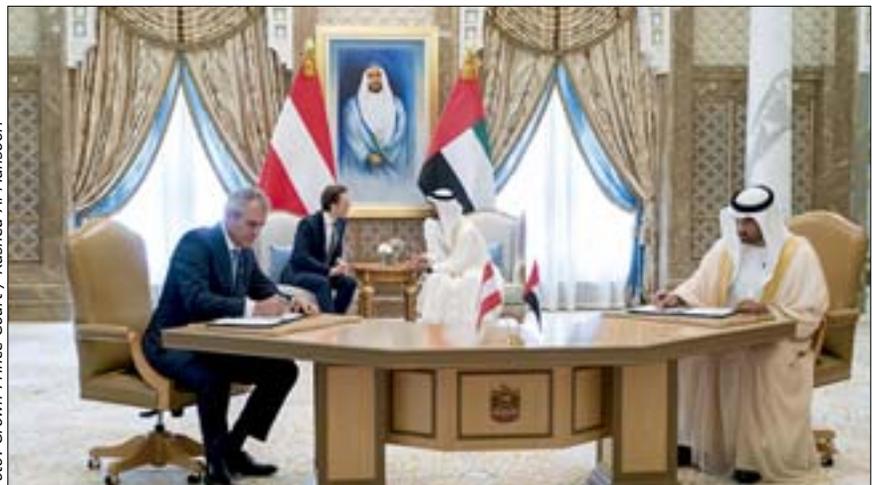


Foto: Crown Prince Court / Rashed Al Mansoori

Bei der Unterzeichnung des Offshore-Konzessionsabkommens: Rainer Seele (CEO OMV) und Seine Exzellenz Sultan Ahmed Al Jaber (VAE Staatsminister); Bundeskanzler Sebastian Kurz und Kronprinz Sheikh Mohamed bin Zayed Al Nahyan

Ehrendoktorwürde an Eric Kandel

Bundeskanzler Sebastian Kurz: Wir haben Verantwortung gegenüber jenen, die vertrieben und nicht zurückgeholt wurden – Nobelpreisträger Eric Kandel erhält Ehrendoktorat der MedUni Wien – Gespräch mit Altbundespräsident Heinz Fischer



Foto: MedUni Wien / Martin Hörmandinger

vl.: Wissenschaftsminister Heinz Faßmann, Unirätin der MedUni Wien Eva Dichand, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Denise und Eric Kandel und MedUni Wien-Rektor Markus Müller nach dem Festakt

Markus Müller, Rektor der Medizinischen Universität Wien, verlieh dem Neurowissenschaftler Eric Kandel am 24. April das Ehrendoktorat der MedUni Wien. Kandel, der im November 1929 als zweiter Sohn eines Spielwarenhändlers in Wien geboren wurde, erhielt im Jahr 2000 den Nobelpreis für Physiologie oder Medizin. Ausgezeichnet wurde er für seine Forschung auf dem Gebiet des Gedächtnisses. Auch Bundeskanzler Sebastian Kurz und Wissenschaftsminister Heinz Faßmann gratulierten persönlich.

Nach dem „Anschluß“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland mußte Kandel mit seiner Familie im Jahr 1939 in die USA emigrieren. 1945 erhielt er die amerikanische Staatsbürgerschaft. Sein Interesse an der Erforschung physiologischer Vorgänge im Gehirn erwuchs zunächst auf seinem

Interesse an der Psychologie und den Thesen Sigmund Freuds. Kandel begann 1952 an der New York University Medizin zu studieren, um ursprünglich Psychiater oder Psychoanalytiker zu werden, entschied sich dann aber dazu, in der Grundlagenforschung tätig zu werden und sich der experimentellen Untersuchung biologischer und molekularer Vorgänge im Gehirn zu widmen.

Im Jahr 2000 erhielt Kandel den Nobelpreis für Medizin für die Entdeckung, daß Veränderungen in der Stärke von Verbindungen zwischen Nervenzellen die Grundlage für Lernvorgänge im Gehirn darstellen. Durch seine Versuche in der Meeresschnecke konnte er weiters zeigen, daß die Veränderung existierender Proteine für das Kurzzeitgedächtnis notwendig ist, während das Langzeitgedächtnis von einer Veränderung der Genexpression und der Synthese neuer Proteine

abhängig ist. Kandel konnte so nachweisen, wie geistige Vorgänge biologische Veränderungen produzieren und daß Lernen und Gedächtnis molekulare und anatomische Veränderung im Gehirn bewirken.

Bundeskanzler Sebastian Kurz

80 Jahre nach dem „Anschluß“ hat es sich die Bundesregierung im heurigen Gedenkjahr zur Aufgabe gemacht, auch an die dunklen Seiten der Geschichte unseres Landes zu erinnern. „Österreich hat lange gebraucht, um sich seiner Vergangenheit offen und ehrlich zu stellen. Wir müssen uns eingestehen, daß sich Österreich seiner historischen Verantwortung erst spät bewußt geworden ist. Die Mehrheit der über 100.000 vertriebenen Österreicherinnen und Österreicher wurden nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zurückgeholt. Bestohlen und beraubt,



Foto: MedUni Wien / Martin Hörmandinger

Nobelpreisträger Eric Kandel zeigt sich sichtlich erfreut über die Verleihung.

waren sie hier in Österreich nicht mehr willkommen“, so der Bundeskanzler: „Wir haben daher heute eine Verantwortung gegenüber jenen, die vertrieben wurden und die keiner mehr zurückgeholt hat. Eric Kandel verkörpert als Mahner der Republik den Blick zurück und als erfolgreicher Wissenschaftler und Vorbild den Blick nach vorne.“

MedUni Wien-Rektor Markus Müller

„Als herausragender Forscher, Humanist und Nobelpreisträger des Jahres 2000 hat Professor Kandel die moderne Medizin geprägt“, sagte MedUni Wien-Rektor Markus Müller. „Wir sind geehrt, daß er nach den traumatischen Erlebnissen seiner Kindheit im Wien der 30er-Jahre, die schließlich zur Flucht der Familie mit Emigration in die

USA führten, für uns ein Lehrer und Freund geworden ist. Es ist uns eine große Freude, daß er dieses Ehrendoktorat als Geste der besonderen Wertschätzung unserer Universität entgegennimmt.“

Laudatorin Daniela D. Pollak

„Wir alle werden entscheidend von unseren Erinnerungen geprägt. Die Erkenntnisse, die aus der jahrzehntelangen Forschung von Eric Kandel hervorgehen und Einblicke in die biologischen Fundamente von Lernen und Gedächtnis bis auf die Ebene einzelner Moleküle gewähren, sind ein Geschenk an die Menschheit.“, sagte Laudatorin Daniela D. Pollak. Sie war drei Jahre als Postdoktorandin im Labor von Eric Kandel tätig und hat sich dort mit der Erforschung der molekula-

ren Grundlagen der erlernten Sicherheit im Mausmodell beschäftigt.

Diskussionsabend in Hietzing

Tags zuvor, am Abend des 23. April, lud der Kulturverein Hietzing zu einer Diskussionsveranstaltung im Rahmen „80 Jahre nach der nationalsozialistischen Machtergreifung – 100 Jahre Republik Österreich“ mit Altbundespräsident Heinz Fischer: „Bitte bleiben wir klar in der Unterscheidung zwischen rechts, auch sehr rechts, und dem verbrecherischen Nationalsozialismus. Sonst geht es uns wie dem Bauern, der ständig vor dem Wolf warnt, und als der dann wirklich kommt, glaubt ihm keiner mehr“, appellierte Fischer „an einen wachen, sachlichen und besonnenen Umgang mit den Gefahren des Rechtsextremismus.“ Er sei vom Funktionieren des Rechtsstaats Österreich überzeugt: „Wer sich nationalsozialistischer Wiederbetätigung schuldig macht, wird verurteilt und bestraft.“ Der Kulturverein Hietzing und LAbg. Prof. Gerhard Schmid hatten anlässlich des Gedenkjahres 2018 Altbundespräsident Heinz Fischer und Nobelpreisträger Eric Kandel zum Gespräch ins Kardinal König Haus in Hietzing geladen. Moderiert wurde der kurzweilige Abend, zu dem etwa 300 Gäste gekommen waren, von der Journalistin Conny Bischofberger.

Er sei oft verprügelt worden, seine Familie mußte beim Novemberprogramm die Wohnung verlassen, die dann geplündert wurde, berichtete Eric Kandel seine Erfahrungen im nationalsozialistischen Wien. „Ich habe Angst gehabt, in Wien auf die Straße zu gehen, aber ich hatte keine Angst über den Atlantik zu reisen“, brachte er seine Erlebnisse auf den Punkt. Die Propaganda Hitlers sei in Österreich sehr erfolgreich gewesen, die ÖsterreicherInnen hätten sich erhofft, daß es ihnen dann besser gehe. Und nach der Niederlage habe sich Österreich als Opfer des Nationalsozialismus bezeichnet, aber, so Kandel: „Das stimmte nicht“. Die Vergangenheitsbewältigung habe in Deutschland besser funktioniert als in Österreich. Es habe lange gedauert, bis Österreich die Opferrolle abgelegt und sich offiziell zur Mitschuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus bekannt habe. Auch habe Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg ausgewanderte Juden wieder zurückgeholt, in Österreich sei dies nicht geschehen. Auf die Frage von Conny Bischofberger, ob er heute mit Österreich versöhnt sei, antwortete Kandel: „Ja, wegen Heinz Fischer“. Ihm attestierte er, sich als Bundespräsident sehr um eine Wiedergutmachung

Österreich, Europa und die Welt

und um eine Aufarbeitung der schrecklichen Vergangenheit bemüht zu haben.

Fischer verwies auf die Situation Österreichs nach dem Ersten Weltkrieg: Aus dem Riesenreich sei ein Kleinstaat geworden, die Menschen fühlten sich durch das Friedensdiktat gedemüdig, es herrschte Hungersnot, eine Grippeepidemie zog über ganz Europa, die Arbeitslosigkeit war hoch. Die Propaganda des Nationalsozialismus sei hier auf fruchtbaren Boden gestoßen. Es habe aber nicht nur die Jubelnden gegeben, viele gingen in die Emigration, auch in die innere Emigration.

Auf die Frage von Conny Bischofberger, was man jungen Menschen sagen könne, die meinen, sie könnten ja nichts dafür, daß all das geschehen ist, betonte Fischer: „Das Wichtigste ist Information. Durch Zeitzeugen, durch Literatur, durch Veranstaltungen. Man kann sehr wohl aus Geschichte lernen. Und das heurige Gedenkjahr ist eine gute Gelegenheit, zu informieren und auf die Gefahren aufmerksam zu machen.“

Auch Fischer verwies auf das lange Festhalten an der Opferrolle Österreichs: „Es hat lange gedauert bis man bereit war, sich von diesem Verdrängungsphänomen zu verab-



Foto: <http://w24.at>

Der Kulturverein Hietzing lud zu einer Diskussionsveranstaltung mit Eric Kandel und Altbundespräsident Heinz Fischer.

schieden.“ Auch heute gelte es wachsam zu sein, so der Altbundespräsident: „Auch ich sehe einen Rechtstrend, aber das kann man nicht mit dem verbrecherischen Nationalsozialismus vergleichen. Das wäre eine unzulässige Verharmlosung des Nationalsozialismus.“

Er vertraue aber auf den Rechtsstaat und darauf, daß alles, was nach dem Verbotsgesetz geahndet werden müsse, auch einer Strafe zugeführt werde. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Eric_Kandel

<https://www.oesterreich100.at>

<http://www.meduniwien.ac.at>

Working Holiday Programme Reise- und Arbeitserlebnis der besonderen Art

Österreich hat mit einer Reihe von Partnerländern sog. Working Holiday Programme (WHP) abgeschlossen, die jungen Menschen die einzigartige Chance bieten, Kultur, Sprache, Arbeitswelt sowie Land und Leute dieser Länder hautnah auf ganz besondere Art kennenzulernen.

Ein WHP erlaubt es jungen ÖsterreicherInnen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren, während eines Urlaubsaufenthalts von bis zu 12 Monaten zur (Mit)Finanzierung ihres Aufenthalts einer frei gewählten und ordnungsgemäß entlohnten Beschäftigung nachzugehen, ohne daß dafür eine gesonderte Genehmigung erforderlich wäre.

Voraussetzung für die Teilnahme an diesen Programmen ist die österreichische Staatsbürgerschaft, nicht aber ein Hauptwohnsitz in Österreich. Somit besteht auch für AuslandsösterreicherInnen die Möglichkeit, vom breitgefächerten WHP-Netz Österreichs zu profitieren. Mit Australien, Neuseeland, Republik Korea, Chinesisch Taipeh, Hongkong, Japan, Israel, Kanada und Chile als WHP-Destinationen liegt Österreich momentan quantitativ im EU-Spitzenfeld.

Weitere Informationen zu Österreichs Working Holiday Programmen können auf der Webseite des Außenministeriums <http://www.bmeia.gv.at> gefunden werden.

Ein Beitrag des Büros für AuslandsösterreicherInnen im
Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres. ✓



Botschafterkonferenz in Linz

Auf Einladung von Außenministerin Karin Kneissl kamen die österreichischen BotschafterInnen am 4. April zur Botschafterkonferenz 2018 zusammen.



Foto: BMEIA / Mahmoud

Außenministerin Karin Kneissl bei ihrer Begrüßungsrede bei der Botschafterkonferenz 2018 in Linz

Die mehrtägige Konferenz wird Jahr für Jahr genützt, um das kommende Arbeitsjahr zu planen und über aktuelle Fragen und künftige Strategien der Außenpolitik zu beraten.

Die Botschafterkonferenz wurde im Rahmen des „öffentlichen Teils“ durch Außenministerin Karin Kneissl eröffnet. Bundespräsident Alexander van der Bellen und Bundesminister a.D. André Rupprechter, Sonderbeauftragter des Generalsekretärs des Rates der Europäischen Union für den österreichischen EU-Vorsitz, nahmen als Ehrengäste und Redner an der Eröffnung teil.

Unter dem Motto „Neustart für Europa“ wurden vor allem die Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten Österreichs für dessen EU-Vorsitz in der zweiten Jahreshälfte 2018 thematisiert.

In ihrer Rede betonte Kneissl: „Eine verantwortungsvolle Außenpolitik sollte den Blick auf größere geopolitische Entwicklungen werfen und faktenbasiert entscheiden.“ Auch Bundespräsident Alexander van der Bellen nutzte die Eröffnung der Botschafterkonferenz um über aktuelle außenpolitische Herausforderungen zu sprechen:



Foto: BMEIA / Mahmoud

Außenministerin Karin Kneissl und Bundespräsident Alexander Van der Bellen

*Sehr geehrte Damen und Herren!
Erlauben Sie mir zu Beginn ein Wort des Dankes. Danke für die Möglichkeit, wieder einmal das schöne Land Oberösterreich und besonders die Stadt Linz besuchen zu können.*

Danke aber auch dafür, die Gelegenheit zu haben, an der heutigen Botschafterkonferenz teilnehmen zu können. Diese Gelegen-

heit möchte ich nützen, um Ihnen allen meinen Respekt und Dank auszusprechen!

Ich habe seit meinem Amtsantritt vor 14 Monaten die Unterstützung von 21 Auslandsvertretungen in Anspruch genommen, ganz zu schweigen von der großen Unterstützung, die mir durch Ihre Zentrale, dem Außenministerium, zuteil wird.

Österreich, Europa und die Welt

Ihre fachliche Kompetenz, hat mich beeindruckt. Und darüber hinaus haben Sie, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Außenministeriums, der Botschaften, Konsulate, Kulturforen und Vertretungen mir stets das Gefühl vermittelt, ihrer Arbeit mit grosser Freude, mit Engagement und Elan nachzukommen.

Sie unterstützen dabei die Arbeit der gesamten Bundesregierung und natürlich auch meine Arbeit als Bundespräsident auf ganz hervorragende Art und Weise.

Sie leisten dabei einen großen Dienst für unser Land – oft unter schwierigen Rahmenbedingungen. Dafür möchte ich Ihnen – aber auch ihren Partnerinnen und Partnern und Familien – ganz, ganz herzlich Danke sagen. Danke schön!

Dann ging der Bundespräsident auf die zum Zeitpunkt der Botschafterkonferenz noch bevorstehenden Reisen nach China und Jordanien an, wo er ja auch von Außenministerin Karin Kneissl begleitet wurde.

Meine Damen und Herren,

Ihre Tätigkeit erscheint angesichts der aktuellen geopolitischen Parameter wichtiger denn je. Ihre Präsenz und Ihr Einsatz gewinnen in dieser Zeit an Bedeutung.

In einer Zeit, in der Abschreckung und Konfrontation in den internationalen Beziehungen Oberhand zu gewinnen scheinen, müssen Dialog, Mediation und Multilateralismus das Gebot der Stunde bleiben.

Es genügt nur ein Blick an die Grenzen Europas:

Der Konflikt in der Ukraine – eine offene Wunde in Europa; ein Krieg vor unserer Haustür.

Syrien, millionenfaches Leid, das seit sieben Jahren einer Lösung harret.

Der andauernde Konflikt im Nahen Osten.

Das Leid in den nordafrikanischen Flüchtlingslagern und der vielfache Tod im Mittelmeer. Und die dieser Entwicklung zugrundeliegende Problematik – Bevölkerungsdruck, Dürre, Krieg – auf dem afrikanischen Kontinent.

Und darüber hinaus die zentrale Frage:

Wie gehen wir, wie geht die Europäische Union, mit unseren nicht immer einfachen Partnern und Nachbarn um: Rußland, China, den USA oder der Türkei?

Ich bin fest davon überzeugt, daß nur eine gemeinsame Antwort, eine europäische Antwort zum Ziel führt. Denn die Konse-



Foto: BMEIA / Mahmoud

EU-Kommissar Günther Oettinger im Gespräch mit Außenministerin Karin Kneissl ...



Foto: BMEIA / Mahmoud

... und mit Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer

quenzen unseres Handelns werden uns Europäer alle in gleicher Weise betreffen.

Das gravierende Ausmaß dieser Herausforderungen macht unumgänglich, daß wir sie gemeinsam, im Einklang mit unseren Partnern, zu lösen versuchen.

Einige dieser Fragen werden Österreich – und damit ganz besonders Sie – während des bevorstehenden Vorsitzes im Rat der Europäischen Union beschäftigen. Ich komme noch darauf zurück.

Wir, die wir heute hier sind, wissen, daß die Europäische Union nicht allein ein Glücksfall der Geschichte ist. Sie ist das Resultat aus einer Fülle von erfahrener Geschichte.

Österreich gedenkt in diesem wichtigen Gedenkjahr 2018 nicht nur der 100. Wieder-

kehr der Gründung der Republik, sondern auch dem sogenannten „Anschluß“ Österreichs an das Hitlerdeutschland vor 80 Jahren, ein Gedenktag, den wir vor wenigen Wochen begangen haben.

Wir Europäer haben in zwei Weltkriegen erlebt, was aus Nationalismus, Rivalität, Aufrüstung und aus blindem Hass erwachsen kann. Wir haben erlebt, wie aus Freunden Feinde, aus Nachbarn Denunzianten aus Spannungen Kriege wurden.

Die Konsequenz aus diesen Erfahrungen war die Erkenntnis und der Wille, der Wiederholung der kriegerischen Auseinandersetzungen auf unserem Kontinent ein Ende zu setzen und eine Ordnung zu etablieren, die die Menschen verbindet und einander näherbringt.

Österreich, Europa und die Welt

Aus dieser Erkenntnis und diesem Willen ist letztlich Europäische Union hervorgegangen.

Vieles von dem, was die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten in den vergangenen 60 Jahren erreicht haben, kann als Erfolg gelten: ein gemeinsamer, grenzübergreifender Raum der Bildung und Kultur, der Forschung und der Lehre, der Wirtschaft und des sozialen Wohlstands, der Bürgerrechte und persönlicher Freiheiten.

Eine Europäische Union, die für Menschenrechte, Demokratie, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und Klimaschutz einsteht.

Sie ist kein Garant, aber doch ein Instrument, wenn nicht das wichtigste, für die Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa.

Meine Damen und Herren, die britische Entscheidung, die europäische Union zu verlassen, war für die meisten von uns ein Schock.

Wir alle bedauern sie. Ihr volles Ausmaß können wir derzeit kaum vollends einschätzen.

Diese bedauerliche Entscheidung hat aber auch zu einem Meinungsumschwung in der Bevölkerung geführt. Das konnte ich auch in meinem Präsidentschaftswahlkampf feststellen.

Für Europa war das Brexit-Referendum ein wichtiger Weckruf.

So gerne in europäischen Hauptstädten manchmal mit und über „Brüssel“ gehadert wird, so unwahrscheinlich erscheint es doch, daß sich weitere Mitgliedsstaaten den britischen Entschluß zum Vorbild nehmen.



Österreich, Europa und die Welt

Gerade in Zeiten, wo von Handelskriegen und von völkerrechtswidrigen Eingriffen in die europäische Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitsordnung die Rede ist, ist es wichtig, sich auf die Solidarität und Partnerschaft der Mitglieder der Europäischen Union und ihrer 512 Millionen[1] EU-Bürgerinnen und Bürger verlassen zu können.

Das zeigte sich auch in der Unterstützung, die die Europäische Union dem Vereinigten Königreich nach dem Giftanschlag von Salisbury zuteilwerden läßt.

Die Europäische Union ist nicht unfehlbar, sie soll auch nicht unveränderbar sein, ja, sie muß sogar weiterentwickelt werden.

Kritik an Entscheidungen und Entscheidungsprozessen ist wichtig und willkommen. Sie muß in die Diskussion über die Zukunft Europas eingebunden werden. Berechtigte Kritik sollte aber nicht mit Polemik verwechselt werden.

Meine Damen und Herren, der österreichische Ratsvorsitz steht in wenigen Wochen bevor. Ich hoffe, daß wir die bedauerliche Entscheidung des Vereinigten Königreichs als Chance begreifen.

Die Arbeit an der Gestaltung unseres künftigen Verhältnisses zum Vereinigten Königreich ist ein wichtiges Projekt, gerade auch für den österreichischen EU-Vorsitz. Aber sie sollte uns nicht abhalten von der noch viel wichtigeren Arbeit der Gestaltung unserer gemeinsamen europäischen Zukunft.

Ein geeintes Europa ist heute, wie zur Zeit seiner Entstehung, jede Anstrengung wert. Dieses Anliegen möchte ich Ihnen ans Herz legen.

Lassen Sie mich Ihnen dazu noch eine Geschichte erzählen, die ich „ZEIT“-Redakteur Jan Ross verdanke.

Ross entdeckte das spezifisch Europäische in einem Coffeeshop in der pakistanischen Stadt Lahore. Sein Gesprächspartner, weder Militär noch langbärtiger Islamfanatiker, sondern ein Geschäftsmann fragte Ross in gediegenem Englisch, warum Deutschland keine Atombombe baue. Wo das Land doch berühmt für seine Ingenieurskunst und Waffenschmieden sei.

Ross' Antwort, daß Atomrüstung in Deutschland überhaupt kein Thema sei, und daß sich die Deutschen nicht von den Atomwaffen anderer europäischer Staaten bedroht fühlen, hörte sich für den pakistanischen Geschäftsmann – den nuklearen Erzfeind Indiens hinter der sehr nahen Grenze wissend – völlig unvorstellbar, absolut irrational, ja „komplett fantastisch“ an.

Mit seinen weiteren Ausführungen mutete



Foto: BMEIA / Mahmoud

Außenministerin Karin Kneissl: »Eine verantwortungsvolle Außenpolitik sollte den Blick auf größere geopolitische Entwicklungen werfen und faktenbasiert entscheiden.«

Ross dem Pakistani den Blick in eine andere, fremde Welt zu:

Wir Europäer machen uns nicht über Frankreichs Atomwaffen Gedanken, „sondern über sein Kredit-Rating, und wir haben nicht Angst davor, daß dieses Rating zu gut, sondern daß es zu schlecht werden könnte.

Die Schicksale von Staaten in Europa sind einmalig eng verknüpft, aber genau andersherum als in der klassischen Macht- und Geopolitik:

Man profitiert von der Stärke des anderen und leidet unter seiner Schwäche. Das stellt Jahrhunderte historischer Erfahrung auf den Kopf“, so Ross. Dem ist wenig hinzuzufügen! Vielleicht nur das:

Sie, sehr verehrte Damen und Herren, werden im zweiten Halbjahr ganz maßgebliche Akteure in dieser europäischen Union sein.

Unser Land und auch die Europäische Union werden von Ihrem Wissen, Ihrer Expertise, Ihrem Geschick profitieren. Ich bin überzeugt, daß Sie das erfolgreich bewältigen werden.

Für die verantwortungsvolle Aufgabe, die vor Ihnen liegt, wünsche ich Ihnen alles Gute und viel Erfolg.

Soweit die Redes des Bundespräsidenten im Wortlaut.

Die Gäste des öffentlichen Teils hatten anschließend die Möglichkeit, persönlich mit den anwesenden BotschafterInnen Kontakte zu knüpfen. „Meet the Ambassadors“ wurde

vor einigen Jahren etabliert um österreichische Wirtschaftstreibende mit Botschafterinnen und Botschaftern im Ausland zu vernetzen. In diesem Jahr profitierten rund 300 Gäste von dieser Möglichkeit.

Der zweite und dritte Tag der Konferenz dienten vor allem dem internen Austausch. Günther Oettinger, EU-Kommissar für Haushalt und Personal, reiste für die Botschafterkonferenz nach Linz. Nach einem bilateralen Arbeitsgespräch mit Außenministerin Karin Kneissl stand er anschließend den teilnehmenden BotschafterInnen für weitere Gespräche zur Verfügung.

Auch Landeshauptmann Thomas Stelzer traf mit der Außenministerin und dem EU-Kommissar zu einem Arbeitsgespräch zusammen. Die erstmalige Abhaltung der Konferenz in Oberösterreich zeige vor allem den Stellenwert der international stark aktiven oö. Industrie- und Wirtschaftsunternehmen: „Wir leben heute in einer Welt des ständigen internationalen Wettbewerbs – nicht nur zwischen Unternehmen, sondern auch zwischen Wirtschaftsstandorten. Oberösterreich mit seinen Unternehmerinnen und Unternehmer setzt seit jeher auf internationale Kooperationen und Weltoffenheit. Dies hat uns bis heute zu einem wirtschaftlichen Stärkefeld gemacht und ist das Fundament für ein Land der Möglichkeiten beim Wirtschaften, Arbeiten und Forschen“, so Stelzer. ■

<http://www.bmeia.gv.at>

Die Eröffnung der Botschafterkonferenz 2018 in Linz kann übrigens auf YouTube nachgesehen werden unter

<https://youtu.be/wxepzkNuvjI>

Karin Kneissl in Moskau

Am 19. bis 20. April hielt sich die Außenministerin zu einem zweitägigen Arbeitsbesuch in Rußland auf und traf mit ihrem Amtskollegen Sergey Lavrov zusammen.



Foto: BMEIA

Außenministerin Karin Kneissl mit Außenminister Sergey Lavrov bei der gemeinsamen Pressekonferenz in Moskau

Auf dem Programm der ersten Reise von Karin Kneissl in ihrer Funktion als Außenministerin stand unter anderem ein kurzfristig anberaumtes Treffen mit dem UN-Sondergesandten für Syrien, Staffan De Mistura, und ein Arbeitsgespräch mit dem Außenminister der Russischen Föderation, Sergey Lavrov.

Bei ihrem Treffen mit UN-Sondergesandten und Syrien-Vermittler Staffan De Mistura wurde die aktuelle Lage in Syrien thematisiert. Außenministerin Karin Kneissl lobte das bisherige Engagement des UN-Sondergesandten.

Der Konflikt in Syrien war auch Thema des Arbeitsgesprächs von Karin Kneissl mit ihrem russischen Amtskollegen Sergey Lavrov. Die Außenministerin hat dabei erneut die große Besorgnis Österreichs über den Einsatz von Chemiewaffen in Syrien betont.

„Wir brauchen einen effektiven Multilateralismus und eine Rückkehr an den Verhandlungstisch. Österreich ist weiterhin bereit, im Rahmen seiner Möglichkeiten darauf hinzuarbeiten“, so Kneissl.

Weitere Themen des Gesprächs waren die bilateralen Beziehungen, die Zusammenarbeit in der OSZE, bei der Österreich im Vor-



Foto: BMEIA

Außenministerin Karin Kneissl und Österreichs Botschafter in Rußland, Johannes Eigner

jahr den Vorsitz innehatte und der bevorstehende EU Ratsvorsitz Österreichs.

Dabei betonte Kneissl die Notwendigkeit des konstruktiven Dialogs und des gegenseitigen Verständnisses in allen bi- und multilateralen Belangen. Diesen Dialog werde man auch künftig fortsetzen.

Nach dem Arbeitsgespräch und einer Pressekonferenz im Außenministerium stattete die Außenministerin auch der Menschenrechtsorganisation Memorial einen Besuch ab und traf mit russischen Menschenrechtsverteidigern zusammen. ■

<http://www.bmeia.gv.at>

Neue Kulturinstitution in Moskau

Zur Unterstützung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen wurde am 19. April in Moskau ein Österreich Institut eröffnet.



Foto: BMEIA /Angelika Lauber

Außenministerin Karin Kneissl mit ÖI-Geschäftsführerin Katharina Körner bei der Eröffnung des neuen Österreich Instituts in der Moskauer Nikoloyamskaya ul.



Foto: BMEIA /Angelika Lauber

v.l.: ÖI-Geschäftsführerin, ÖI-Institutsleiter Thomas Stiglbrunner, ... und Österreichs Botschafter in Rußland, Johannes Eigner

Das Österreich Institut (ÖI) ist eine Einrichtung der Republik Österreich zur Durchführung von Deutschkursen im Ausland sowie zur Förderung des kulturellen Austauschs. Es kooperiert mit Institutionen der österreichischen Kultur- und Außenpolitik sowie mit einer Reihe von Partnern im In- und Ausland.

An den zehn Standorten des ÖI besuchen jährlich ca. 11.000 Menschen Deutschkurse. Alle acht Institute sind zertifizierte Prüfungszentren für das international anerkannte Ös-

terreichische Sprachdiplom Deutsch (ÖSD).

Mit der Entwicklung von eigenen Lehrmaterialien wird ein moderner Sprachunterricht unterstützt und ein starker Bezug zur österreichischen Sprache und Kultur hergestellt. Dazu gehören beispielsweise der regelmäßig erscheinende „Österreich Spiegel“ – die Zeitung für den Deutschunterricht, die Fachsprachenmappen, wie etwa „Deutsch für JuristInnen“ oder „Deutsch im Gesundheits- und Pflegebereich“ sowie Filmdidaktisierungen.

Als Spezialist für den Deutschunterricht bietet das ÖI eine Palette an Kursen für jede Niveau- und Altersstufe, mit unterschiedlichem Stundenumfang, Alltags- wie Fachsprachenkurse sowie maßgeschneiderte Kurse für den Individual- und Firmenunterricht an.

Die ÖI GmbH ist seit 1997 als Unternehmen des österreichischen Außenministeriums mit der Durchführung von Deutschkursen im Ausland für Privat- und Firmenkunden und der Förderung des kulturellen Austauschs mit den Partnerländern beauftragt. Mehr als 100.000 KursteilnehmerInnen haben in den letzten 20 Jahren an den bisher neun Standorten des ÖI im Ausland Deutsch gelernt. Der Eigenfinanzierungsgrad beträgt mehr als beachtliche 85 Prozent.

Zu den bereits bestehenden Standorten Belgrad, Budapest, Pressburg, Brünn, Moskau, Rom, Sarajevo, Warschau, Krakau und Breslau kam nun ein weiterer hinzu.

Zweites ÖI in Moskau

Zur Unterstützung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen wurde nun am 19. April in Moskau ein ÖI unter Teilnahme von Außenministerin Karin Kneissl und zahlreicher russischer Pressevertretern eröffnet. Der offizielle Deutschkursanbieter des österreichischen Außenministeriums betreibt damit zehn Institute im Ausland. Es wird erwartet, daß das Angebot des ÖI, das als Spezialist für den Deutschunterricht jede Niveau- und Altersstufe und den Individual- und Firmenunterricht abdeckt, in Moskau auf große Nachfrage stoßen wird.

Zur Eröffnung meinte Katharina Körner, Geschäftsführerin der Österreich Institut GmbH: „Mit dem ÖI Moskau möchten wir Beiträge zur Pflege der wertvollen Kulturbeziehungen zwischen Rußland und Österreich und dem wirtschaftlichen Austausch leisten. Die Eröffnung des ÖI Moskau ist uns gerade in Zeiten der Anspannung ein besonderes Anliegen. Eine gemeinsam gepflegte Sprache ist die Grundlage für die Verbindung zwischen Völkern und Kulturen. Ohne Kommunikation kann es keine Lösungen geben.“

Das neue Institut wird im sog. „Kärntner Haus“ der STRABAG untergebracht. ■

<http://www.oesterreichinstitut.org>

EU-Erweiterung

Leicht steigende Zustimmungsraten für potentielle EU-Beitrittswerber, wenn auch auf niedrigem Niveau – Ablehnung einzelner Länder des Westbalkans stark rückläufig – Kontinuierlich starke Ablehnung eines EU-Beitritts der Türkei

Am 17. April präsentierte die EU-Kommission wieder ihr jährliches Erweiterungspaket zu den Ländern des Westbalkans und zur Türkei. „Seit dem EU-Beitritt Kroatiens vor fünf Jahren ist das Thema Erweiterung für die Österreicher jedoch in den Hintergrund gerückt. Die Zustimmung zu den einzelnen Beitrittskandidaten am Westbalkan bewegt sich – trotz leichten Verbesserungen im Zeitverlauf – auf niedrigem Niveau. Interessant ist allerdings auch, daß nunmehr die Ablehnung einzelner Länder teils stark rückläufig ist“, so Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), zu einer österreichweiten ÖGfE-Umfrage.

Hinsichtlich der einzelnen (potentiellen) Beitrittskandidaten herrscht unter den ÖsterreicherInnen ein zumeist recht einheitliches Meinungsbild. Eine Ausnahme bildet die Türkei, deren EU-Mitgliedschaft deutlich stärker abgelehnt wird.

Einen EU-Beitritt von Bosnien und Herz-

egowina begrüßen 31 % der Befragten, 36 % lehnen ihn ab, 24 % ist es – nach eigenen Angaben – egal, ob das Land EU-Mitglied wird. (Rest auf 100 % = „weiß nicht/Keine Angabe“ – gilt auch für folgende Werte)

Im Fall von Serbien sind es 29 %, die eine EU-Mitgliedschaft des Landes begrüßen würden, während 45 % eine solche ablehnen und 15 % sich indifferent zeigen.

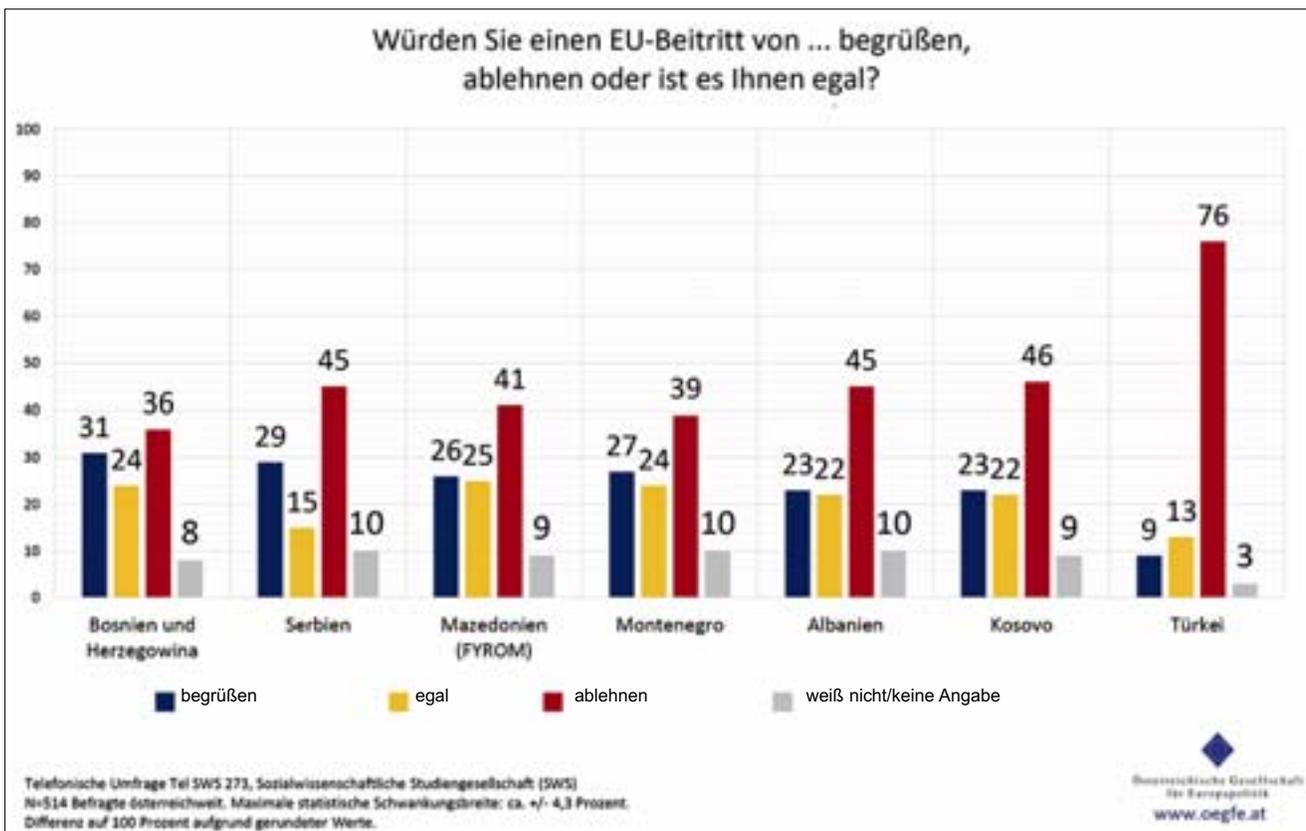
Ähnlich gestaltet sich das Meinungsbild, wenn es um einen möglichen Beitritt Mazedoniens (FYROM) geht: 26 % würden ihn begrüßen, 41 % ablehnen, 25 % ist es „egal“.

Nahezu ident ist die Einstellung zu einem potentiellen EU-Zugang Montenegro: 27 % würden das Land an der Adria als neues EU-Mitglied begrüßen, 39 % jedoch ablehnen, 24 % antworten „egal“.

Ein etwaiger EU-Beitritt von Albanien und dem Kosovo wird nahezu gleich beurteilt: Je 23 % würden einen solchen begrüßen, je 22 % wäre es „egal“, 45 % bzw. 46 % äußern sich ablehnend.

Dagegen könnten sich gegenwärtig nur 9 % die Türkei als EU-Mitglied vorstellen. Drei Viertel der Befragten lehnen einen EU-Beitritt der Türkei jedoch ab (76 %), während sich 13 % indifferent zeigen.

Ein Blick auf eine seit dem Jahr 2010 bestehende ÖGfE-Zeitreihe macht deutlich, daß die Werte der expliziten Zustimmung zu den einzelnen Beitrittskandidaten am Westbalkan sich zwar auf niedrigem Niveau bewegen, jedoch ein leichter Trend nach oben festzustellen ist, während die Ablehnung einzelner Länder teils stark rückläufig ist bzw. die Indifferenz steigt. So im Fall von Albanien (minus 23 PP seit Herbst 2012), Bosnien-Herzegowina (minus 22 PP seit Herbst 2012), des Kosovo (minus 20 PP seit Herbst 2012) oder Serbiens (minus 17 PP seit Herbst 2013). Bei Mazedonien (FYROM) und Montenegro schwankt das Meinungsbild etwas stärker, doch auch hier geht die explizite Ablehnung teils stark zurück. Im Fall der Türkei zeigt sich hingegen in den letzten



Jahren ein Trend zu stärkerer Ablehnung eines EU-Beitritts.

„Kommissionspräsident Juncker hat nämlich Serbien und Montenegro einen möglichen EU-Beitritt im besten Fall für das Jahr 2025 in Aussicht gestellt. Allerdings müßten die beiden Länder bis dahin noch massive Anstrengungen unternehmen, soll dieses Datum einigermaßen erreichbar scheinen. Das betrifft im besonderen die Bereiche Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und Regierungsführung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Für alle Beitrittsaspiranten gilt zudem, daß bilaterale Streitpunkte noch vor einer potentiellen EU-Mitgliedschaft beigelegt werden müssen, sodaß Konflikte nicht in die Union importiert werden“, so Schmidt. „Was die Türkei anlangt, so sollten die Gesprächskanäle jedenfalls offen gehalten wer-

den, auch wenn ein EU-Beitritt Ankaras derzeit keine realistische Perspektive darstellt.“

Nur ein knappes Viertel (23 %) der Befragten möchte, daß Österreich als Motor für eine Aufnahme der Westbalkan-Länder in die EU auftritt. Knapp sechs von zehn Befragten (58 %) halten das nicht für notwendig, während ein Fünftel in dieser Frage keine Stellungnahme abgeben kann (19 %). Im Vergleich zu Oktober 2016 ist das Meinungsbild der ÖsterreicherInnen hierzu praktisch ident geblieben.

„Die EU-Annäherung der Länder am Westbalkan wird seit langem auch von Österreich unterstützt. Die Tatsache, daß sich Österreich kontinuierlich als aktiver Partner des Beitrittsprozesses positioniert, könnte zumindest dazu beigetragen haben, daß die dezidierte Ablehnung einzelner Balkan-Län-

der über die vergangenen Jahre merklich zurückgegangen ist. Solange allerdings die Neuordnung der EU nicht auf Schiene ist, wird die Zustimmung zu einer Erweiterung der Union weiterhin verhalten bleiben. Gleichzeitig darf die Integration der Westbalkan-Region nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden, sondern muß stärker als bisher auf die europäische Tagesordnung rücken, um auch dem Reformprozess in Südosteuropa neuen Schwung zu verleihen“, hält Schmidt fest. ■

<http://www.oegfe.at>

Die Umfrage wurde von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft zwischen 20. bis 28. März 2018 im Auftrag der ÖGfE durchgeführt (Tel SWS 273). Befragt wurden österreichweit 514 Personen per Telefon.

Außenministerium: Beschluß des Ministerrates über die Besetzung von Leitungsfunktionen im Ausland

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung vom 25. April dem Vorschlag von Außenministerin Karin Kneissl zugestimmt, folgende Bedienstete des BMEIA mit der Leitung von österreichischen Vertretungsbehörden zu betrauen:

Botschafter Mag. Roland Hauser mit der Leitung der Österreichischen Botschaft (ÖB) Addis Abeba und Mitakkreditierung als ao. u. bev. Botschafter in der Republik Dschibuti, der Republik Kongo, der Republik Uganda und der Republik Südsudan,

Gesandten Mag. Peter Elsner-Mackay mit der Leitung der ÖB Algier und Mitakkreditierung als ao. u. bev. Botschafter in der Republik Niger,

Botschafter Mag. Bernd Alexander Bayerl mit der Leitung der ÖB Baku,

Botschaftsrat und Konsul Dr. Martin Allgäuer mit der Leitung des Österreichischen Generalkonsulates (ÖGK) Chengdu / Konsularabteilung ÖB Peking,

Botschafter Mag. Klaus Kögeler mit der Leitung der ÖB Havanna und Mitakkreditierung als ao. u. bev. Botschafter in der Dominikanischen Republik und der Republik Haiti,

Botschafterin Dr.in Franziska Honsowitz-Friessnigg mit der Leitung der ÖB beim Heiligen Stuhl und Mitakkreditierung als ao. u. bev. Botschafterin in der Republik San Marino und beim Souveränen Malteser-Ritter-Orden,

Gesandten Mag. Nicolaus Keller mit der Leitung der ÖB Islamabad und Mitakkredi-

tierung als ao. u. bev. Botschafter in der Islamischen Republik Afghanistan,

Gesandte Mag.a Stella Avallone mit der Leitung der ÖB Lettland mit Sitz in Wien,

Botschafterin Dr.in Elisabeth Bertagnoli mit der Leitung der ÖB Liechtenstein mit Sitz in Wien,

Gesandten Mag. Dr. Gerhard Zettl mit der Leitung der ÖB Lima und Mitakkreditierung als ao. u. bev. Botschafter im Plurinationalen Staat Bolivien,

Gesandte Mag.a Yvonne Tonic-Sorinj mit der Leitung der ÖB Litauen mit Sitz in Wien,

Gesandten Mag. Andreas Stadler mit der Leitung der ÖB Malta mit Sitz in Wien,

Gesandte Mag.a Aloisia Wörgetter mit der Leitung der ÖB Minsk,

Gesandten Mag. Dr. Christian Fellner mit der Leitung der ÖB Nairobi und Mitakkreditierung als ao. u. bev. Botschafter in der Republik Burundi, der Union der Komoren, der Republik Malawi, der Republik Uganda, der Republik Sambia, der Republik Seychellen, der Republik Somalia, der Vereinigten Republik Tansania und der Demokratischen Republik Kongo,

Generalsekretär Botschafter Dr. Michael Linhart mit der Leitung der ÖB Paris und Mitakkreditierung als ao. u. bev. Botschafter im Fürstentum Monaco,

Gesandte Mag.a Margit Bruck-Friedrich mit der Leitung der ÖB Pressburg,

Gesandten Dr. Johannes Wimmer mit der Leitung der ÖB Rabat und Mitakkredi-

tierung als ao. u. bev. Botschafter in der Islamischen Republik Mauretanien,

Gesandten Mag. Georg Pöstinger mit der Leitung der ÖB Riyadh und Mitakkreditierung als ao. u. bev. Botschafter in der Republik Jemen und im Sultanat Oman,

Gesandte Dr.in Ulrike Hartmann mit der Leitung der ÖB Sarajewo,

Gesandte Mag.a Andrea Wicke mit der Leitung der ÖB Sofia,

Gesandte Mag.a Dr.in Gudrun Graf mit der Leitung der ÖB Stockholm,

Gesandten Dr. Alexander Wojda mit der Leitung des ÖGK in Straßburg und

Gesandte Mag.a Dr.in Gabriela Sellner mit der Leitung der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen (Wien), IAEO, UNIDO und CTBTO.

Die Betrauung mit den genannten Botschafterfunktionen erfolgt nach Einholung des erforderlichen Agréments des Empfangstaates und nach Ausstellung des Beglaubigungsschreibens durch den Bundespräsidenten.

Weiters betraute die Außenministerin

Gesandten Dr. Michael Haider mit der Leitung des Österreichischen Kulturforums New York,

Gesandten Dr. Robert Gerschner mit der Funktion des Erstzugeteilten an der ÖB Moskau und

Gesandte Mag.a Gabriele Gil-Feigl mit der Funktion der Erstzugeteilten an der ÖB Peking. ■

<http://www.bmeia.gv.at>

Wie Gesandtenbriefe das Türken-Stereotyp prägten

In Texten ist viel Wissen versteckt, das Forscher mit den gängigen Analyse-Methoden bisher nicht sichtbar machen konnten.

Mit der digitalen Informationsverarbeitung ist es nun möglich, verborgene Muster und Strukturen in Texten zu erschließen und so zu neuen Erkenntnissen zu gelangen. Man spricht von „Digital Humanities“, wenn in den Geistes- und Kulturwissenschaften computergestützte Verfahren zum Einsatz kommen.

Die Universität Salzburg setzt nun eine „Digital Humanities“-Initiative. Ein Musterbeispiel ist ein Projekt des Historikers Arno Strohmeyer zur habsburgisch-osmanischen Diplomatie. Ziel dieses Projekts ist es, zu einem besseren Verständnis darüber zu gelangen, wie stark das in Europa vorhandene Wissen über die Osmanen von den Diplomatenbriefen des 17. Jahrhunderts geprägt war und was das für das Verhältnis von Christen und Muslimen heute bedeutet.

Historische Dimension von Problemen

„Die diplomatische Korrespondenz ist gerade auch heute sehr interessant, weil wir so die historische Dimension von Problemen erkennen, die uns gegenwärtig sehr beschäftigten, wie ‚Multikulti‘ oder das oft schwierige Verhältnis von Muslimen und Christen“, sagt Arno Strohmeyer, Professor für Allgemeine Geschichte der Neuzeit an der Universität Salzburg. Für bemerkenswert hält er etwa, daß die Muslime damals in Konstantinopel Christen und Juden duldeten und es keine Zwangsbekehrungen gab, während der Kaiserhof in Wien intolerant gegenüber Muslimen war. „Heute ist es umgekehrt. Heute ist eher die christliche Gesellschaft die tolerante. Dieses Wissen hilft uns aktuell zwar nicht weiter, aber es erweitert den Horizont und wir sehen, daß vieles einmal anders war und nicht grundsätzlich ‚wir‘ die Guten sind und ‚die anderen‘ die Bösen.“

Die internationalen Beziehungen in Europa wurden völlig neu geordnet

Konstantinopel, die Stadt auf zwei Kontinenten, war viele Jahrhunderte eine der mächtigsten Metropolen der Welt. Gesandte aus Asien, Afrika und Europa trafen sich hier, tauschten Informationen aus und berichteten



Faksimile eines Briefs von Alexander von Greiffenklau zu Vollrads an Kaiser Ferdinand III., Konstantinopel, 15. September 1646 (die Zahlen sind chiffrierte Textstellen)

in ihre Heimat. So hatte Mitte des 17. Jahrhunderts der Kaiserhof in Wien großes Interesse an den Vorgängen in der osmanischen Hauptstadt. Es war die Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg. Die internationalen Beziehungen in Europa wurden völlig neu geordnet. Die Türkenkriege, Kriegshandlungen zwischen dem sich ausbreitenden Osmanischen Reich und dem christlich geprägten

Europa, ruhten zwischenzeitlich. Friedenssicherung stand ganz oben auf der Agenda der Habsburger wie der Osmanen. Dazu beitragen sollten die regelmäßigen Briefe, in denen die Diplomaten, die der Kaiserhof in Konstantinopel stationiert hatte, über die politischen Verhandlungen, aber auch über das Leben in der Stadt, die Kultur und Gesellschaft der Osmanen informierten.

Österreich, Europa und die Welt

Das Wissen entsprach sehr eingeschränkt der Realität

„Das Wissen, das über die Osmanen nach Wien übermittelt wurde, entsprach jedoch nur sehr eingeschränkt der Realität“, betont Strohmeier. Berichtet wurde oft das, was der eigenen Karriere förderlich war, was als Klischee weitverbreitet war oder was der Kaiserhof hören wollte – und das waren oft negative Stereotype wie das von den „barbarischen“ Osmanen. „Man hat in den Briefen und in den Reiseberichten einen Beleg dafür, wie stark das europäische Wissen über die Osmanen damals medial geprägt war. Die heutige Macht der Medien über die Wahrnehmung der Welt ist also nichts ganz Neues. Es gab damals zum Beispiel so eine Art Referenz-Reiseberichte, die eine Meinung schafften, die von anderen immer wieder übernommen wurde, ohne zu prüfen ob der Sachverhalt stimmt. Dazu gehörte das Feindbild Türke.“

Stereotype in Diplomatenbriefen

Wie oft kommt in den rund 1000 Diplomatenbriefen das Stereotyp von den „barbarischen“, „gewaltbereiten“ oder „wollüstigen“ Osmanen vor? Das ist eine von Strohmeiers Forschungsfragen. Mit den neuen computergestützten Textanalysen (text mining) läßt sie sich erstmals exakt beantworten und so kann das damals konstruierte Türkenbild präzise nachgezeichnet werden. Mit Hilfe der Computerwissenschaft lassen sich auch – was inzwischen als Selbstverständlichkeit er-



Foto: Universität Salzburg / Kolarik

Univ.-Prof. Arno Strohmeier

scheint – Eigennamen, die im Text vorkommen, wie zum Beispiel Maximilian Graf von Trauttmansdorff, damals eine der einflussreichsten Personen am Kaiserhof, zu biographischen Nachschlagewerken verlinken. Ausserdem können große Datenmengen visualisiert werden. „Ein besonderer Mehrwert bei der Anwendung modernster Methoden der digitalen Editionstechnik und computergestützter Textanalyse besteht darin, daß die Ergebnisse später open access, für alle frei zugänglich im Internet verfügbar sind,“ sagt der Salzburger Historiker, der auch als wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Öster-

reichischen Akademie der Wissenschaften in Wien tätig ist.

Tiefgreifender Strukturwandel

Die „digitale Vermessung der Kultur“ bedeutet einen tiefgreifenden Strukturwandel in den Geisteswissenschaften, deren Verfahren traditionell bisher eher die Textkritik als das Rechnen war. Gerade aber in der Geschichtsforschung hat sich die Computerwissenschaft inzwischen zu einer wichtigen Grundlagenwissenschaft entwickelt und sie werde in den nächsten Jahren noch wichtiger werden, sagt Strohmeier.

Kooperationspartner

Kooperationspartner des vom Österreichischen Wissenschaftsfond FWF geförderten Projekts „Die Medialität diplomatischer Kommunikation: Habsburgische Gesandte in Konstantinopel in der Mitte des 17. Jahrhundert“ sind das Austrian Centre for Digital Humanities der Universität Graz (liefert die IT-Kompetenz) und das Institut für Geschichte der Universität Szeged/Ungarn (Osmanistik-Expertise). Das Projekt läuft von 2017 bis 2021. Andere Digital Humanities Projekte an der Universität Salzburg sind beispielsweise eine historische Rezeptdatenbank (Marlene Ernst), das Salzburger Kulturlexikon (Christian Uhlir), die digitale Bildatenbank REALonline (Ingrid Matschinegg) oder eine Briefsammlung von österreichischen AuswandererInnen (Sylvia Hahn). ■

<http://diploko.at/>

<http://www.uni-salzburg.at/>

Das ÖJ dankt dem Österreichischen Staatsarchiv, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, für die Zurverfügungstellung der Faksimile!



© Österreichisches Staatsarchiv, Haus-, Hof- und Staatsarchiv

Faksimile eines Briefs von Alexander von Greiffenklau zu Vollrads an Kaiser Ferdinand III., Konstantinopel, 15. September 1646

Abgestürzt, verschollen, gelyncht...

Alliierte Piloten zwischen 1943 und 1945 – ForscherInnen des Hauses der Geschichte Österreich klären »Cold Cases« und verschaffen den Familien späte Gewißheit.



Foto: Bundesheer / Gerhard Simader

Auf dem Fliegerhorst Linz Hörsching (v.l.): Generalleutnant Franz Reißner, Oö. Landtagspräsident Viktor Sigl, der Geschäftsträger der US-Botschaft in Wien, Eugene Young, und der Generalsekretär des Bundesministeriums für Landesverteidigung, Wolfgang Baumann

Am 3. April wurde am Fliegerhorst Vogler in Linz Hörsching eine Gedenktafel für den ermordeten US-Piloten Walter P. Manning enthüllt. Mannings Maschine wurde gegen Ende des Zweiten Weltkrieges südlich von Linz abgeschossen. Der Kampfpilot konnte zwar noch mit dem Fallschirm landen, wurde dann aber am Boden von einer aufgebracht Menge gelyncht.

Hochrangige Vertreter des Österreichischen Bundesheeres – unter anderem Generalsekretär Wolfgang Baumann, Generalmajor Karl Gruber (Kommandant der Luftstreitkräfte) sowie Generalleutnant Franz Reißner (Kommandant der Landstreitkräfte) – nahmen gemeinsam mit Oberösterreichs Landtagspräsident KR Viktor Sigl und den WissenschaftlerInnen Nicole-Melanie Goll und Georg Hoffmann des Hauses der Geschichte (hdgö) an der Gedenkfeier teil.

Generalsekretär betont Schutzgebot für Kriegsgefangene

Generalsekretär Wolfgang Baumann betonte bei seiner Ansprache, wie wichtig die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit und der

persönliche Mut angesichts von drohendem Unrecht ist. Er erinnerte dabei an die Haager Landkriegsordnung, das Gebot des Schutzes von Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung.



Foto: Bundesheer / Pusch

Der 93jährige Harry Stewart, Fliegerkamerad von Manning, vor dem Mahnmal

Abschuß am 1. April 1945

Walter P. Manning wurde 1920 in Philadelphia geboren und war Kampfpilot der amerikanischen 332nd Fighter Group der 15th US Army Air Force. Sein Flugzeug wurde am 1. April 1945 bei Kematen an der Krems abgeschossen. Als Manning mit seinem Fallschirm am Boden landete, veranstalteten nationalsozialistische Funktionäre und Angehörige der Deutschen Luftwaffe eine Hetzjagd, die schließlich mit der Erhängung Mannings endete.

Der US-Pilot ist eines von unzähligen Opfern der sogenannten „Fliegerlynchjustiz“, die das NS-Regime ab 1944 gegen alliierte Flugzeugbesatzungen initiiert hatte. 73 Jahre nach dem Verbrechen enthüllte der Zeitzeuge und ehemalige Kamerad von Manning, der 93jährige Lieutenant Colonel Harry Stewart, ein Mahnmal, um das tragische Ereignis ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rufen.

Schicksal vermißter alliierter Flugzeugbesatzungen und »Fliegerlynchjustiz«

Die Pionierarbeit der ForscherInnen Nicole-Melanie Goll und Georg Hoffmann des

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Bundesheer / Gerhard Simader

Die hdgö-Wissenschaftlerin Nicole-Melanie Goll am Renderpult; links von ihr hdgö-Wissenschaftler Georg Hoffmann

hdgö und die damit verbundene Aufklärung des Schicksals Mannings hat nicht nur maßgeblich zur Errichtung des Gedenksteins beigetragen, sondern beschäftigt sich auf beispielhafte Weise mit dem Schicksal vermisster alliierter Flugzeugbesatzungen sowie dem NS-Gewaltphänomen der „Fliegerlynchjustiz“ zwischen 1943 und 1945 im heutigen Österreich.

Für die Publikation „Fliegerlynchjustiz“ wurde Hoffmann der renommierten Karl von Vogelsang-Staatsförderpreis für Geschichte der Gesellschaftswissenschaften verliehen.

Neue Sichtweise auf den Luftkrieg

„Die Auseinandersetzung mit den abgeschossenen alliierten Flugzeugbesatzungen eröffnet eine neue Sichtweise auf den Luftkrieg des Zweiten Weltkrieges und rückt eine vergessene Opfergruppe des NS-Terrorregimes in den Fokus“, erklärt Historikerin Nicole-Melanie Goll die Einzigartigkeit ihres Forschungsprojektes, das sie, gefördert durch die Österreichische Akademie der Wissenschaften und den Zukunftsfonds der Republik Österreich, am hdgö in Wien vorantreibt.

Im Zuge des Forschungsprojektes „Downed Allied Air Crew Database Austria“ sammelt Goll Daten zum Schicksal von rund 9.000 amerikanischen und britischen Fliegern, die über dem heutigen Österreich abgeschossen wurden. Der Fall von Walter P. Manning ist nur einer von rund 150 Verbrechen der „Fliegerlynchjustiz“, die bis heute in Österreich als unaufgeklärt gelten. Dazu Goll: „Diese Verbrechen gegen die alliierten Soldaten stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Luftkrieg. Diese Gewalttaten wurden in der Nachkriegszeit verdrängt und fanden keinen Eingang in die Geschichtsbücher. Bis heute haben britische



Foto: Bundesheer / Gerhard Simader

Die Gedenktafel am Fliegerhorst Vogler in Hörsching nach der Enthüllung.

und amerikanische Familien kaum Gewissheit über das tatsächliche Schicksal ihrer Angehörigen, die im Kampf für die Befreiung Österreichs vom NS-Terror getötet wurden.“

Goll und Hoffmann leisten durch ihre gemeinsame Arbeit wichtige Grundlagenforschung zur differenzierten Aufarbeitung des alliierten Luftkriegs. Das Projekt liefert dabei erstmals Daten zum Schicksal aller abgeschossenen westalliierten Flugzeugbesatzungen, stellt Familien erstmals Informationen zur Verfügung und unterstützt das US Department of Defense in der aktiven Suche nach Vermissten.

Das Haus der Geschichte Österreich

Im November 2018 ist es soweit: Das Haus der Geschichte Österreich, organisatorisch in die Österreichische Nationalbibliothek eingebunden, eröffnet in der Neuen Burg am Heldenplatz. Zeitgemäß vermittelt und pointiert erzählt, lädt es zur Ausein-

andersetzung mit der wechselvollen Zeitgeschichte Österreichs ein. Anlass für die Eröffnungsausstellung ist die 100. Wiederkehr der Ausrufung der Republik im November 1918. Ausgehend von der Frage nach der Demokratieentwicklung und ihren Brüchen, bietet die Ausstellung zweierlei: Eine spannende Bildchronologie und Themenschwerpunkte zu ausgewählten Themen, die Österreich bewegten – und es heute noch tun. Als Diskussionsforum für ganz Österreich konzipiert, legt das neue Museum besonderen Wert auf innovative Vermittlungsangebote, ergänzt um eine Webplattform und Publikationen, die neue Perspektiven auf Geschichte und Gegenwart Österreichs anbieten. ■

<http://www.bundesheer.at>

<https://www.hdgoe.at>

Projektseite Forschungsprojekt:

<https://daacda.acdh.oew.ac.at/>

Projektseite „Bombenkrieg in Graz“:

<https://on.uni-graz.at/de/detail/article/bombenkrieg-in-graz/>

Entwicklungszusammenarbeit

Oberösterreich setzt seit 2018 Schwerpunkte in Migrationsländern und im Bereich Klimaschutz



Foto: Land OÖ / Denise Stirlingmayr

v.l.: Robert Zeiner, Botschafterin Désirée Schweitzer und Landeshauptmann Thomas Stelzer

Am 25. und 26. April fand erstmals eine Bund-Länder-Tagung der VertreterInnen im Bereich Entwicklungszusammenarbeit in Oberösterreich statt. Unter anderem sprachen Botschafterin Désirée Schweitzer, Leiterin der Sektion Entwicklung im Außenministerium, und Robert Zeiner, Leiter der Abteilung Programme und Projekte International in der Austrian Development Agency (ADA), der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, in ihren Impulsstatements in den Redoutensälen in Linz über die aktuellen Herausforderungen in der Entwicklungshilfe.

„Entwicklungszusammenarbeit ist nach wie vor eine Daueraufgabe, die das Engagement aller fordert. Nur durch eine Verbesserung der Lebensverhältnisse vor Ort und durch Hilfe zur Selbsthilfe kann der Landflucht und damit Migrationsbewegungen entgegen gewirkt werden. Oberösterreich legt seit Anfang 2018 daher ganz bewusst einen Schwerpunkt auf Aktivitäten in Migrationsländern und auf Projekte im Bereich Klimaschutz“, so Landeshauptmann Thomas Stelzer, der im Land OÖ auch für Entwicklungszusammenarbeit zuständig ist.

Das Land Oberösterreich arbeitet bei Entwicklungshilfeprojekten seit jeher eng mit den oberösterreichischen NGOs und Initiativen zusammen. Im Durchschnitt werden pro Jahr 100 Projekte im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit von NGOs und Organisationen aus Oberösterreich gefördert.

Darüber hinaus werden Menschen, die bei EZA-Projekten im Ausland mitarbeiten, sowie oberösterreichische Schulen mit der „Aktion Fair Play“ unterstützt. Das Budget für Entwicklungshilfe liegt in Oberösterreich aktuell bei 2,1 Millionen Euro.

Außenministerium stellt Frauen in den Mittelpunkt

„Wir sind in den ärmsten Ländern tätig, um den Menschen dort ein besseres Leben zu ermöglichen. Ein Thema, das Bundesministerin Karin Kneissl dabei besonders wichtig ist, sind die Anliegen von Frauen“, erklärte Botschafterin Désirée Schweitzer in ihrem Vortrag. „Aktuell stellen wir eine Million Euro zur Unterstützung von Aktivitäten gegen weibliche Genitalverstümmelung (FGM) und für Frauengesundheit und Familienplanung bereit. Dies kommt Frauen und Mädchen in verschiedenen afrikanischen Ländern zugute, vor allem im Sahel und am Horn von Afrika.“, so Schweitzer weiter. Schätzungen zufolge sind weltweit mehr als 200 Millionen Mädchen und Frauen von weiblicher Genitalverstümmelung betroffen, daher sei es besonders wichtig, hier das Engagement zu verstärken.

„Ich freue mich, daß die Zusammenarbeit mit den Bundesländern so gut funktioniert und hoffe, daß wir das gemeinsame Fördern von Projekten in Zukunft noch weiter ausbauen können. Das Land Vorarlberg hat uns bereits für ein Fortbildungsprojekt im Be-

reich erneuerbare Energien in Burkina Faso 300.000 Euro zu Verfügung gestellt. Und auch das Bündeln der Mittel aus mehreren Bundesländern und der ADA für Wiederaufbau-Projekte nach dem Erdbeben in Nepal 2015 lief sehr gut“, betont Robert Zeiner, Leiter der Abteilung Programme und Projekte International in der ADA.

Besonders hob Zeiner ein Projekt mit Bezug zu Oberösterreich hervor: „Armut mindern und landwirtschaftliche Entwicklung fördern, das sind zwei Aspekte, die in der Arbeit der Austrian Development Agency – beziehungsweise der Entwicklungszusammenarbeit insgesamt – oft Hand in Hand gehen. Und manchmal hilft auch die Wirtschaft mit: Die oberösterreichische Firma Saatbau Linz etwa, unterstützt in Georgien den Aufbau einer Weizen Saatgut-Produktion und die Erhöhung der Eigenversorgung des Landes mit Getreide.“

Die Austrian Development Agency, die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, unterstützt Länder in Afrika, Asien, Südost- und Osteuropa sowie die Karibik bei ihrer nachhaltigen Entwicklung. Gemeinsam mit öffentlichen Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen setzt die ADA derzeit Projekte und Programme mit einem Gesamtvolumen von 500 Millionen Euro um. ■

<http://www.oberoesterreich.at>

<http://www.bmeia.gv.at>

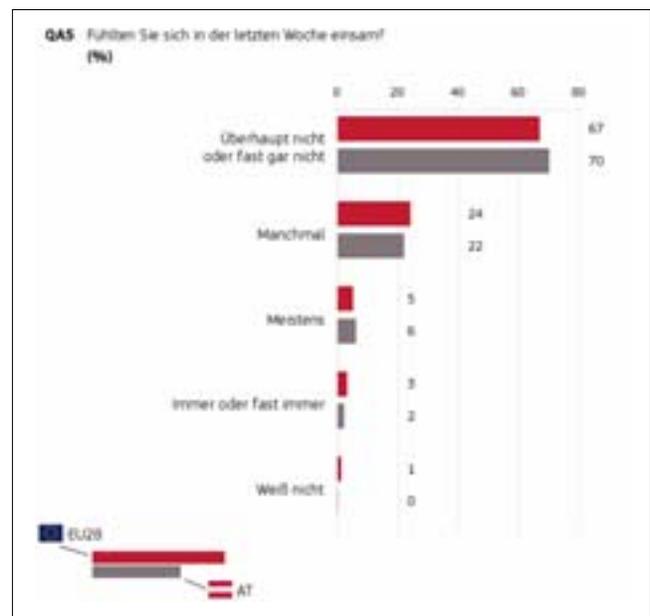
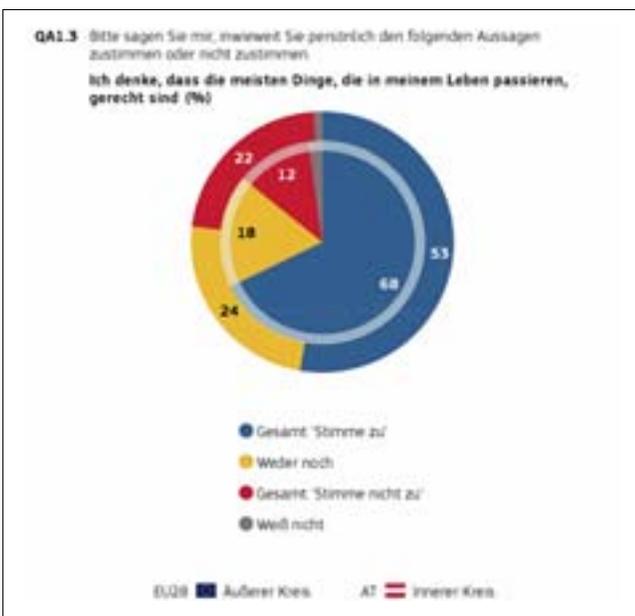
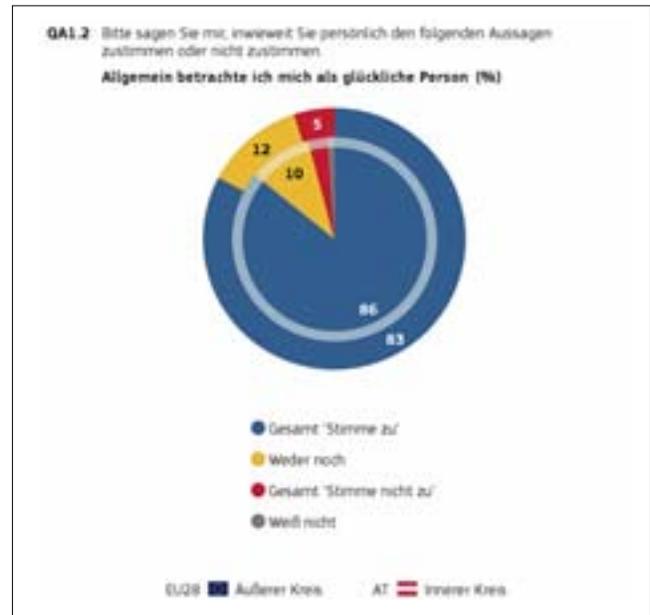
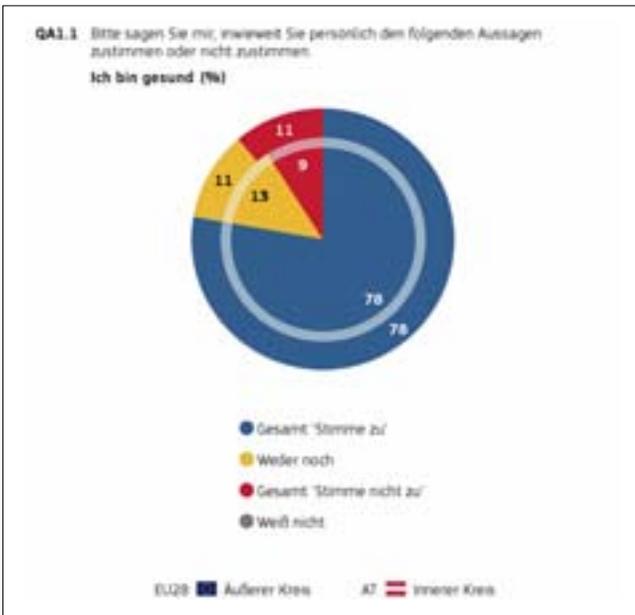
<http://www.entwicklung.at>

Wie ist es in der EU um die Gerechtigkeit bestellt?

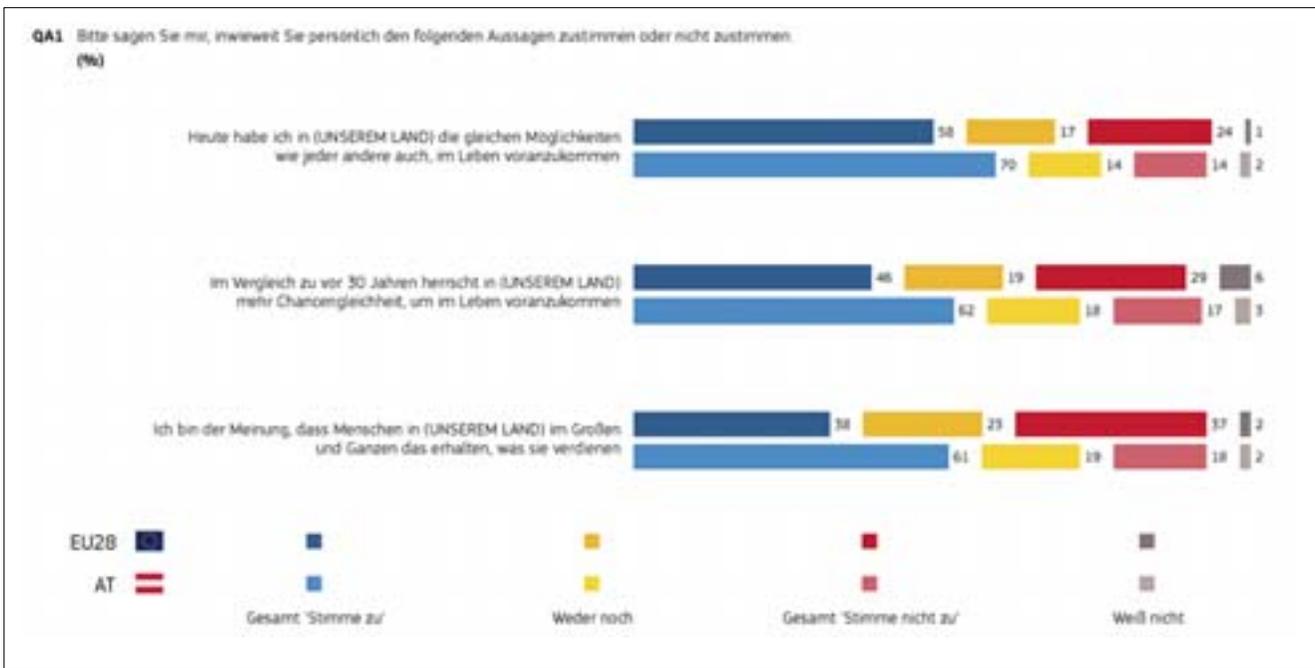
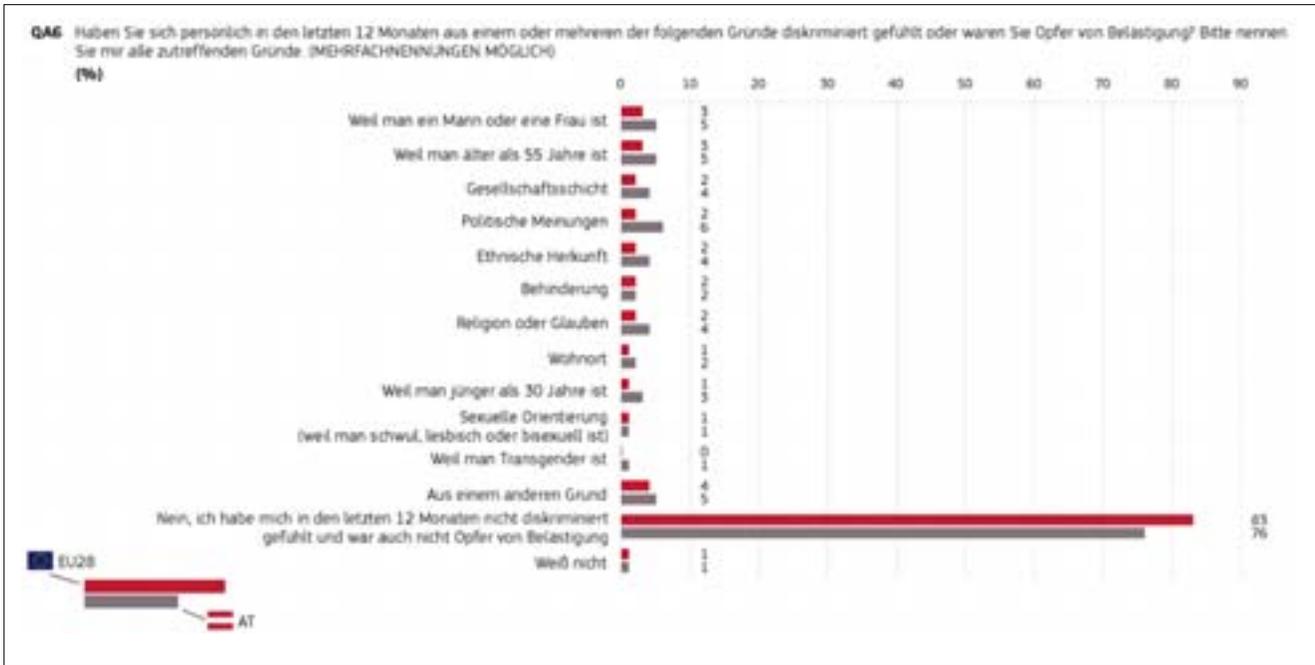
Aktuelle Umfragen zeigen, daß die meisten EuropäerInnen der Ansicht sind, daß es im Leben im Allgemeinen gerecht zugeht; besorgt sind sie jedoch in bezug auf die Justiz, politische Entscheidungen und die Einkommensungleichheit. Wir ÖsterreicherInnen sind glücklicher als EU-Durchschnitt!

Jean-Claude Juncker, der Präsident der Europäischen Kommission, machte Fairness in der EU zu einem der Eckpfeiler seiner politischen Prioritäten. Um diese Bemühung durch wissenschaftliche Daten zu untermauern, erstellte der wissenschaftliche Dienst der Kommission, die Gemeinsame Forschungsstelle (JRC), im vergangenen Jahr

ihren ersten Bericht über die soziale Gerechtigkeit. Die Ergebnisse des am 23. April veröffentlichten „Eurobarometer Spezial“ leisten einen Beitrag zur Behandlung weitergehender Fragen der empfundenen Ungerechtigkeit in den Bereichen Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und in der Gesellschaft insgesamt.



Österreich, Europa und die Welt



Dieser Umfrage zufolge ist eine Mehrheit der EuropäerInnen der Auffassung, daß es in ihrem Leben überwiegend gerecht zugeht und daß sie die gleichen Chancen haben, voranzukommen. Indessen sind sie weniger davon überzeugt, daß das Recht und politische Entscheidungen – unabhängig von sozialem Status, Einkommens- und Vermögensverhältnissen und Beziehungen – in ihren Ländern einheitlich und konsequent angewandt werden. Die große Mehrheit ist außerdem der Meinung, daß die Einkommensungleichheit zu groß ist und daß die Regierungen hier tätig werden sollten; weniger als die Hälfte der Be-

fragten glaubt, daß sich die Chancengleichheit und ihr sozialer Status im Laufe der Zeit verbessert hat.

Tibor Navracscics, EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, der auch für die Gemeinsame Forschungsstelle zuständig ist, sagte dazu: „Gerechtigkeit ist ein wesentlicher Bestandteil beim Aufbau eines widerstandsfähigeren, durch Zusammenhalt geprägten Europas. Unsere Initiativen in diesem Bereich müssen sich auf fundierte Erkenntnisse stützen, gleichzeitig aber auch die Werte und Wahrnehmungen der Europäerinnen und Europäer berücksichtigen. Ich bin

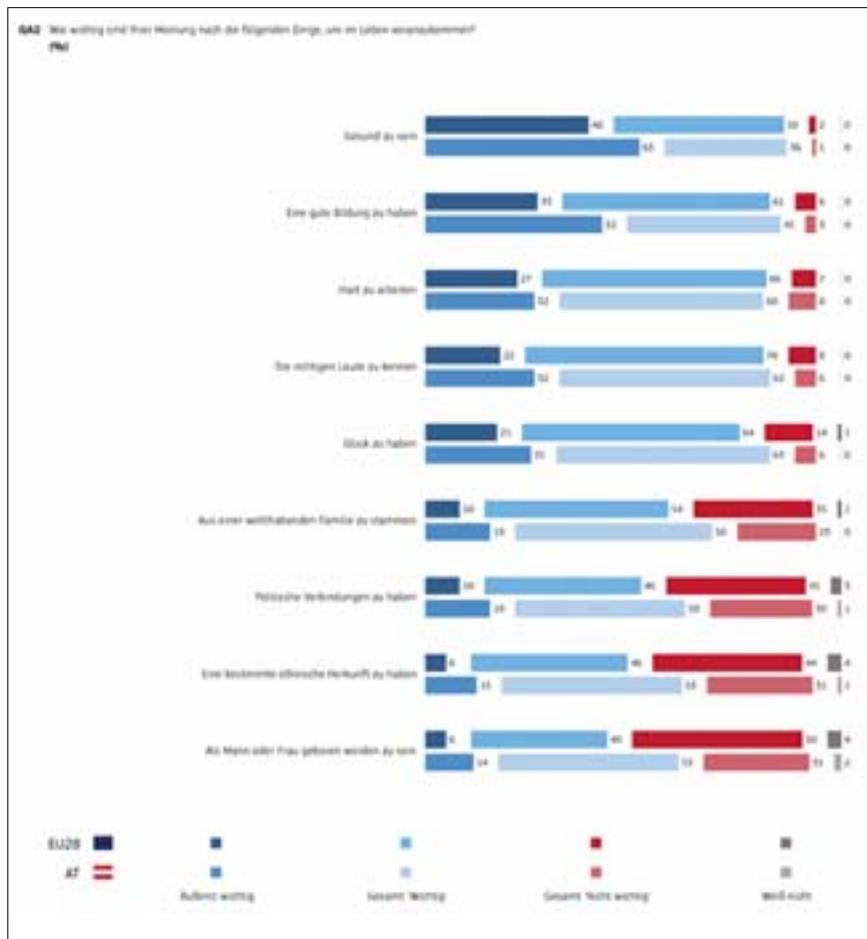
stolz darauf, daß die Arbeit der JRC unseren Kenntnisstand in diesen beiden Bereichen verbessert und damit einen wichtigen Beitrag zu unseren Bemühungen zur Schaffung eines besseren Europas für die Zukunft leistet.“

Die wichtigsten Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage betreffen Bildung, Einkommen, sozialen Status und Intergenerationenmobilität. Weitere Aspekte sind die Wahrnehmungen von Migration und Globalisierung, wobei die Migration als eine der Ursachen zunehmender Ungleichheiten empfunden wird und die Globalisierung für poli-

Österreich, Europa und die Welt

tische Präferenzen steht, die u. a. die Einstellungen zu Gerechtigkeit und Ungleichheiten beeinflussen:

- Mehr als die Hälfte der Befragten ist der Meinung, daß alle Menschen die gleichen Chancen haben, voranzukommen (58 %). Hinter dieser Zahl verbergen sich jedoch erhebliche regionale Unterschiede: Der Aussage stimmen in Dänemark 81 %, in Griechenland aber nur 18 % zu.
- Die Befragten sind weniger optimistisch, was die Gerechtigkeit in bestimmten Bereichen anbelangt. Nur 39 % sind zuversichtlich, daß die Gerechtigkeit stets die Oberhand über die Ungerechtigkeit gewinnt, ebenso viele sind mit dieser Aussage nicht einverstanden. Noch pessimistischer sieht es bei der Frage aus, ob politische Entscheidungen konsequent bei allen BürgerInnen angewandt werden: Nur 32 % stimmen dieser Aussage zu, 48 % verneinen dies. Tendenziell haben besser ausgebildete, jüngere und wohlhabendere Menschen eher den Eindruck, daß Gerechtigkeit herrscht.
- Die große Mehrheit ist der Ansicht, daß die Einkommensunterschiede zu groß sind (84 %): Die Spanne reicht von 96 % in Portugal und 92 % in Deutschland bis zu 59 % in den Niederlanden. In allen Ländern außer Dänemark sind mehr als 60 % der Menschen der Meinung, daß die Regierungen Maßnahmen zur Verringerung der Unterschiede ergreifen sollten.
- 98 % bzw. 93 % der Befragten zufolge sind gute Gesundheit und hochwertige Bildung entscheidend oder wichtig, um im Leben voranzukommen. Mehr als 90 % sind der Meinung, daß harte Arbeit und die richtigen Beziehungen ebenfalls entscheidend oder wichtig sind. Ein wohlhabendes Elternhaus, politische Kontakte, die ethnische Herkunft oder das Geschlecht werden als weniger ausschlaggebend angesehen.
- Weniger als die Hälfte der Befragten (46 %) glaubt, daß sich die Chancengleichheit im Vergleich zu vor 30 Jahren verbessert hat (mehr als 70 % in Malta, Finnland und Irland, aber weniger als 25 % in Kroatien, Frankreich und Griechenland).
- Insgesamt halten 47 % der Europäerinnen und Europäer die Globalisierung für eine gute Sache, 21 % sind anderer Meinung. 39 % stehen der Einwanderung in ihrem Land positiv gegenüber, 33 % lehnen sie dagegen ab.



Die JRC wird auf der Grundlage der Umfragedaten und der neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse die Wissensbasis ausbauen, um die EU-Maßnahmen zur Schaffung einer gerechteren Gesellschaft zu unterstützen. 2019 wird sie eine Reihe von Kurzberichten sowie die zweite Ausgabe des Berichts über die soziale Gerechtigkeit veröffentlichen.

Hintergrund

Der Eurobarometer Spezial 471 „Gerechtigkeit, Ungleichheit und Intergenerationenmobilität“ wurde in Form persönlicher Befragungen vom 2. bis 11. Dezember 2017 durchgeführt. Insgesamt wurden 28.031 Personen in den 28 Mitgliedsstaaten der EU befragt.

Im ersten Bericht der JRC wurden Daten und Statistiken daraufhin untersucht, welche Auswirkungen Einkommensungleichheit, familiärer Hintergrund und Wohnort auf die Chancengleichheit in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Arbeitsmarkt sowie auf die Wahrnehmungen und Einstellungen der Menschen haben. Die JRC hat auch eine praxisorientierte Gemeinschaft (Community

of Practice) zum Thema Gerechtigkeit eingerichtet, die politische Entscheidungsträger der EU mit Wissenschaftlern und Forschern, die sich mit Fragen der Gerechtigkeit befassen, zusammenführt.

Im Rahmen der Europäischen Säule sozialer Rechte hat die Kommission einige legislative und politische Initiativen zu diesem Thema vorgelegt, wie einen Vorschlag zur Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und Männern durch Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für erwerbstätige Eltern, sowie Vorschläge zur Schaffung transparenterer und verlässlicher Arbeitsbedingungen und zum Zugang zum Sozialschutz für alle.

Um das volle Potential von Bildung und Kultur als Antriebskräfte für soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Beschäftigung zu nutzen, arbeitet die Kommission mit einer Reihe von Initiativen in den Bereichen Bildung, Jugend und Kultur darauf hin, bis 2025 einen Europäischen Bildungsraum zu schaffen. Ihr im Januar vorgelegtes erstes Maßnahmenpaket umfaßte einen Vorschlag zur Stärkung der inklusiven Bildung, um eine hochwertige Bildung für alle SchülerInnen zu fördern.

<http://europa.eu/>

Teddy Kollek. Der Wiener Bürgermeister von Jerusalem.

Kaum eine andere Persönlichkeit hat Jerusalem im 20. Jahrhundert so geprägt wie er. Das Jüdische Museum Wien zeigt die neue Ausstellung von 11. April bis 25. November 2018.

Vom Auswanderer zum Bürgermeister

Der aus Wien stammende Teddy Kollek (1911–2007) war von 1965 bis 1993 Bürgermeister von Jerusalem. Nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 und der Wiedervereinigung führte er die vernachlässigte Stadt zu neuem Glanz und entwickelte sie zu einer modernen Metropole. So gründete er unter anderem das heute international herausragende Israel Museum. Teddy Kollek, dessen Eltern ihn als begeisterte Zionisten nach Theodor Herzl benannt hatten, war bereits 1934 nach Palästina ausgewandert, wo er seine politische Karriere im Büro des Staatsgründers David Ben Gurion begann. In den 28 Jahren seiner Amtszeit setzte er sich in Jerusalem für ein friedliches Zusammenleben seiner multireligiösen BewohnerInnen ein. Mit der Gründung der gemeinnützigen Jerusalem Foundation legte er einen Grundstein dafür. Als kulturelles und kommunalpolitisches Vorbild galt ihm das Wien seiner Jugend. Auf Einladung des Wiener Bürgermeisters Helmut Zilk eröffnete Teddy Kollek am 18. November 1993 das Jüdische Museum Wien.



Foto: PID/Notava

Teddy Kollek, »der Wiener Bürgermeister von Jerusalem«, war am 18. November 1993 zur Eröffnung des Jüdischen Museums Wien angereist.

ließen Teddy und Tamar Wien 1934, um als PionierInnen in Israel ein neues Leben zu beginnen. Sie gehörten zu den MitbegründerInnen des Kibbuz Ein Gev beim See

Genezareth. Schon hier kam Teddy Kollek als „Ortsvorsteher“ mit den arabischen Nachbarn in Kontakt, wobei sich sein diplomatisches Talent bewährte.

Jugend in Wien

Teddy Kollleks Familie stammte aus Wien. Sein Vater Alfred arbeitete für das Bankhaus Rothschild und war in den Provinzen der Monarchie tätig. So wurde Teddy Kollek, benannt nach Theodor Herzl, im ungarischen Nagyvaszony geboren. 1918 siedelte sich die Familie wieder in Wien an, im dritten Bezirk, Landstraße 147. Teddy fand bei der zionistischen Jugendbewegung „Blau-Weiß“ eine neue Heimat und gehörte rasch zu den leitenden FunktionärInnen. Hier lernte er auch seine spätere Frau Anna Helene (später Tamar) Schwarz kennen. Die ebenso kluge wie bescheidene Frau stammte aus der berühmten Rabbiner-Familie Schwarz: Ihr Großvater, Arye Schwarz, war Leiter der Israelitisch-theologischen Lehranstalt und ihr Vater, Arthur Zacharias Schwarz, katalogisierte die hebräischen Handschriften in Österreich. Als überzeugte ZionistInnen ver-



Foto: PID/Notava

Altbürgermeister von Jerusalem Teddy Kollek war am 18. November 2003 auch zu Gast bei Wiens Bürgermeister Michael Häupl im Rathaus.

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Jerusalem Foundation

Helmut Zilk und Dagmar Koller zu Besuch bei Teddy Kollek in Jerusalem 1994

Karriere in Israel

Während des Zweiten Weltkriegs war Teddy Kollek in England, wo er erfolgreich Spenden für den jüdischen Überlebenskampf in Palästina sammelte. Nach der Staatsgründung Israels im Mai 1948 arbeitete Teddy Kollek als Büroleiter von Ministerpräsident David Ben Gurion. Als solcher initiierte er den Bau des Israel Museums in Jerusalem. Nach dessen feierlicher Eröffnung 1965 wurde Teddy Kollek von Ben Gurion aufgefordert, sich um das Amt des Bürgermeisters von Jerusalem zu bewerben, was ihm auch auf Anhieb gelang.

Sein erstes Bestreben war es, die durch den Sechs-Tage-Krieg verursachten Zerstörungen zu beheben. Während historische Substanz renoviert wurde, wuchsen neue Stadtteile an der Peripherie heran. Die von ihm gegründete gemeinnützige Jerusalem Foundation verwaltete die in aller Welt gesammelten Spenden und setzte diese für den Bau von Kindergärten, Schulen, Spitälern, Synagogen und kulturellen Institutionen ein. Hinzu kamen die Jerusalem Cinematheque oder auch das Teddy-Kollek-Stadion. Als Vorbild hatte Teddy Kollek immer das Wien seiner Jugend vor Augen, mit seinen großen Museen und Parkanlagen.

Geprägt war Kolleks Ära als Bürgermeister vor allem durch einen unerschütterlichen Glauben an eine friedliche religiöse Koexistenz. Er suchte den Kontakt zu christlichen wie zu muslimischen Würdenträgern. Gemeinsam konnten bahnbrechende Projekte realisiert werden. Dazu gehörte die Renovierung der Grabeskirche sowie etwa die Errichtung der arabischen Zentralbibliothek

oder des Sheik Jarrach Spitals im östlichen Teil der Stadt. Auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes wurde Pionierarbeit geleistet, indem Gärten angelegt und ein umfassendes Aufforstungsprogramm durchgeführt wurden. KünstlerInnen, MusikerInnen, Filmstars – sie alle lockte Teddy Kollek nach Jerusalem und mit ihnen avancierte die Stadt zu einer pulsierenden Metropole.

Geburtshelfer des Jüdischen Museums Wien

Das Österreich der Nachkriegszeit war mehrheitlich von der These von Österreich als erstem Opfer der Nationalsozialisten ge-

prägt, womit man sich von den Verbrechen des Nationalsozialismus distanzieren konnte und keinerlei Verantwortung für die Mitschuld übernahm. Diese Haltung stieß in Israel auf großen Mißmut. Auch Teddy Kollek hatte kein Verständnis dafür und lehnte daher Kontakte zu führenden österreichischen PolitikerInnen ab. Einen international renommierten Künstler wie Oskar Kokoschka lud er 1973 hingegen gerne zu sich ein. Der Reinerlös von Kokoschkas Serie „Jerusalem Faces“ wurde schließlich auch der Jerusalem Foundation gespendet.

Die internationale Debatte um die Kriegsvergangenheit von Österreichs Bundespräsidenten Kurt Waldheim führte zu Boykottmaßnahmen gegen die Republik Österreich, seitens israelischer und amerikanischer Institutionen. Erst die bahnbrechende Rede von Bundeskanzler Franz Vranitzky im Nationalrat am 8. Juli 1991, in der erstmals die Mitverantwortung der ÖsterreicherInnen an den Verbrechen des Nationalsozialismus eingestanden wurde, konnte das Eis brechen. Der Wiener Bürgermeister Helmut Zilk bemühte sich sehr um Teddy Kollek, woraus auch eine enge Freundschaft entstand. Das von Helmut Zilk initiierte Jüdische Museum Wien wurde am 18. November 1993 von Teddy Kollek eröffnet. Damit hatte Wien einen Ort erhalten, an dem ein Bewußtsein für die österreichisch-jüdische Geschichte und Gegenwart Kultur und Religion und Geschichte geschaffen wird und in historischer wie aktueller Perspektive vermittelt wird. ■

<http://www.jmw.at>



Foto: David Rubinger, YEDIOTH AHARONOT

Teddy Kolleks erster Wahlkampf zum Bürgermeister von Jerusalem, 1965

»Verdrängte Jahre«

ÖBB Wanderausstellung im Mauthausen Memorial – Die Rolle der Bahn im Nationalsozialismus von 1938-1945 wird umfassend beleuchtet.



Foto: ÖBB / Andreas Röbl

v.l.: Robert Vorberg vom Innenministerium/Mauthausen, Kuratorin Milli Segal, IRG-Präsident Oskar Deutsch, Direktorin des Mauthausen Memorial Barbara Glück, Bürgermeister Thomas Punkenhofer, Konstanze Breitebner, Generalsekretärin des Nationalfonds Hannah Lessing, dahinter Alfred Klein-Wisenberg von den ÖBB, ÖBB-Finanzvorstand Josef Halbmayr, Staatssekretärin Karoline Edtstadler, Historikerin Brigitte Halbmayr, Wilhelm Habertzettl vom ÖGB, Traude Kogoj (Konzeption) und Christoph Kerr vom Innenministerium/Mauthausen

Im Jahr 2018 feiert die Eisenbahn in Österreich ihr 180jähriges Jubiläum. Dabei werden die enormen technischen Errungenschaften und die Bedeutung der Bahn für die industrielle Revolution, für Erneuerung und den wirtschaftlichen Aufschwung thematisiert. Die ÖBB haben sich aber auch mit den dunklen Zeiten des Systems Schiene beschäftigt.

In der Ausstellung „Verdrängte Jahre“ wurde jener Zeitraum thematisiert, in dem die Österreichischen Bundesbahnen (damals BBÖ) ein Teil der Deutschen Reichsbahn waren. Von 1938 bis 1945 war die Bahn eine der wichtigsten Stützen des nationalsozialistischen Staates. In sieben thematischen Schwerpunkten werden verschiedenste Bereiche dieser dunklen Zeit eindrucksvoll und emotional gezeigt. Auch die Bahngeschichte in der NS-Zeit im Bundesland Oberösterreich wird dargestellt. Nach den bisherigen Stationen in Wien, Linz, Salzburg, Graz, Wiener Neustadt, St. Pölten und Tel Aviv wechselt die Wanderausstellung nun ins das Mauthausen Memorial im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen – und damit an einen

der grausamsten Orte, die mit der Zeit des Nationalsozialismus in Österreich verbunden sind. In Mauthausen und seinen Nebenlagern wurden zwischen 1938 und 1945 rund 100.000 Menschen ermordet.

Ausstellungseröffnung am Bahnhof Mauthausen

Ein Teil der umfassenden Ausstellung wurde am 17. April am Bahnhof Mauthausen von ÖBB-Finanzvorstand Josef Halbmayr gemeinsam mit Barbara Glück, Direktorin des Mauthausen Memorial, unter Anwesenheit von Oskar Deutsch, Präsident der israelitischen Religionsgemeinschaft IRG, Talya Lador-Fresher, Botschafterin des Staates Israel in Österreich, Karoline Edtstadler, Staatssekretärin im Bundesministerium für Inneres, und Thomas Punkenhofer, Bürgermeister von Mauthausen, eröffnet.

Am Bahnhof Mauthausen sind tausende spätere Gefangene des KZ angekommen und mußten von dort aus den Weg zum mehrere Kilometer entfernten KZ antreten. Der Bahnhof ist zum Teil noch erhalten: So stammt etwa das Stellwerk noch aus der Zwischen-

kriegszeit. Zum KZ-System Mauthausen gehörte auch ein Feldbahnsystem, das zwischen dem Bahnhof Mauthausen und den Bahnhöfen St. Valentin und St. Georgen an der Gusen eingerichtet war und nicht nur das KZ-System Mauthausen mit den Außenlagern verbunden hat, sondern mit dessen Hilfe die von den KZ-Gefangenen abgetragenen Steine zur Bahn gebracht worden sind. Die Steine wurden dann mit den Güterzügen entlang der normalen Bahnstrecke transportiert.

Bahn als Teil des Systems

Für Talya Lador-Fresher, Botschafterin Israels in Österreich ist „Mauthausen noch immer eine offene Wunde für die Bevölkerung in Österreich, für die Menschen in Israel, und Jüdinnen und Juden weltweit“. Botschafterin Lador-Fresher: „Daß sich ein so schreckliches Lager, in dem unmenschliche Verbrechen begangen wurden, mitten in Österreich befindet, ist nur sehr schwer mit der schönen Landschaft und dem beschaulichen Leben in der Region in Einklang zu bringen.“ Dasselbe gilt für Lador-Fresher „auch für die Bahn als etwas Vertrautes, das jeden

Österreich, Europa und die Welt

Tag von tausenden Menschen genutzt wird. Und dennoch wurde sie in den Jahren 1938 bis 1945 in ein Werkzeug für furchtbare Taten verwandelt – auch dies ist schwer zu begreifen. Die Ausstellung ‚Verdrängte Jahre – Bahn und Nationalismus in Österreich‘ unternimmt den Versuch, diesen Widerspruch trotzdem zu vermitteln.“

Staatssekretärin Karoline Edtstadler erklärte: „Die österreichische Bundesregierung bekennt sich im Regierungsprogramm klar zur historischen Verantwortung Österreichs. Mir ist es ein Herzensanliegen, ein inhaltlich breit aufgestelltes und würdiges Gedenken zu ermöglichen. Daher sind Ausstellungen wie diese, und vor allem die akribische wissenschaftliche Arbeit dahinter, unendlich wertvoll für die Vermittlung dieser schrecklichen Zeit. Das zusammengetragene und aufbereitete Wissen wird uns helfen, weiter zu forschen und möglicherweise besser zu verstehen. Ich danke der ÖBB, daß sie so vorbildlich ihre historische Verantwortung wahrnimmt.“

Oskar Deutsch, Präsident der israelitischen Religionsgemeinschaft IRG sagte: „Bereits vor dem Novemberpogrom in Wien, nämlich am 8. August 1938, trafen die ersten Häftlinge für den Lageraufbau in Mauthausen ein. In den nächsten Jahren wurde das Konzentrationslager Mauthausen zu einem der gefährlichsten Lager im gesamten KZ System. Teil dieses Systems waren auch Österreichs Bahnen, in deren Zügen tausende ausgehungerte Häftlinge nach Mauthausen verbracht wurden. Die ÖBB-Themenausstellung ‚Verdrängte Jahre‘ zeigt in eindrücklicher Weise auf, wie dieses unfabßbare Verbrechen möglich gemacht wurde und was passieren kann, wenn aufkeimendem Antisemitismus und Rassismus nicht konsequent entgegengetreten wird“, sagte Deutsch. „Die Ausstellung zwingt zum Nachdenken und wird wohl keinen Besucher unberührt lassen.“

Barbara Glück, Direktorin des Mauthausen Memorial, erklärte, „die Deutsche Reichsbahn war nicht nur entscheidend für die Kriegswirtschaft, sondern war auch das infrastrukturelle Rückgrat der organisierten Massenmorde des Naziregimes. Der Bahnanschluß des Ortes war mit ausschlaggebend für die Errichtung eines Konzentrationslagers in Mauthausen. Die Ausstellung ‚Verdrängte Jahre‘ beschäftigt sich mit der Rolle der Bahn im Nationalsozialismus im Allgemeinen und im Zusammenhang mit der Geschichte des KZ Mauthausen.“

Thomas Punkenhofer, Bürgermeister Mauthausen, sagte: „Vor rund 80 Jahren



Am Bahnhof Mauthausen sind tausende spätere Gefangene des KZ angekommen und mus-



vorne v.l.: Direktorin Barbara Glück, Israels Botschafterin in Österreich Talya Lador-Fresher und Staatssekretärin Karoline Edtstadler; hinten: IRG-Präsident Oskar Deutsch, Bürgermeister Thomas Punkenhofer und ÖBB-Finanzvorstand Josef Halbmayr



Direktorin Barbara Glück vor einer Tafel mit Fotos und Kurzbiographien einiger Opfer des KZ

Fotos: ÖBB / Andreas Röbl

Österreich, Europa und die Welt

Foto: ÖBB / Andreas Röbl



Ausstellungsansicht mit einem Besucher im Mauthausen Memorial

mußten sich viele Menschen ungewollt auf eine Reise begeben. Eine Reise in eine ungewisse Zukunft. Diese Menschen haben alles verloren, was sie sich in ihrem Leben aufgebaut haben und wurden in das KZ-System Mauthausen verschleppt, mit dem Ziel der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft bis zum Tod. Lebensberechtigt war nur, wer auch leistungsfähig war – wer nicht mehr arbeiten konnte, mußte sterben. Als Erben der Geschichte ist es unsere gemeinsame Aufgabe dafür zu sorgen, daß wir das Gedenken an diese Opfer der NS-Herrschaft bewahren und unsere Gesellschaft so beeinflussen, daß heute auch gut leben kann, wer nicht zu den Leistungsträgern zählt.“

ÖBB leuchteten dunkle Kapitel aus

Josef Halbmayr CFO der ÖBB-Holding AG, erklärte: „Verantwortungsvolles Handeln zeigt sich, wenn Unternehmen bereit sind, die dunklen Kapitel der eigenen Geschichte auszuleuchten. Dieser Verantwortung stellen wir uns. Mit der Ausstellung über die ‚Verdrängten Jahre‘ leisten wir einen wesentlichen Beitrag zur historischen Aufarbeitung und schaffen die notwendige Transparenz, um aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen.“

Für Ausstellungskuratorin Milli Segal war es wichtig, die vielen Facetten in der Geschichte der Bahn in dieser Zeit aufzuzeigen. Segal: „In der Ausstellung ist eine überdimensionale Landkarte zu sehen, auf der die Entfernungen von Wien in die einzelnen KZ und Ghettos eingetragen sind. Dadurch wird schmerzlich erkennbar und bewußt, ohne andauernde Mithilfe der Bahn hätte der Massenmord an Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti, Politisch Andersdenkende, Homosexuellen usw. nicht stattfinden können.“

Die Thementausstellung gliedert sich in die Bereiche:

- Der „Anschluss“
- Die Bahnbediensteten
- Emigration und Kindertransporte
- Die Sondertransporte
- Der Widerstand
- Die Zwangsarbeit
- Die Restitution

Ein Teil der Thementausstellung ist zudem eine filmische Dokumentation, die ÖBB-Lehrlinge im Gespräch mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zeigt.

Die Eckpunkte der Thementausstellung

Verdrängte Jahre

Obwohl die Bahn in der Zeit des Nationalsozialismus eine zentrale Rolle spielte, blieb sie in der Geschichtsschreibung der Österreichischen Bundesbahnen so gut wie unerforscht und ausgeblendet. Die Österreichischen Bundesbahnen wurden 1938 sofort in die Deutsche Reichsbahn integriert. Ohne Bahn als Transportmittel wäre die Kriegsl Logistik der deutschen Wehrmacht nicht machbar gewesen. Wie und in welcher Form wird in der Ausstellung gezeigt.

Züge in den Tod

Ohne die logistische Kapazität der Bahn wäre der systematische Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden, an Roma und Sinti, die Deportation von Sloweninnen und Slowenen, von Homosexuellen, Zeuginnen und Zeugen Jehovas und politisch Andersdenkenden nicht möglich gewesen. Drei Millionen Menschen aus fast ganz Europa wurden im Zweiten Weltkrieg mit Zügen in die Vernichtungs- und Tötungslager des NS-Regimes transportiert. Die Deutsche Reichsbahn war durch die Deportation zahlloser Menschen unmittelbar am Holocaust beteiligt und mit ihr auch die ehemals österreichischen Bahnbediensteten, die während der Zeit – nach dem „Anschluß“ Österreichs an

Hitlerdeutschland und dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Mai 1945 – Bedienstete der Deutschen Reichsbahn waren. Mehr als 200.000 ÖsterreicherInnen und fast die gesamte jüdische Bevölkerung wurden gezwungen, ihre Heimat zu verlassen oder in Konzentrations- und Vernichtungslager geschickt. Die Transporte erfolgten mit der Bahn.

EisenbahnerInnen im Widerstand

Die nationalsozialistischen Machthaber versuchten ab März 1938 die Eisenbahnbediensteten an ihr Regime zu binden. EisenbahnerInnen hatten strengere Regeln als Berufsbeamte zu befolgen, mußten „jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintreten“ und sie wurden flächendeckend einer politischen Untersuchung und Überwachung unterzogen. Dennoch waren Eisenbahnerinnen und Eisenbahner maßgeblich am Widerstand gegen den Nationalsozialismus beteiligt. So berichtet das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) 1941 über den Widerstand bei der Bahn, daß im Vergleich zum „Altreich ... die Ostmark seit Ausbruch des Krieges 1939 in saboteurpolizeilicher Hinsicht eine größere Rolle spielte, da hier die fremdländischen Nachrichtendienste und die inländischen Gegnergruppen es bereits früher verstanden hatten, Saboteurorganisationen aufzubauen...“. 154 EisenbahnerInnen wurden wegen Ihres Widerstandes zum Tode verurteilt und hingerichtet, 135 starben in Konzentrationslagern oder Zuchthäusern, 1.438 wurden zu KZ- oder Zuchthausstrafen verurteilt.

Die Ausstellung kann bis zum 24. August 2018 besichtigt werden

Die Dauerausstellung kann bis 24. August 2018 im Mauthausen Memorial während der Öffnungszeiten – täglich von 09:00 bis 17.30 besichtigt werden. Der Eintritt zur Ausstellung ist kostenlos. Schautafeln, die über den KZ-Komplex Mauthausen, die Ausenlager und die Rolle der Bahn beleuchten, sind während der gesamten Ausstellungszeit im Bahnhof Mauthausen, St. Valentin und St. Georgen an der Gusen zu sehen.

Für die Konzeption und Umsetzung der Thementausstellung zeigt sich Traude Kogoj als Projektleiterin sowie Univ. Prof. Oliver Rathkolb für die wissenschaftliche Beratung verantwortlich. Milli Segal und Alfred Klein-Wisenberg sind für die Ausstellungskonzeption zuständig. ■

http://www.oebb.at/verdraengte_jahre
<https://www.mauthausen-memorial.org>
<http://www.millisegal.at>

Türkisch-Österreichisches Wirtschaftsforum

Großer Andrang: Leitl plädiert für Modernisierung der EU-Zollunion mit der Türkei – Universität für Wirtschaft und Technik in Ankara verlieh Leitl das Ehrendoktorat

Großer Andrang herrschte beim Türkisch-Österreichischen Wirtschaftsforum, das am 16. April im Österreichischen Generalkonsulat in Istanbul stattfand: Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl betonte vor mehr als 150 Gästen aus der türkisch-österreichischen Business Community, daß Österreich in den letzten Jahren in der Türkei große Investitionen vorgenommen habe und zeitweise sogar der größte Investor in der Türkei war. Auch im Außenhandel gab es eine sehr positive Entwicklung – das Gesamtvolumen im bilateralen Warenaustausch beträgt rund 3,8 Milliarden Euro, wobei seit 2016 allerdings eine Stagnation zu verzeichnen ist. Neue Investoren und Exporteure bleiben vor allem aus, weil sie sich aufgrund der politischen Entwicklung verunsichert fühlen.

Interessante und sehr positive Ergebnisse zeigt indes eine Umfrage des Außenwirtschaftszentrums Istanbul vom Herbst 2017 unter den österreichischen Niederlassungen in der Türkei: „Nur 22 Prozent der Befragten erwarten eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, mehr als ein Drittel sehen eine Verbesserung. Knapp zwei Drittel wollen in den nächsten Monaten weiter investieren“, zitierte Leitl aus der Untersuchung.

Mit 76 Prozent spricht sich zudem die überwiegende Mehrheit der österreichischen Niederlassungen in der Türkei für eine Vertiefung der Zollunion zwischen der Türkei und der EU aus. Die Unternehmen wünschen sich aber auch ganz klar eine Verbesserung der Situation bezüglich politischer Stabilität, Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik und der Rechtssicherheit.

Leitl sagte zu, sich sowohl als Präsident der Wirtschaftskammer als auch der Europäischen Wirtschaftskammer Eurochambres für die Aufnahme der Gespräche zur Vertiefung der Zollunion einzusetzen: „Die Wirtschaft kann hier wieder als Brückenbauer fungieren.“ Mit der Einbeziehung von Landwirtschaft und Dienstleistungen in die Zollunion würde es einen großen Schub für die wirtschaftliche Integration der Wirtschaften der EU und der Türkei geben. Allerdings machte er auch klar, daß es für Unternehmer unerlässlich ist, sich auf Rechtsstaatlichkeit und ein Umfeld ohne Ausnahmezustand verlassen zu können, um das vorhandene gute Potential wirklich auszuschöpfen. Hier gehe es um den Aufbau von Vertrauen.

Die Modernisierung der Zollunion zwischen der EU und der Türkei war auch einer der zentralen Gesprächspunkte des Arbeits-



Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl

treffens mit dem türkischen Zoll- und Handelsminister Bülent Tüfenkci.

Ein weiterer persönlicher Höhepunkt für Leitl war die Verleihung des Ehrendoktorats durch die Universität für Wirtschaft und Technik in Ankara.

<http://www.advantageaustria.org>
<https://wko.at/aussenwirtschaft/tr>



Fotos: Österreichisches Außenwirtschaftszentrum Istanbul

Großer Andrang beim Türkisch-Österreichischen Wirtschaftsforum: Leitl plädiert für Modernisierung der EU-Zollunion mit der Türkei.

61 Meter in 24 Stunden

Die Tunnelbohrmaschine im Brenner Basistunnel ist mit Weltrekordtempo im Berg unterwegs.

Rund 10.000 Meter Gestein konnte die Tunnelbohrmaschine (TBM) im Erkundungsstollen Ahrental in 2,5 Jahren ausbrechen. Das ist neuer Weltrekord: 61 Meter Vortriebsleistung innerhalb von 24 Stunden!

„Tunnelbohrmaschine sind hochtechnologische Werkzeuge. Damit der Vortrieb effizient funktioniert, braucht es immer das harmonische und respektvolle Zusammenspiel von Berg, Werkzeug und Mensch“, so Konrad Bergmeister, Vorstand der Brenner Basistunnel BBT SE.

„Wir sind sehr stolz die 10.000-Meter-Marke erreicht zu haben. Somit wurden zwei Drittel der vertraglichen Tunnellänge ohne schwere Arbeitsunfälle beim TBM-Vortrieb erfolgreich und unter schwierigsten Bedingungen aufgeföhren“, ergänz Thomas Birtel, Vorstandsvorsitzender der STRABAG SE. „Durch den unermüdlichen Einsatz und die hohen Qualifikation der STRABAG-Arbeiter ließ sich die TBM auf ihrem Weg zu diesem Meilenstein auch nicht durch acht Großstörzonen aufhalten. Im Gegenteil: mit der Spitzenleistung von 61,04 m an einem Tag wurde sogar ein Weltrekord aufgestellt.“

Seit September 2015 fräst sich die TBM durch den Berg. Diese offene Grippermaschine bricht den Erkundungsstollenabschnitt zwischen dem Ahrental südlich von Innsbruck und Pfons aus. Bis zum endgültigen Ziel in Pfons fehlen noch rund 5.000 Meter, im Frühjahr 2019 soll sie dort ankommen.

Am 30. März 2018 wurde die 10.000-Meter-Marke geschafft. Für die Gesellschaft Brenner Basistunnel BBT SE und das bauausführende Konsortium, die ARGE Tulfes-Pfons (Strabag/Salini-Impregilo), war das Erreichen dieser Marke ein besonders erfreuliches Ereignis.

Weltrekord mit 61 Metern

Im Mai 2017 hat die Gripper-TBM weltweit erstmalig 61,04 Meter innerhalb von 24 Stunden im Quarzphyllit ausgebrochen. Bei der Vortriebsmannschaft war der Jubel über diese herausragende Leistung dementsprechend groß, denn damit konnte das Team die bestehenden Rekorde der beiden Schweizer Bahnunnels – 52 Meter am Lötschberg und 56 Meter am Gotthard Basistunnel – brechen.



Foto: BBT SE / kaltenböck

Großer Jubel bei den Tunnelbauern im Brenner Basistunnel: Die Tunnelbohrmaschine erreichte die 10.000 Meter Marke im Erkundungsstollen Ahrental.



Foto: Brenner Basistunnel BBT SE

Der BBT ist das Kernstück der neuen Brennerbahn zwischen München und Verona. Im Bild ist der strategische Knotenpunkt Mauls zu sehen.

TBM – eine »Fabrik« im Berg

Die Maschine mit der offiziellen Kennzeichnung „Hartgesteins Gripper BM S-932“ ist rund 200 Meter lang und wiegt rund 1.800 Tonnen. Ihre Anschlußleistung beträgt 5.500 Kilowatt, das entspricht knapp 7.500 Pferdestärken. Sie frißt sich damit durch Phyllit und Schiefergestein Richtung Süden zum Brenner vor. Der wichtigste Teil der hochtechnologischen Logistikfabrik unter

Tage ist ihr Bohrkopf. Dieser hat einen Durchmesser von knapp acht Metern, ist mit 42 Schneidrollen und sechs Räumern ausgestattet. Die Meißel zerbrechen den Fels in kleine Gesteinsstücke. Räumern befördern das Gestein hinter den Bohrkopf. Von dort erfolgt der Transport mittels Förderbänder automatisch aus dem Tunnel auf die Deponie. ■

<https://www.bbt-se.com/>

<http://www.tunnelwelten.com/>

Am Luton Airport entsteht eine neue Verkehrsverbindung

Doppelmayr Cable Car baut Cable Liner in London

Im Zuge eines großen Erweiterungsprojektes am London Luton Airport wird der Flughafen auch eine neue Verkehrsverbindung erhalten.

Der London Luton Airport liegt knapp 50 Kilometer nördlich von Großbritanniens Hauptstadt. Um den Fluggästen die Reisezeit effektiv zu verkürzen und dabei den höchstmöglichen Komfort zu bieten, plant London Luton Airport Limited eine Investition in eine neue Verkehrsverbindung zwischen der Bahnstation Luton Airport Parkway und dem Flughafen. Der Direct Air to Rail Transit, kurz DART, wird ein Cable Liner Shuttle von Doppelmayr Cable Car sein. Der Luton DART wird auf einer knapp zwei Kilometer langen Strecke verkehren und zu Spitzenzeiten für die Fahrgäste alle vier Minuten verfügbar sein. Doppelmayr Cable Car UK Limited wird außerdem in den ersten fünf Jahren für den Betrieb der Anlage verantwortlich sein – mit Option auf Verlängerung für weitere fünf Jahre. Der Spatenstich des Großprojektes fand am 17. April 2018 statt.

Der Cable Liner von DCC überzeugte aufgrund der Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit und Energieeffizienz. „Diese Investition wird als attraktive Transportlösung Fluggäste dazu animieren, vermehrt mit dem Zug zum Flughafen zu fahren und damit einen wichtigen Beitrag leisten, das Verkehrsaufkommen auf der Straße zu reduzieren. Wir setzen damit auch unser Vertrauen in Lutons Potential für Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum“, so Councillor Andy Malcolm, Chair, London Luton Airport Limited.

Die Doppelmayr Gruppe kann auf zahlreiche ähnliche Referenzprojekte verweisen. In Großbritannien ist Luton der zweite Flughafen, der auf das Know-how des Weltmarktführers aus dem Vorarlberger Wolfurt vertraut: der Air Rail Link in Birmingham ist seit 2003 in Betrieb.

Doppelmayr Cable Car achtet bei diesem Projekt besonders auf die lokale Wertschöpfung. Die Partnerschaft mit Ausbildungseinrichtungen in Luton ist bei der Realisierung des Projekts besonders wichtig. Beim Bau des Luton DART werden lokale Unternehmen sowie junge Menschen miteinbezogen.



Spatenstich am Luton Airport am 17. April 2018



So wird er aussehen, der Cable Liner von Doppelmayr Cable Car für 170 Passagiere.

Mit den Montagearbeiten vor Ort soll 2019 begonnen werden, die Eröffnung für den öffentlichen Betrieb ist für 2021 vorgesehen.

Eckdaten

Auftraggeber: London Luton Airport Limited; Auftragnehmer: Doppelmayr Cable Car UK Limited; Anlagentyp: Cable Liner Double Shuttle; Strecke: 2 unabhängige

Fahrbahnen mit je 1.955m Streckenlänge; Anzahl Zuggarnituren: 2 Züge mit je 4 Wagen; Fassungsvermögen je Zug: 170 Passagiere; Förderleistung: 2.720 Personen pro Stunde und Richtung; Montagebeginn im Herbst 2019; Öffentlicher Betrieb ab April 2021; Betreibervertrag für 5 Jahre + 5 Jahre Option
<http://www.doppelmayr.com>

Österreich, Europa und die Welt

Besuch des Geschäftsträgers der US-Botschaft im Burgenland

Ein Besuch im Burgenland absolvierte der Geschäftsträger der US-Botschaft in Wien, Eugene Young, am 12. April. Beim Gespräch mit Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz standen internationale Themen, Wirtschaft und Politik im Mittelpunkt. „Dieses freundschaftliche Treffen ist ein weiteres in einer Reihe von Kontakten auf verschiedensten Ebenen, die die gute Kooperation zwischen den beiden Ländern dokumentieren“, so Tschürtz.

Bei seinem Besuch im Burgenland hat der US-Diplomat große Sympathie zum östlichsten Bundesland bekundet, das seinerseits aufgrund der vielen amerikanischen AuslandsburgenländerInnen seit jeher eine besondere Verbundenheit mit den Vereinigten Staaten hat und diese durch regelmäßige gegenseitige Besuche pflegt.

Eugene Young bedankte sich bei Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz für die gute Zusammenarbeit und den herzlichen Empfang. Er drückte seine Bewunderung für die gute wirtschaftliche Entwicklung des Burgenlandes aus und verließ seiner Hoffnung Ausdruck, daß die ausgezeichnete Kooperation in gleicher Weise weitergeführt werde.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

LH-Stv. Johann Tschürtz (l.) mit dem Geschäftsträger der US-Botschaft in Wien Eugene Young

Tschürtz bedankte sich bei Young, wünschte ihm alles Gute für die Zukunft und sprach eine Einladung für einen weiteren Besuch ins Burgenland aus. Gerne nahm Young, der sich hier sehr wohl gefühlt habe, die Einla-

dung des LH-Stellvertreters auf einen freundschaftlichen Besuch im Burgenland an und sprach gleichzeitig eine Gegeneinladung aus. ■

<http://www.burgenland.at>

Moody's hebt Kärntens Rating um drei Stufen auf Aa3

Mit einer Erfolgsmeldung wandten sich Landeshauptmann Peter Kaiser, Finanzreferentin LHStv.in Gaby Schaunig und Wirtschaftslandesrat Ulrich Zafoschnig am 27. April im Spiegelsaal der Kärntner Landesregierung an die Öffentlichkeit. Moody's Investors Service habe in der Nacht zuvor das langfristige Rating Kärntens um drei Stufen von bisher A3 auf jetzt Aa3 angehoben. Außerdem habe das Bundesland die beste von vier der sogenannten „Outlook“-Stufen bekommen, nämlich positiv. Das bedeutet, daß bei Beibehaltung des erfolgreichen Kurses eine weitere Ratingverbesserung möglich ist. Auf Aa3 ist Kärnten bereits bei seiner ersten Bewertung durch Moody's am 1. Juli 2011 gesetzt worden. Durch Hypo/Heta setzte dann eine Abwärtsspirale bis hinunter auf Stufe B3 im August 2015 ein.

Kaiser präsentierte das neue Rating wörtlich „voller Stolz“. Moody's sei nämlich bekannt dafür, „beinhart auf Herz und Nieren zu prüfen“. Aus der Fliegersprache entlehnte der Landeshauptmann für das Land Kärnten den Ausdruck „Steigflug“. Er erinnerte an Ratingstufe B3. „Damit waren wir am selben Niveau wie Ghana und andere afrikanische



Foto: Land Kärnten / Helge Bauer

v.l.: LH Peter Kaiser, LR Ulrich Zafoschnig und LHStv.in Gaby Schaunig

Länder“, verdeutlichte er. B3 habe laut Definition der Ratingagentur mangelhafte Bonität und für Geldgeber eine hochspekulative Anlage bedeutet. Seit 19. Oktober 2016 sei Kärnten dann auf Stufe A3 gewesen, was für

eine gute Bonität stehe. „Das nunmehrige Upgrade um drei Stufen zeigt klar und unmißverständlich, daß Kärntens Weg goldrichtig ist.“ ■

<https://www.ktn.gv.at>

Niederösterreich: eljub E-Book Woche 2018

Bereits zum sechsten Mal veranstalten die eljub Europäischen Jugendbegegnungen eine eljub E-Book Woche mit etwa 60 Jugendlichen aus elf europäischen Ländern. Sie schreiben gemeinsam ein Buch über Themen, die sie selbst bestimmen dürfen. Es geht um gemeinsame Erlebnistage, die vom 30. Juni bis 7. Juli 2018 in Krems an der Donau und anderen Orten in Niederösterreich stattfinden. Jugendliche aus den Ländern des Donaumaums werden in ihrer Vernetzung und im Austausch unterstützt. Über die Beschäftigung mit Literatur und die Diskussion gesellschaftspolitischer Themen erfahren sie das Gemeinsame in Europa. Gemeinsam wird ein E-Book geschrieben.

In der abwechslungsreich gestalteten Projektwoche werden den Jugendlichen innovative Zugänge zum Lesen, Schreiben und Kommunizieren mit digitalen Medien eröffnet sowie Einblicke in den journalistischen Alltag von international tätigen JournalistInnen gewährt. In Workshops wird interkulturell zu selbst erarbeiteten Themenkreisen diskutiert. Schließlich wird in bunt gemischten Arbeitsgruppen ein Buch geschrieben. Dabei werden die Jugendlichen von ExpertInnen

des ELit Literaturhaus Europa unterstützt.

Der angeregte interkulturelle Austausch setzt auf das Gemeinsame, auf Solidarität und Kreativität europäischer Jugendlicher. Im umfangreichen Rahmenprogramm in Krems und der Wachau lernen die Jugendlichen ein modernes Österreich kennen.



Die Europäischen Jugendbegegnungen werden vom Verein p&s melk in Kooperation mit dem NÖ Landesjugendreferat und ELit Literaturhaus Europa organisiert. p&s melk wird dafür 2018 im EU-Programm „Erasmus+: Jugend in Aktion“ gefördert.

Die Webseite <http://www.eljub.eu> informiert regelmäßig über Neuigkeiten, gibt Einsichten in die Bildungs- und Kulturarbeit mit Jugendlichen und dient als Instrument der Kommunikation zwischen den Jugendlichen, die an den Europäischen Jugendbegegnungen teilnehmen.

Ziele des Wochenprogrammes und der Workshops sind das gegenseitige Kennenlernen und das spielerische, gemeinsame Schreiben eines E-Books in Teamarbeit. Dazu gibt es kulturelle Impulse, wie z.B. Museumsbesuche, Vorträge und gemeinsame gemütliche Abende. Bei Gesprächen mit den ExpertInnen und BetreuerInnen können die Schreibteams ihre Themen und Texte zwischendurch besprechen, verfeinern und eventuell neu justieren. ■

<http://www.noel.gv.at/noe/Internationales-Europa/Auslandsniederosterreicher2.html>

Das komplette Programm zum Download (pdf)

http://www.oe-journal.at/Aktuelles/2018/0318/W2/31503Aeljub_2018.pdf

Wertschöpfung: Fairness von Hiegelsberger bereits 2016 gefordert

Beim Arbeitsgespräch am 11. April diskutierte Oberösterreichs Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger in Brüssel mit den zuständigen MitarbeiterInnen der Generaldirektion Agri (zuständig für die Maßnahmen der EU-Kommission in den Bereichen Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und gemeinsame Agrarpolitik) über die konkreten Maßnahmen zur Eindämmung der Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels. Tags darauf präsentierte Agrarkommissar Phil Hogan den Vorschlag einer europaweite Regelung, um die Verhandlungskraft der landwirtschaftlichen Betriebe sowie kleiner und mittlerer Unternehmen zu stärken. Die Verordnung wird nun vom Europaparlament und vom EU-Agrarministerrat beraten, bevor sie in einer endgültigen Version in Kraft treten kann.

„Dieser Entwurf bringt Fairness in die Wertschöpfungskette Lebensmittel und setzt ein Gegengewicht zur Marktmacht der Supermärkte. Wir erreichen nun eine gestärkte Position innerhalb der Wertschöpfungskette – die von uns aufgezeigte Marktmacht des Lebensmittelhandels ist in der gesamten EU bekannt. Die Landwirtschaft kann dieser Marktkonzentration nun aktiv entgegen-



Foto: Land OÖ / Fürnbauer

Beim Arbeitsgespräch (v.l.): Oliver Sitar, EU-Kommission, Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger und HR Hubert Huber (Leitung Abteilung Land- und Forstwirtschaft, Land OÖ)

ten, denn letzten Endes geht es um Fairness und das wirtschaftliche Überleben kleiner Betriebe“, so Hiegelsberger.

Zu den unlauteren Handelspraktiken, die verboten werden sollen, zählen: Verspätete Zahlungen für verderbliche Waren, Auftragsstornierungen in letzter Minute, einseitige

oder rückwirkende Vertragsänderungen und erzwungene Zahlungen der LieferantInnen bei Verschwendung von Lebensmitteln. Andere Praktiken sollen nur gestattet sein, wenn sie im Vorfeld klar und eindeutig zwischen den Parteien vereinbart wurden. ■

<http://www.land-oberoesterreich.at>

Pongauer und Pinzgauer Gemeinderäte in Brüssel

Die Gemeinderätin Jasmin Fleissner aus Bad Hofgastein und die Gemeinderäte Rupert Fuchs aus St. Johann im Pongau und Josef Wimmer aus Mittersill nahmen am 13. April am 10. EU-Gemeinderätetreffen in Brüssel teil. Dort lernten sie die Institutionen und die Büros der heimischen Bundesländer kennen. „Von allen wurde unterstrichen, wie sehr Salzburg von der Mitgliedschaft profitiert und wie gut das Land seine Chancen in Brüssel nutzt“, berichtete Michaela Petz-Michez, die das Landes-Europabüro Salzburg und das EU-Verbindungsbüro Brüssel leitet.

Das von den drei EU-GemeinderätInnen absolvierte Europa-Programm wurde von der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU organisiert. Wichtige Themen der dreitägigen Reise waren auch die Mobilisierung der WählerInnen zur im Mai 2019 bevorstehenden Wahl zum Europäischen Parlament sowie die Mitwirkungsmöglichkeiten für die Salzburger Gemeinden am Meinungsbildungsprozeß in Brüssel.

Einflußreiches Salzburg

„Salzburg will und kann europapolitische Entscheidungen beeinflussen und mitgestal-



Foto: Land Salzburg / VBB Brüssel

GR Josef Wimmer, LAbg. Rupert Fuchs, Michaela Petz-Michez (Leiterin EU-Verbindungsbüro und Landes-Europabüro) und GR Jasmin Fleissner

ten, bei denen Interessen des Landes berührt werden. Daher ist es erfreulich, daß es mehr als 50 engagierte Europa-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte gibt, die sich bei salzburgspezifischen Fragen zur EU einbringen und

sich jederzeit an das Salzburger Verbindungsbüro Brüssel wenden können“, würdigte Landeshauptmann Wilfried Haslauer die Initiativen. ■

<http://www.salzburg.gv.at>

Vorbereitungen für EU-Katastrophenschutz-Übung »ModEX«

Vom 24. bis 27. Mai werden Eisenerz und der Erzberg Schauplatz der größten Erdbeben- und Höhlenrettungsübung Europas sein: Die Vorbereitungsarbeiten für die „ModEX“ laufen bereits seit mehreren Monaten. Von 3. bis 5. April fand nun im JUFA Eisenerz und an den Übungsschauplätzen die zentrale Vorbesprechung für die Großübung statt: VertreterInnen aus zehn Staaten machten sich vor Ort ein Bild vom gerade im Entstehen begriffenen Trainingsgelände des Steirischen Roten Kreuzes am Erzberg, zudem wurde auch eine Feinabstimmung für die Übung im Mai vorgenommen.

Hauptverantwortlich für die Organisation der Übung, bei der allein rund 150 Personen von internationalen Rettungsteams teilnehmen werden, ist Helmut Kreuzwirth, Leiter des Referats Katastrophenschutz beim Land Steiermark. „Zu den internationalen Gästen kommen natürlich alle örtlichen Verantwortlichen und Mitwirkenden, von den Opferdarstellern bis zu den Versorgungstrupps. Neben dem Land Steiermark als Veranstalter werden von österreichischer Seite die Polizei, das Bundesheer, das Rote Kreuz, mehrere Freiwillige Feuerwehren sowie die Berg-



Foto: steiermark.at / Markus Scheiner

VertreterInnen aus zehn Staaten kamen zur Vorbereitung der »ModEX« auf den Erzberg.

und Höhlenrettung an der Übung beteiligt sein“, sagt Kreuzwirth.

Aufgabe der Teams wird es sein, binnen 48 Stunden im Dauereinsatz alle verschütteten Personen unter Einsatz von Suchhunden, Horchgeräten, Kameras und dem mitgebrachten Spezialgerät schnellstmöglich aus

der jeweiligen Situation zu bergen. Der Erzberg eignet sich durch stillgelegte Stollen oder vorhandene Industrieruinen, die derzeit für die Übung adaptiert oder umgebaut werden, besonders gut als Austragungsort dieser europäischen Großübung. ■

<http://www.steiermark.at>

Rad-WM 2018: Über 25 Mio. Euro Wertschöpfung für Tirol

Laut einer Studie des internationalen Wirtschaftsprüfungsbüros Ernst & Young wurde bei der letzten Rad-WM im norwegischen Bergen eine Wertschöpfung von 25,3 Millionen Euro erreicht. Insgesamt wurden 650.000 ZuschauerInnen verzeichnet. Von den ausländischen Gästen gaben 80 Prozent an, auf alle Fälle wieder nach Norwegen kommen zu wollen.

„Ähnliche Wertschöpfungs- und Imagewerte sind auch für die Rad-WM in Tirol zu erwarten. Zudem liegen wir für die Radfans geostrategisch noch wesentlich günstiger. Das gilt alleine schon für die Radnationen Italien, Deutschland, Frankreich, Holland, Belgien, Polen, Tschechien und Slowenien“, betonte Wirtschaftslandesrätin Patrizia Zoller-Frischauf. 1.000 RennfahrerInnen aus 90 Nationen werden in neun Tagen zwölf Radrennen fahren und von 2.000 BetreuerInnen begleitet.

In der Studie wurde die durchschnittliche Aufenthaltsdauer eines Radfans aus dem Ausland mit 4,3 Tagen eruiert. Dabei hat der Rad-WM-Gast im Schnitt täglich 139 Euro ausgegeben. „Das zeigt eindrucksvoll die Bedeutung dieser Weltmeisterschaft für die regionale Wirtschaft auf. Davon profitiert nicht



Foto: Land Tirol

Patrizia Zoller-Frischauf: »Rad-WM ist ein starker Impuls für die regionale Wirtschaft Tirols.«

nur die Tourismusbranche, sondern vor allem auch die vielen kleinen Händler vor Ort entlang der gesamten Rennstrecke zwischen der Area 47 im Oberland bis Kufstein im Unterland“, erklärt die Wirtschaftslandesrätin.

Für die Region Bergen hat die Studie auch einen klaren Arbeitsmarkteffekt ausgewiesen. ■

<https://www.tirol.gv.at>

<http://www.innsbruck-tirol2018.com>

Digitalisierung in der Bodenseeregion aktiv angehen

Bei ihrem Arbeitstreffen im Schössli Wörth im Schweizer Kanton Schaffhausen haben sich die Regierungschefs und -vertreterInnen der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK) am 27. April mit dem Digitalen Wandel beschäftigt, der Gesellschaft und Wirtschaft in hohem Tempo verändert. Interessiert gaben sich die IBK-Mitglieder gegenüber der vor kurzem präsentierten Digitalen Agenda für Vorarlberg, deren Eckpunkte Landeshauptmann Markus Wallner näher erläuterte: „Wir müssen die Bodenseeregion gemeinsam für die Digitalisierung wappnen.“

In etwas mehr als einem Jahr wurde für Vorarlberg unter Einbindung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, der Vorarlberger Start-up-Szene und ausgewiesenen ExpertInnen eine Digitalisierungsstrategie entwickelt, mit der das Land den digitalen Strukturwandel koordiniert und zielgerichtet gestalten will. Dabei bündelt die Digitale Agenda die Vielzahl laufender Maßnahmen und stellt neue, agile Ansätze bereit. „Es geht im Kern darum, den Zukunftsherausforderungen innovative und mutige Ideen und Strategien entgegenzusetzen. Wichtig ist einerseits der Ausbau der digitalen Infrastruktur



Foto: VLK / Klaus-Dieter Schnell

Arbeitstreffen in Schössli Wörth (v.l.): Direktorin Sabine Seufert, Landammann Roland Inauen, Regierungsrat Benedikt Würth, Landeshauptmann Markus Wallner, Regierungspräsident Christian Amsler, Regierungspräsidentin Carmen Haag, Stefan Bilger, Staatsrätin Gisela Erler, Kathrin Arioli, Regierungsrat Alfred Stricker und Regierungschef Adrian Hasler

und andererseits eine forcierte Vermittlung von digitaler Kompetenz von der Volksschule über die Lehre bis hin zur Fachhochschule“, verdeutlichte Vorarlbergs Landeshauptmann.

Ein spannendes Referat über Digitalisierung in der Bildung steuerte Sabine Seufert, Direktorin des Instituts für Wirtschaftspädagogik an der Universität St. Gallen bei. ■

<http://www.vorarlberg.at>

Häupl: Wien ist europäisches Vorbild in guter Stadtpolitik

Bürgermeister zieht in Brüssel positive Bilanz zum europapolitischen Engagement der Stadt Wien.

Bei einem Arbeitsbesuch in Brüssel zog Bürgermeister Michael Häupl am 26. April eine Bilanz über wesentliche Meilensteine der Wiener Europapolitik seiner Amtszeit. „Wien ist europaweit Vorbild für andere Städte in Sachen Lebensqualität und integrierte Stadtpolitik“, so Häupl, „und das eine hat direkt mit dem anderen zu tun.“ Das Engagement Wiens in der EU – gemeinsam mit vielen PartnerInnen – hat dazu geführt, daß es heute endlich eine EU-Städteagenda gibt, so der Bürgermeister, „wir haben stets gefordert, daß die Städte, in denen etwa zwei Drittel der EU-BürgerInnen leben, stärker in den EU-Entscheidungsprozeß eingebunden sind. Das ist demokratiepolitisch unabdinglich und Zeichen von vernunftgetragener Arbeit für die Menschen.“

EU-Städteagenda als Hebel für mehr Lebensqualität in europäischen Städten

„Die Lebensqualität in unseren Städten hängt vom Grad des Bekenntnisses zu einer starken öffentlichen Daseinsvorsorge ab“, so Häupl. Es ist daher nicht nur wichtig, die Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume zu sichern, sondern auch Zeichen eines gelebten, echten Subsidiaritätsprinzips. Als Beispiel nannte Häupl den sozialen Wohnbau in Europa, zu dessen Sicherung er 2013 eine Resolution von 34 BürgermeisterInnen initiiert hatte. Diese wurde von allen EU-Hauptstädten, europäischen Städteverbänden, Europaparlament und Ausschuß der Regionen aufgegriffen. Damals wie heute geht es um die Definitionshoheit: „soziale Durchmischung ist ein legitimes Ziel lokaler und regionaler Wohnungspolitik.“ Häupl zeigte sich optimistisch: „hier haben wir gesehen, daß wir etwas bewegen können: die von Wien mitkoordinierte EU-Städtepartnerschaft hat das Thema aufgegriffen und auf den Boden der Machbarkeit gebracht“. In der neuen Europäischen Säule sozialer Rechte ist die soziale Durchmischung als Ziel des sozialen Wohnbaus angelegt, im Europäischen Semester (dem Verfahren der EU zur Einhaltung der Budgetregeln) gibt es nun eine sozialpolitische Dimension. „Unsere Resolution ist



Foto: Wien-Haus / Fred Beard

Michael Häupl zog positive Bilanz zum europapolitischen Engagement der Stadt Wien.

in den Institutionen angekommen, nun muß dies auch auf Ebene des Rats und der Europäischen Kommission umgesetzt werden“, mahnte er ein.

»Häupl is a legend« – Bürgermeister als Mentor seiner AmtskollegInnen

Neben Gesprächen mit dem Bürgermeister von Brüssel, Philippe Close, und EU-Kommissar Johannes Hahn stand auch ein Empfang für langjährige Kooperationspartner in Brüssel auch auf dem Programm. Daran nahmen u.a. die Abgeordneten zum Europäischen Parlament Eugen Freund, Karoline Graswander-Hainz, Evelyn Regner, Monika Vana und Josef Weidenholzer teil. Ebenso waren VertreterInnen des Ausschusses der Regionen, des Städtenetzwerks Eurocities, des Europäischen Städtebundes und zahlreicher Städte- und Regionalbüros sowie KooperationspartnerInnen aus der Europäischen Kommission und dem Ausschuß der Regionen der Einladung des Wien-Hauses zu einem „Urban Afterwork“ gefolgt. „Bürgermeister Häupl ist in Europa eine Legende, „he is a legend“ – das höre ich immer wieder“, so Michaela Kauer, Leiterin des Wien-Hauses, „alle wollen von uns wissen, wie

Wien es macht“, brachte sie die Vorbildfunktion auf den Punkt. Ein Teil des Erfolgs sei sicher, daß der Wiener Bürgermeister immer wieder seinen AmtskollegInnen mit Rat und Tat zur Seite steht, und dies auch in der Wiener Stadtverwaltung als selbstverständlicher Teil der Organisationskultur gelebt wird, der Austausch funktioniert auf allen Ebenen.

Meilensteine der EU-Aktivitäten Wiens

Bürgermeister und Landeshauptmann Michael Häupl ist Mitglied des Ausschusses der Regionen der EU sowie des Exekutivkomitees von Eurocities und war bis 2010 Präsident des Europäischen Städtebundes. Unmittelbar nach seinem Amtsantritt 1994 trat Österreich der EU bei und das politische Aktionsfeld für Wien als Stadt und Bundesland dehnte sich auf die EU aus.

Unter Häupl als Bürgermeister wird 1996 das Wien-Haus in Brüssel als „Antenne zur EU“ eröffnet und 2003 die Europadeklaration des Wiener Landtags, mit der wesentliche Ziele der Wiener Europapolitik, etwa die Sicherung der Daseinsvorsorge und die Stärkung der Position der Städte im Mittelpunkt stehen. ■

<http://www.wien.gv.at>

Salzburg hat gewählt



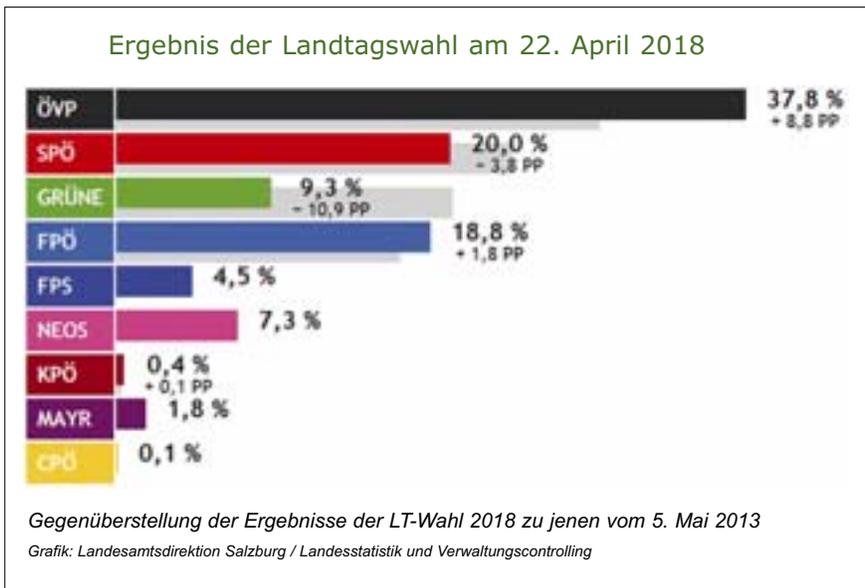
Foto: LMZ / Franz Neumayr

ORF Salzburg-Chefredakteur Gerd Schneider (vorne links) erfragt die ersten Stellungnahmen : Landeshauptmann Wilfried Haslauer (ÖVP), Walter Steidl (SPÖ), Marlene Svazek (FPÖ), Astrid Rössler (Grüne), Sepp Schellhorn (NEOS), Karl Schnell (FPS) und Hans Mayr (SBG)

Zum vierten Mal in Folge wurden mit der Wahl zum Salzburger Landtag die regierenden Landeshauptleute bestätigt, und das in einem Ausmaß, mit dem wohl kaum jemand gerechnet hatte. Die erste Bestätigung erhielt Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und die ÖVP bei der Wahl vom 28. Jänner mit 49,63 % – womit sie mit der Absoluten Mehrheit ausgestattet wurde.

25. Feber: 141.691 TirolerInnen bestätigen Landeshauptmann Günther Platter und die ÖVP mit 44,26 %. Und am 5. März erhielten Landeshauptmann Peter Kaiser und die SPÖ 140.994 Stimmen der KärntnerInnen und kamen somit auf 47,94 %.

Nun folgte der Erfolg für Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer und seine ÖVP: Er konnte einen Zugewinn von 8,8 PP erringen und kam auf 37,8 %. Auf Platz zwei landet – trotz weiteren Verlusts – die SPÖ unter ihrem Spitzenkandidaten Walter Steidl, die im Vergleich zu 2013 3,9 PP verlor und nun bei 20,0 % liegt. Marlene Svazek, Spitzenkandidatin der FPÖ, kann 1,8 PP zulegen und erreichte mit 18,8 % Platz drei. Die Grünen unter Landessprecherin Astrid Rössler verloren 10,9 PP und kommen nun auf



9,3 %. Die NEOS unter ihrem Spitzenkandidaten Sepp Schellhorn traten erstmals in Salzburg an und erlangten 7,3 % – und werden somit in den Landtag einziehen. FPS unter Karl Schnell schafft mit 4,5 % die 5 %-Hürde für den Einzug nicht, ebenso wenig wie die KPÖ (0,4 %), MAYR (1,7 %) und CPÖ (0,1 %).

Auch diesmal wurden zwischen 19. und 22. April 1.231 Wahlberechtigte von ORF/ SORA/ISA telefonisch interviewt und zu ihren Wahlentscheidungen zu befragt:

Keine Wechselstimmung in Salzburg

Bei der aufgrund des Salzburger Spekulationskandals vorgezogenen Landtagswahl

Innenpolitik

2013 hatten die WählerInnen mit großer Mehrheit eine negative Entwicklung des Landes konstatiert und SPÖ und ÖVP große Verluste eingefahren.

Im Jahr 2018 hat sich die Stimmung gewandelt:

- Die Bevölkerung sieht überwiegend eine konstante (45 %) bis positive (34 %) Entwicklung Salzburgs.
- Nur eine Minderheit von 19% beklagt Verschlechterungen.

Personen, die eine positive Entwicklung sehen, haben insbesondere die ÖVP gewählt, sie erhält in dieser Gruppe 62 % der Stimmen.

Personen, die eine negative Entwicklung sehen, haben überdurchschnittlich FPÖ gewählt.

Wer hat wen gewählt?

Die Wahltagsbefragung zeigt auch bei dieser Landtagswahl deutliche Unterschiede im Wahlverhalten unterschiedlicher soziodemographischer Gruppen.

Unterschiede nach Alter und Geschlecht

Wie bei der Landtagswahl 2013 erzielte die ÖVP bessere Resultate unter Älteren und erreichte in der Gruppe der Ab-60jährigen 52% der Stimmen.

- SPÖ und Grüne wurden überdurchschnittlich von jungen Frauen gewählt.
- Die FPÖ erreichte ihr bestes Ergebnis hingegen unter jungen Männern.

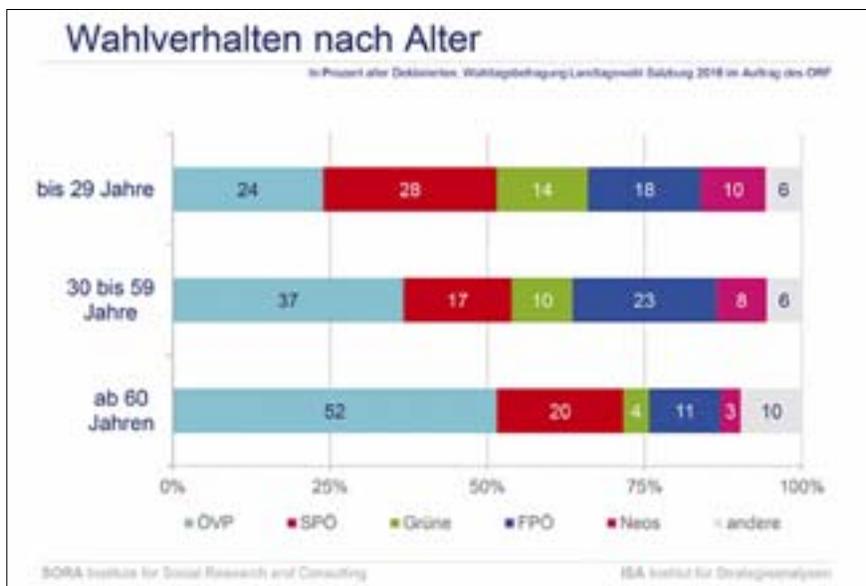
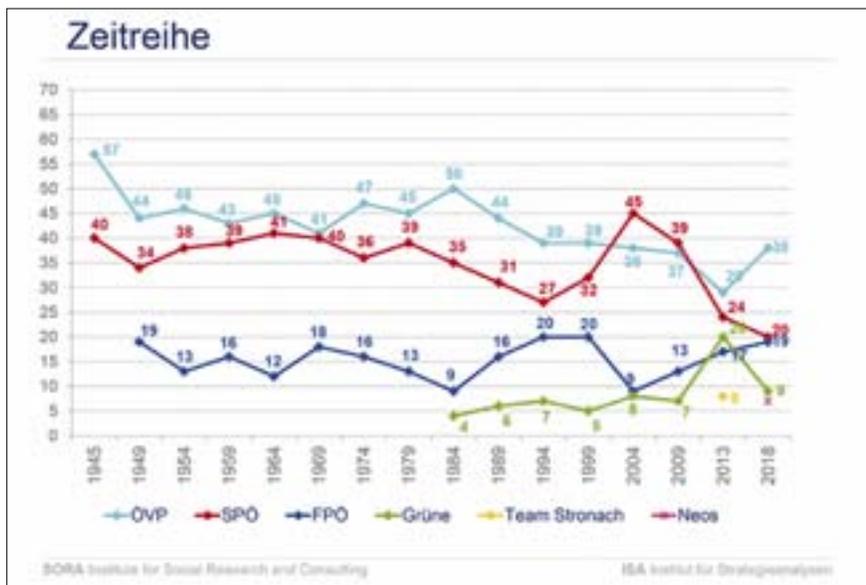
Unterschiede nach formaler Bildung

- Die ÖVP erzielt ihr bestes Ergebnis unter Personen mit Fachschul-Abschluß (BMS), die SPÖ unter Personen mit Pflichtschule als höchster abgeschlossener Ausbildung.
- Die FPÖ ist unter Personen mit Lehrabschluß besonders stark (29 %), liegt aber diesmal in dieser Gruppe deutlich hinter der ÖVP (41 %).
- In der Gruppe mit Universitätsabschluß liegen die Grünen mit 29 % noch vor ÖVP und SPÖ. Insbesondere Frauen mit höherer formaler Bildung (zumindest Matura) haben die Grünen gewählt.

Wahlmotive und Themen im Wahlkampf

ÖVP überzeugt mit Spitzenkandidat Haslauer

Wichtigstes Wahlmotiv für die ÖVP war mit großem Abstand Spitzenkandidat Wilfried Haslauer gefolgt von der bisherigen Arbeit und den inhaltlichen Standpunkten der Partei. In einer fiktiven Direktwahl des Landeshauptmannes würde Wilfried Haslauer



Innenpolitik

mit 46 Prozent noch vor seiner Partei liegen.

Eine Unterstützung der Bundesregierung war nur für 2 % der ÖVP-WählerInnen das wichtigste Wahlmotiv.

Hinsichtlich der im Wahlkampf diskutierten Themen stach unter ÖVP-WählerInnen keines besonderes heraus; am häufigsten wurde noch über „Zuwanderung“ diskutiert (34 % „sehr häufig“).

SPÖ spricht KernwählerInnen mit sozialen Themen an

Als wichtigstes Wahlmotiv nannten SPÖ-WählerInnen die inhaltlichen Standpunkte der Partei. Wie die abgefragten Wahlkampfthemen zeigen, ging es dabei vor allem um Gesundheit und Pflege sowie Sozialleistungen.

Fünf Prozent der SPÖ-WählerInnen nannten als wichtigstes Wahlmotiv, daß sie ein „Gegengewicht zur Bundesregierung“ schaffen wollten.

FPÖ mit Themen Zuwanderung, Sicherheit sowie Spitzenkandidatin

Für WählerInnen der FPÖ waren neben den inhaltlichen Standpunkten der Partei (für 21 % wichtigstes Wahlmotiv) auch Spitzenkandidatin Marlene Svazek (13 %), der Wunsch, daß die Partei in die Regierung solle (13 %), sowie die Ansicht, die FPÖ sei „gut für die Zukunft Salzburgs“ (12 %) wichtige Wahlmotive.

Hinsichtlich der Wahlkampf-Themen standen für FPÖ-WählerInnen klar Zuwanderung (von 57 % „sehr häufig diskutiert“) sowie Sicherheit (45 %) im Vordergrund.

Grün-WählerInnen diskutierten Umweltthemen und Bildung

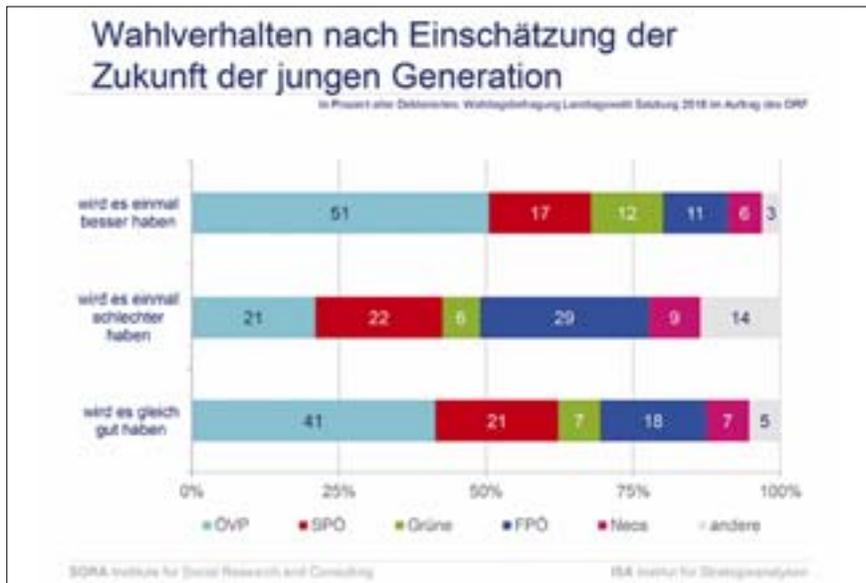
Für Grün-WählerInnen standen bei dieser Wahl mit großem Abstand die inhaltlichen Standpunkte der Partei im Vordergrund, d.h. vor allem Umweltschutz (von 61 % im Wahlkampf „sehr häufig diskutiert“) sowie Bildung und Ausbildung (53 %).

Im Vergleich der Parteien haben die WählerInnen der Grünen auch besonders häufig über die Maßnahmen der neuen Bundesregierung diskutiert (48 % „sehr häufig“).

Separate Auswertungen für die anderen Parteien sind aufgrund der Stichprobengröße nicht möglich.

Welche Parteien in die nächste Regierung?

Welche Parteien sollen nach Meinung der Befragten in der nächsten Landesregierung vertreten sein?



Innenpolitik

- Rund vier von zehn ÖVP-WählerInnen wünschen sich die FPÖ als Partner, je rund ein Viertel aber auch die Grünen und die SPÖ.
- Rund die Hälfte der SPÖ-WählerInnen würden sich neben der SPÖ die Grünen in einer Landesregierung wünschen, ebenso viele sprechen sich für eine Koalition mit der ÖVP aus.
- Die FPÖ-WählerInnen wünschen sich mit großer Mehrheit (80 %) eine Zusammenarbeit mit der ÖVP.
- Die Grün-WählerInnen sind in dieser Frage gespalten: Jeweils rund die Hälfte bevorzugt eine Zusammenarbeit mit ÖVP bzw. SPÖ.

Wählerströme

Die SORA Wählerstromanalyse, durchgeführt im Auftrag des ORF, beleuchtet die Wählerwanderungen ausgehend von der Landtagswahl 2013.

Bei sinkender Wahlbeteiligung mobilisiert die ÖVP bei dieser Wahl am besten und kann fast neun von zehn WählerInnen von 2013 (88 %) wieder für sich gewinnen.

Zugewinne erzielt die ÖVP mit 10.000 Stimmen insbesondere von der SPÖ, gefolgt von Grünen, FPÖ sowie Personen, die 2013 nicht gewählt haben bzw. noch nicht wahlberechtigt waren (je 4.000 Stimmen).

Verluste erleidet die ÖVP mit je 3.000 Stimmen an die FPÖ und die Nichtwahl. 2.000 ÖVP-Stimmen gehen an die NEOS und je 1.000 an Grüne und FPS.

Die SPÖ mobilisiert 6 von 10 WählerInnen von 2013 erneut.

Je 10.000 Stimmen verliert sie an die ÖVP sowie die Nichtwahl.

Zugewinne kommen mit 7.000 Stimmen insbesondere von den Grünen.

Die Grünen überzeugen nur rund jede/n dritte WählerIn von 2013 erneut.

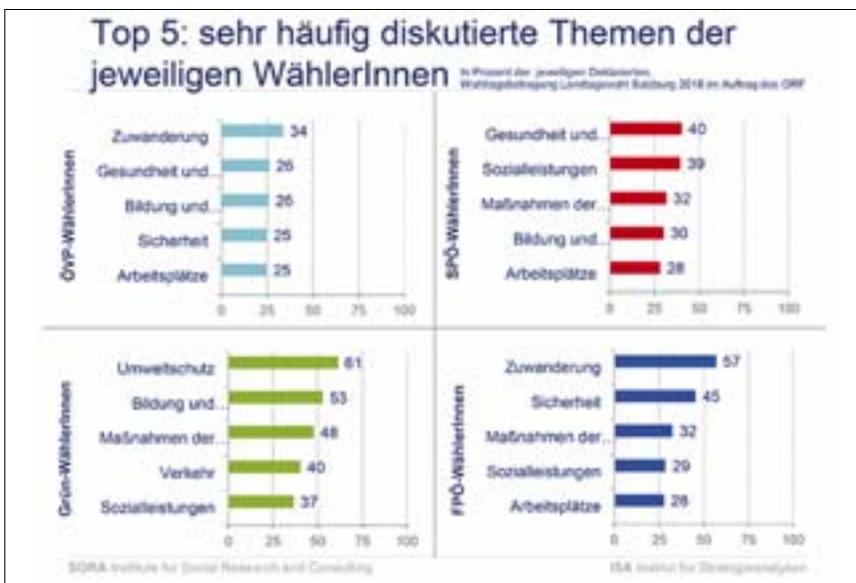
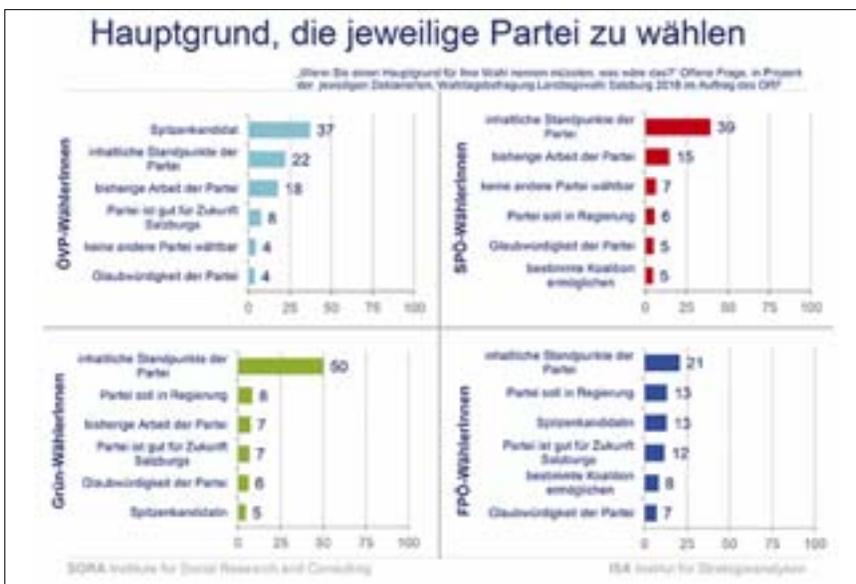
Sie verlieren 11.000 Stimmen an die Nichtwahl, 10.000 an die NEOS, 7.000 an die SPÖ und 4.000 Stimmen an die ÖVP.

Kleine Zugewinne von je rund 1.000 Stimmen kommen von ÖVP, Stronach-WählerInnen von 2013 sowie ehemaligen Nicht- bzw. ErstwählerInnen.

Die FPÖ mobilisiert 58% ihrer WählerInnen von 2013 erneut.

Sie gewinnt insbesondere 10.000 Stimmen von ehemaligen Stronach-WählerInnen. Je 2-3.000 Stimmen kommen von ÖVP, SPÖ, Grünen und den NichtwählerInnen hinzu.

Verluste erleidet die FPÖ mit 7.000 Stimmen insbesondere an Karl Schnells FPS



Innenpolitik

sowie mit je 4.000 Stimmen an ÖVP und die Nichtwahl.

Die FPS tritt erstmals bei einer Landtagswahl an. Ihre Stimmen setzen sich wie folgt zusammen: 7.000 kommen von der FPÖ, 2.000 von der SPÖ und je 1.000 von ÖVP, Straonch und NichtwählerInnen von 2013.

Die erstmals in Salzburg angetretenen NEOS erhalten 10.000 Stimmen von den Grünen, je 2.000 von ÖVP, FPÖ und Stro-nach sowie je 1.000 von SPÖ und NichtwählerInnen von 2013.

Die Landtagswahl im Vergleich zum Bundestrend

Das Wahlverhalten bei Landtagswahlen unterscheidet sich traditionell deutlich von Bundeswahlen. Eine Analyse von SORA im Auftrag des ORF beleuchtet, wie die Landesparteien im Vergleich zum Bundestrend abschneiden:

ÖVP und Neos verlieren am wenigsten an die Nichtwahl

Mit rund 65 % liegt die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl deutlich unter jener vom 15. Oktober 2017. In absoluten Stimmen haben daher alle Parteien im Vergleich zur Nationalratswahl verloren. Bei ÖVP und Neos fallen diese Verluste an die Nichtwahl im Parteienvergleich am geringsten aus.

FPÖ und SPÖ unter ihrem Potential der Bundeswahl

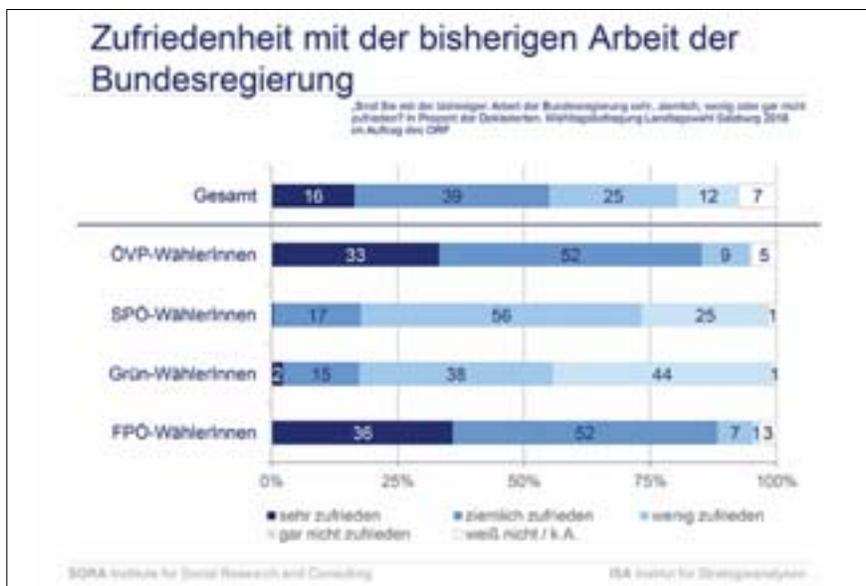
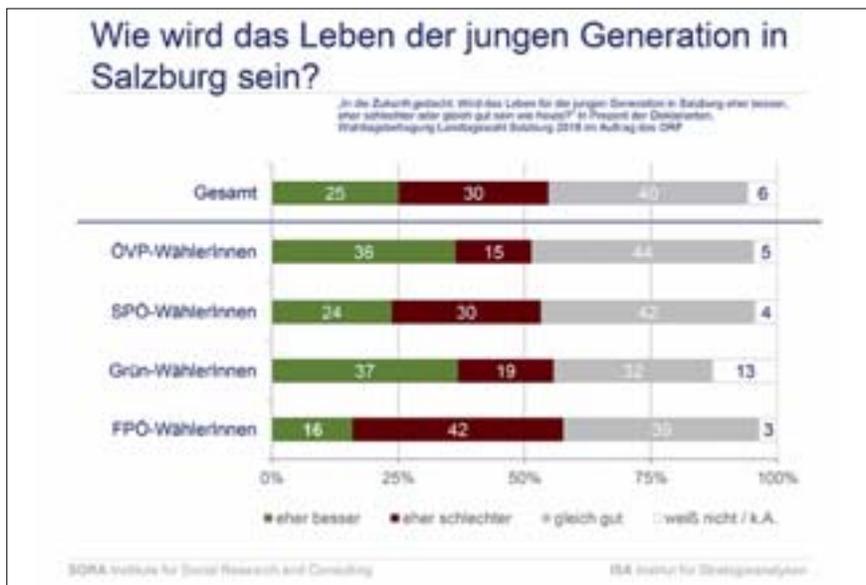
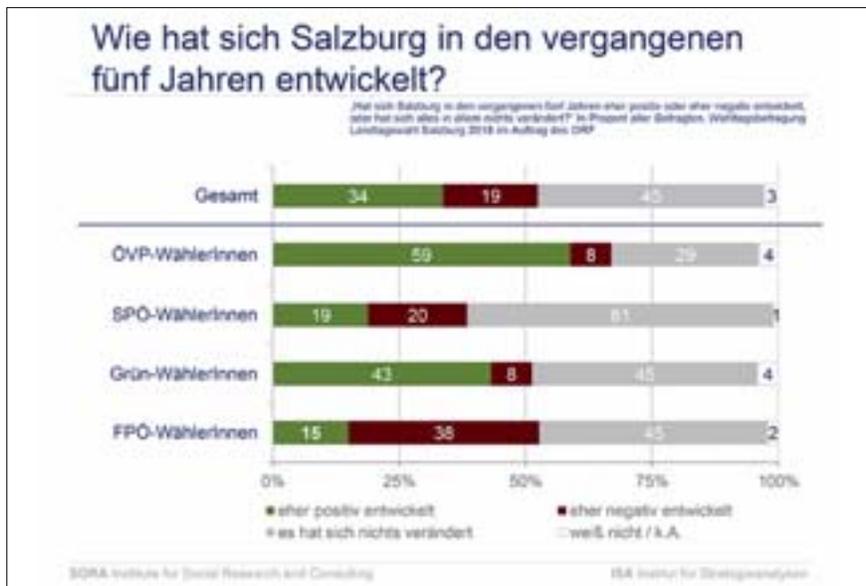
FPÖ und SPÖ bleiben hinter ihrem Wahlergebnis vom 15. Oktober zurück. Dies liegt bei der SPÖ vor allem an einer mangelnden Mobilisierung: 25.000 SalzburgerInnen, die am 15. Oktober bei der SPÖ ihr Kreuz gemacht haben, sind bei dieser Landtagswahl zuhause geblieben.

Die FPÖ verliert mit 22.000 Stimmen ebenfalls vor allem an die Nichtwahl; weitere 7.000 Strache-Stimmen gehen bei der Landtagswahl an die ÖVP, 4.000 an die FPS und 3.000 an die NEOS.

Salzburger Grüne mit 5.000 Kurz-Stimmen

Die Salzburger Grünen haben zwar im Vergleich zu 2013 massiv verloren, im Vergleich zum 15. Oktober jedoch deutlich zugelegt. 5.000 Stimmen erhalten sie von Kurz-WählerInnen vom 15. Oktober, je 3.000 kommen von der Liste Pilz und den Sonstigen der Nationalratswahl 2017.

Detailinformationen zum Wahlergebnis:
<https://www.salzburg.gv.at/pol/wahl/land>
 Quelle: <http://www.sora.at>



LH Wilfried Haslauer

In seiner ersten Reaktion nach Bekanntwerden der ersten Hochrechnung mit dem für ihn so erfreulichen Wahlergebnis sagte der alte und neuer Landeshauptmann Wilfried Haslauer, „ich bin voller Dankbarkeit für das große Vertrauen, für diesen eindeutigen Auftrag, die nächsten fünf Jahre in Salzburg die Landesregierung anzuführen, eine Regierung zu bilden, weiterzuarbeiten. So etwas gewinnt man nicht im Wahlkampf, sondern das gewinnt man in fünf Jahren intensiver Arbeit. Und auf diese haben wir uns konzentriert. Das ist das Ergebnis einer Teamarbeit und nicht das einer Einzelperson“, so Haslauer, der sich bei seinem Team, den Regierungsmitgliedern, den Abgeordneten und bei allen, die mitgewirkt hätten, bedankte – vor allem bei den vielen Freiwilligen, die sich in der Wahlauseinsatzengruppe engagiert hätten.

„Ich habe da so eine Grundeinstellung: ‚In der Niederlage aufrecht und im Erfolg bescheiden‘. Und das bin ich heute, weil eine große Aufgabe vor uns steht, eine tragfähige Regierung zu bilden, die Probleme,



Landeshauptmann Günther Platter in der ORF-Sondersendung am 28. Februar

Herausforderungen und Aufgabenstellungen der nächsten fünf Jahre in einem zuversichtlichen und konstruktiven Geist anzugehen.“

Das erste Ergebnis habe rund 18 Prozent Vorsprung auf die nächste Partei gezeigt, was die eindeutige Führungsposition der ÖVP bestätigt habe. Er, Haslauer, und sein Team würden jedenfalls mit allen anderen Parteien,

die in den Landtag gewählt worden seien, sprechen.

Zu Redaktionsschluß dieser Ausgabe hatte Haslauer zwar diese Gespräche geführt, sich aber noch nicht zu Koalitionsgesprächen mit einer der Parteien ausgesprochen. ■

<https://www.salzburg.gv.at>



Foto: ÖVP / Christian Georgescu

Ist mit dem Wahlergebnis sichtlich sehr zufrieden: Landeshauptmann Wilfried Haslauer feiert mit seinen MitstreiterInnen den Wahlsieg.

Günther Platter wurde zum Tiroler Landeshauptmann angelobt

Der Tiroler ÖVP-Chef Günther Platter ist am 4. April von Bundespräsident Alexander Van der Bellen für eine weitere Amtsperiode als Landeshauptmann von Tirol angelobt worden. Für Günther Platter war es bereits seine dritte Angelobung als Tiroler Landes-Chef.

Zur Zeremonie begleitet wurde der 63jährige von seinen beiden Landeshauptmannstellvertretern Josef Geisler und Ingrid Felipe. Ebenso mit dabei beim Termin beim Bundespräsidenten waren die neue Tiroler Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann sowie der Tiroler ÖVP-Klubobmann Jakob Wolf.

Der im Tiroler Kautertal aufgewachsene Alexander Van der Bellen erinnerte vor der Angelobung an einige seiner Treffen mit Landeshauptmann Platter in der Vergangenheit, unter anderem an jenes bei seiner eigenen Angelobung als Bundespräsident vor rund einem Jahr oder an seinen eigenen Antrittsbesuch in Tirol. Vor der Verlesung der Gelöbnis-Formel wünschte Bundespräsident Van der Bellen seinem Gegenüber „von Herzen alles Gute und gutes Gelingen“ für seine künftige Aufgabe. ■

<https://www.tirol.gv.at>



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen in seinen Amtsräumen in der Wiener Hofburg bei der Angelobung von Günther Platter zum Landeshauptmann von Tirol

Peter Kaiser wurde zum Kärntner Landeshauptmann angelobt

Peter Kaiser ist am 16. April zum Landeshauptmann von Kärnten angelobt worden. Bundespräsident Alexander Van der Bellen würdigte in einer kurzen Ansprache Kaisers erste Amtszeit sowie das Bundesland an sich. Der SPÖ-Politiker habe dieses wieder „in ruhige Gewässer“ geführt. Der Wahlsieg seiner Partei sei sowohl eine Anerkennung für dessen Leistung, als auch ein Vertrauensvorschuß.

Peter Kaiser war in Begleitung seiner Familie gekommen. Auch Landtagspräsident Reinhart Rohr befand sich im Troß. Aus seiner Liebe zum Süden machte der Bundespräsident zu Beginn der Angelobung in der Hofburg kein Hehl: „Kärnten zählt ja zu einem meiner am häufigsten besuchten Bundesländer – ach ja, eigentlich das am häufigsten besuchte.“ Positiv strich Van der Bellen vor allem die Zweisprachigkeit in Kärnten heraus.

Danach leistete Peter Kaiser die Gelöbnisformel, bevor es zu einer kurzen Unterredung mit Bundespräsident Van der Bellen ging. Als Geschenk hatte der Landeshauptmann dem Bundespräsidenten einen Wasserkrug mitgebracht. ■

<https://www.ktn.gv.at>



Foto: HBF / Carina Karlovits

Bundespräsident Alexander Van der Bellen in seinen Amtsräumen in der Wiener Hofburg bei der Angelobung von Peter Kaiser zum Landeshauptmann von Kärnten

Wirtschaftsstandort stärken

Die Bundesregierung verabschiedete mehrere Maßnahmen



Foto: BKA / Dragana Taric

Ministerrat am 25. April: die Bundesministerinnen Elisabeth Köstinger (l.) und Juliane Bogner-Strauß beim Pressestatement

Wir wollen die Wirtschaft in Österreich wieder auf die Überholspur zurück bringen“, sagte Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck beim Pressefoyer nach dem Ministerrat vom 25. April. Ein Bekenntnis für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort fehle aber bisher in den Staatszielen, was zu einem Ungleichgewicht geführt habe. „Das wollen wir nun ausgleichen, ohne die Umweltziele auszuhebeln“, so Schramböck.

Standortentwicklungsstrategie

Ein Standortentwicklungsgesetz soll künftig auch die Verfahren verkürzen. „Wir haben Investitionsprojekte im Wert von rund 15 Milliarden Euro in der Warteschleife, darunter Vorhaben wie die Dritte Piste oder den Stadttunnel in Feldkirch, aber auch Universitäten und andere Infrastrukturprojekte. Wir müssen deutlich schneller werden“, betonte die Wirtschaftsministerin. Das neue Gesetz solle es der Regierung künftig ermöglichen, die Verfahren für Projekte, die für den Wirtschaftsstandort wichtig sind, per Verordnung zu beschleunigen.

5G-Strategie

Infrastrukturminister Norbert Hofer stellte die 5G-Strategie vor: „Das ist der neue Mobilfunkstandard, der wesentliche technische Verbesserungen, erhöhte Energieeffizienz und eine 100prozentige Netzabdeckung verspricht. Nur mit 5G sind weitere wichtige Digitalisierungsschritte wie ‚smart cities‘

oder automatisches Fahren möglich. Es schafft somit die Grundlage für ein modernes Land.“ Österreich wolle dafür Vorreiter in Europa werden und müsse nun Rechtssicherheit, etwa durch ein adaptiertes Telekommunikationsgesetz, schaffen.

Jedenfalls solle bis zum Jahr 2020 in allen Landeshauptstädten 5G nutzbar gemacht werden, bis 2023 sollen alle Hauptverkehrsadern folgen und bis 2025 5G in Österreich flächendeckend verfügbar sein. Für die Aufbringung der hohen Kosten von rund 5 Milliarden Euro bedürfe es eines nationalen Schulterschlusses und einer engen Kooperation mit der Wirtschaft.

Rechtsbereinigung

Justiz- und Reformminister Josef Moser berichtete, daß die Rechtsbereinigung Gegenstand der Beratungen der Regierung sei: „Am Freitag beginnt die fünfwöchige Begutachtungsphase: 2 500 von 5 000 Vorschriften sollen wegfallen, weil sie nicht mehr zeitgemäß sind und damit den Zugang zum Recht beeinträchtigen.“ Jeder einzelne werde nunmehr schneller das finden, was er benötigt, es komme zur mehr Rechtsklarheit. Der Abschluß der Rechtsbereinigung solle noch im ersten Halbjahr 2018 erfolgen. In einem weiteren Schritt würden etwaige Übererfüllungen von EU-Normen überprüft werden.

Ebenso hält der Reformminister die Reduktion der Sozialversicherungsträger für notwendig: „Österreich ist zu klein, um 21 Sozialversicherungsträger zu haben. Eine Re-

duktion führt zu einem besseren Mitteleinsatz und zu einem erhöhten Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger.“ Die Regierung sei dafür angetreten, Österreich neu zu gestalten.

Neue Tourismusstrategie

Bundesministerin Elisabeth Köstinger wies auf den neuen Masterplan Tourismus hin: „Heute erfolgt der formelle Startschuß auf Ministerratebene. Der Tourismussektor ist ganzheitlich zu betrachten. Mit den Stakeholdern möchten wir über die Dauer von zehn Monaten maßgebliche Schwerpunkte diskutieren.“ Es gehe darum, wie man den Tourismus mit Themenbereichen wie Landwirtschaft und bäuerliche Kulinarik vernetzen könne. „Heute kommt auch kein Tourismusbetrieb mehr ohne Digitalisierung aus. Deshalb wird auch dieser Herausforderung ein Schwerpunkt gewidmet“, betonte Köstinger. Und schließlich gehe es auch um „die Frage, wie man Erfolge im Tourismus besser messen“ könne. „Es soll ein Indikatorensystem erarbeitet werden, das Erträge, Auslastungstage und Gästezufriedenheit klarer ausweisen kann.“

Gemeinsam mit Familienministerin Juliane Bogner-Strauß gab Köstinger bekannt, daß Bogner-Strauß sie im Sommer, rund um die Geburt ihres Kindes, im Ministeramt vertreten wird. Beide betonten, daß sie bereits gut abgestimmt seien und daß sich diese Kooperation in den nächsten Wochen noch verstärken werde. ■

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at>

Schicksalsjahr 1938 – NS Herrschaft im Burgenland

Der »Anschluß« im März 1938 und die politischen und gesellschaftlichen Prozesse, die dazu geführt haben, sind Thema einer Sonderausstellung in Eisenstadt.

Am 26. April wurde die Ausstellung „Schicksalsjahr 1938 – NS-Herrschaft im Burgenland“ im Landesmuseum Burgenland von Landeshauptmann Hans Niessl und Bundespräsident a.D. Heinz Fischer, Regierungsbeauftragter für das Jubiläumsjahr 2018, eröffnet – eine gemeinsame Ausstellung des Landesmuseums mit dem Österreichischen Jüdischen Museum Eisenstadt.

Die Ausstellung erzählt mittels Fotos, originalen Dokumenten und privaten wie offiziellen Filmaufnahmen die Ereignisse des schicksalhaften Jahres 1938 mit dem Ende des Ständestaates und dem Beginn der Nazi-herrschaft im Burgenland und somit den Weg des Burgenlandes in den „Anschluß“. Die Ausstellung bietet viel Raum für erzählte Geschichte sowie eine virtuelle Rekonstruktion der 14 burgenländischen Synagogen und Bet-häuser der Zwischenkriegszeit. Sie ist ein Beitrag des Landes Burgenland zum österreichischen Gedenkjahr 1938 und soll an eines der dunkelsten Kapitel unserer Geschichte erinnern und gleichzeitig Mahnung für die Zukunft sein. Ausstellungsorte sind das Landesmuseum Burgenland und das Österreichische Jüdische Museum Eisenstadt. Ausstellungsdauer: 26. April 2018 – November 2019.



Bundespräsident a.D. Heinz Fischer, Regierungsbeauftragter für das Jubiläumsjahr 2018

Niessl und Fischer verwiesen darauf, wie wichtig es sei, die Vergangenheit zu kennen und in Erinnerung zu halten, um die Gegenwart zu verstehen. „Die Gegenwart ist geprägt von der Vergangenheit und diese wiederum von der Vorvergangenheit. Die Geschehnisse im Jahr 1938 sind nur erklärbar, wenn wir auf die 1. Republik zurückschauen, und auf die Fehler, die wir dort gemacht

haben. Und auch auf die Fehler, die nach Ende des 1. Weltkrieges gemacht wurden“, so Fischer. Sich mit den Ereignissen im Jahr 1938 auseinanderzusetzen „bedeutet etwas Gutes für unsere Zukunft zu tun, für unsere Demokratie. Denn für die Demokratie muß man etwas tun, die fällt einem nicht in den Schoß.“

Der Landeshauptmann erinnerte daran, daß es „bereits in der Nacht auf den 12. März 1938 es zu wilden antisemitischen Ausschreitungen kommt – Hausdurchsuchungen, Konfiszierungen von Bargeld und Schmuck sowie Verhaftungen waren der Auftakt zur Vertreibung der Juden, Roma und Sinti aus dem Burgenland.“ Der Großteil der burgenländischen Juden sei nach Wien geflüchtet. „Ende November 1938 haben an die 1.700 Juden aus dem Burgenland in Wien auf eine Ausreisemöglichkeit gewartet. Anfang 1939 haben sich nur mehr 12 Juden im Burgenland befunden“, so Niessl.

„Auch 80 Jahre nach dem ‚Anschluß‘ müssen wir uns dem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte stellen. Wir haben die Verantwortung des Erinnerns“, betont Niessl. Die Erinnerungspolitik und Gedenkkultur in Österreich sei lange Zeit von Verschweigen, Verdrängung und Bagatellisierung geprägt



Landeshauptmann Hans Niessl und Bundespräsident a.D. Heinz Fischer

»Burgenland Journal«

gewesen. Das habe sich sehr geändert. Im Burgenland wurden Projekte wie „Erinnerungszeichen“ (seit 2010) – dieses Projekt verbindet die Sanierung und Pflege jüdischer Friedhöfe und die Bewußtseinsbildung bei Jugendlichen, indem mit Schulen kooperiert wird – der Erinnerungsweg „Jüdisches Leben in Rechnitz“ (2015) oder die Gedenkstätte „Garten der Erinnerung“ in Frauenkirchen (2015) umgesetzt. 2017 folgte die Eröffnung einer Gedenkstätte zur Erinnerung an die Jüdische Gemeinde Mattersdorf/Mattersburg.

Auch im Gedenkjahr 2018 wird im Burgenland ein breites Spektrum an Initiativen im Sinne von Bewußtseinsbildung und Gedenkarbeit gesetzt, um alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen und einzubinden – ganz besonders die Jugend. Der 9. November 2018 steht an Schulen des Landes ganz im Zeichen des Jubiläumsjahres. Der Tag ist reserviert für die Präsentation und Umsetzung von Projekten, die von den Schülern erarbeitet wurden.

Niessl: „Wir sind gefordert, die Erinnerung wach zu halten: an eine einst blühende jüdische Kultur im Burgenland, an die vielen Roma und Sinti im Burgenland und ebenso an das Schicksalsjahr 1938 und auch an das grausame Ende, an die Verfolgung, Vertreibung, Ermordung. Damit wir nicht Gefahr laufen, daß sich die Geschichte in irgendeiner Form wiederholt.“

Nationalismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Gewaltverherrlichung und Unmenschlichkeit dürften in unserer Gesellschaft nie wieder einen Platz haben – weder in unserem Land noch in einem gemeinsamen Europa. ■

<http://www.1918-2018.at>



Landeshauptmann Hans Niessl mit Claudia Prutscher, Vizepräsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, und Kurator Dieter Szorger ...



Fotos: Bgld. Landesmedienservice

... und beim virtuellen Rundgang durch die burgenländischen Synagogen.



Foto: KBB

vnr: LT-Abg. Regina Petrik, Michael Achenbach (Kurator), Claudia Prieber (Abt. Bildung, Kultur und Gesellschaft), Gert Polster (Dir. Landesmuseum Burgenland), Eveline Rabold (Ausstellungsgestalterin), LH Hans Niessl, Dieter Szorger (Kurator), Johannes Reiss (Dir. und GF Österreichisches Jüdisches Museum), Claudia Prutscher (Vizepräsidentin der IKG, und Wolfgang Kuzmits (Geschäftsführer Kultur-Betriebe Burgenland)

Sicherheitsgipfel

Sicherheitsleitlinie zwischen Bund und Land Burgenland unterzeichnet – Engere Zusammenarbeit soll auch subjektives Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stärken



Foto: Bgld. Landesmedienservice

LH Hans Niessl mit Innenminister Herbert Kickl vor dem Burgenländischen Sicherheitsgipfel in der Landespolizeidirektion in Eisenstadt

Der burgenländische Sicherheitsgipfel tagte am 9. April in der Landespolizeidirektion Eisenstadt mit Innenminister Herbert Kickl, Landeshauptmann Hans Niessl, Landeshauptmannstellvertreter Johann Tschürtz, Vertretern der burgenländischen Blaulichtorganisationen, der Landesverwaltung und der Bezirksverwaltungsbehörden. Im Fokus der Tagung stand eine engere Zusammenarbeit der Sicherheitspartner.

Enge Zusammenarbeit aller Sicherheitspartner

„Für ein Höchstmaß an Sicherheit für die Bevölkerung braucht es permanente Anstrengungen, den einen oder anderen Bereich zu verbessern, und eine enge Zusammenarbeit aller Sicherheitspartner“, stellte der Landeshauptmann eingangs fest. Dazu diene auch der Sicherheitsgipfel. Man verzeichne zwar im Burgenland die wenigsten Straftaten, und mit einer Aufklärungsquote von 54,6 Prozent, der österreichische Durchschnitt liege bei 50,1 Prozent, sei man sehr gut unterwegs. „Aber das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist nicht so ausgeprägt, wie es angesichts der realen Sicherheitslage sein müßte“.

Angesichts der noch offenen Balkanroute, der nur unzureichend kontrollierten EU-Außengrenzen und dreier EU-Länder als unmittelbare Nachbarn sei es „für uns im Burgenland selbstverständlich, daß die Grenzkontrollen aufrecht bleiben müssen“, so Niessl. Deshalb unterstütze man auch die Pläne der Bundesregierung, die bestehenden

Grenzkontrollen zu Slowenien und Ungarn auch weiterhin aufrecht zu erhalten. Vor diesem Hintergrund habe man gemeinsam eine Sicherheitsleitlinie erarbeitet, „die wir auch eins zu eins abarbeiten werden“.

Sicherheitsmaßnahmen, gestärkte, gut ausgerüstete Polizei und Prävention

„Das Burgenland steht aufgrund seiner exponierten Lage, insbesondere durch Transitrouten und weitläufige Grenzümgebungen, vor besonderen Herausforderungen. Unser Ziel ist es, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten und das subjektive Sicherheitsgefühl der Burgenländerinnen und Burgenländer zu stärken“, sagte auch Innenminister Kickl. „Dabei setzen wir auf nachhaltige Sicherheitsmaßnahmen, eine gestärkte und gut ausgerüstete Polizei und Prävention. Im Hinblick auf die aktuellen Migrationsbewegungen im europäischen Raum muß illegaler Migration durch gemeinsame Maßnahmen von Bund und Land wirksam entgegengetreten werden“, so Kickl.

Paarlauf bei der Sicherheit

Es gebe „einen Paarlauf bei der Sicherheit“, sagte Tschürtz. „Die Zusammenarbeit in diesem Bereich wurde auf eine neue Basis gestellt. Wir haben einen Landessicherheitsrat installiert, die Landessicherheitszentrale wird neu aufgestellt, wo auch Sicherheitsthemen der Zukunft diskutiert werden, und es wird eine virtuelle Zusammenarbeit zwischen allen sicherheitsrelevanten Institutionen geben“. Die Gemeinde-Sicherheitspart-

ner sollten der Polizei zuarbeiten und Tätigkeiten übernehmen, die der Polizei nicht in dieser Intensität möglich seien. „Dadurch wird das Sicherheitsgefühl enorm gestärkt“.

Neue Sicherheitsleitlinie

Grenzkontrollen, insbesondere die Schleperbekämpfung, seien ein zentraler Punkt der neuen Sicherheitsleitlinie. Um dieser Aufgabe nachzukommen, brauche es auch personelle Ressourcen, ein weiterer Punkt der Leitlinie. „Es geht hier nicht nur um das Burgenland, es geht auch um die anderen Bundesländer, um die Republik, um die Europäische Union, für die das Burgenland in diesem Bereich Sicherheitsdienstleister ist“, mahnt Niessl.

In der Landespolizeidirektion soll ein Einsatztrainingszentrum errichtet und entsprechende Infrastruktur mit den dafür notwendigen Rahmenbedingungen für die Polizei geschaffen werden. Die Kontrolle des Schwerverkehrs auf entsprechenden Kontrollplätzen ist ein weiteres wichtiges Thema. Geplant ist weiters eine Verschärfung der Gemeinde-Sicherheitspartner mit dem Projekt „Gemeinsam Sicher“ des Innenministeriums. Schließlich ist eine Kooperation im Hinblick auf die Prävention und die Bekämpfung von Cyberkriminalität vorgesehen.

„Durch die gegenseitige Unterstützung soll insbesondere die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleistet und damit auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung gesteigert werden“, so Niessl abschließend. ■

Land Burgenland beteiligt sich an Joanneum Research

Landeshauptmänner Niessl, Schützenhöfer und Kaiser besiegeln Zusammenarbeit



Foto: Joanneum Research / Schwarzl

Joanneum Research-GF Wolfgang Pribyl, Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl, Landeshauptmann Peter Kaiser, Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, Landeshauptmann Hans Niessl, Landesrat Alexander Petschnig und JR-Aufsichtsratsvorsitzender Martin Wiedenbauer

Das Land Burgenland, das Land Steiermark und das Land Kärnten bekräftigten am 20. April bei einer Pressekonferenz in Weiz die zukünftige engere Zusammenarbeit im Bereich Forschung. Die Landeshauptleute Hans Niessl, Hermann Schützenhöfer und Peter Kaiser trafen einander am Joanneum Research-Standort in der oststeirischen Bezirksstadt, um die Kooperation zu besiegeln.

LH Hans Niessl

Das Land Burgenland beteiligt sich künftig mit fünf Prozent an der Joanneum Research (JR) und wird sich im zukunftssträchtigen Forschungsbereich „Smart Connected Lighting“ engagieren. Damit soll die Forschungsachse Süd von Kärnten über die Steiermark bis ins Burgenland weiter gestärkt und die internationale Sichtbarkeit der heimischen Forschung erhöht werden. Das Land Burgenland möchte seine Forschungsaktivitäten bündeln und sich als Wissenschaftsstandort stärker positionieren und ist daher an die Joanneum Research herangetreten, um einen erfahrenen strategischen Partner zu gewinnen. Landeshauptmann Hans Niessl zum Einstieg des Burgenlandes bei der For-

schungsgesellschaft: „Von der Beteiligung an der Joanneum Research und dem damit verbundenen Aufbau und der Entwicklung der neuen Forschungseinrichtung Pinkafeld mit dem Schwerpunkt ‚Smart Connected Lighting‘ wird die burgenländische Wirtschaft profitieren, der Wissenschafts- und Forschungsstandort Burgenland weiter aufgewertet und die Forschungsquote weiter steigen.“

LH Hermann Schützenhöfer

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer betonte: „Miteinander statt nebeneinander, das schaffen wir mit der Forschungskooperation im Süden Österreichs. Forschung und Innovation sichern Wohlstand und Arbeit für die Zukunft. Durch die Zusammenarbeit der drei Bundesländer stärken wir die Joanneum Research als Flaggschiff der Innovation und damit auch die Rolle der Steiermark als Forschungseuropameister.“

LH Peter Kaiser

Dazu Landeshauptmann Peter Kaiser: „Die 15-Prozent-Beteiligung Kärntens an der

Joanneum Research war eine wichtige Weichenstellung für die Zukunftsorientierung unseres Bundeslandes und einer der Grundpfeiler für die erfolgreiche Etablierung der Forschungsachse Süd. Der 2015 begonnene Aufbau des Robotics-Instituts im Klagenfurter Lakeside-Park ist bereits so erfolgreich fortgeschritten, daß wir heuer mit dem Bau eines zweiten Labor-Gebäudes beginnen. Ich freue mich, daß wir mit der Beteiligung des Burgenlands die starke Forschungsachse Süd noch einmal verbreiten und vertiefen.“

Barbara Eibinger-Miedl

Die steirische Wissenschaftslandesrätin Barbara Eibinger-Miedl erklärte: „Joanneum Research hat sich längst zu einem Herzstück der österreichischen Forschungslandschaft entwickelt und trägt wesentlich dazu bei, daß die Steiermark das Forschungsland Nummer eins in Österreich und eine der innovativsten Regionen in Europa ist. Joanneum Research ist federführend, wenn es darum geht, Ergebnisse aus der Grundlagenforschung in die praktische Anwendung in Unternehmen zu bringen. Wir setzen aber nicht nur auf die enge Zusammenarbeit zwischen

Wissenschaft und Wirtschaft, sondern seit vielen Jahren auch auf bundesländerübergreifende Kooperationen. Der Einstieg des Burgenlandes ist ein weiterer Meilenstein in diesem Bereich!“

Die neue Struktur

Das Land Burgenland kauft um 1,865 Millionen Euro im Wege einer Kapitalerhöhung fünf Prozent der Gesellschaftsanteile an der JR und verpflichtet sich, zusätzlich einen jährlichen Gesellschafterzuschuß in Höhe von 464.500 Euro zu leisten. Mit dem Kauf erhöht sich das Stammkapital der Gesellschaft um 180.000 Euro auf 3,6 Millionen Euro, die neue Verteilung der Eigentümerstruktur ist dann 80,75 Prozent Land Steiermark, 14,25 Prozent BABEG (Land Kärnten) und 5 Prozent Landesholding Burgenland. Der Kaufpreis fließt in die JR und wird für den Aufbau und die Entwicklung des neuen Standortes der Joanneum Research in Pinkafeld verwendet.

Im Rahmen der neuen Eigentümerstruktur wird im dritten Quartal 2018 eine neue Forschungsgruppe „Smart Connected Lighting“ gegründet, die bei „MATERIALS“, dem Institut für Oberflächentechnologien und Photonik der JR, eingegliedert sein wird. „MATERIALS“ forscht an den Standorten Weiz, Niklasdorf und Leoben; für die neue Forschungsgruppe wird jedoch ein neuer JR-Standort in Pinkafeld eröffnet. In den kommenden fünf Jahren soll ein Team von 15 MitarbeiterInnen auf dem Gebiet „Smart Connected Lighting“ in Abstimmung mit den regionalen Keyplayern forschen. „Die Beleuchtungstechnik erlebt derzeit einen Paradigmenwechsel von der reinen Lichtquelle hin zu umfassenden smarten Beleuchtungskonzepten, die mit Sensorik, Steuerung, Regelung, Vernetzung und Kommunikation funktionieren. Mit ‚Smart Connected Lighting‘ wollen wir eine Forschungseinheit aufbauen, die auf nationaler und auch auf internationaler Ebene eine führende Rolle sowohl in der Vorfeldforschung als auch im Technologietransfer zu Firmen einnehmen soll“, erläutert JR-Geschäftsführer Wolfgang Pribyl.

Intelligente Produkte, Mehrwert für den Nutzer, höhere Wertschöpfung

Eine der Ursachen für diesen Paradigmenwechsel ist vor allem im Kostendruck zu sehen, der sich aus dem Wettbewerb mit Produkten aus dem asiatischen Raum ergibt, insbesondere im Billigpreissegment. Nur durch entsprechende Funktionalisierung wird es möglich sein, intelligentere Produkte zu fer-

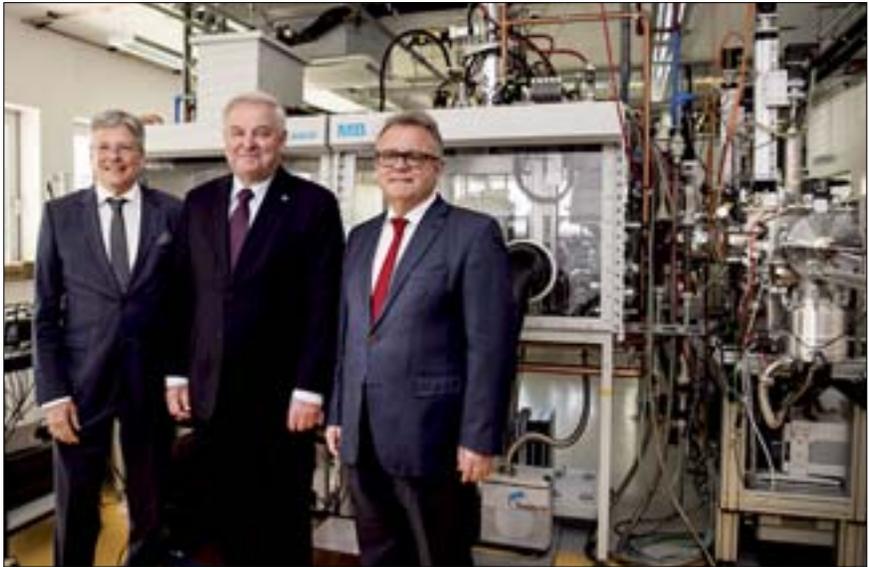


Foto: Joanneum Research / Schwarzl

Gruppenfoto am Joanneum Research Weiz (v.l.): die Landeshauptmänner Peter Kaiser (Kärnten), Hermann Schützenhöfer (Steiermark) und Hans Niessl (Burgenland)

tigen, die einen Mehrwert für den Nutzer darstellen und damit auch eine höhere Wertschöpfung generieren können. Es ist ein starker Trend zu „vernetzter und funktioneller Beleuchtung“ zu erkennen. Diese kann man zum Beispiel bei der Gebäudesteuerung (Smart Buildings) einsetzen oder auch in industrieller Umgebung, wie zum Beispiel bei Produktionsstraßen. Viele der dafür notwendigen Sensoren und Kommunikationsbausteine werden zunehmend direkt in die Lichtinfrastruktur integriert. Damit wird diese zur Schlagader von vernetzten Lebens- und Produktionswelten und zum Sprachzentrum des „Internet of Everything“, das Menschen, Objekte und Daten miteinander vernetzen und kommunizieren läßt. Die Leitung der Forschungsgruppe wird Franz-Peter Wenzl übernehmen, der bisherige Leiter der Forschungsgruppe „Licht und Optische Technologien“ bei „MATERIALS“.

Die Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbH entwickelt Lösungen und Technologien für Wirtschaft und Industrie in einem breiten Branchenspektrum und betreibt Spitzenforschung auf internationalem Niveau. Mit dem Fokus auf angewandte Forschung und Technologieentwicklung nimmt die „INNOVATION COMPANY“ eine Schlüsselfunktion im Technologie- und Wissenstransfer ein.

Das „MATERIALS“ – Institut für Oberflächentechnologien und Photonik bietet unter Einsatz moderner, auf Miniaturisierung, Integration und Werkstoffoptimierung beruhender Technologien und Verfahren interdisziplinäre Lösungsansätze für die gesamte Wertschöpfungskette. Dazu zählen großflächige Mikro- und Nanostrukturen, Bio- und Chemosensoren, Lichttechnologien, funktionalisierte Oberflächen oder Laserprozesse. ■ <https://www.joanneum.at>



Foto: Joanneum Research / Bernhard Bergmann

Beschichtungsanlage am »MATERIALS« – Institut für Oberflächentechnologien und Photonik

Kräftige Impulse für die Wirtschaft durch Bauprogramm

218 werden 115 Mio. Euro in Straßenbauprojekte und Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit investiert.

Straßenbaulandesrat Hans Peter Doskozil und Baudirektor Wolfgang Heckenast präsentierten am 11. April das Bauprogramm 2018. Insgesamt werden heuer rund 115 Mio. Euro in Straßenbauprojekte und Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit investiert. Davon entfallen 23,4 Mio. Euro auf Landstraßen und ländliche Wege, 39 Mio. Euro auf Bundesstraßen und 45 Mio. Euro auf Wasser- und Umweltwirtschaft. 125 Baulose – 42 Projekte im Nord-, 23 im Mittel- und 60 im Südburgenland – werden umgesetzt.

„Unser Ziel ist es, das Burgenland nachhaltig zu vernetzen und so verkehrssicher zu wie möglich zu gestalten“, betonte Doskozil. „Dafür werden im Jahr 2018 alleine in der Landesstraßenverwaltung 23,4 Millionen Euro, im gesamten Infrastrukturbereich etwa 115 Millionen Euro investiert. Das sind wichtige Investitionen, die der Wirtschaft und der Bevölkerung zugutekommen und nicht zuletzt der Verkehrssicherheit dienen.“

Ihm sei es „wichtig, auch darauf zu schauen, welche Bautätigkeiten wir mit eigenem Personal durchführen können“. Das sei auch ein klarer Auftrag an die Baudirektion. Ein großes Anliegen sei ihm, nicht zuletzt im Hinblick auf künftige Entwicklungen, in der Baudirektion einen entsprechenden Mitarbeiterstand zu haben. „Damit wollen wir im Bereich der Bauabteilung Kompetenzen erhalten und aufbauen und die Ressourcen auch während der Sommermonate effizient einsetzen.“

Bei Parndorf wird die im Zuge des Baues der B50 1948 errichtete Brücke neu gebaut. Während der Bauzeit wird der Verkehr über eine Behelfsbrücke, welche über der Bahnstrecke eingeschoben wird, geführt. Mit dem Bau wurde bereits begonnen, Bauzeit ist bis Ende November 2018. Die Baukosten belaufen sich auf 1,37 Mio. Euro.

Um Rückstau zu den Stoßzeiten zu vermeiden, wird ebenfalls in der Businesszone bei Parndorf/Neusiedl am See, an der Anschlußrampe von der A4 auf die B50 in Richtung Neusiedl ein zusätzlicher Rechtsabbiegestreifen errichtet. Die Baukosten betragen



Straßenbaulandesrat Hans Peter Doskozil (l.) und Baudirektor Wolfgang Heckenast bei der Präsentation der Straßenbauprojekte für das Burgenland 2018

200.000 Euro, voraussichtlich im Herbst 2018 soll mit dem Bau begonnen werden, Anfang 2019 Fertigstellung sein.

Bereits für den Verkehr freigegeben ist der erste Teil der B61a als Verlängerung der S31. Der letzte verbleibende Kilometer bis zur ungarischen Staatsgrenze wird ab 2018 als grenzüberschreitendes EU-Projekt umgesetzt. Die geplante Bauzeit ist von Mai 2018 bis November 2019. Bauherr ist das Land, die Baukosten belaufen sich auf 5,2 Mio. Euro.

Für mehr Verkehrssicherheit an der Kreuzung B63/L272 bei Großpetersdorf-Jäbing soll ein Kreisverkehr geschaffen werden. Die Grundeinlöseverhandlungen laufen derzeit, nach der Ausschreibung soll im Juli 2018 mit dem Bau gestartet werden. Die Fertigstellung ist im November 2018 geplant. Bauherr ist das Land Burgenland, Kosten: ca. 600.000 Euro.

Investitionen von insgesamt rund 8 Mio. Euro werden im Bereich der ländlichen Strukturen gemeinsam mit Gemeinden, Wegbaugemeinschaften mit Förderungen von Bund und EU getätigt, weitere 250.000 Euro fließen in die ländliche Neuordnung (Kommas-



Peter Doskozil und Wolfgang Heckenast im Bereich der neu zu errichtenden Brückeder B50 bei Parndorf

sierung), und im Forststraßenbereich betragen die Investitionen 560.000 Euro. Im Hochwasserschutzbau und Siedlungswasserbau werden mit Förderungen heuer 15 Mio. Euro umgesetzt. ■

Tourismusforum Burgenland

»Strategie 2022+« – ein Kompaß für das Land der Sonne

Am Abend des 12. April wurde rund 200 Gästen aus Politik, Tourismus, Kultur und der Medienbranche die „Tourismusstrategie Burgenland 2022+“ im Rahmen des Tourismusforums am Hannersberg präsentiert. Sie soll der burgenländischen Tourismusbranche in den kommenden Jahren als Kompass dienen. Im Anschluß referierte die renommierte Profilerin Patricia Staniek über das spannende Thema „Was mein Gast wirklich fühlt – Profiling im Tourismus“.

„Wir sind zu jeder Zeit das begehrteste Urlaubsland für erlebnisintensive Aufenthalte, um im sonnigen-sinnlichen Lebensgefühl des Burgenlandes Kraft und Inspiration für den Alltag aufzutanken!“ – So lautet die zentrale Vision des aktuellen Strategiepapiers, das der burgenländischen Tourismusbranche ein umfassendes Bündel an Zielen zur Orientierung an die Hand gibt.

Unter anderem geht es um mehr Ganzjahrestourismus, mehr Wiederholungsbesuche, noch stärkere Betonung der emotionalen Seite eines Genußurlaubs sowie um die Positionierung des Burgenlands als „Kraft- und Energietankstelle“. Dahinter steckt wiederum eine ganze Reihe strategischer Ziele – u.a. mehr Auslastung und Wertschöpfung durch Steigerung von Angebotsstruktur und -qualität, mehr Arbeitsplätze im Tourismus sowie die noch stärkere Bündelung touristischer Organisationen und Initiativen.

„Die vorliegende Strategie zeigt auf, daß einerseits die aktuellen Herausforderungen enorm sind. Man denke an die immer rascher, immer mehr Lebensbereiche erfassende Digitalisierung, den Trend zu Fernreisen, den sich verschärfenden Wettbewerb etc. Andererseits macht die Strategie 2022+ deutlich, daß wir große Chancen und enormes Potential besitzen. Hier seien stellvertretend etwa die Thermen als Leitprodukte, die Nähe zu urbanen Ballungsräumen und das immer stärker nachgefragte Genußangebot genannt“, faßte Landeshauptmann Hans Niessl in seinem Interview zusammen.

Tourismuslandesrat Alexander Petschnig betonte: „Die Tourismusbranche und das Land sind nun gefordert, die Vorteile unseres Angebots zu verdeutlichen und zugleich dieses Angebot stetig qualitativ zu verbessern sowie die damit verbundenen Arbeitsabläufe kontinuierlich zu professionalisieren. Und das,



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Tourismuslandesrat Alexander Petschnig, Landeshauptmann Hans Niessl und Burgenland Tourismus-Geschäftsführer Hannes Anton beim Tourismusforum am Hannersberg

ohne dabei Konkurrenzfähigkeit und Wertschöpfung aus den Augen zu verlieren. Das können wir nur dann erreichen, wenn sich die Branche in den nächsten Jahren verstärkt zu gewinnbringenden Netzwerken zusammenfindet.“

Mit der Branche – für die Branche

Erarbeitet wurde die umfassende Unterlage im vergangenen Jahr bei Workshops mit 85 Opinion Leadern der burgenländischen Branche. Begleitet wurde der Prozeß von der Beratungsagentur conos gmbh. Und erstmals wurde ein derartiges Richtungspapier auch von der Landesregierung beschlossen.

Festgelegt wurden bei diesem Strategieprozeß auch zahlreiche Maßnahmen, die man in einen Masterplan gegossen hat. So rücken künftig bei Werbung und Marketing die bisherigen Kernmärkte (Österreich, Deutschland sowie urbane Räume im benachbarten Ausland) noch stärker in den Fokus. Ab nun gruppieren sich um das zentrale Thema „Therme – Wellness – Gesundheit“ die übrigen, noch stärker vernetzten Angebotssäulen Naturgenuß, Wein und Kulinarik, inspirierende Kultur sowie Aktivität und Bewegung.

Burgenland Tourismus-Geschäftsführer Hannes Anton dazu: „Das Burgenland als Krafttankstelle zu positionieren, auch und

gerade für zwischendurch – darum muß es nun gehen. Der burgenländische Tourismus ist einer der bedeutendsten Wirtschaftsfaktoren des Landes. Seine Weiterentwicklung zur Wellness- und Regenerations-Destination Nummer 1 kann nur erreicht werden, wenn alle am tourismuswirtschaftlichen Geschehen Beteiligten zusammenwirken.“

Profilerin & Kriminologin zog Gäste in den Bann

Patricia Staniek ist eine der renommiertesten Expertinnen für Verhaltensanalyse des Menschen als Individuum und in der Gruppe. Mit ihren Körpersprache-, Mimik- und Verhaltensanalysen überzeugt sie nicht nur im Bereich Sicherheit, sondern auch in der Wirtschaft. Ihr „Profiling für die Wirtschaft“ hat neue Maßstäbe gesetzt.

Beim Tourismusforum begeisterte Staniek die Gäste mit einer spannenden Keynote. Sie zeigte, was die Mimik eines Gastes zeigen soll und welche Emotionen tatsächlich verborgen, kaschiert oder maskiert hinter der mimischen Fassade liegen.

Bis in die späten Abendstunden diskutierten die Gäste in angenehmer Atmosphäre über die Tourismuswirtschaft und feilten schon an Projekten für die nächsten Jahre. ■ <http://www.burgenland.info>

Eisenstadt hat Vorreiterrolle in der Kinderbetreuung

Frauen-, Familien- und Jugendministerin Juliane Bogner-Strauß zu Besuch

Eisenstadt ist im Bereich der Kinderbetreuung Vorreiter: Insgesamt 103 Personen kümmern sich in den städtischen Kindergärten, Kinderkrippen und Tagesheimen um die Anliegen der jüngsten Eisenstädter. Bei einem Lokalausgleich machte sich Frauen-, Familien- und Jugendministerin Juliane Bogner-Strauß gemeinsam mit Bürgermeister Thomas Steiner am 23. April selbst ein Bild von der Kinderbildung und Kinderbetreuung in Eisenstadt.

Die burgenländische Landeshauptstadt bietet in Sachen Kinderbetreuung ein umfassendes Angebot. Sechs Kindergärten, zwei Kinderkrippen und die Tagesheime der drei Volksschulen werden dabei von der Stadt selbst betrieben und mit Personal versorgt. Insgesamt sind allein in den städtischen Einrichtungen 103 Personen beschäftigt und um das Wohl der Kinder bemüht. „Damit wird nicht nur die beste Betreuung der jüngsten Gemeindeglieder garantiert, sondern die Stadt stellt darüber hinaus über 100 sichere Arbeitsplätze, vor allem für Frauen, bereit“, freut sich Bürgermeister Thomas Steiner.

Neuerrichtung am Krautgartenweg

Die Kinderbildung und Kinderbetreuung wird in den kommenden Monaten in Eisenstadt noch weiter wachsen, denn derzeit entsteht am Krautgartenweg der siebte städtische Kindergarten inkl. Kinderkrippe. Aufgrund der aktuellen Bevölkerungsentwicklung und des regen Wohnbaus in Eisenstadt ist der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen notwendig. Der Spatenstich fand am 6. April statt – verlaufen alle Arbeiten nach Plan, wird das Objekt im Frühjahr 2019 fertiggestellt.

„Um den notwendigen Bedarf für die nächsten Jahre decken zu können, wird der neue Kindergarten in der Größe von zwei Kinderkrippen- und zwei Kindergartengruppen errichtet. Eine etwaige Erweiterung ist ebenfalls Teil der Planung. Das ist eine wichtige stadtpolitische Maßnahme, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie garantieren zu können. Besonders erfreulich ist, daß der Bund die Schaffung neuer Kinderbetreuungsplätze fördert und die Stadt dabei auch finanziell unterstützt“, so der Bürgermeister.



Frauen-, Familien- und Jugendministerin Juliane Bogner-Strauß und Bürgermeister Thomas Steiner mit zwei der vorbildlich betreuten Kindergartenkinder



Der Spatenstich am Krautgartenweg erfolgte am 6. April mit Landeshauptmann Hans Niessl.

Die Investitionssumme beträgt insgesamt 1,8 Millionen Euro. Aus dem kommunalen Investitionsprogramm des Bundes kommt eine Förderung in der Höhe von 289.000 Euro und seitens des Landes wird der Bau des neuen Kindergartens mit 285.000 Euro unterstützt.

Kinderbetreuung auf höchstem Niveau

Aktuell werden 1001 Kinder in den Kindergärten und -krippen der Landeshauptstadt und den Tagesheimen der drei Volksschulen, der NMS Rosental und des Sonderpädagogischen Zentrums betreut. Allein 535 Kinder besuchen einen der sechs städtischen Kindergärten bzw. eine der zwei Kinderkrippen

oder die private Einrichtung in der Gölbeszeile. An den derzeit sieben Standorten (inkl. Gölbeszeile) gibt es insgesamt 23 Kindergartengruppen und vier Kinderkrippengruppen. Alle Betreuungseinrichtungen sind ganztägig mit Mittagessen geführt.

Besonders in der Nachmittagsbetreuung in den Tagesheimen wurde in den letzten Jahren ein starker Zuwachs verzeichnet. Waren es 2013 noch 312 Kinder, nehmen 2018 insgesamt 466 Kinder das Angebot in Anspruch. Besonders die Volksschule in der Bahnstraße sticht dabei hervor: 258 Mädchen und Burschen sind im laufenden Schuljahr in der Tagesheimbetreuung. ■

<http://www.eisenstadt.at>

Mattersburg: Leben und Wirtschaft im Einklang

Mattersburgs Wirtschaft befindet sich auf der Überholspur. Allein seit Juni letzten Jahres wurden mehr als 50 neue Gewerbe genehmigungen ausgegeben. Darunter waren auch viele JungunternehmerInnen. Weitere Bürogebäude und Arztpraxen sind in Planung. Die Stadtgemeinde unterstützt die UnternehmerInnen mit Förderungen und Präsentationsplattformen.

„Wir freuen uns über jedes einzelne Unternehmen, das sich entschließt, sich in Mattersburg niederzulassen. Die Stadtgemeinde hilft wo sie nur kann. Wir bieten ein umfassendes Beratungsservice an, eine großzügige Wirtschaftsförderung sowie die Möglichkeit für Jungunternehmen, sich in unseren Stadtnachrichten zu präsentieren“, erklärt Bürgermeisterin Ingrid Salomon.

Sowohl in der Innenstadt, als auch in der Peripherielage schießen immer wieder neue Betriebe aus dem Boden, welche die Wohlgefühlstadt Mattersburg weiter bereichern. Neueste Attraktionen sind der Ausbau des renommierten Juwelierfachgeschäftes Kröpfl sowie die Eröffnung des „Van Hagen Cafes“. Insgesamt gab es in den letzten zwei Jahren zehn Geschäftseröffnungen in der Innenstadt, darunter Mode-Fachgeschäfte, ein Schmink-Fachgeschäft, ein Tattoo-Laden, ein Schuh-Fachgeschäft und ein Fitness-Center.

Weiterer Impuls für die Innenstadt

Jetzt entsteht mitten im Ortszentrum ein interessantes Wohnprojekt, das zu einer zusätzlichen Belebung der Innenstadt führen wird. Aufgeteilt auf zwei Gebäuden werden bis zu 17 Einheiten für Geschäfte, Wohnungen, Gastronomie und Büros entstehen. „Dieser Bau ist eine wichtige Investition in den Wirtschaftsstandort Mattersburg. Vor allem die Belebung des Ortszentrums spielt hier eine bedeutende Rolle“, so die Bürgermeisterin.

Die bebaute Fläche beträgt 772 m². Der Gebäudekomplex bekommt ein Flachdach und paßt auch optisch gut ins Stadtzentrum. Die Fertigstellung ist für Herbst 2019 geplant. Bauträger ist die Polleres-Gruppe. ■

<http://juwelier-kroepfl.at>

<https://www.vanhagencakes.at>

https://www.daibau.at/polleres_bau_gmbh

<http://www.mattersburg.gv.at>



Das Juweliergeschäft Kröpfl hat seine Verkaufsfläche in der Innenstadt verdreifacht – Bürgermeisterin Ingrid Salomon (r.) im Bild Elisabeth und Vera Kröpfl ...v



... in der neuen Konditorei in der Hauptstraße mit Vanessa Van Hagen ...



... und beim Spatenstich zum neuen Gebäudekomplex im Stadtzentrum

Fotos: Stadtgemeinde Mattersburg

Berlakovich ist neuer LK-Präsident

Die Konstituierende Vollversammlung der Burgenländischen Landwirtschaftskammer wählte Abg.z.NR Nikolaus Berlakovich zum neuen Präsidenten

Bei der Konstituierenden Vollversammlung der Burgenländischen Landwirtschaftskammer wurde am 10. April in Eisenstadt Abg.z.NR Nikolaus Berlakovich einstimmig zum Präsidenten gewählt. In Anwesenheit von Ök.-Rat Hermann Schultes, Präsident Landwirtschaftskammer Österreich, Agrarlandesrätin Verena Dunst sowie weiteren zahlreichen VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung wurde Berlakovich von Landeshauptmann Hans Niessl angelobt. Berlakovich tritt damit die Nachfolge von Ök.-Rat Franz Stefan Hautzinger an, der dieses Amt 28 Jahre innehatte. Zum Vizepräsidenten der Landwirtschaftskammer Burgenland wurde ebenfalls einstimmig Werner Falb-Meixner gewählt.

„Die Landwirtschaftskammer Burgenland ist im Rahmen der Sozialpartnerschaft ein wichtiger Interessenvertreter und ein wesentlicher Ansprechpartner des Landes. Mein besonderer Dank gilt heute Ök.-Rat Franz Stefan Hautzinger für seinen Fleiß und seinen Einsatz – vor allem aber für seine Verlässlichkeit und Handschlagqualität. Unter der Präsidentschaft von Franz Stefan Hautzinger ist es der Landwirtschaft des Burgenlandes, die er zu seiner Herzensangelegenheit gemacht hat, durch strukturelle Veränderungen und zukunftsorientierte Weichenstellungen erfolgreich gelungen, wesentliche Beiträge zum Aufstieg unseres Heimatlandes zu leisten. Ich wünsche der Landwirtschaftskammer Burgenland, dem alten und neuen Präsidenten sowie dem Vizepräsidenten, dem Kammerdirektor und den Kammerräten eine weiterhin erfolgreiche Arbeit für die heimische Landwirtschaft und damit für unser Heimatland Burgenland“, erklärte dazu Landeshauptmann Hans Niessl. ■

<https://bgld.lko.at/>



Landeshauptmann Hans Niessl bedankt sich beim scheidenden Präsidenten Ök.-Rat Franz Stefan Hautzinger (oben) und gratuliert seinem Nachfolger, Abg.z.NR Nikolaus Berlakovich.



Fotos: Bgld. Landesmedienservice



Berlakovich wurde in der Vollversammlung des Ländlichen Fortbildungsinstitutes (LFI) Burgenland auch zu deren Vorsitzendem gewählt.

Engagierte Frauen rütteln auf und verändern!

Rosa Jochmann-Preis 2017 geht an Brigitta Novak aus Siegendorf



Fotos: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Siegendorfs Bürgermeister Rainer Porics, Preisträgerin Brigitta Novak, Landesrätin Verena Dunst und Landesrätin Astrid Eisenkopf

Brigitta Novak aus Siegendorf erhielt den Rosa Jochmann-Preis 2017. Frauenlandesrätin Verena Dunst überreichte die Auszeichnung am 25. April im Kulturzentrum Siegendorf im Beisein von Landesrätin Astrid Eisenkopf und Bürgermeister Rainer Porics den Preis. Er war unter dem Motto „Frauen, die sich besonders für andere stark machen und damit Zivilcourage beweisen“ ausgelobt worden und wurde bereits zum achten Mal vergeben.

„Eine Gesellschaft, in der sich Menschen ehrenamtlich engagieren, kann auch die großen Herausforderungen der Zukunft bewältigen“

„Das Motto des Frauenpreises 2017 soll vor allem vermitteln, daß es Menschen braucht, die sich dafür einsetzen, daß wir gut, zufrieden und friedlich leben können. Wer sich engagiert, tut etwas gegen seine Ohnmacht und auch wenn nicht alle Aktivitäten erfolgreich sein mögen, so erhalten wir etwas ganz Wichtiges durch unser Engagement – und das ist Sinn. An den Problemen unserer Zeit kann man verzweifeln, oder sich engagieren. Immer mehr Frauen helfen. Ihr Engagement macht Mut – und die

Welt ein kleines bisschen besser. Mir ist es deshalb sehr wichtig, mit dem Frauenpreis, diese Vorbilder vor den Vorhang zu holen. Und genauso ein Vorbild ist Frau Brigitta Novak aus Siegendorf. Ich freue mich und gratuliere herzlich zu dieser Auszeichnung“, sagte Dunst bei der Verleihung.

Auch Landesrätin Astrid Eisenkopf gratulierte der Preisträgerin und bedankte sich bei der Obfrau des Vereines „Club Miteinander“: „Durch Ihre Leistungen liefern Sie der Gesellschaft ein Beispiel gelebter Solidarität und Menschlichkeit. Damit sind Sie ein großes Vorbild in unserer Gesellschaft. Herzlich Dank für Ihr soziales Engagement.“

Preisträgerin Brigitta Novak

Die diesjährige Preisträgerin Brigitta Novak ist Obfrau des Vereines „Club Miteinander“ in Siegendorf. Der Seniorentreff „Club Miteinander“ ist ein Verein, der sich älterer Menschen annimmt und ihnen die Möglichkeit gibt, sich mit Gleichgesinnten auszutauschen. Er bietet ihnen die Möglichkeit, gesellschaftliche Anknüpfungspunkte zu erhalten und persönliche Kontakte zu pflegen.

Der „Club Miteinander“ in Siegendorf

kann auf eine lange Geschichte zurückblicken und hat im Jahr 2017 sein 20jähriges Jubiläum gefeiert. Damit ist er der zweitälteste Club beim Roten Kreuz Burgenland. Das freiwillige und ehrenamtliche Engagement steht hierbei im Vordergrund

Der Rosa-Jochmann-Preis wird seit 2010 vergeben

Mit dem von Frauenlandesrätin Verena Dunst und dem Referat Frauen, Antidiskriminierung und Gleichbehandlung verliehenen Preis soll eine Frau bzw. ein Unternehmen geehrt werden, die bzw. das sich Anerkennung in ihrem speziellen Bereich durch besonderes Engagement verdient hat. Unter dem Motto „Frauen, die sich besonders für andere stark machen und damit Zivilcourage beweisen“ sollten 2017 Frauen gewürdigt werden, die Gutes für andere vollbracht haben und damit Zivilcourage bewiesen haben und ihren und ihren Standort im Burgenland haben.

Der Rosa Jochmann-Preis, seit 2010 jährlich vergeben, wurde von Birgit Sauer künstlerisch gestaltet. ■

<https://www.ropeskreuz.at/burgenland>

Ein »Großprojekt« findet seine Vollendung

Restaurierung der Wandmalerei im Haydn-Haus in Eisenstadt



Foto: KBB / Wild

Kulturlandesrat Hans Peter Doskozil (l.) und der Geschäftsführer der Kultur-Betriebe Burgenland, Wolfgang Kuzmits, bei der Besichtigung der Restaurierungsarbeiten im Haydn-Haus Eisenstadt

Bereits zum dritten Mal waren die RestauratorInnen rund um Rudolfine Seeber in Kooperation mit dem Bundesdenkmalamt am Werk, um die originalen Wandmalereien aus Joseph Haydns Lebenszeit freizulegen und sie in „alter“ Frische aufleuchten zu lassen. Somit endet ein 15jähriges Projekt um den Zauber der Musikergedenkstätte

»Haydn-Haus« erstrahlen zu lassen

Das Haydn-Haus Eisenstadt ist das ehemalige Wohnhaus des großen Komponisten und damit ein historischer und authentischer Schauplatz. Joseph Haydn erwarb das barocke Haus 1766 als fürstlicher Kapellmeister am Esterházy'schen Hof und bewohnte es mit seiner Frau Maria Anna Theresia zwölf Jahre lang. Der genius loci wird durch die Darstellung der original historischen Wandmalereien Joseph Haydns, die originalen Möbel aus der „Haydnzeit“ und durch ausgewählte Ausstellungsobjekte für die BesucherInnen in einer gut bürgerlichen Darstellungsform versprüht.

So liegt der Schwerpunkt des Hauses in der unmittelbaren Erlebbarkeit des originalen Wohnambientes Haydns, als auch der dichten Atmosphäre eines barocken Bürgerhauses, das dennoch darüber hinaus auch als

Museum mit wertvollen Exponaten zu erleben ist. Hier fühlen sich die Gäste zurückversetzt in die Zeit des Barock und die Lebenswelt des Komponisten, hier lebte er, hier komponierte er.

„Das Haydn-Haus Eisenstadt, ein Juwel der burgenländischen Kulturgeschichte, zeigt mit dem Saisonstart 2018 neue freigelegte Wandmalereien, die auf beeindruckende Weise in die Haydn-Zeit zurückversetzen. Mit dem Abschluß der Restaurierungsarbeiten im Haydn-Haus ist es gelungen, ein wesentliches Herzstück der Haydn-Pflege noch authentischer präsentieren und den Gästen einen gut bürgerlichen Eindruck eines großen Komponisten vermitteln zu können“, freut sich Kulturlandesrat Hans Peter Doskozil.

Restaurierungen von 2003-2018

Bereits 2003/04 wurde die ehemalige Küche Joseph Haydns von Mitarbeitern der Kultur-Service Burgenland GmbH – nach vorheriger Besichtigung einiger gut bürgerlicher Referenzküchen in Sopron – gebaut und nach Haydns Geschmack nachgestellt. Dazu wurden historische Holzpfosten in den Küchenbau verarbeitet, Naturbodensteine verlegt und der Ofenabzug nachgebaut, um dem Haydn'schen Leben nachzuempfinden.

Und so nahm die Gestaltung der weiteren Räume seinen Lauf.

Anlässlich des Haydn-Jubiläumsjahres 2009, rund um die Ausstellung „Phänomen Haydn“, wurde die erste Restaurierung von Wandmalereien im Haydn-Haus vorgenommen und so erstrahlte Haydns Schlafzimmer im schlichten Streifendesign. Es handelt sich hierbei um eine freihändig gezogene Malerei in Form eines Streifenrapports in der Art einer gemalten Tapete, wie sie auch für andere Räume des Obergeschoßes nachzuweisen ist.

Um für das Liszt-Jubiläumsjahr 2011 den geeigneten Rahmen für die Ausstellung „Lisztomania 2011“ zu schaffen, nutzte man die Winterpause davor um einen weiteren Raum in seiner Wandfassung der Haydn-Zeit wiederherzustellen. In Kooperation mit dem Bundesdenkmalamt hat die Restauratorin Rudolfine Seeber unter 27 Farbschichten erneut eine tapetenartige Wandbemalung freigelegt. Es handelt sich hierbei um eine Dekorationsmalerei aus dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts mit typischen formalen Elementen des Barockklassizismus.

»Haydns Klavierzimmer«

Mit dem Saisonstart 2018 im Haydn-Haus folgt nun der Abschluß eines besonderen

Großprojektes. Im Zuge der letzten Restaurierung über die Wintermonate 2017/18 wurde die Original-Wandmalerei im Klavierzimmer, in der die Dauerausstellung „Haydn bürgerlich“ zu sehen ist, freigelegt.

Diese Malerei war am besten erhalten von allen bisher restaurierten Zimmern. Gut die Hälfte des Raumes war freizulegen, die andere Hälfte wurde durch den Brand im Jahre 1776 teilweise zerstört. 26 Farbschichten mußte die Restauratorin mit ihrem Team in feinsten Arbeitsmanier freilegen, bis die originalen Ausmalungen aus der Haydnzeit zum Vorschein kamen. Unter diesen dicken Paketen von jüngeren Wandfassungen konnte die nun wiederhergestellte Ausmalung in schichtweiser Abtragung den Jahren zugeordnet werden, in denen Haydn tatsächlich das Haus bewohnte. Das schlichte Streifen-Design kennt man aus Haydns Schlafzimmer und Wohnzimmer, die bereits in den Jahren 2009 und 2011 freigelegt und restauriert wurden.

„Aus Sicht der Geschäftsführung freut es mich besonders, ein so langes Projekt mit der Restaurierung der Wandmalereien in Joseph Haydns Klavierzimmer zu Ende führen zu dürfen. Mit diesem Abschluß kann Haydns Wohnhaus als authentischer Schauplatz aus dem bürgerlichen Leben und Schaffen Joseph Haydns wahrgenommen und erlebt werden“, so der Geschäftsführer der Kultur-Betriebe Burgenland, Wolfgang Kuzmits.

Nach Abschluß der Arbeiten wird dieser in seiner authentischen Wirkung nun deutlich aufgewertete Raum wieder der Dauerausstellung über Joseph Haydn gewidmet sein. ■

<http://www.kultur-burgenland.at>



Foto: Heiling / Lorenz

Das Haydn-Haus in Eisenstadt



Foto: KBB / Wild

Bereits zum dritten Mal arbeiteten die RestauratorInnen an den originalen Wandmalereien



Foto: Heiling / Lorenz

Ein Blick in die Dauerausstellung im ehemaligen Wohnhaus des großen Komponisten in Eisenstadt

Schatz und Schutz

Vom Keuschheitsgürtel bis zum Sargschlüssel – Jahresausstellung
auf Burg Forchtenstein vom 12. April bis 4. November 2018



© Wikipedia // Cc-by-sa-3.0 / Foto: Karl Gruber

Blick von der Rosalienkapelle in Neustift an der Rosalia zur Burg Forchtenstein und Richtung Neusiedler See

Wer einen Schatz besitzt, möchte diesen auch beschützen. Das eine bedingt hier das andere. Große Mühe muß aufgewandt werden um einen Schatz sein Eigen zu nennen. Viele stellen sich unter einem Schatz etwas Kostbares vor. Zum Beispiel ein Objekt aus Gold, mit Diamanten bestückt, oder ein beachtliches Barvermögen. Und doch kann ein Schatz auch etwas Immaterielles sein, wie zum Beispiel die Ehre. Scheint diese heute kaum noch schützenswert, wurden ihretwegen vor Jahrhunderten noch Duelle und Kriege entfacht.

Im Märchen war ein Schatz fast immer in einer fest verschlossenen Truhe oder Kiste verborgen. Es oblag einem Helden, diese Truhe zu finden, was mit dem Bestehen vieler Abenteuer verbunden war. Waren alle Aufgaben erfüllt, konnte die Truhe geborgen werden, um schließlich den letzten Akt zu vollführen: das komplizierte Öffnen dieser Truhe. Auch hier konnte noch allerlei schiefgehen: Das „Zauberwort“ war vergessen worden, die Gier übermannte den Helden

oder boshafte Geister versuchten ein letztes Mal das Gute zu verhindern.

Der Alltag der einfachen Leute, aber auch der reichen Bürger und des Adels, sah nicht

viel anders als im Märchen aus. Egal, welchen Schatz jemand angehäuft hatte oder welcher Reichtum jemanden zugefallen war – neidische Mitmenschen, neugierige Dienst-



Foto: Esterházy / Lisa Schulcz

Ein Blick in die Ausstellung mit außergewöhnlichen Exponaten der Schell Collection.

boten, böse Verwandtschaft, sie alle versuchten ein Stück vom Schatz zu erhaschen. Und hier kamen die Schlosser auf den Plan. Schon früh versuchten sie, die Schlösser der Auftraggeber durch verschiedene zusätzliche Verschlüsse noch sicherer zu machen. Neben dem eisernen Material, das kaum aufzubrechen war, kam der Zeitverlust für das Suchen des Schlüsselloches hinzu.

Schatz & Schutz

Schutz bot neben einem ordentlichen Schloss auch eine feste Behausung – im besten Fall eine Burg oder ein gut gesichertes Hochschloss – wie wir es hier in Forchtenstein sehen. Stehend auf einem Felsen mit schroffen Wänden und von einem Burggraben umgeben, zusätzlich gesichert durch eine Zugbrücke und verbarrikiert durch mächtige hölzerne Tore, die mit Eisenbeschlägen gesichert sind, bot Burg Forchtenstein Schutz und Zuflucht.

Das hatten auch die Fürsten Esterházy erkannt, die auf der Burg, gesichert durch einen geheimen Zugang, ihre Schatzkammer eingerichtet hatten. Besser konnte ein Schatz nicht geschützt werden!

Die Ausstellung der Esterházy Privatstiftung gemeinsam mit der Sammlung Schell geht der Verbindung von Schatz und Schutz auf den Grund.

Zu sehen sind mehr als 180 bedeutende Exponate aus allen Epochen und diversen Materialien wie Minnekästchen, Schatztruhen, Vorhangschlösser, Sargschlüssel, vor allem auch Kunstkammerobjekte, aber auch der sagenumwobene Keuschheitsgürtel.

Die Burg Forchtenstein

Die Ursprünge der mächtigen Anlage reichen bis in die Jahre um 1300 zurück, als die Mattersdorfer Grafen nach der Schleifung ihrer Burg im heutigen Mattersburg eine neue Wehranlage hoch über dem Wulkatal errichteten. Im Bergfried, der die Anlage überragt und zum ältesten Mauerbestand der Burg zählt, ziert noch heute das Wappen der Mattersdorfer Grafen den Schlußstein des gotischen Gewölbes.

Im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert kam es zu keinen entscheidenden Um- oder Ausbauten, jedoch sehr wohl zur Instandsetzung und Instandhaltung der historischen Kellergewölbe zur zeitgemäßen Nutzung als Veranstaltungsräume, zur Schaffung eines Aussichtsteges und zur behutsamen Restaurierung der Mauersubstanz und des Dachbereiches. ■

<https://esterhazy.at/de/burgforchtenstein/>



Auch drei Schatzkammer-Schlüssel der Burg werden erstmals in einer Ausstellung gezeigt.



Der sagenumwobene Keuschheitsgürtel ist bis heute unter den Historikern umstritten.



Sargschlüssel wie dieser wurden als letzte Erinnerung an die Verstorbenen aufbewahrt.

Konjunktur zum Jahresauftakt weiterhin stark

Das österreichische Bruttoinlandsprodukt wuchs im I. Quartal 2018 um 0,8 Prozent gegenüber der Vorperiode.

Gemäß der aktuellen Schnellschätzung des WIFO vom 27. April wuchs die österreichische Wirtschaft im I. Quartal 2018 gegenüber dem Vorquartal um 0,8 % (nach 0,9 % im IV. Quartal 2017). Die Wachstumsimpulse kamen auch zum Jahresauftakt sowohl von der inländischen Nachfrage (Konsum, Investitionen) als auch vom Außenhandel. Die Industriekonjunktur verlief weiterhin stark, auch die Dienstleistungsbereiche expandierten abermals.

Das österreichische Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs im I. Quartal 2018 um 0,8 % gegenüber der Vorperiode (nach 0,9 % im IV. Quartal). Damit setzte sich die kräftige Konjunktur aus dem Jahr 2017 fort. Im Vorjahresvergleich stieg das unbereinigte BIP im I. Quartal um 3,1 %, kalendermäßig wurde das Ergebnis sowohl von einem positiven Ostereffekt, als auch der Zahl der Arbeitstage (-0,5 Arbeitstage) beeinflusst.

Mit der aktuellen Rechnung wurde auch das IV. Quartal 2017 leicht nach oben revidiert. Das Gesamtjahreswachstum beträgt nun im Jahr 2017 nach aktueller Schätzung real 3,0 % (+0,1 % PP gegenüber der WIFO-Quartalsrechnung von Ende Februar).

Die saison- und arbeitstagsbereinigte BIP-Veränderungsrate (Kennziffer laut Eurostat-Vorgabe) stieg im I. Quartal um 0,7 % (IV. Quartal 2017: 0,9 % revidiert).

Das Wachstum steht weiterhin auf breiter Basis, sowohl die Binnennachfrage als auch der Außenbeitrag lieferten einen positiven Wachstumsbeitrag. Im Konsum setzte sich die robuste Konjunktur fort. Die privaten Konsumausgaben (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) sowie die öffentlichen Konsumausgaben wurden um jeweils 0,3 % ausgeweitet. Auch die Investitionsdynamik verlief weiterhin gut: die Nachfrage nach Bruttoanlageinvestitionen,

welche Ausrüstungs- und Bauinvestitionen umfassen, stieg ähnlich wie im Vorquartal um 0,8 %.

Der Außenhandel stützte ebenfalls das BIP-Wachstum, die Ausweitung der Exporte lag mit 0,8 % über jener der Importe (+0,5 %), wobei sich das Wachstumstempo bei beiden Komponenten im I. Quartal verlangsamte.

Der gute Verlauf in der Industriekonjunktur setzte sich fort, wenngleich auch hier die hohe Dynamik aus dem Vorjahr leicht an Fahrt verlor. Die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung stieg um 2,0 % (IV. Quartal 2017 +2,7 %). Auch in der Bauwirtschaft verlief die Entwicklung gut, die Wertschöpfung stieg im I. Quartal um 0,4 %. Ebenso unterstützten die Marktdienstleistungen das Wirtschaftswachstum. Im Handel wurde die Wertschöpfung um 0,3 % ausgeweitet, im Bereich Beherbergung und Gastronomie um 0,5 %. ■

<http://www.wifo.ac.at>

WIFO-Schnellschätzung zur vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2016		2017			2018
	IV. Quartal	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal	I. Quartal
	Veränderung gegen das Vorquartal in %, real					
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8
Bruttoinlandsprodukt, gemäß Eurostat Vorgabe ²⁾	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,7
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts ¹⁾						
Konsumausgaben						
Private Haushalte ³⁾	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3
Staat	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
Bruttoinvestitionen	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,5	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,7
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,8
Exporte	+ 1,4	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,8
Importe	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,7	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,5
Bruttoinlandsprodukt nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾						
Herstellung von Waren	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,0
Bauwesen	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,4
Marktdienstleistungen ⁴⁾	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5
Handel	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3
Beherbergung und Gastronomie	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,1	+ 3,1	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,1

Quelle: WIFO-Berechnungen ¹⁾ Trend-Konjunktur-Komponente. ²⁾ Saison- und arbeitstagsbereinigt ³⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck ⁴⁾ Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie, Information und Kommunikation, Finanz- und Versicherungsleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen, Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE G bis N).

Hochkonjunktur beflügelt Nachfrage nach Unternehmenskrediten

Bereits seit über einem Jahr steigt in Österreich die Nachfrage nach Unternehmenskrediten aufgrund der guten Konjunktur. Der Ausblick ist ebenfalls positiv. Dieser Trend ist bei den langfristigen Krediten am stärksten ausgeprägt. Das zeigen die Ergebnisse der vierteljährlichen Umfrage über das Kreditgeschäft im Euroraum. Die Unternehmen können Kredite zudem auch zu attraktiven Konditionen aufnehmen. Aus Wettbewerbsgründen senken die Banken ihre Margen tendenziell bereits seit Mitte 2016.

Die an der Umfrage teilnehmenden Banken begründen die verstärkte Nachfrage nach Unternehmenskrediten vor allem mit dem gestiegenen Finanzierungsbedarf infolge der anhaltend starken Investitionstätigkeit der heimischen Unternehmen. Die Bruttoanlageinvestitionen legten 2016 und 2017 real um 3,7 % bzw. 4,8 % zu, die Ausrüstungsinvestitionen sogar um 8,6 % bzw. 7,9 %. Die aktuellen Wirtschaftsprognosen von WIFO (siehe vorhergehende Seite) und IHS erwarten für 2018 eine ähnlich starke Wachstumsdynamik wie im vergangenen Jahr.

Die Einschätzung der Kreditnachfrage durch die an der Umfrage teilnehmenden Banken deckt sich mit der Entwicklung der Bestände an Unternehmenskrediten bei österreichischen Banken gemäß Monetärstatistik. Die Unternehmenskredite an Ansässige

im Euroraum steigen seit Anfang 2017 kontinuierlich und erreichten im Februar 2018 einen historischen Höchststand von 170 Mrd Euro. Die Umfrageergebnisse signalisieren einen weiteren Anstieg der Kreditbestände über die nächsten Monate.

Die Konditionen für die Neukreditaufnahme verbessern sich für die Unternehmen seit Mitte 2016 kontinuierlich, da – hauptsächlich aus Wettbewerbsgründen – die Margen für durchschnittlich risikoreiche Kredite tendenziell sinken. Die Kreditrichtlinien (interne Kriterien der Banken für die Kreditvergabe) sind hingegen im langfristigen Vergleich schon seit Jahren überdurchschnittlich straff. Die österreichischen Banken sind also – gemäß den Angaben der an der Umfrage teilnehmenden Banken – bei der Kreditvergabe vergleichsweise vorsichtig.

Das Kreditgeschäft mit privaten Haushalten entwickelt sich verhaltener als das Unternehmenskundengeschäft. Die Kreditnachfrage der Haushalte blieb im letzten halben Jahr weitgehend unverändert, nachdem sie in den ersten drei Quartalen 2017 noch zugenommen hatte. Angebotsseitig kam es im letzten Jahr – ebenfalls wettbewerbsbedingt – zu moderaten Senkungen der Margen für durchschnittlich riskante Wohnbaukredite. Ähnlich wie bei den Unternehmenskrediten sind auch bei den Krediten an private Haushalte

die Richtlinien im langfristigen Vergleich bereits seit mehreren Jahren eher straff.

Der Zugang der Banken zu Refinanzierungsquellen verbessert sich bereits seit mehreren Quartalen. Insbesondere die Refinanzierung über mittel- bis langfristige Anleihen ist seit Anfang 2017 leichter geworden.

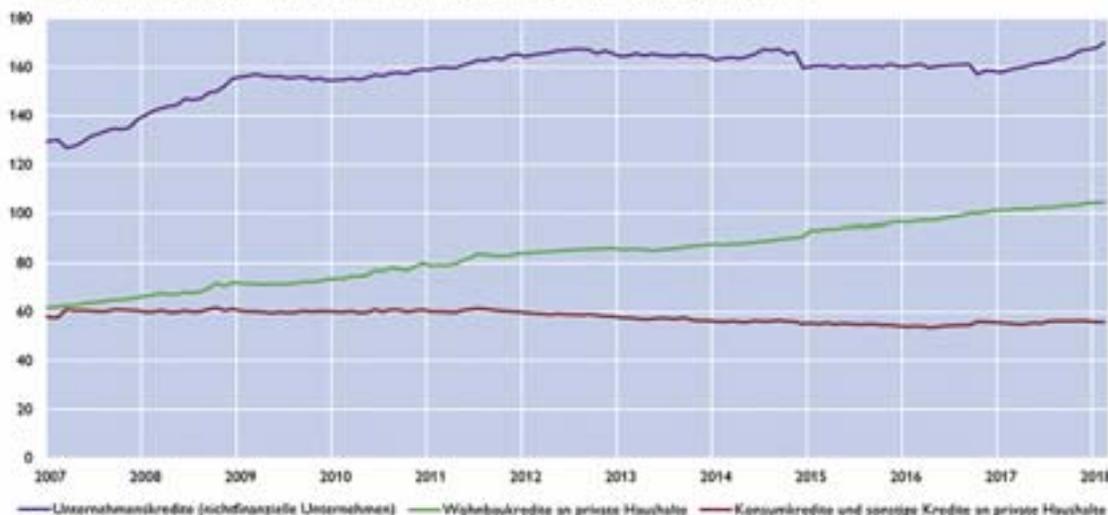
Die an der Umfrage teilnehmenden Banken wurden diesmal auch zum erweiterten Programm des Eurosystems zum Ankauf von Vermögenswerten sowie zu den Auswirkungen des negativen Einlagenzinssatzes des Eurosystems befragt. Dem Ankaufprogramm schreiben die Banken zuletzt vor allem eine Verbesserung ihrer Liquidität sowie eine Verbesserung ihrer Finanzierungsbedingungen zu, aber auch eine Belastung ihrer Ertragslage (infolge gesunkener Nettozinss margins). Der negative Einlagenzinssatz bringt gemäß den Ergebnissen der Umfrage einen anhaltenden Abwärtsdruck auf die Kreditzinsen und die Margen mit sich und belastet die Zinserträge der Banken.

Es bleibt anzumerken, daß die allgemeine Wirksamkeit der geldpolitischen Maßnahmen des Eurosystems (Ankaufprogramm, Einlagenzinssatz), die auf den Euroraum insgesamt abzielen, nicht anhand der hier präsentierten nationalen Effekte besprochen werden kann. ■

<https://www.oenb.at>

Kreditbestand österreichischer Banken

Kredite von in Österreich ansässigen ausländischen Finanzinstitutionen an Anwohner im Euroraum, alle Währungen, dargestellt in Mrd. Euro



Anmerkung: Zeitreihenbrüche im Dezember 2014 und Oktober 2016 aufgrund von Methodik-Änderungen - mit deutlich sichtbaren Auswirkungen bei den Unternehmenskrediten.

Quelle: OeNB / EZB

ABB investiert 100 Mio. Euro

ABB tätigt größte organische Investition in die Industrieautomation am Stammsitz von B&R in Oberösterreich – 100 Millionen Euro-Investition stärkt ABBs führende Position in der Maschinen- und Fabrikautomation



Visualisierung: B&R Industrial Automation

ABB investiert 100 Millionen Euro in einen globalen Innovations- und Bildungscampus im oberösterreichischen Eggelsberg.

Ein Jahr nach der Ankündigung der Übernahme von B&R (Bernecker + Rainer Industrie-Elektronik GmbH) wird der Schweizer Technologiekonzern ABB 100 Millionen Euro in Österreich investieren. Damit wird am Stammsitz der B&R im oberösterreichischen Eggelsberg ein hochmoderner Innovations- und Bildungscampus errichtet. Das Engagement ist die bisher größte organische Investition in die Industrieautomation in der mehr als 130jährigen Geschichte von ABB und schafft die Grundlage für rund 1.000 neue High-Tech Arbeitsplätze in Österreich.

Im neuen Innovations- und Bildungscampus werden künftig Technologien für die Fabrik der Zukunft entwickelt, in der auf ABB Ability™ basierende, smarte und Cloudvernetzte Maschinen und Roboter weitgehend autonom produzieren. Mit der Investition setzt ABB ihre Next-Level-Strategie konsequent fort, die Innovation als den wesentlichen Motor für profitables Wachstum definiert. Das Unternehmen investiert jährlich

rund 1,4 Milliarden US-Dollar in Forschung und Entwicklung und beschäftigt rund 30.000 Mitarbeiter im F&E-Bereich und in der Anwendungstechnik. Bei B&R sind bereits heute mehr als 1.000 Mitarbeiter in diesen Bereichen tätig.

Eine Reihe zukunftsweisender Einrichtungen

Der neue Forschungs- und Entwicklungsstandort wird 35.000 m² umfassen und eine Reihe zukunftsweisender Einrichtungen beherbergen. Neben hochmodernen F&E-Labors zur Entwicklung und Erprobung neuester Automationstechnologien, von industriellen Steuerungssystemen bis hin zu maschinellem Lernen und künstlicher Intelligenz, wird eine „Automation Academy“ zur Schulung und Einarbeitung von KundInnen, PartnerInnen und MitarbeiterInnen in diesen Technologien dienen. Der Spatenstich ist bereits in diesem Sommer geplant, die Inbetriebnahme im Laufe des Jahres 2020.

Nach Fertigstellung wird der Standort Eggelsberg zu den größten ABB-Forschungs- und Entwicklungszentren gehören.

Damit wird der weltweit zweitgrößte Anbieter von Industrieautomationslösungen seine führende Position in der Maschinen- und Fabrikautomation weiter ausbauen. Die Entwicklung disruptiver Technologien wird dazu beitragen, dieses hochattraktive, jährlich rund 20 Milliarden US-Dollar schwere Marktsegment noch besser zu bedienen.

B&R

Bis zur Übernahme durch ABB im Juli 2017 war B&R der größte unabhängige Anbieter von Produkt- und Software-basierten Lösungen für die Maschinen- und Fabrikautomation. Inzwischen ist das Unternehmen in die ABB-Division „Industrial Automation“ integriert und wird als globaler Geschäftsbereich „Machine & Factory Automation“ geführt. Mit den vereinten Portfolios ist ABB heute der einzige Anbieter weltweit, der das

Foto: Land OÖ / Denise Stinglmayr



v.l.: LH-Stv. Michael Strugl, Peter Terwiesch, Leiter der ABB Division Industrieautomation, LH Thomas Stelzer, Ulrich Spiesshofer, ABB-Vorstandsvorsitzender, Bundeskanzler Sebastian Kurz und Hans Wimmer, Geschäftsführer B&R

gesamte Spektrum an Technologie- und Softwarelösungen für alle Bereiche der Industrieautomation – vom Messen und Steuern über Antriebe und Robotik bis zur Digitalisierung und Elektrifizierung – aus einer Hand anbietet.

„B&R ist unter dem Dach von ABB hervorragend gestartet und übertrifft unsere Erwartungen. Wir sind auf gutem Weg unser Umsatzziel von 1 Milliarde US-Dollar schon bald zu erreichen“, sagte ABB CEO Ulrich Spiesshofer am 6. April bei einer mit Bundeskanzler Sebastian Kurz in Linz abgehaltenen Pressekonferenz. „Mit unserer 100-Millionen-Euro-Investition stärken wir diese Dynamik und die Eckpfeiler der B&R Erfolgsgeschichte: Innovationen und Mitarbeiter. Neben den neuen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten erweitern wir die B&R-Automation Academy, die Kunden, Partnern und Mitarbeitern aus der ganzen Welt ein einzigartiges Bildungs- und Trainingsprogramm anbietet.“

Bundes- und Landesregierung unterstützen Entwicklung modernster Produkte »Made in Austria«

Zur Rolle der österreichischen und oberösterreichischen Regierung betont CEO Spiesshofer: „Bundes- und Landesregierung unterstützen die Entwicklung modernster Produkte ‚Made in Austria‘. Es freut mich, daß die politisch Verantwortlichen die Digitalisierung der Industrie als Chance sehen und uns als wichtigen Partner unterstützen, der langfristig in den Standort und hochqualifizierte Arbeitsplätze in Österreich investiert.“

Startschuß für eine Standortoffensive

„Mit einem klaren Bekenntnis zum Standort hat sich ABB in Österreich als Marktführer im Bereich Automation etabliert“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz. „Das Unternehmen tätigt ein Investment, das gerade für Österreichs Standortpolitik und internationale Ausrichtung von besonderer Bedeutung ist. Damit wird der Startschuß für eine Standortoffensive im Schlüsselsegment der digitalen Industrie gesetzt. Es ist ein wesentlicher Impuls für die Schaffung hochqualifizierter neuer Arbeitsplätze und die Positionierung Österreichs als High-Tech Standort.“

Neuer Schub für öö. Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort

„Die 100 Millionen-Investition von ABB und die geplanten 1.000 neuen Arbeitsplätze geben dem Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort Oberösterreich einen neuen Schub“, so Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer. „Ich bin für das Vertrauen des ABB-Konzerns in den Standort Oberösterreich sehr dankbar. Für mich ist es eine Bestätigung, daß wir mit unserem Reform- und Zukunftskurs in Oberösterreich auf dem richtigen Weg sind. Und es ist auch ein klarer Auftrag diesen neuen Weg weiterzugehen. Daran werden wir konsequent arbeiten, damit Oberösterreich zu einem Land der Möglichkeiten wird.“

1000 neue Arbeitsplätze

„Der neue Innovations- und Bildungscampus von ABB in Eggelsberg schafft 1000 neue Arbeitsplätze für hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserem

Bundesland. Diese Investition ist damit ein weiterer Beleg dafür, daß die Digitalisierung zwar manche Berufsbilder überflüssig macht, aber vor allem auch neue hochwertige Arbeitsplätze schafft“, betonte Wirtschafts- und Forschungsreferent Landeshauptmann-Stv. Michael Strugl. „Die Herausforderung für Oberösterreich wird nun sein, die Anstrengungen im Aus- und Weiterbildungsbereich noch weiter zu verstärken, um für genügend Fachkräfte zu sorgen, die diesen zusätzlichen Bedarf decken können. Wobei es schon jetzt zahlreiche Kooperationen von B & R mit Forschungs- und Bildungseinrichtungen in Oberösterreich wie der Johannes Kepler Universität oder der FH OÖ gibt.“ Davon werden auch die Bildungseinrichtungen des Landes profitieren.

Wachstums- und Innovationsgeschwindigkeit steigern

„Teil unserer Innovations- und Forschungsstrategie ist der weitere Ausbau unserer guten Beziehungen zu Universitäten, Fachhochschulen, und höheren technischen Bildungsanstalten. So können wir unsere Wachstums- und Innovationsgeschwindigkeit noch weiter steigern und unsere Technologieführerschaft zügig ausbauen“, betonte Hans Wimmer, B&R Geschäftsführer.

Ein großer Tag

„Das ist ein großer Tag für B&R“, sagt Josef Rainer, Mitbegründer der Bernecker + Rainer Industrie-Elektronik GmbH. „Die reibungslose Integration zeigt, daß sich das von Erwin Bernecker und mir vor 39 Jahren gegründete Unternehmen in guten Händen befindet. Ich freue mich, daß ABB mit dieser historischen Investition unsere Erfolgsgeschichte fortsetzen und weiter festigen wird.“

Der Standort Eggelsberg

Der Standort Eggelsberg gilt bereits heute als ABBs globales Zentrum für Maschinen- und Fabrikautomation und wird künftig eine noch größere Rolle bei der Entwicklung und Produktion zukunftsweisender Fertigungstechnologien spielen. „Mit dieser Investition wird B&R ein noch wichtigerer Teil von ABB“, sagt Peter Terwiesch, Leiter der Division Industrieautomation. „Basierend auf dem umfangreichen Erfahrungsschatz beider Unternehmen, sowie dem sich ergänzenden Technologieportfolio und Marktzugang, arbeiten unsere Teams mittlerweile überall auf der Welt daran, gemeinsam neuen Kunden nutzen zu schaffen.“

<https://www.br-automation.com>

In Kapfenberg entsteht weltweit modernstes Edelstahlwerk

Voestalpine investiert bis zu 350 Millionen Euro – Internationale Benchmark bei Digitalisierung und Umweltschutz – Spatenstich in der Obersteiermark



Foto: voestalpine AG

Nur rund ein halbes Jahr nach Bekanntgabe der Standortentscheidung markierte der Spatenstich am 24. April den offiziellen Beginn der dreijährigen Bauphase für das neue Edelstahlwerk der voestalpine in Kapfenberg. Ab 2021 wird das volldigitalisierte Werk jährlich rund 205.000 Tonnen an anspruchsvollsten Hochleistungsstählen vor allem für die internationale Flugzeug- und Automobilindustrie sowie den Öl- und Gassektor produzieren und über 3.000 hochqualifizierte Arbeitsplätze in der Region langfristig absichern.

Die Vorbereitungen für das Großprojekt mit einem Investitionsvolumen von bis zu 350 Millionen Euro sind bereits in vollem Gange: Derzeit wird an der Erstellung des Baufeldes sowie der Infrastruktur für Energieversorgung und Logistik gearbeitet.

Der Spatenstich

Seitens der Steirischen Landesregierung nahmen Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und Landeshauptmann-Stellvertreter Michael Schickhofer sowie Wirtschafts-

landesrätin Barbara Eibinger-Miedl an der feierlichen Zeremonie teil, auch zahlreiche weitere Ehrengäste, darunter Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, der ehemalige Böhler-Uddeholm-Chef und nunmehrige

Nationalbank-Präsident Claus Raidl, Voestalpine-Vorstandsvorsitzender Wolfgang Eder, Kapfenbergs Altbürgermeister Landtagspräsident a. D. Manfred Wegscheider und Bezirkshauptfrau Gabriele Budiman.



Foto: steiermark.at / Streibl

v.l.: Voestalpine-Vorstandsvorsitzender Wolfgang Eder, Landeshauptmann-Stv. Michael Schickhofer, Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und Voestalpine-Vorstand Franz Rotter beim Spatenstich in Kapfenberg.

Alleine die Eckdaten machen klar, was den Tag des Spatenstiches für die obersteirische Industriemetropole so besonders macht und welche große Bedeutung dieses Datum für den Wirtschaftsstandort Steiermark insgesamt hat: „Heute ist ein echter Freudentag für die gesamte Steiermark“, ist sich die Landesspitze einig.

LH Hermann Schützenhöfer

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer erklärte beim Festakt: „Dieser Tag hat für Kapfenberg, für die Region und für die gesamte Steiermark – ja ganz Österreich – ohne Frage eine historische Dimension. Ich erinnere mich noch gut an die 1980er-Jahre, als mit der Krise der verstaatlichten Industrie eine ganze steirische Region zur Krisenregion wurde. Heute ist die Steiermark ein Land der Hochtechnologie, ein Land der Forschung und der Wissenschaft, die Obersteiermark ist die Heimat von pulsierenden und innovativen Industriebetrieben, deren Produkte in die ganze Welt verkauft werden. Das neue Edelstahlwerk sichert und schafft Arbeit und damit Zukunftsperspektiven für die Menschen in der Region. Diese Investition ist auch eine Bestätigung für die gute Arbeit der Landesregierung, denn wir haben parteiübergreifend gemeinsam alles daran gesetzt, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um diese Investition in die Steiermark zu holen. Wir haben im Land, im Bund und in der Europäischen Union alle Hebel in Bewegung gesetzt, damit die offenen Punkte, etwa im Bereich des Umweltschutzes, gelöst werden konnten“, so Schützenhöfer.

LH-Stv. Michael Schickhofer

Landeshauptmann-Stellvertreter Michael Schickhofer betonte: „Die Steiermark bekommt ein neues Flaggschiff. Ein Flaggschiff der Hochtechnologie und ein Flaggschiff der steirischen Industrie. Seit mehr als 40 Jahren ist das der erste Spatenstich dieser Art in Europa. Es macht uns froh und es macht uns stolz, daß dieses Stahlwerk in der Obersteiermark stehen wird“, so Schickhofer in seiner Ansprache, der klarstellte: „Die Obersteiermark ist unsere industrielle Perle, die damit zu neuem Glanz erstrahlt. Mein großer Dank gilt Vorstandsvorsitzendem Wolfgang Eder und vor allem auch Vorstandsmitglied Franz Rotter von der Voestalpine sowie der Stadtgemeinde Kapfenberg und allen Partnerinnen und Partnern der gesamten Region, die unterstützt haben, daß dieses Großprojekt realisiert werden kann. Ein steirisches Glück Auf.“



Visualisierung: voestalpine AG

Diese beiden Visualisierungen zeigen das künftige Edelstahlwerk in Kapfenberg und dessen Innenraum – und die beeindruckenden Dimensionen dieses Projekts.



Visualisierung: voestalpine AG

Signal für die europäische Industrie

Das neue High-Tech-Edelstahlwerk, das nach seiner Inbetriebnahme die bestehende Anlage der voestalpine Böhler Edelstahl GmbH & Co KG in Kapfenberg ersetzen wird, ist auf die Erzeugung von höchstqualitativem Vormaterial für Flugzeugkomponenten, Werkzeuge für die Automobilindustrie, Equipment für die Öl- und Gasförderung oder für den 3D-Druck von hochkomplexen Metallteilen ausgelegt. „Der heutige Spatenstich für das neue Werk ist nicht nur ein Meilenstein für unseren Konzern und den Standort Kapfenberg, sondern auch ein positives Signal für die europäische Industrie, da erst-

mals seit Jahrzehnten wieder in ein völlig neues Stahlwerk investiert wird. Mit dieser Investition verschafft sich die voestalpine einen weltweiten Technologie- und Kostenvorsprung bei der Herstellung von Hochleistungsstählen, der es uns ermöglicht, diese Art der Produktion auch auf lange Sicht global konkurrenzfähig an einem traditionellen europäischen Standort erhalten zu können“, so Wolfgang Eder, Vorstandsvorsitzender der voestalpine AG. „Die Basis dafür ist das umfassende Know-how unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Steiermark, das letztlich auch den Ausschlag für die Standortentscheidung gegeben hat.“

Wirtschaft

Internationale Benchmark bei Digitalisierung und Umweltschutz

Die hochmoderne Anlage wird hinsichtlich digitalisierter Produktionsabläufe internationale Standards setzen. Rund 8.000 Prozessdaten sollen laufend parallel erfasst und umgesetzt bzw. ausgewertet werden.

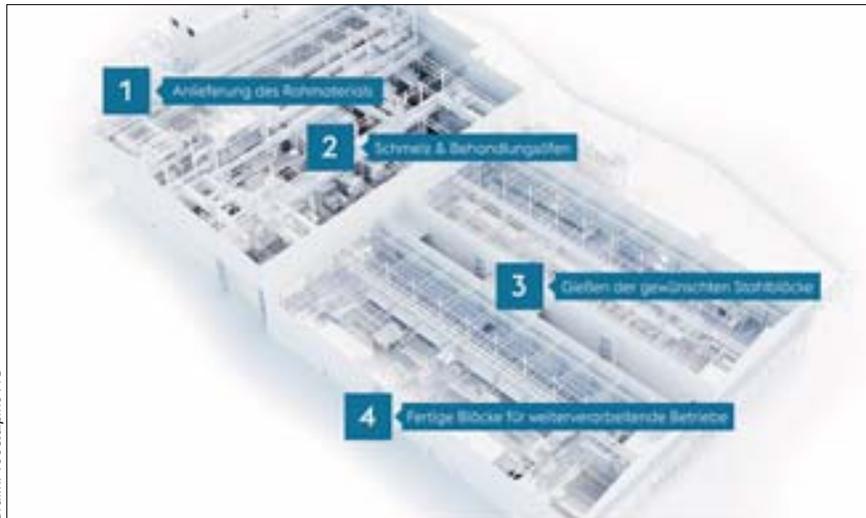
„Der hohe Digitalisierungsgrad des neuen Edelstahlwerkes ist die Voraussetzung dafür, unsere Kunden künftig mit noch höheren Werkstoffqualitäten versorgen zu können und so unsere globale Marktführerschaft bei Werkzeug- und Spezialstählen weiter auszubauen. Die entsprechende Entwicklungsarbeit sowie die Qualifizierung unserer Mitarbeiter in den Bereichen Robotik, Sensorik oder Datenanalyse erfolgt über unser eigenes Kompetenzzentrum für Digitalisierung unmittelbar am Standort des Werkes“, erklärte Franz Rotter, Vorstandsmitglied der voestalpine AG und Leiter der High Performance Metals Division.

Neue Maßstäbe

Auch in Sachen Umweltschutz setzt das Investment neue Maßstäbe: Das Kernstück der Anlage – ein Elektrolichtbogenofen, der hochreinen Schrott in Kombination mit verschiedensten Legierungsmetallen zu Edelstählen erschmilzt – wird zu 100 Prozent mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen betrieben. Zudem sorgt ein effizientes Rückgewinnungssystem dafür, daß die erzeugte Wärme werksintern weiterverwendet sowie in das öffentliche Fernwärmenetz eingespeist wird. Was die Kühlung der Produktionsanlagen betrifft, kann dank geschlossener Kreisläufe eine Reduktion der benötigten Kühlwassermengen um bis zu 90 Prozent erzielt werden.

Bauliche Vorbereitungen schreiten voran

Bereits seit Herbst 2017 laufen die Vorfeldarbeiten für den Bau der neuen Produktionsstätte, die auf einer an das bestehende Werksgelände angrenzenden Grundstücksfläche in der Größe von sechs Fußballfeldern (rund 50.000 m²) entsteht. Dazu zählen etwa die Einebnung des Baufeldes, die Herstellung der Energieversorgung in Form von zwei Umspannwerken oder die Errichtung von Zufahrtsstraßen und Montageplätzen. Bis zum Sommer dieses Jahres sollen die ersten Vergaben für den Hallen- und Anlagenbau erfolgen. Ab 2019 ist die Installation der Aggregate geplant. Während der dreijährigen Bautätigkeit werden vor Ort bis zu 1.000 temporäre Arbeitsplätze geschaffen.



Grafik: voestalpine AG

1) Hocheffizienter Elektrolichtbogen als Herzstück der Anlage: Rohmaterial wird zu Stahlschmelze 2) Behandlungsöfen: Zugabe hochwertiger Legierungen, Produktion besonders fester, temperatur- oder korrosionsbeständiger Stahlgüten; Automatisierte Soll-Analyse 3) Gießen und Erstarren: Material wird robotergesteuert in Formen (=Kokillen) gegossen, Vorbereitung zur Weiterverarbeitung 4) Entnahme und Abtransport: Entnahme der Stahlblöcke aus den Kokillen, Weiterverarbeitung durch eine voestalpine-Gesellschaft

Großprojekt mit signifikanten Wertschöpfungseffekten

Das an die 350 Millionen Euro schwere Investitionsprojekt löst auch maßgebliche volkswirtschaftliche Effekte aus: Wie eine Studie des Industriewissenschaftlichen Institutes vom September 2017 darlegt, wird alleine in der Bauphase (2018-2021) eine österreichweite Bruttowertschöpfung von rund 240 Millionen Euro generiert, 145 Millionen Euro davon entfallen auf die Steiermark. Der durch das Vorhaben ausgelöste Produktionswert beläuft sich auf alles in allem rund 575 Millionen Euro (davon Steiermark: 375 Millionen Euro). Indirekt sichert das Projekt in der Errichtungsphase 3.500 nationale Arbeitsplätze ab, davon mehr als die Hälfte allein in der Steiermark.

High Performance Metals Division

Die High Performance Metals Division des voestalpine-Konzerns ist auf die Produktion und Verarbeitung von Hochleistungswerkstoffen und kundenspezifische Services, wie Wärmebehandlung, hochtechnologische Oberflächenbehandlung und additive Fertigungsverfahren fokussiert. Sie bietet ihren Kunden durch ihr einzigartiges Vertriebs- und Servicenetzwerk an rund 160 Standorten weltweit Materialverfügbarkeit und -bearbeitung sowie lokale Ansprechpartner. Die Division ist globaler Marktführer bei Werkzeugstahl und einer der führenden Anbieter von Schnellarbeitsstählen, Ventilstählen und anderen Produkten aus Spezialstählen, Pulverwerkstoffen, Nickelbasis-Legierungen so-

wie Titan. Wichtigste Kundensegmente sind die Bereiche Automobil, Öl- und Gasexploration, Maschinenbau sowie die Konsumgüterindustrie und die Luftfahrt. Im Geschäftsjahr 2016/17 erzielte die Division einen Umsatz von rund 2,7 Mrd. Euro, davon etwa 50 Prozent außerhalb Europas, ein operatives Ergebnis (EBITDA) von 395 Mio. Euro und beschäftigte weltweit rund 13.700 Mitarbeiter.

Der voestalpine-Konzern

Die voestalpine ist ein in seinen Geschäftsbereichen weltweit führender Technologie- und Industriegüterkonzern mit kombinierter Werkstoff- und Verarbeitungskompetenz. Die global tätige Unternehmensgruppe verfügt über rund 500 Konzerngesellschaften und -standorte in mehr als 50 Ländern auf allen fünf Kontinenten. Sie notiert seit 1995 an der Wiener Börse.

Mit ihren qualitativ höchstwertigen Produkt- und Systemlösungen aus Stahl und anderen Metallen zählt sie zu den führenden Partnern der europäischen Automobil- und Hausgeräteindustrie sowie weltweit der Luftfahrt- und Öl- & Gasindustrie. Die voestalpine ist darüber hinaus Weltmarktführer in der Weichtechnologie und im Spezialschienenbereich sowie bei Werkzeugstahl und Spezialprofilen. Im Geschäftsjahr 2016/17 erzielte der Konzern bei einem Umsatz von 11,3 Milliarden Euro ein operatives Ergebnis (EBITDA) von 1,54 Milliarden Euro und beschäftigte weltweit rund 50.000 Mitarbeiter. ■

<http://www.voestalpine.com>

Größtes Umwelt- und Lebensmittellabor

Teschl-Hofmeister: Labor in Wiener Neudorf ist Bereicherung für heimische Wirtschaftslandschaft

Am Standort Wiener Neudorf entsteht Österreichs größtes privates Umwelt- und Lebensmittellabor. Die drei Firmen Eurofins water&waste, Eurofins NUA und Eurofins Lebensmittelanalytik haben beschlossen, ihre drei Laborstandorte zu einem hochmodernen Dienstleistungszentrum zusammenzuführen. Die offizielle Grundsteinlegung erfolgte am 26. April mit Niederösterreichs Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister, Eurofin-Geschäftsführer Michael Huppmann, ecoplus-Geschäftsführer Helmut Miernicki und Wiener Neudorfs Bürgermeister Herbert Janschka.

„Es freut mich sehr, daß das größte private Lebensmittellabor mit 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Wiener Neudorf für seine Ansiedlung auserwählt hat. Die Firmen machen derzeit einen Gesamtumsatz von knapp 20 Millionen Euro“, so Teschl-Hofmeister. „Niederösterreich hat sich als attraktiver Wirtschaftsstandort für moderne Unternehmen national und international hervorragend positioniert. Unsere Anstrengungen dienen vor allem dazu, den Betrieben die bestmöglichen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Entwicklung bieten zu können. Wie die Standortentscheidung von Eurofins beweist, sind wir auf einem sehr guten Weg. Unser Standort lebt vor allem von geschickten Unternehmerinnen und Unternehmern, tüchtigen und verlässlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und innovativen sowie qualitativ hochwertigen Produkten. Das neue Labor wird daher eine große Bereicherung für die heimische Wirtschaftslandschaft“, meinte Landesrätin Teschl-Hofmeister bei



Foto: NLK / Pfeiffer

v.l.: ecoplus-Geschäftsführer Helmut Miernicki, Eurofins-Geschäftsführer Michael Huppmann, Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister und Bürgermeister Herbert Janschka

der Grundsteinlegung in Vertretung von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner.

Geschäftsführer Michael Huppmann erklärte: „Aufgrund des großen Erfolgs haben wir uns entschlossen, ein eigenes Firmengebäude in Niederösterreich zu errichten. Den richtigen Standort dafür haben wir in Wiener Neudorf gefunden. Das neue Laborgebäude wird insgesamt etwa 3.700 Quadratmeter umfassen und ist nach den Richtlinien modernster hochtechnologischer Planung konzipiert worden. Die Synergien, die durch die räumliche Zusammenlegung der Fachbereiche Umweltanalytik und Lebensmittelanalytik entstehen, können somit voll genutzt werden.“

„Betriebe, wie dieses Umwelt- und Lebensmittellabor, geben Wiener Neudorf und

der Region eine besondere Wichtigkeit und sind auch ein wichtiger Arbeitgeber für die Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks Mödling“, meinte Bürgermeister Herbert Janschka.

„Als Geschäftsführer von ecoplus sehe ich der Ansiedlung dieses einzigartigen Labors mit großen Erwartungen entgegen. Ich bin davor überzeugt, daß künftig von Wiener Neudorf aus Impulse für die gesamte Branche gesetzt werden. Als Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich ist es unsere Hauptaufgabe, die Betriebe bei ihrer erfolgreichen Zukunftsentwicklung zu begleiten“, erläuterte ecoplus Geschäftsführer Helmut Miernicki. ■

<http://www.ecoplus.at>

<https://www.eurofins.at/>



© 2018 Google Earth / Alndsat, Kopernicus / CNES, Airbus

1948 – Internationale Menschenrechte für die Republik

Die Idee universeller Menschenrechte entstand in der Zeit der Aufklärung und fand ihren ersten Niederschlag in den amerikanischen und französischen Verfassungen am Ende des 18. Jahrhunderts.

Unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Verbrechen setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Einsicht durch, daß es zusätzlich zu dem verfassungsrechtlichen Schutz der Grund- und Menschenrechte auch einer Absicherung auf internationaler Ebene bedarf.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Mit der Annahme der Charta der Vereinten Nationen im Juni 1945 wurde der entscheidende Anstoß gegeben. Artikel 1 enthält das Ziel der „Achtung vor den Menschenrechten“, Artikel 68 den Auftrag zur Einsetzung einer Menschenrechtskommission.

Diese Kommission unter dem Vorsitz von Eleanor Roosevelt erarbeitete in den Jahren 1947 und 1948 einen Entwurf für eine Menschenrechtserklärung, die der UN-Generalversammlung im September 1948 vorgelegt wurde. Nach intensiven Beratungen über zahlreiche Änderungsvorschläge wurde der 30 Artikel umfassende Entwurf am 10. Dezember 1948 ohne Gegenstimme angenommen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) nahm nicht nur zahlreiche Inhalte staatlicher Grundrechte auf. Sie führte die Ansätze weiter und beeinflusst bis heute die weitere Rechtentwicklung des internationalen, des europäischen und des einzelstaatlichen Schutzes der Grund- und Menschenrechte. Als besonders bedeutsam ist die in Artikel 21 AEMR zum Ausdruck gebrachte Verbindung der Menschenrechtsidee mit der Staatsform der Demokratie hervorzuheben.

Die Europäische Menschenrechtskonvention

Die Entwicklung des heutigen europäischen Grundrechtsschutzes begann unter diesem Einfluß mit der Gründung des Europarates im Jahr 1949 und der Beratung eines Textes für eine Menschenrechtskonvention in einem eigenen Ausschuß der Beratenden (Parlamentarischen) Versammlung. Diese er-



Zeitgenössische Darstellung der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, Jean-Jacques-François Le Barbier, 1789

arbeitete aufbauend auf die Ergebnisse der Beratungen im Rahmen der Vereinten Nationen einen Entwurf, den das Ministerkomitee in revidierter Form im August 1950 annahm. Am 4. November 1950 wurde die Europäische Menschenrechtskonvention in Rom unterzeichnet – unter ausdrücklichem Hinweis auf die AEMR.

1958: Internationale Menschenrechte für die Republik

Nach der Ratifikation durch zehn Staaten trat die EMRK am 3. September 1953 für diese Staaten in Kraft. Österreich gehörte nicht zu den Gründungsmitgliedern, sondern konnte die EMRK erst nach dem Abschluß des Staatsvertrags von Wien auf den Tag

Gedenkjahr 2018

genau fünf Jahre später, am 3. September 1958 ratifizieren. Heute gehören der EMRK 47 Mitgliedsstaaten an, eine Mitgliedschaft der Europäischen Union ist zwar angestrebt (Artikel 6 EUV), scheiterte aber bisher an rechtlichen Einwänden. Im Jahr 1964 wurde die EMRK – angestoßen durch die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes – rückwirkend mit dem Tag der Ratifikation in Verfassungsrang gehoben. Mit dieser prominenten Verankerung der EMRK hat Österreich in Europa bis heute eine Alleinstellung. Gleichzeitig bildet die EMRK im österreichischen Verfassungsrecht als Ersatz für einen eigenen Grundrechtskatalog die zentrale Grundlage für verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte, die seit 2012 als Folge der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes um die Rechte der Grundrechte-Charta der Europäischen Union ergänzt wurden.

Über den Beirat für das Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018

Der Beirat für das Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018 wurde mit Verordnung des Bundeskanzlers BGBl. II Nr. 256/2016 eingerichtet.

Dessen Mitglieder (Stand November 2017) sind Bundespräsident a.D. Heinz Fischer (Vorsitzender des Beirates), Univ.-Prof. Christoph Grabenwarter (Wirtschaftsuniversität Wien, VfGH), SCin Botschaft in Teresa Indjein (BMEIA), Alexander Klingbrunner (BKA), Hannah Lessing (Nationalfonds), Martina Maschke (BMB), Univ.-Prof. Oliver Rathkolb (Universität Wien), SCin Iris Rauskala (BMWFW), Mag.a Ulrike Ruprecht (BVwG), em. Univ.-Prof. Roman Sandgruber (Österreichische Akademie der Wissenschaften), Monika Sommer-Sieghart (Haus der Geschichte Österreich) und MR Priv.-Doz. Helmut Wohnout (BKA). ■

Bundeskanzleramt – Österreich 100

<https://www.oesterreich100.at>

Haus der Geschichte Österreich

<https://www.hdgoe.at>

Österreichische Nationalbibliothek

<http://www.onb.ac.at>

Wir danken den verantwortlichen Stellen dieser Institutionen für die Zurverfügungstellung von Informationen und Bildern.



Foto: Parlement européen / Fourmire CVCE

Das Maison de l'Europe in Strasbourg, Frankreich – erster offizieller Sitz des Europarates



© Österreichische Nationalbibliothek

Im Palais de Chaillot wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte angenommen.



© Österreichische Nationalbibliothek

Generalversammlung der UNO am 10. Dezember 1948 im Palais de Chaillot in Paris.

20 18 20 18 100 Jahre Republik

Klagenfurt erzählt Geschichte

Landeshauptstadt feierte mit großem Festakt 500jähriges Schenkungsjubiläum – Landeshauptmann Peter Kaiser eröffnete die Ausstellung »Klagenfurt 500 – Verbrannt, Verschenkt und Wachgeküst« in der Klagenfurter Stadtgalerie



Foto: StadtPresse / Fritz

v.l.: Landeshauptmann-Stellvertreterin Beate Prettner, Landeshauptmann Peter Kaiser, Bundesministerin Elisabeth Köstinger, Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz, Landtagspräsident Reinhard Rohr und Landesrat Martin Gruber beim großen Festakt im Wappensaal

Höhepunkt des Klagenfurter Jubiläumsjahres im Wappensaal: Mit einem Festakt wurde am 24. April die Schenkung der Stadt an die Landstände gewürdigt. Ehrengäste aus ganz Österreich und vielen Partnerstädten nahmen teil.

Klagenfurts Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz konnte für die österreichische Bundesregierung Ministerin Elisabeth Köstinger, gebürtige Kärntnerin, den höchsten Repräsentanten des Landes, Landeshauptmann Peter Kaiser, und das gesamte Kärntner Regierungskollegium, sowie zahlreiche VertreterInnen des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens Kärntens begrüßen.

„Vor 500 Jahren waren andere Städte in Kärnten wesentlich bedeutender als das kleine und durch Feuer zerstörte Klagenfurt. Aber mit Beharrlichkeit und Mut wurde die-

se Stadt aufgebaut, neu geschaffen, weiter entwickelt“, sagte die Bürgermeisterin in ihrer Rede. „Wie nie zuvor und danach war Klagenfurt in dieser Zeit von Optimismus geprägt“, zitierte die Stadtchefin die Historikerin Claudia Fräss-Ehrfeld und wünschte sich, daß mit solchem Mut, diesem Optimismus und solcher Beharrlichkeit Klagenfurt in Zukunft weiter entwickelt wird. Das gehe nur, wenn man offen ist für neue Ideen und da sei der Diskurs, der Dialog über die Grenzen hinweg besonders wichtig. Deshalb freue sie sich auch besonders, daß elf von fünfzehn Klagenfurt Partnerstädten Delegationen zur Jubiläumsfeier gesandt haben.

„Das ist eine Auszeichnung für uns und ein schönes Zeichen gelebter Freundschaft“, so Maria-Luise Mathiaschitz. Sie sprach auch die Herausforderungen der Zukunft an wie zum Beispiel den Ausbau der Digitalisierung,

die Innenstadt zukunftsfit zu machen trotz boomenden Onlinehandels, die Belebung von Lendkanal und Lendhafen, das Hereinholen des Sees in die Stadt, den Bau des neuen Hallenbades um auch Sport und Tourismus zu stärken.

„Wir sind selbstbewußt in der Gegenwart angekommen und wollen jetzt zuversichtlich in die Zukunft gehen. Wir werden alles dafür tun, die Stadt weiter aufzubauen und gemeinsam wird uns dies gelingen“, erklärte die Bürgermeisterin.

Zum großen Schenkungsjubiläum der Stadt reisten aus ganz Europa die Gratulanten an. Am Abend des 23. April gab es einen Empfang im Schloß Maria Loretto. Die Bürgermeisterin und die beiden Vizebürgermeister Jürgen Pfeiler und Christian Scheider konnten Bürgermeister und Delegationen aus elf der 15 Klagenfurter Partnerstädte

Chronik



Foto: StadtPresse / Fritz

Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz mit dem Komponisten Günther Antesberger

begrüßen, die am großen Festakt im Wappensaal teilnahmen. Sie kamen aus Wiesbaden, Gorizia, Nova Gorica, Gladsaxe, Dessau-Roßlau, Dachau, Czernowitz, Sibiu, Targona, Zalaegerszeg und Rzeszow.

Stellvertretend für die Partnerstädte sprach der Wiesbadener Oberbürgermeister Sven Gerich, der sich bei seinem ersten Besuch in Klagenfurt beeindruckt von der Schönheit der Stadt und vor allem von der Herzlichkeit und Gastfreundschaft zeigte. Die Beziehun-

gen von Klagenfurt in die Welt seien ausgezeichnet und es gelte Dank zu sagen, daß Klagenfurt sein Jubiläum mit allen Partnerstädten feiert. Ein Zeichen für die Weltoffenheit für die Klagenfurt bekannt ist. 88 Jahre sei die Städtefreundschaft nun alt und Städtepartnerschaften sind kein Auslaufmodell, sondern im heutigen Europa wichtiger denn je, so der Oberbürgermeister.

„In einer Zeit, wo wir gesellschaftliche Spaltungen erleben, müssen wir das Denken

über die Grenzen stärken. Die Liebe zur Heimat muß Hand in Hand gehen mit Toleranz und Verständnis. Das geht umso leichter, wenn man den anderen kennt“, mahnte Gerich und schloß mit den Worten: „Wir müssen weiter am Ausbau der Kontakte arbeiten, das soll auch ein Signal an unsere Bürger sein, die Partnerstädte zu besuchen.“

Landeshauptmann Peter Kaiser sprach als überzeugter und stolzer Europäer, Österreicher, Kärntner, Klagenfurter und Waidmannsdorfer (ein Stadtteil von Klagenfurt). Er ging auf die Vergangenheit mit der Schenkung ein und meinte humorvoll „heute hat ein Kaiser nichts mehr zu verschenken“. Aber man werde Klagenfurt und seine Entwicklung nach besten Möglichkeiten weiter unterstützen. „Unsere Landeshauptstadt war schon oft Vorreiter sowie mit dem ersten Hochhaus Österreichs, dem ersten Fernheizwerk Österreichs, der ersten Fußgängerzone, heute gibt es Innovation in Forschung und Entwicklung“, führte Kaiser aus.

Als Vertreterin der Bundesregierung überbrachte Ministerin Elisabeth Köstinger die Grüße von Bundeskanzler Sebastian Kurz. Klagenfurt sei früher in Zeiten des Eisernen Vorhangs an einer Grenze gelegen, habe auch keine leichten Zeiten überwunden und liegt jetzt in einer zusammengewachsenen Region und dieses Zusammenwachsen bringe viele positive Aspekte in Wirtschaft und Kultur. Die Alpen-Adria-Region ist eine Region mit großen Chancen, so die Ministerin.



Foto: StadtPresse / Fritz

Die Partnerstädte-Delegationen wurden von Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz und den beiden Vizebürgermeistern Jürgen Pfeiler und Christian Scheider im Schloß Loretto empfangen.

Chronik

Die Festredner bei der Feier im Wappensaal waren die Historikerin und Geschichtsvereinsdirektorin Claudia Fräss-Ehrfeld, Literat und Büchner-Preisträger Dr.h.c. Joseph Winkler und Konrad Paul Liessmann, Universitätsprofessor, Philosoph und Kulturpublizist.

Claudia Fräss-Ehrfeld nahm die vielen Ehrengäste mit auf einen spannenden Spaziergang durch 500 Jahre Klagenfurter Geschichte, Joseph Winkler plädierte mit scharfen Worten für eine Stadtbibliothek.

Konrad Paul Liessmann führte in die Zukunft und skizzierte die schwierigen Aufgaben von Stadtpolitik und Stadtplanung für die urbanen Zentren der Zukunft. Städte müßten neue Entwicklungen nicht nur zulassen sondern sie aktiv und dynamisch unterstützen um attraktiv für die Jugend zu sein. „Eine Stadt muß mehr sein als ein Raum zum Wohnen und für Konsumation. Die Bürger müssen sich eingeladen fühlen, Teil einer Stadt zu sein, einer Stadt der Partizipation“, so Liessmann.

Landtagspräsident Reinhard Rohr, Hausherr im Wappensaal, blickte auch anhand des Beispiels Landhaus, das ja damals von den Landständen errichtet worden ist, in die Geschichte und in die Zukunft. Für letztere gelte es jetzt die Herausforderungen gemeinsam zu meistern und den zentralraum Kärnten für die Zukunft zu rüsten.

Berührend war der Auftritt von Kindern aus Kindergarten und Hort St. Ruprecht und „Haus des Kindes“ mit speziellen Wünschen an ihre Stadt (u.a. „alle Menschen sollen sich hier wohl fühlen und gerne hier wohnen“).

Musikalisch gestaltet wurde der Festakt vom Ensemble Musica claudiforensis und dem Doppelsextett des Kammerchors Klagenfurt am Wörthersee.

Der Chor brachte auch die Welturaufführung einer „Hymne an Klagenfurt“, komponiert von Günther Antesberger, wofür es begeisterte Dankesworte von Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz gab.

Der Festakt fand im Landhaushof mit viel Jugend und Optimismus seinen Abschluß. Die Kinder der Volksschule 11 St. Ruprecht, die Volksschule 24/Ljudska sola 24 und die Volksschule St. Ursula brillierten unter anderem mit einem fröhlichen Lindwurm-Boogie. Anschließend stiegen Luftballone mit Liebeserklärungen der Kinder an ihre Stadt in den Himmel.

Von der Bürgermeisterin gab es ein ganz herzliches Dankeschön an die Kinder aber auch an alle, die geholfen haben, den würdigen Festakt vorzubereiten und zu gestalten.



Foto: Stadtpresse / Fritz

Mit dem Auftritt der Kinder im Landhaushof um dem Steigen der Luftballone fand der Festakt seinen Abschluß.

Eröffnung der Ausstellung in der Klagenfurter Stadtgalerie

Vor 500 Jahren – am 24. April 1518 – schenkte Kaiser Maximilian I. Klagenfurt den Kärntner Landständen. Dieses Jubiläum begeht die Landeshauptstadt heuer mit vielen unterschiedlichen Veranstaltungen. So wurde am 27. April die Ausstellung „Klagenfurt 500 – Verbrannt, Verschenkt und Wachgeküsst“ in der Klagenfurter Stadtgalerie von Kulturreferent Landeshauptmann Peter Kaiser eröffnet.

„Ich werde mich nicht historisch, nicht numismatisch und nicht philosophisch der Ausstellung nähern, sondern meine persönli-

che Verbindung zu Klagenfurt darlegen und mein Innerstes ein klein wenig nach außen kehren“, sagte der Landeshauptmann in seiner Eröffnungsrede. Kaiser betonte, daß seit dem Beginn der 500-Jahr-Feiern eine intensivere Beziehung zu dem Ort entstanden sei, wo man lebe, wo man arbeite und von dem man ein ganzes Leben lang begleitet werde. „Es stellt eine Verortung von Heimat dar, daher ist es so wichtig, daß man die historische Betrachtung und die gegenwärtige Situation mit dem verbindet, was einmal sein wird“, meinte Kaiser und zählte unter anderem auf: „Wird Klagenfurt wieder einmal einen Bundesliga-Fußballverein haben, wird das Kon-



Foto: Stadt Klagenfurt / Helge Bauer

Bei der Eröffnung (v.l.): Igor Pucker, Beatrix Obernosterer, Landeshauptmann Peter Kaiser, Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz, Johannes Grabmayer und Martin Sternitz

Chronik



Klagenfurts Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz bei ihrer Festrede im Landesmuseum. Im Bild unten: der »Gabbrief« Kaiser Maximilian I. vom 24. April 1518



Fotos: Stadt Klagenfurt / Helge Bauer

servatorium einmal zur Universität oder welche Naherholungsgebiete wird es geben?“ All diese Dinge seien nicht festgeschrieben. Jeder könne seinen Teil dazu beitragen, daß es sich in die richtige Richtung entwickle. „Vielen Dank für die gut aufbereitete Auseinandersetzung mit meiner, Ihrer und unserer Stadt“, so der Landeshauptmann.

Maria-Luise Mathiaschitz, Bürgermeisterin und Kulturreferentin der Stadt Klagenfurt am Wörthersee, betonte, wie wichtig es auch für die Zukunft sei, sich mit den Wurzeln zu beschäftigen. Sie bezeichnete die Ausstellung als besonderen Augenschmaus und bedankte sich bei allen, die daran beteiligt gewesen seien im Besonderen beim Kuratorenteam – Igor Pucker, Direktor des Landesmuseums für Kärnten, Johannes Grabmayer, Ao. Univ.-Prof. am Institut für Geschichte der Alpen Adria-Universität Klagenfurt, und Martin Stermitz vom Landesmuseum für Kärnten sowie der Kulturabteilung der Stadt Klagen-

furt. Grundstein der Ausstellung und auch von Klagenfurt sei der Gabbrief. „Er ist auch das Prunkstück der Ausstellung – ohne ihn wäre Klagenfurt nicht das, was es heute ist.“ Die Landstände hätten die Stadt geschaffen, was in der deutschen Rechtsgeschichte einzigartig sei. Mathiaschitz verwies auch auf die Texte der Literaten Anna Baar und Egid Gstättnr, die durch die Ausstellung führten.

„Wir haben uns für Miniaturen entschieden“, sagte der Direktor des Landesmuseums. Die Ausstellung gebe Ausblicke sowie Einblicke und es existiere nicht nur eine Geschichte, sondern viele zum Teil widersprechende bzw. überschneidende. Unterstützt sei man durch Institutionen und private Leihgeber. „Vielen Dank an alle, die mitgearbeitet haben“, so Pucker.

„In fünf Modulen – ausgehend von der Schenkung – wird die Geschichte der Stadt dargestellt, so beispielsweise Politik, Infrastruktur, Religion, Menschen und Mythen

wie das Wörtherseemandl oder die Lindwurm-Sage“, berichtete Grabmayer von der Alpen Adria-Universität Klagenfurt. Beschrieben werde die Entwicklung Klagenfurts zur Landeshauptstadt.

„In der Ausstellung sind erstmals die Münzen der Sammlung Dreer zu sehen“, berichtete Stermitz vom Landesmuseum für Kärnten. Der gebürtige Klagenfurter Franz Ritter von Dreer habe sie im 19. Jahrhundert seiner Heimatstadt geschenkt. „Man sagt ‚über Geld spricht man nicht‘, aber ich kann ihnen nur empfehlen, schauen Sie sich das an und sprechen Sie darüber“, so Stermitz.

Für die musikalische Umrahmung sorgte Musica Claudiforensis, ein Ensemble für Alte Musik. Unter den vielen Gästen waren auch die beiden Literaten Anna Baar und Egid Gstättnr.

Die Ausstellung

Die Ausstellung widmet sich in einer durchgängigen Präsentationsebene den ersten 150 Jahren und der Baukunst dieser noch heute die Stadt prägenden architektonischen Manifestationen. Diese vermitteln sehr eindrucksvoll eine Zeit beginnender wirtschaftlicher Prosperität nach dem Großbrand von 1514 und der Übergabe der Stadt durch Kaiser Maximilian I. im Jahr 1518. Der Gestaltungswille der Kärntner Landstände zeigt sich in der Errichtung des repräsentativen Landhauses und des Klagenfurter Doms als vormals protestantische Kirche. Die architektonischen und künstlerischen Äußerungen werden bildlich vermittelt und korrespondieren mit Kunstwerken und eigens für die Ausstellung verfaßten literarischen Texten der Gegenwart. ■

<http://www.klagenfurt500.at>

<http://www.stadtgalerie.net>

»Durchstich« geschafft!

Am Großglockner herrscht seit 28. April wieder feie Fahrt.



Foto: grossglockner.at / Franz Neumayr

Schneeräumung auf der Großglockner Hochalpenstraße in Salzburg/Kärnten – Durchstich vor der Verkehrsfreigabe

Imposante Schneewände nach einem strengen Winter in der Glocknergruppe der Hohen Tauern – und trotz der enormen Niederschlagsmengen des vergangenen Winters gelang dem routinierten Räumungsteam der Großglockner Hochalpenstraßen AG (GROHAG) der Durchstich nach knapp drei Wochen.

Schneeräumungen im Hochgebirge waren und sind seit jeher eine Herausforderung – insbesondere dann, wenn es wie in diesem Winter außergewöhnlich hohe Niederschlagsmengen (mehr als doppelt so viel Schnee wie im Vorjahr) gab. „Um die wohl schönste und bekannteste Panoramastraße Europas für ihre Besucher wieder passierbar zu machen, mußten in den letzten Wochen rund 700.000 Kubikmeter Schnee geräumt werden – das entspricht einem bis oben hin mit Schnee befüllten Zug von Wien bis Salzburg; eine unfassbare Dimension was unsere ‚GROHAGler‘ hier leisten“, so Vorstand Johannes Hörl.

„Wir hatten Schneehöhen von bis zu neun Metern auf der Straße – eigentlich ganz so, wie es vor 30 Jahren normal war“, berichtet Peter Embacher, Leiter der Schneeräumung. Man rechnete anfangs mit einem höheren Zeitaufwand für die diesjährige Räumung, allerdings sorgten die warmen Temperaturen und die damit einhergehende Setzung der Schneedecke für Zeitersparnis, somit konnte der „Durchstich“ heuer sogar um einen Tag früher als geplant erfolgen.

Neben den guten Wetterbedingungen der letzten Räumtage waren es vor allem aber auch die „witterungsgeeichten“ Pflugfahrer der GROHAG mit den vier eingesetzten Rotationspflügen „System Wallack“, die unter größten Anstrengungen und durch ihren Einsatz bei jedem Wetter die Großglocknerstrasse – mit knapp 50 km Länge das größte Denkmal Europas – von den überwältigenden Schneemengen befreiten.

Die Rotationspflüge „System – Wallack“, die seit über 60 Jahren bis heute treu ihren Dienst verrichten, sind eine wahre Konstruktionsleistung des Planers und Erbauers der Großglockner Hochalpenstraße, Franz Wallack. Sie tragen den Schnee Schicht für Schicht ab und werfen diesen bis zu 40 Me-

ter weit seitlich aus. Aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Ausmaße können sie eine bis zu 60prozentige Steigung bewältigen.

Die Durchzugsstraße der Großglockner Hochalpenstraße (Nord-Süd-Verbindung bzw. Salzburg-Kärnten) ist somit nach letzten Instandsetzungsarbeiten seit 28. April wieder offiziell befahrbar. Die beiden Stichstrassen zur Edelweiß-Spitze (2.571m) und zur Kaiser-Franz-Josefs-Höhe (2.367m) wurden aufgrund der noch gegebenen Lawinengefahr erst etwas später geöffnet.

In den ersten Wochen sind sicherlich auch noch die beeindruckenden Schneewände zu bestaunen. ■

<http://www.grossglockner.at>



Foto: grossglockner.at / Franz Neumayr

v.l.: Kärntens LR Martin Gruber, GROHAG-Vorstand Johannes Hörl, Salzburgs LRin Brigitta Pallauf und Peter Embacher (Leiter Schneeräumung der GROHAG)

»Femme 2018« für drei besondere Kärntnerinnen

Frauenreferentin LHStv.in Beate Prettnner und Frauenbeauftragte Michaela Slamanig kürten Vorbild-Frauen mit der Femme 2018.



Foto: Büro LHStv.in Prettnner / Wejand

Zum sechsten Mal wurden Frauen in drei Kategorien für ihre Leistungen im Bereich der Frauen-Gesellschaftspolitik ausgezeichnet.

Und die FEMME geht an...“ hieß es am Abend des 5. April wieder im Konzerthaus Klagenfurt: Zum sechsten Mal wurden Frauen in drei Kategorien für ihre Leistungen im Bereich der Frauen-Gesellschaftspolitik ausgezeichnet.

„Die nominierten und ausgezeichneten Frauen sind wichtige Vorbilder. Sie gehen mutig ihren Weg, stehen ihre Frau auch in männerdominierten Bereichen, überzeugen mit Tatkraft, Kreativität und Leidenschaft“, zollte LHStv.in Beate Prettnner der versammelten „Frauenpower“ Anerkennung.

Kärntnerin des Jahres

Zur „Kärntnerin des Jahres“ wurde Romy Kirchauer gekürt: Die 21jährige Klagenfurterin hat als Eishockey-Trainerin bei der U8 der Vienna Capitals in einer typischen Männerdomäne Fuß gefaßt. Kirchauer wurde aus zehn „Kärntnerinnen des Tages“, über die die „Kleine Zeitung“ im Vorjahr berichtet hatte, per Online-Voting zur diesjährigen Preisträgerin gewählt. Antonia Gössinger, Chefredakteurin der „Kleinen Zeitung“ und Laudatorin, überreichte der zielstrebigem Studentin und Trainerin den „Kärntnerin des Jahres“-Preis.

Besondere Leistungen

Für „Besondere Leistungen“ ausgezeichnet wurde Elisabeth Sagerschnig: Die Initiatorin des Vereins „FamiliJa – Familienforum Mölltal“ setzt sich seit 20 Jahren aktiv für Frauen ein und ist ehrenamtlich in der Hospizbewegung Kärnten tätig. „Elisabeth Sagerschnig hat nicht nur viel Mitgefühl, sie ist eine ‚Macherin‘, vor allem eine Mutmacherin“, beschrieb Michaela Slamanig die Ausgezeichnete.

Lebenswerk

Die Auszeichnung für das „Lebenswerk“ ging an Karin Achatz. Die österreichische Politikerin blickt auf eine lange Karriere zurück, die von Kampfgeist für sozial Schwache und für ihr Engagement für die Rechte der Frauen geprägt war. Auch in ihrem unruhigen Ruhestand war und ist Achatz aktiv im Einsatz für „mehr Gerechtigkeit“. „Als erste Landtagspräsidentin Kärntens im Jahre 1989, als erste Landesrätin in der Kärntner Regierung 1990 und als erste Frauenreferentin Kärntens ist sie in vielerlei Hinsicht eine Pionierin“, betonte Laudatorin Beate Prettnner. „Von der Courage, der Tatkraft und der Dialogfähigkeit einer Karin Achatz können

wir uns alle eine Stück abschneiden“, meinte die Frauenreferentin.

»100 Jahre Frauenwahlrecht«

Als ein weiteres Highlight des Abends zeigte sich der Auftritt der Poetry-Slammerin und Rapperin Mieke Medusa. Sie nahm sich dem Thema des Abends an, „100 Jahre Frauenwahlrecht“ und begeisterte die BesucherInnen mit ihren Poetry Slams. Wie Prettnner erklärte, würde uns gerade das Thema „100 Jahre Frauenwahlrecht“ vor Augen führen, daß die Gleichstellung von Frauen und Männern keine Selbstverständlichkeit sei: „Jahrzehnte-, ja jahrhundertlang haben couragierte Frauen für das Wahlrecht gestritten. Es ist nicht vom Himmel gefallen. Es war das Resultat eines langen, zähen und mutigen Kampfes“, so Prettnner. „Gleichstellung müßte eigentlich für jeden Menschen eine Selbstverständlichkeit sein: Doch sowohl die Geschichte als auch die Realität lehren uns, daß dem nicht so ist. Auch heute noch müssen sich Frauen gemeinsam mit vernunftbegabten Männern für die Gleichstellung stark machen! Wir müssen lästig und hartnäckig bleiben!“, appellierte die Frauenreferentin. ■

<https://www.ktn.gv.at>

Ehrenzeichen der Republik an LTP a. D. Hans Penz

Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner überreichte die Auszeichnung – »Geradlinigkeit, Ehrlichkeit und Professionalität«

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner überreichte am 24. April das „Große Silberne Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich“ an den ehemaligen Präsidenten des Niederösterreichischen Landtags Hans Penz. Mit diesem, einem der höchsten, Ehrenzeichen wolle man dem Geehrten ein „herzliches Danke sagen“, betonte die Landeshauptfrau.

Hans Penz könne heute „mit Stolz, Freude und Genugtuung“ auf seine Laufbahn zurückblicken, meinte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner. In ihrer Laudatio blickte sie auf die politische Tätigkeit des Geehrten zurück. 20 Jahre lang hat Penz, der 1998 Dritter Landtagspräsident und 2008 Landtagspräsident wurde, dem Präsidium des NÖ Landtages angehört.

„In diesen 20 Jahren ist viel passiert“, nannte die Landeshauptfrau einige Zahlen: 240 Landtagssitzungen und über 1.000 Ausschusssitzungen haben in dieser Zeit stattgefunden, 5.800 Eingaben oder Geschäftsstücker wurden im Landtag diskutiert, bearbeitet und beschlossen. Penz habe auch viele Neuerungen gesetzt, erinnerte sie etwa an das Online-Archivsystem, den Jugend-Landtag oder die Initiative „Landtag im Land“.

„Dein Wort wurde gehört und deine Meinung geschätzt“, sprach Mikl-Leitner auch die „Kompetenz und Expertise“ sowie die „Geradlinigkeit, Ehrlichkeit und Professionalität“ des ehemaligen Landtagspräsidenten an. Penz habe sich „mit einer einzigartigen Persönlichkeit ins Geschichtsbuch eingetragen“, hielt sie fest: „Du hast das Land mitgestaltet und mitentwickelt.“

Von „einer besonderen Auszeichnung“ sprach Hans Penz in seiner Dankesrede. Das Vertrauen in die eigene Kraft, die Offenheit gegenüber dem Neuen und der Mut zur Entscheidung seien wichtige Grundsätze seiner politischen Arbeit, ebenso Werte wie Geradlinigkeit, Glaubwürdigkeit, Respekt und Loyalität. In der Arbeit im Landtag sei es ihm stets wichtig gewesen, „über den Tellerrand hinauszublicken“, auch die politische Bildung sei ihm ein wichtiges Anliegen gewesen, betonte Penz. „Es braucht selbstbewuß-



Foto: NLK / Pfeiffer

Nach der Verleihungszeremonie im Landhaus (v.l.): die Gattin von Hans Penz, Luise Penz, Landtagspräsident a. D. Hans Penz, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann a. D. Erwin Pröll.

te Länder“, hob er auch die Bedeutung des Föderalismus hervor.

Hans Penz wurde 1950 geboren und war von 1983 bis 2010 Direktor des NÖ Bauernbundes. Von 1987 bis 1998 war er Mitglied des Bundesrates. 1998 wurde er zum Dritten

Präsidenten des NÖ Landtages gewählt, ab dem 10. April 2008 bekleidete Penz das Amt des Landtagspräsidenten. Am 22. März 2018 wurde Karl Wilfing zu seinem Nachfolger gewählt. ■

<http://www.noel.gv.at>

Ein Nachruf auf Paul Singer

In der Nacht vom 16. auf den 17. April 2018 verstarb Paul Singer im Alter von 86 Jahren. „Wir verlieren mit ihm einen engagierten Vordenker und Förderer solidarischen Wirtschaftens, der nicht nur in Brasilien, sondern auch international wichtige Beiträge zur Förderung einer menschengerechten Entwicklung geleistet hat“, sagte Marcus Strohmeier, Internationaler Sekretär im ÖGB.

Singer war Professor für Ökonomie an der renommierten Universidade de São Paulo und engagierte sich zeitlebens politisch. Er war Gründungsmitglied der brasilianischen Arbeiterpartei, 1989-1992 Planungsstadtrat in São Paulo und zwischen 2003 und 2016 Brasiliens erster Staatssekretär für Solidarische Ökonomie. Außerdem war er Träger des

Großen Silbernen Ehrenzeichens am Bande für Verdienste um die Republik Österreich.

Paul Singer wurde 1932 in Wien geboren und mußte wegen seiner jüdischen Herkunft mit seiner Familie vor den Nationalsozialisten nach Brasilien flüchten. In Brasilien engagierte er sich seit seiner Jugend politisch und beteiligte sich schon in jungen Jahren an Streiks und Kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen. Später, als sozial und politisch engagierter Wirtschaftswissenschaftler, propagierte er eine Wirtschaftspolitik, die wirtschaftlichen Fortschritt durch soziale Umverteilung und Armutsbekämpfung erreicht.

„Der ÖGB trauert um einen wichtigen Mitstreiter für internationale Solidarität“, so Marcus Strohmeier. ■

[https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Singer_\(Staatssekret%C3%A4r\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Singer_(Staatssekret%C3%A4r))

Wien: »Gold« für Toni Polster und Markus Spiegel

Zwei lebende Legenden des österreichischen Sport- und Musiklebens wurden am 19. April im Wiener Rathaus ausgezeichnet.

Goalgetter Toni Polster und Musikproduzent Markus Spiegel erhielten das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien. Zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik und Kultur waren bei der Feierstunde dabei, darunter Sportminister H. C. Strache, Vizebgm. Maria Vassilakou, StR Michael Ludwig, BM a. D. Rudi Hundstorfer, Präsident des BSO, die Fußballgrößen Herbert Prohaska und Andi Herzog, Stadthallenchef Wolfgang Fischer, Metropolchef Peter Hofbauer sowie Rudi und Isabella Klausnitzer.

„Sport ist wie Musik in der Lage, integrativ zu wirken“, betonte Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny im Rahmen der Ehrung. Toni Polster habe nicht nur in Österreich, sondern auch in Italien, Spanien und Deutschland Tore purzeln lassen. „Als Trainer vom FC Viktoria stellt er heute seine Prominenz, Erfahrung und Weisheit in den Vordergrund, um sich um den Nachwuchs zu kümmern“.

„Wenn man von Musik in Österreich spricht, kommt man an Markus Spiegel nicht vorbei. Der große Erfolg der österreichischen Popgeschichte ist untrennbar mit ihm verbunden“, unterstrich Mailath. „Beiden gemeinsam ist, daß sie sich kein Blatt vor den Mund nehmen, manchmal auch gefürchtet sind, jedoch immer wienerisch mit sehr viel Schmäh.“

Hans Huber, ehem. Sportchef des ORF, hielt die Laudatio auf Toni Polster, den er seit Kindheitstagen kennt: „Toni Polster war 13 Jahre im Ausland und wurde überall, wo er gespielt hat, Fanliebling. In Österreich hält er mit 44 Toren in 95 Spielen der Nationalmannschaft den Torschützenrekord. Alles, was er macht, macht er mit Ehrgeiz, egal ob Tennis, Karten- oder Mensch-ärgere-dich-nicht-Spielen. Toni Polster hat Wien, wo immer er sich aufgehalten hat, glänzend repräsentiert.“

Toni Polster dankte seiner Familie, seinen Freunden und Weggefährten, denen er immer Vertrauen konnte: „Erfolg ist ein großes Puzzle, wo alle Teile zusammenpassen müssen.“



Fußball-Legenden im Rathaus: Andi Herzog (li.) und Herbert Prohaska (re.) mit Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny bei der Überreichung des Goldenen Verdienstzeichens des Landes Wien an Kicker-Kollegen und Goalgetter Toni Polster (2. v.l.)



Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny (Mitte) mit Toni Polster und Musikproduzent Markus Spiegel

Thomas Rabitsch erzählte, wie er als Bandmitglied von „Drahdwaber!“ Markus Spiegel als „genialen, glucksenden, redenden und auf und ab hüpfenden“ Musikproduzenten kennen lernte. Als Kostprobe wurde eine musikalische Collage mit Bilgeri, Hansi Lang,

Falco u. v. m. eingespielt, „auf voller Lautstärke“, ganz so wie es Markus Spiegel mag.

Die zweite Hälfte der Laudatio wurde von Walter Gröbchen gehalten, „eine seiner besten Reden“, wie Spiegel launig zugestand: Spiegel habe über Jahrzehnte eine Label-

Personalia

Laufbahn hingelegt wie sonst niemand in diesem Land. Das habe er mit „striktem Enthusiasmus, Kontinuität, mit Kompetenz, Mut, Fleiß, Beharrlichkeit, Esprit und Lust an der Musik“ bewirkt.

Die Auszeichnung komme gerade zur rechten Zeit, in der Zielgeraden seines Daseins, so Spiegel. „Ich habe die Gewißheit, alles produziert zu haben, was ich wollte – mit Feuereifer und großer Freude“.

Biographie Toni Polster

Anton Polster wurde 1964 in Wien geboren und begann seine Fußball-Karriere 1973 in der Jugendmannschaft der Austria Wien. Mit Wiener Austria wurde er drei Mal österreichischer Fußballmeister (1984, 1985, 1986) und österreichischer Cupsieger (1986).

Toni Polster spielte für Italien, Spanien und Deutschland beim 1. FC Köln, von 1998 bis 2000 bei Borussia Mönchengladbach. Seine aktive Karriere beendete er im 1. Halbjahr 2000 als Leihspieler bei Austria Salzburg.

In der österreichischen Nationalmannschaft kam der Stürmer zwischen 1982 und 2000 bei insgesamt 95 Länderspielen zum

Einsatz und erzielte 44 Treffer; er gilt damit als bislang erfolgreichster Länderspiel-Torschütze in der österreichischen Fußballgeschichte. Er nahm an den Fußball-Weltmeisterschaften 1990 in Italien und 1998 in Frankreich teil.

Seit 2008 ist er staatlich geprüfter Fußballtrainer; seit Herbst 2011 trainiert er den Wiener Viertligisten Wiener Viktoria.

Darüber hinaus tritt Polster fallweise im Fernsehen auf, so etwa 2005 in der ersten Ausgabe des ORF-Formats „Dancing Stars“ und veröffentlichte zwei Musik-Alben (2006, 2008). Zugunsten des österreichischen Fußballnachwuchses vertritt Polster „Toni Shirts“. Der Reinerlös aus diesem Verkauf kommt kleineren Fußballvereinen zu, um diese bei der Finanzierung von Nachwuchstrainer-Kursen zu unterstützen.

Biographie Markus Spiegel

Markus Spiegel wurde 1952 in Legnica in Polen geboren. Er gründete Ende der 1970er Jahre das Schallplattenlabel GiG Records, das verschiedene österreichische Bands und Künstler der damaligen Zeit, wie

Chuzpe oder Drahdwaberl, Reinhold Bilgeri oder Falco unter Vertrag nahm. Spiegel gestaltete Falcos Weg zum Weltstar bedeutend mit. Es folgten weitere Produktionen mit Wolfgang Ambros, Helmut Qualtinger, Rainhard Fendrich, Hansi Lang, Lukas Resetařits, Stefanie Werger u.v.a.

1995 fusionierten GiG Records mit Uptight und Spray Records zur Reverso MusikproduktionsgesmbH. Diese wurde 2002 von der BMG Ariola Austria GmbH übernommen, die ihrerseits seit 2008 im Besitz von Sony Music Entertainment ist. Dort ist Spiegel im Bereich Artists and Repertoire tätig.

Daneben ist Markus Spiegel Juror beim Österreichischen Musikfonds. Als Executive Producer betreut er auch CD-Produktionen der Vereinigten Bühnen Wien und der Stage Holding. 2004 gründete er gemeinsam mit Thomas Rabitsch das Label „serious entertainment“, das Produktionen der Gruppe „Slow Club“ (Thomas Rabitsch, Hansi Lang, Wolfgang Schlögl) bis zum Tod von Hansi Lang im Jahre 2008 veröffentlichte. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Toni_Polster

https://de.wikipedia.org/wiki/Markus_Spiegel

Hugo Portisch wurde Ehrenbürger der Stadt Wien

Bürgermeister Michael Häupl überreichte dem namhaften Journalisten und Schriftsteller Hugo Portisch am 12. April die Ehrenbürgerkunde der Stadt Wien. An der Ehrung nahmen zahlreiche hochrangige Gäste aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Medien teil, an der Spitze Bundespräsident a.D. Heinz Fischer mit Gattin Margit. Die Laudatio hielt Prof. Heinz Nußbaumer.

Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny betonte, daß Portisch beispielgebend für kritischen und zugleich vermittelnden Journalismus stünde. Portischs Buch über China habe für ihn als Jugendlichen die „Öffnung der Welt“ bedeutet. Er zeichne auch ganz besonders seine Glaubwürdigkeit aus, mit der er in seinen lebendigen Reportagen aus aller Welt komplexe Sachverhalte vermitteln konnte.

Heinz Nußbaumer verwies in seiner Laudatio darauf, daß Portisch in ganz Österreich bekannt sei und gewürdigt werde. Er habe aus seiner eigenen Geschichte heraus eine sehr enge Beziehung zur Stadt Wien. Nußbaumer berichtete einige interessante Fakten aus Portischs spannendem Berufsleben.

Portisch erzählte ins seiner Dankesrede darüber, daß er 1945 in das vom Krieg zerstörte Wien gekommen sei und erschüttert war, die Stadt so zu sehen, in die er als Kind



Bürgermeister Michael Häupl (l.) überreichte dem namhaften Journalisten und Schriftsteller Hugo Portisch die Ehrenbürgerkunde der Stadt Wien.

mit seinen Eltern so gern von Preßburg aus gekommen sei. Trotzdem habe er bei der Bevölkerung eine so positive Stimmung verspürt und Wien als großes Tor in die Freiheit gesehen. Von einer weiteren besonderen Beziehung zu Wien erzählte er, die er in der Nachkriegszeit in New York bei den Emigranten erlebt habe. Die geistige und kulturelle „Elite“ – prominente Dichter, Denker

und Künstler, die vor den Nazis geflüchtet waren, strömten eine enorme Sehnsucht nach Wien und Liebe zur Stadt aus. Die Versöhnung zwischen Wien und der Welt, z.B. durch Kulturveranstaltungen aus Wien, wie Konzerte mit den Wiener Philharmonikern, seien für ihn von enormer Bedeutung gewesen. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Hugo_Portisch

Vorarlbergs Literaturpreis 2018 für Christina Walker

Carolyn Amann erhielt ein Arbeitsstipendium in Höhe von 1.500 Euro.

Der mit 7.000 Euro dotierte Literaturpreis des Landes Vorarlberg ist am 23. April von Landesrat Christian Bernhard vor 80 Gästen im Landhaus an die gebürtige Bregenzerin Christina Walker verliehen worden. Die Hohenemserin Carolyn Amann erhielt ein Arbeitsstipendium in Höhe von 1.500 Euro. „Das spiegelt die vielfältige Literaturlandschaft Vorarlbergs“, würdigte der Landesrat alle Leistungen und gratulierte gemeinsam mit Landesrat Johannes Rauch im Namen des Landes recht herzlich. Das spiegelt die vielfältige Literaturlandschaft Vorarlbergs“, würdigte Bernhard alle Leistungen. Mit ihren Texten haben sich die beiden Schriftstellerinnen Christina Walker und Carolyn Amann heuer gegen 28 Einreichungen durchgesetzt.

„Durch die große Zahl an Einreichungen ist klar erkennbar, welch großes Interesse und wie viel Anerkennung mit der Auszeichnung verbunden ist. Zudem wird der Literaturpreis im Land als Chance und Anreiz begriffen“, hob Bernhard bei der feierlichen Veranstaltung in seinen Grußworten hervor. Besonders erfreut zeigte er sich darüber, daß „sowohl arrivierte als auch junge, aufstrebende Autorinnen und Autoren ihre Texte eingereicht haben“. Ebenso erfreulich fand Bernhard, daß sich die Jury im anonymen Verfahren in diesem Jahr für zwei weibliche Literaturschaffende entschieden hat.

Auch der Leiter der Kulturabteilung des Landes, Winfried Nußbaumüller, lobte in seiner Laudatio das große Potential der beiden Autorinnen. Als Kennzeichen von Literaturpreisträgerin Christina Walker nannte er ihre „ausdrucksstarke, liebevolle Sprache“, von der sich die Anwesenden bei der Lesung aus dem prämierten Text einen Eindruck verschaffen konnten. Der vom Land Vorarlberg ausgeschriebene Literaturpreis wird jedes Jahr in einem anonymisierten Verfahren an eine Schriftstellerin oder einen Schriftsteller verliehen. Mit seinen Aktivitäten unterstützt das Land unter anderem auch das Literaturfestival hardcover oder den Feldkircher Lyrikpreis.

Für die musikalische Unterhaltung sorgte das Ensemble der Jazzklasse Herbert Walsers-



Foto: VLK / Werner Micheli

Landesrat Christian Bernhard gratuliert der gebürtigen Bregenzerin Christina Walker

Breuß am Vorarlberger Landeskonservatorium, bestehend aus Paul Moosbrugger (Klarinette), Julius Breuß (Kontrabass) und Steven Moser (Perkussion).

Preisträgerin Christina Walker

Die studierte Germanistin, Theater- und Medienwissenschaftlerin Christina Walker hat den Literaturpreis 2018 für ihren Text „Auto“ erhalten. Sie erzählt darin die Geschichte eines Mannes, der Frau, Kind und Wohnung verlassen hat und in sein Auto gezogen ist. Im Selbstversuch reduziert er Eigenbewegungen auf das Nötigste. Sein Gefährt dient nicht mehr der Fortbewegung, sondern wird zum Kokon. „In feinen ironisch gebrochenen Bildern treibt Walker sowohl die Beschleunigung des Lebens als auch den Wunsch der Entschleunigung auf die Spitze und lotet auf humorvolle Weise Kommunikationssysteme zwischen Innen und Außen auf“, begründet Jurymitglied Frauke Kühn die Entscheidung für diesen Text.

Der Literaturpreis sei „eine besondere Auszeichnung für sie und eine Bestätigung ihres Weges“, sagt Christina Walker: „Natürlich bringt der Preis auch eine gewisse finanzielle Freiheit mit sich. Ich werde sie nutzen,

um den eingereichten Text ‚Auto‘ weiter- und fertigzuschreiben.“

Die heute in Augsburg lebende Christina Walker ist seit 2006 als selbständige Autorin und Texterin tätig. Sie schreibt Gebrauchstexte für Kultur und Wirtschaft, sowie Kritiken und Essays zu Literatur. 2007 wurde sie mit dem Vorarlberger Landesstipendium für Literatur ausgezeichnet. Walker ist Mitglied von Literatur Vorarlberg und der Grazer Autorenversammlung.

Arbeitsstipendium an Carolyn Amann

Carolyn Amann wird von der Jury eine große Erzähllust und eine kraftvolle Sprache attestiert. Die in Wien lebende Schriftstellerin, Theatermacherin und freie Regieassistentin wurde bereits 2015 mit einem Arbeitsstipendium des Landes Vorarlberg ausgezeichnet. In ihrem aktuellen Text „Neu Amerika“ führt das Ausloten von Grenzen ins sprichwörtliche Neuland. Die Protagonistin ist in einem Raum ohne Fixpunkte eine getriebene, desorientierte Figur. Frauke Kühn dazu: „Carolyn Amann stellt sich einem spannenden Thema (...). Sie wagt es, die Grenzen bis ins Unerträgliche zu dehnen und zu überschreiten und macht sie dadurch sichtbar.“ ■

Rosalia: aus Großlage wird DAC-Gebiet

Die ehemalige Großlage »Rosalia« südlich des Leithagebirges wird zu Österreichs nächstem DAC-Weinbaugebiet.



Foto: seymann film.at

Weingärten in der Rosalia

Auf 297 Hektar Rebfläche entstehen im Politischen Bezirk Mattersburg künftig regionstypische „Rosalia DAC“- und „Rosalia DAC Reserve“-Rotweine sowie eigenständige Rosé-Weine unter der Bezeichnung „Rosalia DAC Rosé“.

Rosalia DAC und Rosalia DAC Reserve

Die gebietstypischen Rebsorten Blau-

fränkisch und Zweigelt dürfen auf Basis der nun unterzeichneten DAC-Verordnung rückwirkend ab dem Jahrgang 2017 reinsortig zu Rosalia DAC vinifiziert werden, sofern die Weine einen Alkoholgehalt von mindestens 12 % vol. sowie einen Restzuckergehalt von höchstens 4 g/l aufweisen. Der Ausbau muß im Stahltank oder Holzfass erfolgen, die Weine sollen ein vielschichtiges und regionsty-

pisches Bukett sowie einen finessenreichen, fruchtigen und würzigen Geschmack aufweisen.

Erst ab der Stufe Rosalia DAC Reserve ist die Angabe einer Riede auf dem Etikett zulässig. Betreffend Alkoholgehalt gelten hier die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen für die Bezeichnung „Reserve“, er muß also mindestens 13 % vol. betragen.



Rosalia DAC Rosé

Die zweite Kategorie der Verordnung bildet Rosalia DAC Rosé. Dieser muß aus einer oder mehreren roten Qualitätsweinrebsorten vinifiziert werden. Die Angabe einer Rebsorte auf dem Etikett ist nicht erlaubt, jedoch jene einer Riedenbezeichnung. Trocken im Stahltank oder Holzfaß ausgebaut, ist Rosalia DAC Rosé durch sein Bukett nach roten Beeren und einen frischen, fruchtigen und würzigen Geschmack charakterisiert.

Das Weinbaugebiet

Das Weinbaugebiet Rosalia verdankt seinen Namen dem Rosaliengebirge, das sich an der niederösterreichisch-burgenländischen Landesgrenze auf bis zu 750 m erhebt. Durch das pannonische Klima in Kombination mit fruchtbaren Braunerdeböden auf Lößuntergrund ist die Rosalia prädestiniert für den Anbau von Blaufränkisch und Zweigelt. ■

<http://www.oesterreichwein.at>

Grafik: Österreich Wein

»Mein Welschriesling« 2017 zeigt Klasse

Jahrgangspräsentation »Mein Welschriesling« in der Weinbauschule Eisenstadt



Foto: Bgld. Landesmedienservice

»Mein Welschriesling«-Produzent Jürgen Zechmeister, Kleinhöflein, Dir. Martin Burjan, Bundesamt für Weinbau, Weinkönigin Anna I., Projekt-Initiator Franz Ackerl, Kleinhöflein, LRin Verena Dunst und Direktor Markus Prenner, Landwirtschaftliche Fachschule Eisenstadt

Um dem Welschriesling, einer der Hauptsorten des Burgenlandes, in den letzten Jahrzehnten jedoch zunehmend in den Hintergrund getreten, wieder zu seiner angestammten Bedeutung zu verhelfen, wurde bereits in den 1990er-Jahren das Projekt „Mein Welschriesling“ gestartet. Ziel ist die Produktion und Vermarktung eines regional-typischen Welschrieslings. Im Beisein von Agrarlandesrätin Verena Dunst, Bgm. LABg. Thomas Steiner, LWFS-Direktor Markus Prenner, Dir. Martin Burjan vom Bundesamt für Weinbau und VertreterInnen der Weinbauschule, der Landwirtschaftskammer und Wein Burgenland präsentierten die drei Projektpartner am 17. April in der Weinbauschule Eisenstadt den Jahrgang 2017.

„Bei allen Erfolgen, die das Burgenland seit Jahren mit seinen Weinen auch international regelmäßig einfährt, dürfen wir den heimischen Markt und jene Sorten nicht vergessen, die seit jeher für die burgenländische Weinidentität stehen“, betonte Dunst. „Der Welschriesling als eine der ältesten und beliebtesten Weinsorten im Burgenland verdient, wieder stärker ins Rampenlicht gerückt und wertgeschätzt zu werden. Das Projekt ‚Mein

Welschriesling‘ leistet dazu einen wichtigen Beitrag“.

Auf rund 1.400 ha wird im Burgenland Welschriesling angebaut, damit etwa gleich viel wie Grüner Veltliner. Einst eines der Aushängeschilder im Burgenland, hat der Welschriesling, nicht zuletzt durch die Konkurrenz international bekannter und stärker nachgefragter Sorten, in den letzten Jahren bei den KonsumentInnen immer mehr an Gunst eingebüßt.

Sehr zum Leidwesen des Kleinhöfleiner Winzers und Welschriesling-Fans Franz Ackerl, der sich schon vor Jahrzehnten intensiv mit der Sorte beschäftigt hat. „Welschriesling kann bis in hohe Prädikatsweinstufen außerordentliche Qualität hervorbringen, eine Welschriesling Trockenbeerenauslese aus dem Burgenland wurde schon einmal mit dem World Champion-Titel ausgezeichnet“, erinnert Ackerl. Auf sein Betreiben hin wurde schließlich in den 1990er-Jahren das Projekt „Mein Welschriesling“ ins Leben gerufen, das die Produktion eines regional-typischen Welschrieslings zum Ziel hat.

Acht Partnerbetriebe waren anfangs dabei, von denen schließlich drei Betriebe

übriggeblieben sind. Das Bundesamt für Weinbau in Eisenstadt hat das Projekt in allen Produktionsstufen begleitet – von der Bestimmung des der physiologischen Reife und des idealen Lesezeitpunktes über Mostuntersuchung und Analysen bis hin zu regelmäßigen Verkostungen und zur Flaschenfüllung.

„Feingliedrige Aromatik, Zitrus- und Apfelfrucht und im Idealfall viel Frische und Finesse“, so beschreibt Direktor Martin Burjan vom Bundesamt für Weinbau die Charakteristika des spätreifenden Welschrieslings. Einen solchen Typus, der perfekt für die Region steht, habe man schließlich auch gefunden, und seine Eigenschaften bringt auch der Jahrgang 2017 wunderbar zum Ausdruck: „Zitrusfruchtig, frisch, ein idealer Sommerwein und sehr gut auch zu Fisch“, so Direktor Ackerl.

Und das sind die Produzenten:
Landesweingut Burgenland, Eisenstadt
<http://www.weinbauschule.at>
Kleinhöfleinerhof Familie Ackerl, Kleinhöflein
<http://www.kleinhoefleinerhof.at>
Weingut Jürgen Zechmeister, Kleinhöflein
<http://www.weinbauzechmeister.at> ■

H2FUTURE on track

Baustart der weltgrößten Wasserstoffpilotanlage in Linz

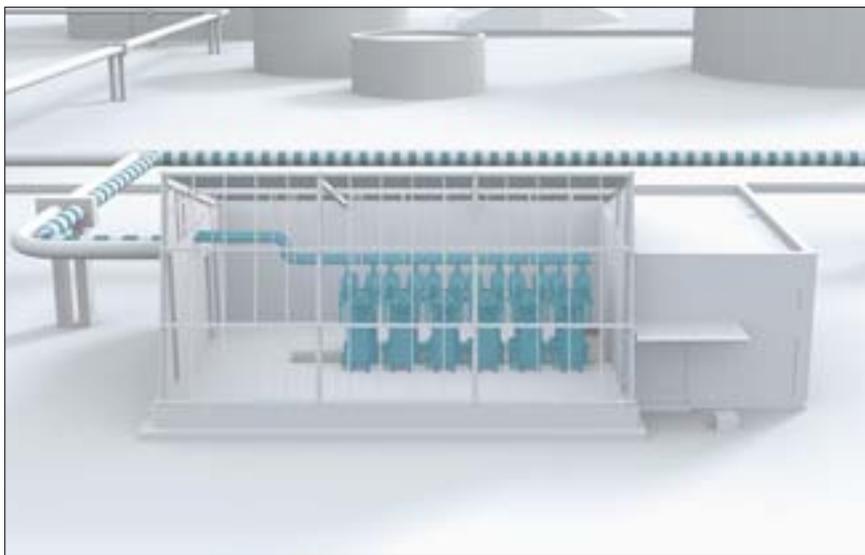


Foto: voestalpine AG

v.l.: Wolfgang Hesoun (Vorstandsvorsitzender der Siemens AG Österreich), Herbert Eibensteiner (Vorstandsmitglied der voestalpine AG und Leiter der Steel Division), Bart Biebuyck (Executive director, Fuel Cells and Hydrogen Joint Undertaking – FCH JU), Wolfgang Eder (Vorstandsvorsitzender voestalpine AG) und Wolfgang Anzengruber (CEO VERBUND)

Ein EU-gefördertes Leuchtturmprojekt in Sachen CO₂-reduzierte Energiezukunft und Dekarbonisierung der Stahlproduktion nimmt Gestalt an: Das Projektkonsortium „H2FUTURE“ bestehend aus voestalpine, Siemens, VERBUND sowie Austrian Power Grid und den wissenschaftlichen Partnern KIMET und ECN gab am 16. April am voestalpine-Standort Linz offiziell den Bau der weltweit größten Pilotanlage zur Herstellung von „grünem“ Wasserstoff frei. Mit sechs Megawatt Anschlußleistung ist es die wirkungsvollste und modernste Anlage ihrer Art. Die Partner aus Industrie und Energiewirtschaft wollen damit an künftigen „Break-through-Technologien“ forschen, um den globalen Klimazielen langfristig gerecht zu werden. Der Vollbetrieb der Anlage ist für Frühjahr 2019 geplant.

Die CO₂-Emissionen bis 2050 um rund 80 Prozent zu reduzieren, ist das zentrale Klimaziel, für dessen Erreichung sich sowohl Energieversorger als auch Industrie bestmöglich rüsten und gemeinsam neue Wege gehen müssen. Genau hier setzt das Forschungsprojekt H2FUTURE an. Weltweit werden jährlich über 600 Milliarden Kubikmeter Wasserstoff verbraucht, von denen mehr als 95 Prozent durch einen CO₂-lastigen Prozeß hergestellt werden. Auf dem Werksgeleände der voestalpine in Linz entsteht nun die derzeit größte und modernste Elektrolyseanlage zur Erzeugung von „grünem“ – sprich CO₂-freiem – Wasserstoff. Mit dem EU-



Grafik: H2FUTURE

Grafische Darstellung der H2FUTURE Wasserstoffpilotanlage

geförderten 18-Millionen-Euro-Projekt werden künftig die Einsatzmöglichkeiten von „grünem“ Wasserstoff in den verschiedenen Prozessstufen der Stahlherzeugung sowie das Zusammenspiel mit dem Regelenergiemarkt des Stromnetzes getestet. Für die Bereiche Industrie, Transport und Energie ist CO₂-freier Wasserstoff ein wichtiger Energieträger der Sektorkopplung und kann wesentlich zum Erreichen der Klimaziele beitragen. Die neue Anlage soll ein technologischer Meilenstein auf dem Weg zur Energiewende und damit zur schrittweisen Dekarbonisierung der Stahlindustrie sein.

Klare Vision: Stahlerzeugung mit minimalen Emissionen

Nach dem Projektstart zu Beginn 2017 schreitet der Bau der Pilotanlage am voestalpine-Standort Linz inzwischen zügig voran. Das Fundament steht und die Errichtung der Hallenkonstruktion läuft.

In den Sommermonaten werden die Kernkomponenten zur Elektrolyse geliefert und noch binnen Jahresfrist soll die Inbetriebnahme beginnen.

Der Start des umfangreichen zweijährigen Versuchsprogramms ist für Frühjahr 2019 geplant.

„Mit der Errichtung der neuen Pilotanlage für die Herstellung von CO₂-freiem Wasserstoff setzen wir einen weiteren Schritt in Richtung langfristiger Realisierung einer Technologietransformation in der Stahlindustrie. Das Ziel dabei ist es, echte ‚Break-through-Technologien‘ zu erforschen, die in etwa zwei Jahrzehnten im großtechnischen Stil anwendbar sein könnten“, sagte Wolfgang Eder Wolfgang Eder, Vorstandsvorsitzender der voestalpine AG.

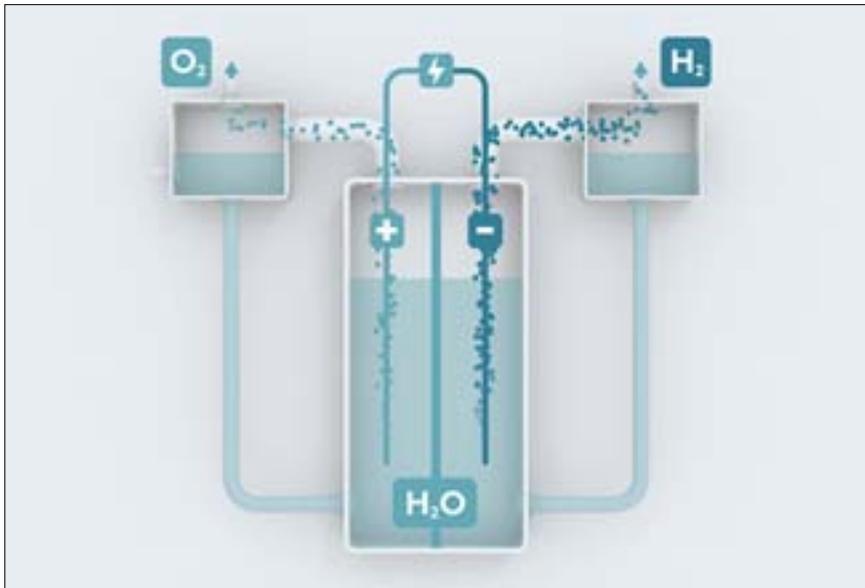
Die Zukunftsvision des Technologie- und Industriegüterkonzerns sieht vor, von Kohle bzw. Koks über Brückentechnologien mit Erdgas (z. B. heute schon in der Direktreduktionsanlage in Texas) letztlich zur möglichst umfassenden Anwendung von „grünem“ Wasserstoff zu gelangen. „Voraussetzung dafür ist, daß erneuerbare Energie in ausreichendem Umfang und zu konkurrenzfähigen Bedingungen als Basis zur Verfügung steht“, erklärte Herbert Eibensteiner, Vorstandsmitglied der voestalpine AG und Leiter der Steel Division.

Herzstück mit enormem Wirkungsgrad

„In der Anlage schlägt ein hochtechnologisches Herz von Siemens. Wir spalten mit Hilfe von grünen Elektronen Wasser in seine Grundkomponenten Wasserstoff und Sauerstoff“, so Wolfgang Hesoun, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG Österreich.

Für die Forschungsanlage in Linz hat Siemens das derzeit weltweit größte PEM („Proton Exchange Membrane“)-Elektrolysemodul entwickelt. Mit einer Anschlußleistung von sechs Megawatt können damit 1.200 Kubikmeter „grüner“ Wasserstoff pro Stunde produziert werden. Bei der Umwandlung von Strom in Wasserstoff wird ein Rekord-Wirkungsgrad von 80 Prozent angestrebt. Der Wasserstoff kann gespeichert werden und ist vielseitig einsetzbar: Als Grundstoff in der Industrie wie in Linz, aber auch als Treibstoff in der Mobilität oder als Energieträger bei der Strom- und Gasversorgung. „Die DNA von Siemens ist saubere Energie: von Erzeugung über Verteilung bis zur Anwendung. Effiziente Technologien sind ein wesentlicher Baustein, um den Klimawandel mit seinen dramatischen Folgen einzudämmen“, erklärt Hesoun. Der globale Bedarf für Wasserstoff wird sich bis 2050 auf rund 6 Billionen Kubikmeter verzehnfachen. Anlagen, wie jene in Linz sind die Voraussetzung, um den steigenden Bedarf nahezu CO₂-neutral abdecken zu können.

„Auch energieintensive Industrien können klimaneutral sein. Mit diesem herausra-



Grafik: H2FUTURE

Der H2FUTURE-Prozess: Wasserstoff, gewonnen aus CO₂-freiem Grünstrom, stellt ein gewaltiges Potential für den Einsatz als Industrierohstoff wie auch zur Energiespeicherung dar.

genden Projekt kommen wir dem globalen Dekarbonisierungsziel einen Schritt näher. Die Technologie unterstützt unsere Kunden dabei, den Wandel im Energiesektor und zugleich den Klimaschutz voranzutreiben. Siemens selbst hat ehrgeizige Ziele: Bis zum Jahr 2020 werden wir die CO₂-Bilanz unseres operativen Geschäfts halbieren und bis 2030 klimaneutral sein“, so Roland Busch, Chief Technology Officer von Siemens und Mitglied des Vorstands von Siemens.

Grünstrom für grünen Wasserstoff

Erst durch die Elektrolyse von Wasser mit Strom aus erneuerbaren Quellen entsteht „grüner“ Wasserstoff. VERBUND, als Österreichs größtes Stromunternehmen und einer der führenden Hersteller von Strom aus Wasserkraft in Europa, erzeugt mit seinen 128 Wasserkraftwerken knapp 100 Prozent seiner Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen.

„Um volatile erneuerbare Energie aus Wind- und Sonnenkraft ins Energiesystem integrieren zu können, brauchen wir in Zukunft noch mehr Speichermöglichkeiten. Neben unseren Pumpspeicherkraftwerken in den Alpen und Batteriespeicher-Lösungen unterschiedlicher Dimensionen sehen wir großes Potenzial in der Energiespeicherung mit grünem Wasserstoff. „Grüner“ Wasserstoff ist für uns das perfekte Beispiel für die Sektorkopplung, die zur Dekarbonisierung von Energiewirtschaft, Industrie und Transport dringend erforderlich ist“, erklärte Wolfgang Anzengruber, CEO der VERBUND AG

Beim H2FUTURE-Projekt liefert VERBUND den Strom aus erneuerbaren Energien und ist zudem für die Entwicklung von netzdienlichen Services verantwortlich. Über Demand-Side-Management wirkt der PEM-Elektrolyseur als dynamische Regellastkomponente, um zum Ausgleich von Schwankungen im zunehmend volatileren Stromnetz beizutragen.

Flaggschiffprojekt der EU-Kommission

Das Projektvolumen für die neue Anlage beläuft sich auf etwa 18 Millionen Euro für sechs Konsortiumspartner über eine Laufzeit von viereinhalb Jahren. Rund 12 Millionen Euro davon stammen aus Fördermitteln der Europäischen Kommission, konkret dem Joint Undertaking für Fuel Cells & Hydrogen (FCH JU). „Das H2FUTURE-Projekt ist eines der Flaggschiff-Projekte des FCH JU, die aus dem EU-Programm Horizon2020 finanziert werden. Es zeigt, daß großindustrielle Produktionsprozesse wie die Stahlproduktion auch nachhaltig umsetzbar sind und in absehbarer Zukunft eine praktikable Option darstellen. Darüber hinaus ist dieses Projekt ein eindrucksvolles Beispiel für erfolgreiche Sektorkopplung. Beide Aspekte belegen deutlich, daß Wasserstoff ein wichtiges Puzzleteil zur Erreichung der europäischen Klimaziele ist“, stellte Bart Biebuyck, Executive director, Fuel Cells and Hydrogen Joint Undertaking (FCH JU), fest. ■

<http://www.voestalpine.com>

<http://www.siemens.at>

<http://www.verbund.com>

<http://www.fch.europa.eu>

Quantenphysiker erzielen Verschränkungsrekord

Quantenverschränkung ist eine zentrale Grundlage für die neuen Quantentechnologien des 21. Jahrhunderts. Nun präsentiert ein deutsch-österreichisches Forschungsteam das bisher größte, verschränkte Quantenregister individuell kontrollierbarer Systeme aus insgesamt 20 Quantenbits.

Das Potential der neuen Quantentechnologien reicht von extrem präzisen Sensoren bis zum universellen Quantenrechner. Quanteninformationsverarbeitung benötigt eine große Anzahl von Quantenbits, um die Vorteile der Quantenphysik gegenüber klassischen Computern ausspielen zu können. Physiker in aller Welt arbeiten daher daran, verschränkte Systeme mit immer mehr Quantenbits zu realisieren. Den Rekord hält derzeit die Forschungsgruppe um Rainer Blatt am Institut für Experimentalphysik der Universität Innsbruck.

Die Physiker verschränkten 2011 erstmals 14 individuell manipulierbare Quantenbits miteinander und realisierten so das größte vollständig verschränkte Quantenregister. Nun hat ein Team um Ben Lanyon und Rainer Blatt am Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien gemeinsam mit Theoretikern der Universität Ulm kontrollierte Vielteilchenverschränkung in einem System aus 20 Quantenbits realisiert. Dabei konnten die Forscher echte Vielteilchenverschränkung zwischen allen benachbarten Gruppen von drei, vier und fünf Quantenbits nachweisen.

Echte Vielteilchenverschränkung

Verschränkte Teilchen können physikalisch nicht als einzelne Teilchen mit definierten Zuständen beschrieben werden, sondern nur als Gesamtsystem. Besonders schwierig wird es, Verschränkung zu verstehen, wenn zahlreiche Teilchen im Spiel sind. Hier muß zwischen der Verschränkung einzelner Teilchen und echter, genuiner Vielteilchenverschränkung unterschieden werden. Genuine Vielteilchenverschränkung kann nur als Eigenschaft des Gesamtsystems aller betreffenden Teilchen verstanden werden und nicht als Summe von Verschränkungen einzelner Quantenbits.

Die Physiker am IQOQI in Innsbruck haben nun in einem Ionenfallen-Experiment 20 Kalziumatome mit Hilfe von Laserlicht ver-

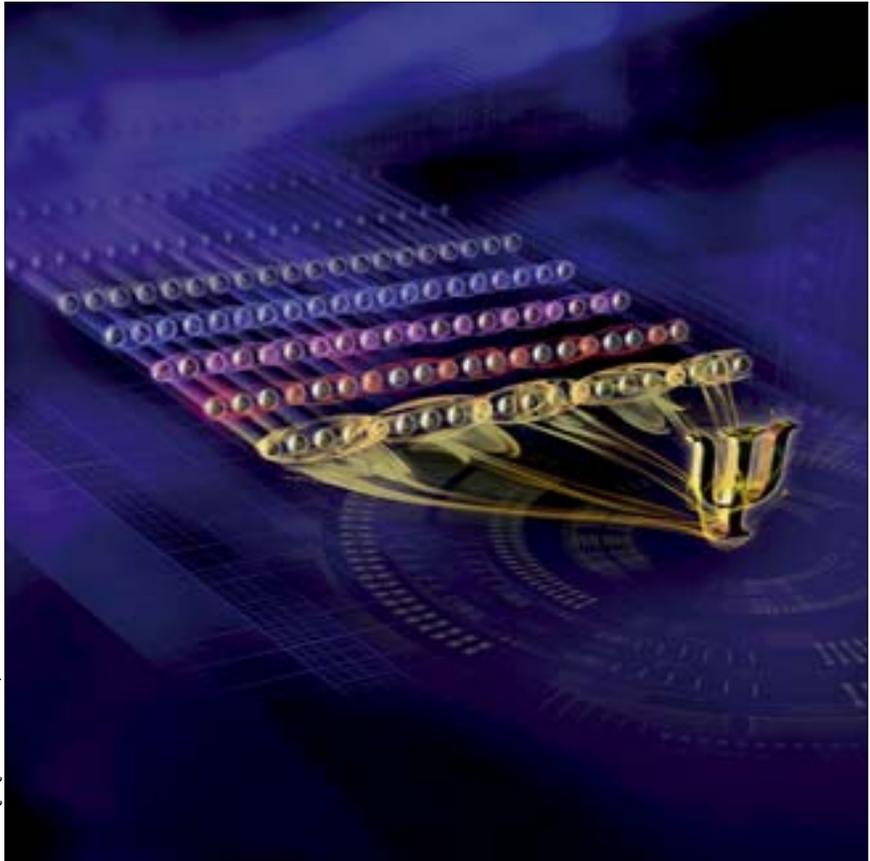


Foto: IQOQI Innsbruck / Harald Ritsch

Illustration der neuen exotischen Quantenzustände, die in Innsbruck erzeugt wurden. Zu sehen ist die Erzeugung der Quantenverschränkung in einer Kette von 20 einzelnen Atomen. Beobachtet wurde die Verschränkung zwischen benachbarten Atompaaaren (blau), Atomdrillingen (rosa), Vierlingen (rot) und Fünflingen (gelb), bevor das System zu komplex wurde, um es mit bestehenden Techniken zu charakterisieren.

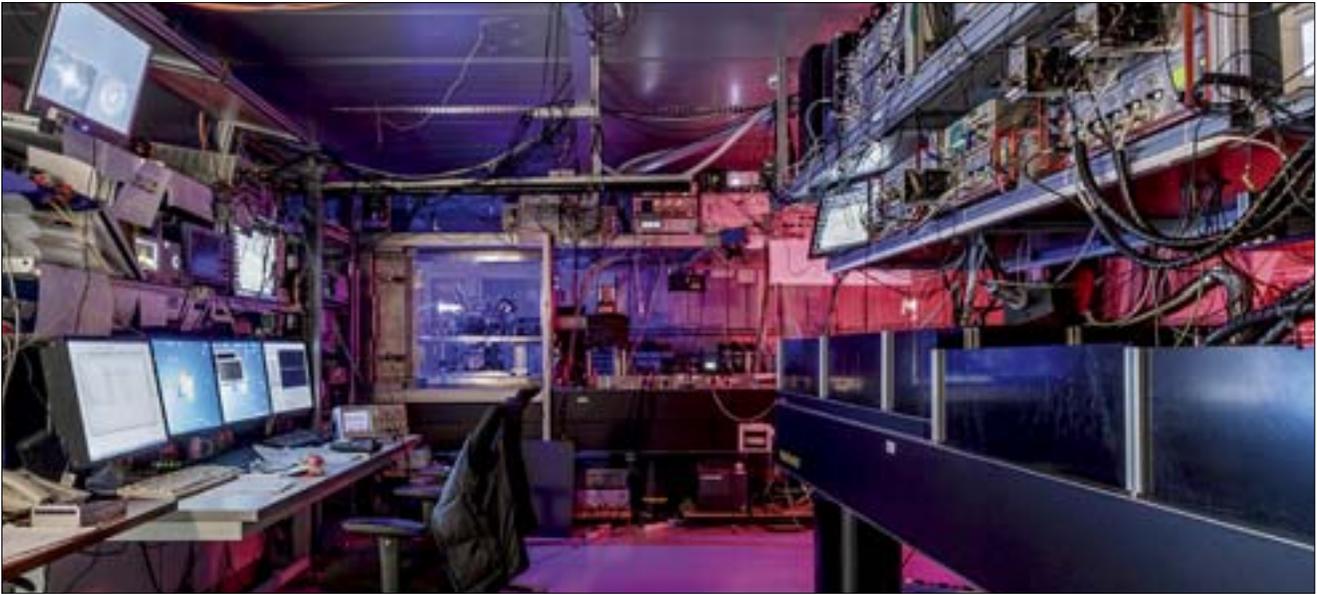
schränkt und dabei beobachtet, wie sich die Vielteilchenverschränkung in diesem System dynamisch ausbreitet. „Die Teilchen werden zunächst paarweise verschränkt“, schildert Lanyon. „Mit den von unseren Kollegen in Wien und Ulm entwickelten Methoden können wir dann die weitere Ausbreitung der Verschränkung auf alle benachbarten Teilchendrillinge, die meisten Vierlinge und einige Fünflinge nachweisen.“

Neue Methoden entwickelt

Diese Nachweismethoden wurden von der Arbeitsgruppe um Martin Plenio an der Uni-

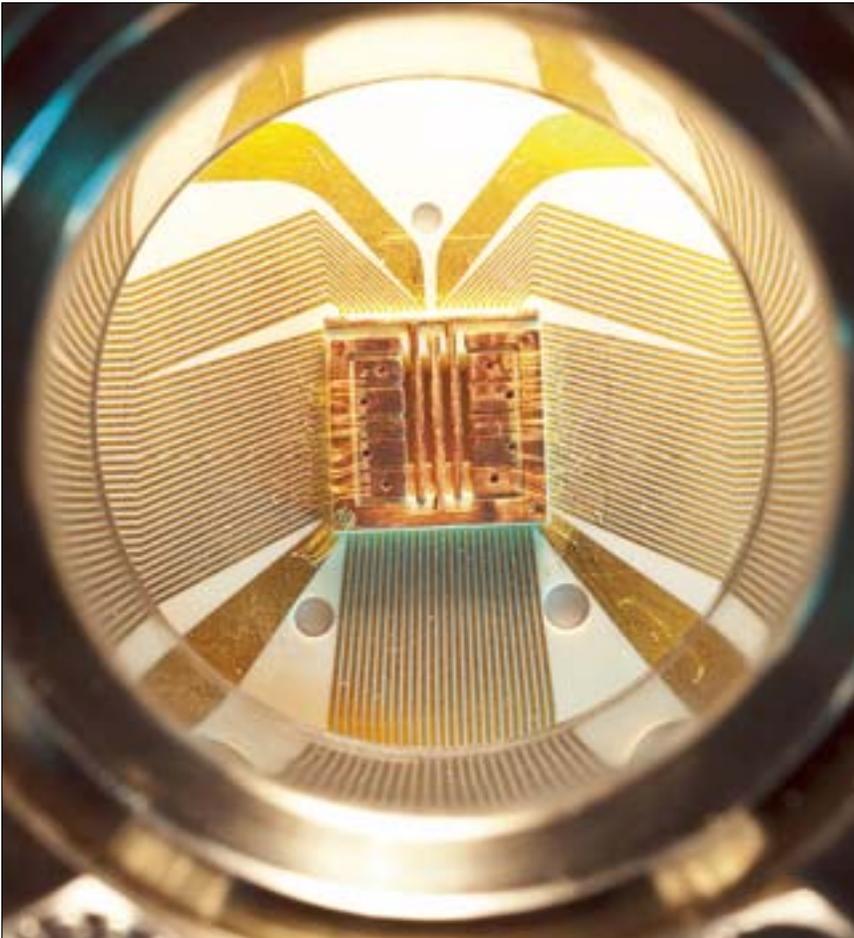
versität Ulm und dem Team um Marcus Huber am IQOQI Wien entwickelt. „Wir haben dazu einen MacGyver-Ansatz gewählt“, sagt Erstautor Nicolai Friis schmunzelnd. „Wir mußten einen Weg finden, mit einer kleinen Anzahl von durchführbaren Messeinstellungen Vielteilchenverschränkung nachzuweisen.“ Die Forscher in Wien und Ulm beschränkten sich ergänzende Wege: Die Gruppe um Huber und Friis nutzte eine Methode, die nur wenige Messungen erfordert und deren Ergebnisse sich leicht auswerten lassen. Damit konnte im Experiment die Verschränkung von jeweils drei Teilchen nachgewie-

Foto: IQOQI / M. R. Knebl



Das Labor 1 der Arbeitsgruppe Rainer Blatt, Geschäftsführender und Wissenschaftlicher Direktor des IQOQI Innsbruck

Foto: IQOQI / C. Lackner



Miniaturisierte Ionenfalle am IQOQI Innsbruck für den gleichzeitigen Einsatz verschiedener Ionenstränge zur Quanteninformationsverarbeitung.

sen werden. Die Ulmer Theoretiker verwendeten eine komplexere Technik, die auf numerischen Methoden beruht. „Diese Technik ist zwar effizient, stößt aber aufgrund des mit der Zahl der Quantenbits stark steigen-

den Rechenaufwands auch an ihre Grenzen“, sagt Oliver Marty aus der Forschungsgruppe von Martin Plenio. „Deshalb war auch mit dieser Methode beim Nachweis von echter Fünfteilchenverschränkung Schluß.“

Großer Schritt in Richtung Anwendung

„Es gibt Quantensysteme wie ultrakalte Gase, in denen Verschränkung zwischen einer großen Zahl von Teilchen nachgewiesen wurde“, betont Nicolai Friis. „Das Innsbrucker Experiment ist aber in der Lage, jedes einzelne Quantenbit individuell anzusprechen und auszulesen.“ Es eignet sich für konkrete Anwendungen wie Quantensimulationen oder Quanteninformationsverarbeitung. Dafür will das Team um Rainer Blatt die Zahl der Quantenbits im Experiment weiter steigern. „Unser mittelfristiges Ziel liegt bei 50 Teilchen“, sagt er. „Damit könnten wir Aufgaben lösen, an denen die besten Supercomputer heute noch scheitern.“

Die für das Ionenfallenexperiment in Innsbruck entwickelten Methoden zum Nachweis der Quantenverschränkung werden breitere Anwendung finden, sind die Physiker in Ulm und Wien überzeugt. „Wir wollen die Grenzen unserer Methoden noch weiter ausloten“, sagen Friis und Marty. „Durch das Ausnutzen von Symmetrien und den Fokus auf bestimmte Observablen können wir diese Methoden weiter optimieren, um noch umfangreichere Vielteilchenverschränkung nachweisen zu können.“

Veröffentlicht wurde die Arbeit in der Fachzeitschrift Physical Review X. Die Forschungen wurden unter anderem vom österreichischen Wissenschaftsfonds FWF und der Europäischen Union finanziell unterstützt. ■

<https://quantumoptics.at>

<https://www.iqoqi-vienna.at/research/huber-group/>

<http://qubit-ulm.com>

<http://www.iqoqi.at>

Das Hochleistungs- mikroskop am Bungee-Seil

Wenn man einzelne Atome abbilden will, darf das Mikroskop nicht wackeln. Um das zu erreichen, entwickelte man an der TU Wien eine patentierte Schwingungsdämpfung, die höchste Bildqualität ermöglicht.

Es gehört zu den präzisesten Meßgeräten, die es heute gibt: Im Hochleistungsmikroskop am Institut für Angewandte Physik der TU Wien erzeugt man Bilder einzelner Atome, indem man eine extrem feine Nadelspitze über eine Oberfläche bewegt. Die Position dieser Spitze muß dabei mit einer Präzision im Bereich von Picometern kontrolliert werden – das sind Milliardstel eines Millimeters. „Es ist, als müßte man eine Nadel mit der Länge des gesamten Erddurchmessers mit einer Präzision im Millimeterbereich steuern“, erklärt Prof. Michael Schmid vom Institut für Angewandte Physik der TU Wien.

Jede Art von Vibration kann das Meßergebnis unbrauchbar machen, daher ist es eine große technische Herausforderung, aus einem solchen Mikroskop die optimale Leistung herauszuholen. An der TU Wien gelang das mit Hilfe einer speziellen Vorrichtung, die selbst Schwingungen mit sehr niedriger Frequenz fast vollständig dämpft. Das ganze Mikroskop wurde auf Bungee-Seilen aufgehängt, eine elektronische Steuerung justiert die Aufhängung ständig nach, um das Gerät gerade zu halten. Diese neuentwickelte Schwingungsdämpfung wurde nun patentiert.

Messen mitten in der Stadt

„Andere Forschungsgruppen, die ähnliche Mikroskope betreiben, stellen sie im speziell schwingungsgedämpften Kellern auf, oder in eigens dafür vorgesehenen Gebäuden“, sagt Prof. Ulrike Diebold. Sie wurde 2013 mit dem Wittgenstein-Preis ausgezeichnet, und ein Teil des Preisgeldes wurde in die Anschaffung eines besonders leistungsfähigen Mikroskops investiert, das Rastertunnelmikroskopie mit Rasterkraftmikroskopie verbindet. „Wenn ich dann erzähle, daß wir dieses Gerät in einem Hochhaus mitten in Wien betreiben, direkt über der U-Bahn, ernte ich auf Konferenzen oft nur ungläubige Blicke“

„Uns war recht rasch klar, daß herkömmliche Schwingungsdämpfungen für unseren komplizierten Fall nicht ausreichen“, sagt

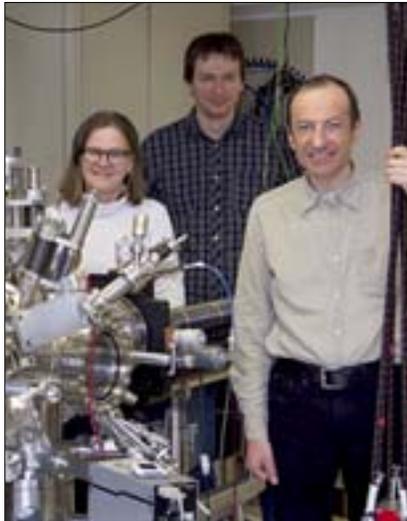


Foto: TU Wien

Prof. Ulrike Diebold, Univ.-Ass. Martin Setvin und Prof. Michael Schmid

Michael Schmid. „Kommerziell erhältliche Lösungen filtern zwar hochfrequente Schwingungen, aber die niedrigen Frequenzen wird man damit kaum los.“

Michael Schmid versuchte zunächst also, die auftretenden Schwingungen genau zu analysieren: Das Gebäude selbst schwingt mit einer Frequenz von wenigen Hertz – angetrieben vom Wind. Auch die U-Bahn regt jedes Mal Schwingungen an, wenn sie unter dem Haus hindurchfährt. Manchmal war fast Detektivarbeit nötig – etwa bei einer anfangs mysteriös erscheinenden 20-Hertz-Schwingung, die sehr stark zu spüren war und Messungen unmöglich machte – allerdings nur zu bestimmten Tageszeiten. „Es dauerte eine Weile, bis wir erkannten, daß es sich dabei um die Schwingung der Kompressoren im Keller handelt, mit denen Helium verflüssigt wird“, erzählt Michael Schmid.

Gelöst wurde das Schwingungsproblem schließlich, indem man das ganze Mikroskop und die Metallkonstruktion, auf der es montiert ist, an die Decke hängte – an Bungeeseilen, deren elastische Eigenschaften besonders gut geeignet sind, niederfrequente Schwingungen zu dämpfen. Sie wurden in einer speziellen, verwinkelten Anordnung be-

festigt, um verschiedene Schwingungsrichtungen gleichzeitig dämpfen zu können. Die Vorrichtung schwebt etwa zwei Millimeter über dem Boden, dort sind Abstandssensoren angebracht. Ändert sich der Abstand, wird automatisch nachjustiert, indem einer von drei verschiedenen Elektromotoren an zusätzlichen Bungee-Seilen zieht. „Das ist wichtig, weil es während der Experimente zu Gewichtsverlagerungen kommt“, erklärt Michael Schmid. „Wir verwenden flüssigen Stickstoff, um unsere Proben zu kühlen. Der Stickstoffvorrat befindet sich direkt am Mikroskop, wenn er verdampft, wird er leichter – die Gesamtkonstruktion muß aber exakt horizontal bleiben.“

Perfekte Bilder

Mit dieser Spezialaufhängung gelang es schließlich, die Möglichkeiten des Hochleistungsmikroskops voll auszunützen – trotz des auf den ersten Blick ungünstigen Standortes. „Wir hätten sonst in ein anderes Gebäude ausweichen müssen, aber das hätte wiederum andere Nachteile mit sich gebracht“, sagt Ulrike Diebold. „So hätten wir anderswo keinen so leichten Zugang zu flüssigem Stickstoff und flüssigem Helium – die Infrastruktur für unsere Messungen ist eben genau hier im Freihaus der TU Wien mitten in der Stadt optimal, wo aber eben die Vibrationsverhältnisse alles andere als optimal sind.“

Mit der speziellen Vibrationsdämpfung wurden bereits zahlreiche wissenschaftliche Messungen erfolgreich durchgeführt, mehrere wissenschaftliche Publikationen wurden überhaupt erst durch die Schwingungsdämpfung möglich. Nun wurde die Erfindung mit Unterstützung des Forschungs- und Transfersupports der TU Wien in Österreich patentiert – eine internationale Anmeldung wurde bereits durchgeführt. „Wir hoffen natürlich, daß auch andere Institutionen unsere Idee aufgreifen und ebenfalls ihre Ergebnisse so drastisch verbessern können wie wir“, sagt Michael Schmid. ■

<https://www.tuwien.ac.at>

7T-Scanner liefert präzise Landkarte der Gehirnaktivität

Unterstützt vom Wissenschaftsfonds FWF wurden an der Medizinischen Universität Wien Methoden entwickelt, um Aufnahmen mit der neuen Generation von Magnetresonanztomographen zu verbessern.

Wer im Zuge einer Operation in das menschliche Gehirn schneiden muß, hat besser eine genaue Landkarte dabei. Das Denkkorgan ist stark durchblutet, dicht in Furchen und Gräben gepackt und verdrachtet lebenswichtige Körper- und Geistesfunktionen in funktionellen Arealen. Um eine präzise Karte zu erstellen, werden PatientInnen mit funktioneller Magnetresonanztomographie (fMRT) vermessen. Ihr Gehirn wird – vereinfacht gesprochen – bei verschiedenen Aufgaben in kurzen Abständen aufgenommen und die Aktivität entlang der drei Raumachsen verortet. So soll sichergestellt werden, daß beim Entfernen erkrankten Gewebes lebenswichtige Areale für Motorik, Sprache und Gedächtnis verschont bleiben. Aus dem Zusammenspiel von Mensch und Maschine ergeben sich Verzerrungen, die korrigiert werden müssen, damit Gehirn-Anatomie und -Funktion wie Schablonen zusammenpassen.

Hochempfindlich in jeder Hinsicht

Aktuell kommen Tomographen zum Einsatz, deren Magnetfeld 3 Tesla stark ist. Die nächste Generation Ultra-Hochfeld-Scanner mit 7 Tesla (7T) wird aber bereits erprobt: „7T-Scanner lösen Signale noch höher auf und geben mehr Kontrast. Sie sind aber auch anfälliger für Verzerrungen, welche die funktionelle Bildgebung verfälschen. Um also die Vorteile von 7T auszuspielen, müssen wir zunächst die Probleme von 7T lösen“, beschreibt Projektleiter Simon Robinson die Ausgangslage für ein Forschungsprojekt an der Medizinischen Universität Wien (MUW), das vom Wissenschaftsfonds FWF unterstützt wurde. Österreichs einziger 7T-Scanner, einer von weltweit 50 Stück, steht seit 2008 im High Field MR Centre der MUW.

Mit der höheren Magnetfeldstärke kann die Gehirnfunktion schneller und mit höherer Auflösung abgebildet werden: „So können wir etwa erkennen, ob sich das Sprachzentrum durch einen Tumor verschoben hat. Leider nehmen Verzerrungen des Magnetfelds durch Knochen, Gewebe oder Luft

Foto: Centre for Advanced Imaging, The University of Queensland



Der 7-Tesla-Scanner zählt zu der neuesten Generation von MR-Tomographen, die derzeit noch erprobt wird. Er ermöglicht eine bis zu vierfach höhere Auflösung, was besonders in der Neurologie enorme Erleichterungen schafft.

ebenfalls zu. Das wirkt sich auf die funktionellen Bilder aus“, beschreibt der Projektleiter von der Universitätsklinik für Radiologie und Nuklearmedizin im Gespräch mit scilog. Ohne Bildkorrektur würden funktionelle Areale nicht genau genug in der Anatomie verortet.

Individuelle Vermessung

In dem Projekt konnte die Kliniknähe als Vorteil ausgespielt und über interne und externe Projektpartner Expertise in Physik, Programmierung, klinischer fMRT und Neurologie eingebunden werden. Das Team um Simon Robinson arbeitete bei der Entwicklung einer Methode zur 7T-Bildkorrektur mit Menschen, die entweder Epilepsie oder einen Hirn-Tumor haben. Das fMRT reagiert darauf, daß körpereigene Moleküle (in diesem Fall Hämoglobin im Blut) das Magnetfeld im Gehirn verändern. In unzähligen Aufnahmen werden minimale Veränderungen registriert (z.B. Durchblutung, Sauerstoffverbrauch etc.) und so verortet, wo im Gehirn der Patientinnen und Patienten die Denkaufgaben oder motorischen Übungen „verarbeitet“ werden.

Neuer Standard für fMRT-Untersuchungen

In fünfjähriger Forschung wurde ein dynamisches Bildkorrekturverfahren entwickelt, das sich als internationaler Standard für alle fMRT-Studien eignet: für die präoperative Planung, aber auch für Grundlagenforschung in der Neurowissenschaft. Vor Beginn der funktionellen Messungen wird der Anteil der Maschine an den Signalen genau bestimmt. Diese Korrekturfaktoren werden nach den Messungen in der Bildberechnung abgezogen.

Mithilfe von 7T entsteht so eine präzise 3D-Landkarte des individuellen Gehirns, in der funktionelle Hirnareale genau mit der Gehirnanatomie zusammenpassen. NeurologInnen können dann entscheiden, ob eine Operation sinnvoll und möglich ist, und welche Teile des Gehirns um jeden Preis geschont werden müssen.

In einem Folgeprojekt will das Team die Methode weiterentwickeln, um den bestmöglichen Einsatzort für Sonden zur Tiefhirnstimulation bei Parkinson-PatientInnen zu bestimmen. ■

<http://www.fwf.ac.at>

Die Rückkehr der Legion. Römisches Erbe in Oberösterreich

In einem feierlichen Festakt wurde von Landeshauptmann Thomas Stelzer am 26. April die OÖ. Landesausstellung 2018 in Enns eröffnet.



Foto: Land OÖ / Christoph Huemer

Das 1892 gegründete Museum Lauriacum in Enns ist die drittälteste wissenschaftliche museale Institution in Oberösterreich.

Die Landesausstellung 2018 führt die Besucherinnen und Besucher auf Spurensuche in die Zeit des ‚Imperium Romanum‘. Eine Mischung aus eindrucksvollen Funden und moderner Präsentationstechnik zeigt die Vielfalt der Siedlungsbauten und Bedeutung der Handelsstraßen in Oberösterreich“, so Landeshauptmann Thomas Stelzer bei der Eröffnung im neugestalteten Museum Lauriacum, das dabei erstmals den Gästen präsentiert wurde. Wichtig ist dem Landeshauptmann auch die nachhaltige Wirkung der Schau auf das Bundesland und die Region: „Erstmals in der Geschichte der Landesausstellungen bleiben alle Standorte nach der Schau in vollem Umfang erhalten.“

»Die Rückkehr der Legion. Römisches Erbe in Oberösterreich«

500 Jahre lang prägte das Römische Reich unser Land und hat dabei bleibende Spuren



Foto: Land OÖ / Sandra Schauer

Landeshauptmann Thomas Stelzer bei der Eröffnung der Landesausstellung 2018

hinterlassen. Mit Schaugrabungen, eindrucksvollen Originalfunden, Forschungs-Abenteuern für Nachwuchs-ArchäologInnen, interaktiven Apps und virtuellen Welten gibt die Landesausstellung von 27. April bis 04. November 2018 einen vielschichtigen Einblick in das Leben der Römer vor 1.800 Jahren.

Im Zentrum stehen die neu gestalteten Ausstellungen im Museum Lauriacum und in der Unterkirche der Basilika St. Laurentz in Enns, die sich dem vielfältigen Leben im Legionslager und der römischen Zivilsiedlung sowie dem frühen Christentum in Oberösterreich widmen.

Entlang der alten römischen Straßen in Enns ergänzen Archäologie-Stationen die Ausstellungen und vermitteln die Dimension des römischen Legionslagers und der Zivilsiedlung sowie die Beziehung zur mittelalterlichen Stadt. Informationstafeln, Stereoskope und eine App lassen Enns zur Zeit der Römer virtuell wiederauferstehen.

Im Oberen Donautal wurden im Vorfeld der Landesausstellung eine kleine römische Badeanlage in Schlögen (2015) und ein römisches Kleinkastell in Oberranna bei Engelhartzell (2017) freigelegt. Die Ausgrabungen werden mit Schutzbauten gesichert und sind als Nebenschauplätze ebenfalls Teil der OÖ. Landesausstellung.

Der Schutzbau in Oberranna ist ab Juli 2018 geöffnet – Das neue Museum Lauriacum: interaktiv – anschaulich – unterhaltsam

Museum Lauriacum

Das 1892 gegründete Museum Lauriacum ist die drittälteste wissenschaftliche museale Institution in Oberösterreich. Die ersten Schauräume befanden sich im Meierhof des Schlosses Ennsegg, doch konnten die musealen Exponate schon 1898 durch das Entgegenkommen der Stadtgemeinde Enns im historischen Ratssaal im ehemaligen Rathaus in würdigem Rahmen aufgestellt werden. 1971 wurden weitere großzügige Räumlichkeiten im früheren Rathaus für das Museum adaptiert.

Für die Präsentation in den 1980er Jahren erhielt das Museum Lauriacum 1988 den Museumspreis.

Das Museum, das eine der bedeutendsten Sammlungen zur Römerzeit in Österreich beherbergt, bildet das Herz der diesjährigen Landesausstellung. Durch die Einbindung jüngster Forschungsergebnisse von Ausgrabungen, geophysikalischen Prospektionen, altertumswissenschaftlichen, anthropologischen und archäozoologischen Untersuchun-



© ARGE Plank Veit Aschenbrenner

Visualisierung der Ausstellung im Museum Lauriacum

gen werden auch ganz neue Aspekte zum Leben an der Donau vor 1800 Jahren präsentiert. Die Kombination von interaktiven Vermittlungsstationen, Multimedia und klassischer Objektpräsentation ermöglicht ein informatives, anschauliches und unterhaltsames Erlebnis für Jung und Alt.

Durch die Landesausstellung konnten die Präsentationsflächen für die Römerzeit mehr als verdoppelt werden – von ursprünglich 600 m² auf 1300 m². Das Museum Lauriacum wird damit zu einem der größten Römermuseen Mitteleuropas.

Ein Rundgang durch die Ausstellung

Legio – das römische Heer

Im ersten großen Ausstellungsraum wird das römische Heer anschaulich vor Augen geführt: Was ist eine Legion? Welche Truppen und Chargen hat es gegeben und wie sind die Soldaten bewaffnet gewesen? Das Highlight ist eine 6000 Mann starke, handbemalte Zinnfigurenlegion „Mules of Marius“.

Imperium Romanum

Im nächsten Bereich erfolgt die Verortung von Lauriacum im Imperium Romanum



© Mules of Marius

Das Highlight ist eine 6000 Mann starke, handbemalte Zinnfigurenlegion »Mules of Marius«.



© Hemmers / Traxler

Familiengrabstein aus der Römerzeit

und in der Provinz Noricum. Lauriacum wurde mit der Stationierung der legio II Italica, der zweiten Italischen Legion, am Ende des zweiten Jahrhunderts n. Chr. einer von ca. 30 Legionsstützpunkten im Römischen Reich. Hier wird die Einbindung in den sogenannten „Donau-limes“ deutlich. Ab Mitte 2019 könnte Lauriacum/Enns einer der zentralen Orte des UNESCO Welterbes Donaulimes sein.

Legio II Italica

Der unter Kaiser Marcus Aurelius im Vorfeld der Markomannenkriege in Norditalien ausgehobenen zweiten Italischen Legion ist ein eigener Raum gewidmet. Der „Philosophenkaiser“ wird hier ebenso thematisiert wie der historische Hintergrund, der zur Aushebung der Einheit geführt hat. Anhand von Abbildungen der Marcus-Säule in Rom werden die Feldzüge gegen die Markomannen und ihre Verbündeten skizziert. Die Höhepunkte in diesem Raum sind das in 3D-Druck gefertigte Modell des Legionslagers von Lauriacum und eine monumentale Bauinschrift,

die einst über einem der Lagertore angebracht war.

Außerdem in diesem Bereich: Eine Multimedia-Station, die die unglaubliche Karrie-

re von Caius Memmius Fidus Iulius Albius, eines Kommandanten der „Legio II Italica“, zeigt.

Dis Manibus – Sterben in Lauriacum

Orpheus, der begnadete Musiker und Sänger der griechisch-römischen Mythologie bildet den Auftakt in jenem Bereich, der den Gräberfeldern von Lauriacum gewidmet ist. Das bedeutendste Objekt ist hier jedoch die Grabinschrift, die eine der beiden Leitfiguren der Ausstellung, Seccius Secundinus, für sich und seine Familie meißeln ließ. Die Inschrift wurde bereits um 1300 n. Chr. in der Lorcher Basilika wiederentdeckt und ist damit auch das wichtigste Exponat zur frühen Forschungsgeschichte zur Römerzeit in Oberösterreich.

Lebenszeichen aus Lauriacum – Anthropologie

Die jüngsten anthropologischen Forschungen von Maria Marschler und Andrea Stadlmayr (Naturhistorisches Museum Wien) zum größten bekannten Gräberfeld von Lauriacum, dem sogenannten Steinpaß, können als Meilenstein in der Erforschung des Lebensraumes an der Donau in Oberösterreich vom 2. bis zum 4. Jahrhundert bezeichnet werden. Volkskrankheiten konnten ebenso diagnostiziert werden wie tödliche Verletzungen, Enthauptungen, aber auch erfolgreich behandelte Verletzungen, arbeitsbedingte Überbelastungen und vieles andere mehr. Besonders interessant ist die schlechte Zahngesundheit der damaligen Menschen. Beim Großteil der am Steinpaß Bestatteten fanden sich Hinweise auf Karieserkrankungen. Die-



© Museum Lauriacum

Silberbecher mit Jagdszene aus dem Silbergeschirr aus Lauriacum



© Ortoif Harl

Orpheus-Relief mit Tieren

se Zahndefekte stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der aufgenommenen Nahrung, die primär auf Getreide basierte. Diese und andere Themen rund um die anthropologischen Forschungen werden in einer interaktiven Station vermittelt.

Erstes Obergeschoß

Die zivilen Siedlungsbereiche von Lauriacum

Das erste Obergeschoß ist den zivilen Siedlungsbereichen gewidmet. Der Zuzug von circa 6.000 Soldaten und vielen weiteren Menschen brachte einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung nicht nur für die Siedlung, sondern für die gesamte Region mit sich. Zur Blütezeit dürfte Lauriacum etwa 25.000 EinwohnerInnen beherbergt haben – also etwa doppelt so viele wie die heutige Stadt Enns.

Wand- und Deckenmalerei – römischer Tapetenwechsel

Die österreichweit bedeutendsten römischen Funde von Wand- und Deckenmalereien der letzten Jahrzehnte unterstreichen die Sonderstellung von Lauriacum und zeugen vom Wohlstand der römischen Siedlung. Sie vermitteln die Vielfalt der römischen

Wanddekoration und ihre stilistische Entwicklung. Bis zu vier übereinander liegende Schichten – also Belege für römerzeitlichen „Tapetenwechsel“ – zeigen prachtvolle figurale und dekorative Elemente. Neben der antiken Technik, dem Material und der Handwerkskunst thematisiert die Ausstellung auch die moderne konservatorische Bearbeitung der sensiblen Objekte.

Stadtgeschichte – von der Römerzeit ins Mittelalter

Ausgehend von einer römischen Siedlung am Schnittpunkt wichtiger Verkehrswege entwickelte sich Lauriacum ab dem späten 2. Jh. n. Chr. durch die Stationierung der Legio II Italica zum größten militärischen Stützpunkt der Provinz Noricum mit einem Legionslager und zivilen Siedlungsbereichen. Zur Zeit Kaiser Diocletians erlitt unser Landespatron, der Heilige Florian, am 4. Mai 304 den Märtyrertod durch Ertränken in der Enns. In der Spätantike war Lauriacum Bischofssitz und über den baulichen Resten einer frühchristlichen Kirche erhebt sich heute die Basilika St. Laurentius in Lorch/Enns.

Durch die Verleihung des Stadtrechts durch Leopold VI. am 22. April 1212 ist Enns die älteste Stadt Österreichs, deren heute noch erhaltene Stadtmauer die Wiederverwendung antiker Baumaterialien aus dem römischen Legionslager erkennen läßt.

Im Stadtgeschichte-Raum wird die wechselvolle Geschichte von Enns im Zeitraffer dargestellt. Neben ausgewählten Exponaten, die stellvertretend die verschiedenen Epochen repräsentieren, wird eine multimediale Präsentation auf einem großen Landschaftsmodell die Entwicklung bis ins Heute besonders anschaulich vor Augen führen.

Zweites Obergeschoß

Numismatik – Bilderwelten

Im zweiten Stockwerk wird eine großartige Auswahl der ca. 40.000 dokumentierten Fundmünzen von Lauriacum gezeigt. Neben verschiedenen Herstellungstechniken, den obligaten Informationen zu Münzstätten, Nominalien, Kaufkraft, Einkommen und Inflation kann das Publikum selbstverständ-



Foto: Land OÖ / Christoph Huemer

Der Stadtplatz von Enns

Foto: Land OÖ / Christoph Huemer



Die Basilika St. Laurentz in Lorch präsentiert das Thema der Landesausstellung aus verschiedenen Blickwinkeln.

lich auch in antike Bilderwelten eintauchen, denn die Münzen waren ein wichtiges Propagandainstrument für den Kaiser und seine Familie.

Alltag in Lauriacum

Der großzügig gestaltete Themenbereich Alltag in Lauriacum lädt zur aktiven Beteiligung ein. Die vielfältigen archäologischen Exponate des Museums gewähren tiefe Einblicke in die Lebensräume einer römischen Garnisonssiedlung an der Außengrenze des Imperium Romanum. Im Fokus stehen das öffentliche Leben, die Glaubenswelten, die Ernährung und die Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner durch lokales Handwerk und überregionalen Handel.

Basilika St. Laurentz

Die Basilika St. Laurentz in Lorch präsentiert das Thema der Landesausstellung „Die Rückkehr der Legion. Römisches Erbe in Oberösterreich“ aus verschiedenen Blickwinkeln. Sie bietet eine faszinierende Zeitreise durch 1800 Jahre Baugeschichte und 1600 Jahre Kirchengeschichte.

In der Unterkirche, die nur mit Führung zugänglich ist, bewegen sich die Besuche-

rinnen und Besucher wie bei einer Ausgrabung zwischen den Vorgängerbauten. Die neuen Beleuchtungselemente schaffen bessere Orientierungsmöglichkeiten. Die neu gestalteten Vitrinen bieten mit Exponaten und Dokumentation eine zusätzliche, begleitende Information für das Führungspersonal. Das gilt auch für die auf einem Bildschirm ablaufende Präsentation, die im zentralen Bereich der Unterkirche zu sehen ist, wo zusätzliche Sitzmöglichkeiten eingerichtet sind.

In St. Laurentz steht man an der Wiege des Christentums in Oberösterreich, daher widmet sich ein zweiter Ausstellungsteil diesem Thema. Der Hl. Florian, Landespatron von Oberösterreich, wurde in Lauriacum am 4. Mai 304 wegen seines christlichen Glaubens hingerichtet. Der Hl. Severin wirkte hier um 480 n. Chr. in einer unruhigen und unsicheren Zeit, damals leitete Bischof Constantius neben seinen kirchlichen Aufgaben die Verteidigung der Siedlung im ehemaligen Legionslager.

Die Basilika St. Laurentz in Lorch ermöglicht einen faszinierenden Einblick in die Geschichte von Lauriacum und Enns. Sie bildet die Verbindung zwischen der römischen Siedlung und der mittelalterlichen Stadt.

Architektur und Ausstellungsgestaltung

Die Ausstellungen wurden von Arch Elisabeth Plank und Arch Susanne Veit-Aschenbrenner (ARGE Plank Veit-Aschenbrenner) geplant. Für die Umbauarbeiten am Gebäude und den neuen Zubau wurde Arch Christoph Haas beauftragt.

Museum Lauriacum

Ab 1971 wurde im ehemaligen Rathaus am Stadtplatz in Enns das Museum Lauriacum eingerichtet. Im Zuge der Landesausstellung 2018 wird das inhaltliche Konzept der bedeutenden antiken Sammlung ergänzt und neu positioniert.

Die Gestaltung ist eine Komposition aus unterschiedlich erfahrbaren Räumen. Sie steht in keiner Konkurrenz zu den Räumen des Altbaus, sondern verbindet selbstverständlich die Zeitschichten des Bestandes, der Ausstellungsobjekte und der neuen Präsentation. Für das Museum wurde eine neue Wegführung mit einem Wechsel aus engen und weiten Raumsituationen konzipiert. Nahe und weite Blickbeziehungen und präzise darauf abgestimmte Ausstellungshighlights ermöglichen einen auf mehreren Ebenen span-

nenden Ausstellungsbesuch und gleichzeitig eine selbstverständliche Orientierung. Mit in die Ausstellung einbezogen ist der Arkadenhof. Dessen neu gestaltete Oberfläche zeigt das Verhältnis der antiken römischen Stadt zur heutigen Altstadt Enns.

Die Ausstellungsarchitektur trägt wesentlich dazu bei, das neue inhaltliche Konzept erlebnisorientiert zu vermitteln. In die Ausstellungsarchitektur integrierte Sitzmöbel mit medialer Ausstattung laden zu Ruhepausen und inhaltlichen Vertiefungsphasen ein.

Da diese Landesausstellung als Dauerausstellung im Museum Lauriacum eingerichtet wird, sind besondere konservatorische Anforderungen bei den einzelnen Ausstellungsvitrinen zu berücksichtigen. Die Auswahl der einzelnen Materialien der Ausstellungseinbauten erfolgte auch hinsichtlich ihrer konservatorischen Eignung in Bezug auf die historischen Exponate. Eine neue, technisch aktuelle Beleuchtung der Räume und Vitrinen hebt die Exponate hervor und ist wesentlicher Teil des Gestaltungskonzeptes.

Um- und Zubau Museum Lauriacum

Für die Landesausstellung 2018 wurde ein Ideenfindungswettbewerb für die baulichen Maßnahmen unter Architekten ausgeschrieben. Haas Architektur konnte durch den sanften Umgang mit der historischen Bausubstanz, ergänzt mit einem modernen Zubau, die Jury von der hohen Architekturqualität überzeugen.

Wo bis jetzt eine bestehende Terrasse war, wurde zusätzlicher Ausstellungsraum geschaffen. Dieser Zubau lehnt sich in der Geometrie an den Altbestand an und berührt diesen nur mit einem Glasgelenk, damit die Giebelmauern im Inneren zur Gänze in Erscheinung treten.

Ebenso wurde ein Hauptaugenmerk bei der Ausarbeitung auf eine durchgehende bestehende Firstlinie des Arkadengangs zur Münzstätte hin gelegt. Der Neubau wurde mittels Lamellen abgesetzt, um eine klare Trennung der Bausubstanzen zu erzielen.

Ebenso wurde ein neues Fluchtstiegenhaus im Ostrakt implementiert. Die Ausführung einer Faltrappe wurde mit ultrahochfestem Beton umgesetzt, welche vor einem zweigeschoßigen Kunstwerk frei schwebt.

Im Zuge der Umbaumaßnahmen wurden sämtliche Dachstühle und Dacheindeckungen erneuert. Durchbrüche, Böden, Portale und Fenster wurden auf die Ausstellungsarchitektur abgestimmt.

<https://landesaussstellung.at>
<http://mules-of-marius.com>



Foto: W. Klimesch

Römer Burgus Oberranna, Grabungsarbeiten der Firma Archeonova



Foto: OÖ. Landesmuseum

Grabungsarbeiten am römischen Badegebäude von Schlögen



Foto: Baumgartner, Traxler

Das Römer Bad Schlögen und das Modell Römerbads Zülpich

Von Abrogans und Nibelungen

Ausstellung im Stift Admont bis 4. November 2018 – Medientechnik der FH St. Pölten präsentiert ältestes derzeit bekanntes deutschsprachiges Buch

Die Entdeckung der Fragmente des Admonter Abrogans im Handschriftenmagazin des Benediktinerstiftes Admont brachte mehr als nur eine Schlagzeile. 1200 Jahre alte Schriftstücke, noch dazu beschriftet mit deutschen Wörtern, bislang unentdeckt in einem Karton? Da kann man beruhigt von einem Sensationsfund reden.

Klöster sind auch heute noch wahre Schatzkammern, was altes und seltenes Schriftgut betrifft. Immer wieder kommt etwas Neues, Berichtenswertes zu Tage: das war ein willkommener Anlaß, Sensationsfunde aus Österreichs Klöstern in einer Ausstellung zusammenzuführen.

Wer kennt nicht die Geschichten von Siegfried und den Nibelungen, vom Drachenkampf und einem wundersamen Schwert? Die drei ältesten Handschriften des ‚Nibelungenliedes‘, die sich in München, St. Gallen und Karlsruhe befinden, wurden 2009 in das UNESCO Weltdokumentenerbe aufgenommen; das Heldenepos steht somit auf einer Stufe mit den Märchen der Gebrüder Grimm, Beethovens 9. Symphonie und der Erfindung des Buchdrucks durch Johannes Gutenberg.

Neufunde sind nicht allzu häufig, aber immer von großem Medieninteresse begleitet. Deshalb ist auch das 1998 im Stift Melk aufgefundene Fragment des Nibelungenliedes eine der großen Sensationen dieser Ausstellung. Die einige Jahre später in Zwettl aufgefundenen medial stark ausgeschlachten „Nibelungen-Fragmente“ stellten sich nach näherer Überprüfung doch als frühe Überlieferung des „Erec“ heraus (ein Heldenroman rund um einen Ritter aus dem Kreis König Artus) und wurden somit gleichsam auf ihren Platz verwiesen, obwohl sie sich in der Wissenschaft durchaus ihren Superlativ verdienen.

Die Bedeutung der österreichischen Klöster

Diese Ausstellung soll aber auch die Bedeutung der heute noch lebendigen Klöster für das kulturelle bzw. literarische Erbe unserer Gesellschaft aufmerksam machen. In den neun hier beteiligten Stiften werden Textstücke aus fast allen Bereichen der hochmittelalterlichen höfischen Literatur aufbe-



Foto: Stift Admont

Die Gründung des Benediktinerstiftes Admont geht auf eine Stiftung der hl. Hemma von Gurk zurück und erfolgte im Jahre 1074 durch Erzbischof Gebhard von Salzburg.

wahrt. Nicht nur die großen Helden wie Parzival, Willehalm, Iwein oder Alexander sind vertreten, sondern auch die ältesten schriftlichen Aufzeichnungen eines Minneliedes des Walther von der Vogelweide, aufgeschrieben in einem alten Psalterium des Stiftes Krems-

münster. Diese Stücke wären auf jeden Fall auch einen Sensationsbericht wert.

Walther von der Vogelweide, der große Dichter und Sänger des Mittelalters! Wie viel ist über ihn spekuliert worden, wie viele Orte haben ihn für sich vereinnahmt? Hier



Foto: Marcel Peda Pedagrafie

Faksimile eines Fragments des Admonter »Abrogans«

finden Sie die ihm am nächsten stehenden schriftlichen Aufzeichnungen der Welt.

Der Admonter »Abrogans«

Im Jahr 2012 wurde in Admont durch Martin Haltrich ein teilweise deutschsprachiges Fragment entdeckt. Es handelt sich um zwei Pergamentschnipsel in der Größe von je ca. 12 cm x ca. 9 bis 10 cm, die Teile eines Blattes waren, das als Einband für ein Buch verwendet und dazu zerschnitten wurde.

Das kommt uns heute barbarisch vor, war früher jedoch nicht selten: Man recycelte das stabile Pergament, weil man sich für den Inhalt nicht mehr interessierte (oder ihn nicht mehr verstand). Dieses Fragment wurde 1963 bei der Restauration eines Buches abgelöst, fotografiert und in die Fragmentensammlung eingefügt – schon lange hätte man es lesen können, aber tat es bis zur Wiederauffindung nicht. Als man dann aber las, war die Überraschung groß: Die Wörter auf den Blattresten gehören nämlich zum ältesten deutschsprachigen Buch, zum „Abrogans“.

Mit den benediktinischen Mönchen etablierte sich die Kulturtechnik der Schrift im heutigen deutschsprachigen Raum und diese Schrift war wie selbstverständlich lateinisch. Eine solche neue Schriftkultur eröffnete die Möglichkeit, auch die deutsche Sprache in lateinischen Buchstaben aufzuschreiben und so begeben uns seit dem 8. Jahrhundert deutsche Wörter, Sätze oder Kleintexte als Gäste in lateinischen Handschriften. Bis dahin benutzte man für die Volkssprache vor allem zu kultischen Zwecken die Runen als Schriftzeichen, aber mit Runen schrieb man keine Bücher, sondern meist nur Inschriften. Literatur dagegen wurde mündlich vorgetragen, nicht aufgeschrieben und so ist uns etwa die Tradition der Heldenlieder so gutwie verloren gegangen.

Die sporadischen Anfänge deutschsprachiger Schriftlichkeit am Rande lateinischer Handschriften entwickelten sich dann langsam zu einem systematischen Interesse, das schließlich zum ersten deutschen Buch führte, zum „Abrogans“. Bei diesem „Abrogans“ handelt es sich ursprünglich um ein lateinisch-lateinisches Wörterbuch. Indem man den dort versammelten lateinischen Wortschatz danach ins Deutsche, genauer ins „Althochdeutsche“ übersetzte, war es möglich, erstmals auch ein deutsches Wörterbuch herzustellen und auf diese sensationelle Idee kam man in der Mitte des 8. Jahrhunderts im süddeutschen Sprachraum.

Das Original dieser Bemühungen ist leider nicht erhalten, aber immerhin sind drei



Foto: FH St. Pölten / Kerstin Blumenstein

BesucherInnen können in die hochauflösenden Aufnahmen der Fragmente hineinzoomen und erhalten Hintergrundinformationen zu Details der Fundstücke.

Handschriften vorhanden, die alle um 800 entstanden.

Diese Handschriften werden heute in St. Gallen (Stiftsbibliothek, Cod. 911), in Paris (Bibliothèque Nationale, Ms. lat. 7640) und in Karlsruhe (Landesbibliothek, Cod. Aug. CXI) aufbewahrt. Mit dem Admonter Fragment gibt es nun ein weiteres sehr frühes Stück aus der Zeit um 800, das ganz eigenständige Züge aufweist.

Digitales und multimedialen Erlebnis

Durch eine Multi-Media-Präsentation, die MitarbeiterInnen des Instituts für Creative Media/Technologies der Fachhochschule St. Pölten gestaltet haben, werden die Kulturschätze nun digital zugänglich gemacht. BesucherInnen können in die hochauflösenden Aufnahmen der Fragmente hineinzoomen, erhalten Hintergrundinformationen zu Details der Fundstücke, können sich Übersetzungen ins Neuhochdeutsche anzeigen lassen oder vorab raten, welcher aktuelle Begriff zu welchem althochdeutschen Original paßt.

Digitales Museum

Die Präsentation des Abrogans ist ein erster Prototyp aus dem von der FH St. Pölten koordinierten Forschungsprojekt MEETeUX (Multi-Device Ecologies Towards Elaborate User Experience). Es entwickelt Ansätze für digitale Formen der Ausstellungsgestaltung. So könnten etwa auf Tablets Bücher durchgeblättert werden, die aus Schutzgründen von BesucherInnen nicht berührt werden dürfen. Oder auf das Skelett eines Dinosauriers lassen sich mit Virtual und Augmented Reality Fleisch und Haut projizieren.

„Für eine zukünftige sinnvolle und integrierende Verwendung von Smartphones, Tablets und Touchscreens oder moderner Medientechnik wie Augmented und Virtual Reality in halböffentlichen Bereichen wie etwa Ausstellungen und Museen fehlen derzeit noch erprobte Konzepte für das Gestalten der Interaktionen und das Nutzererlebnis für Anwenderinnen und Anwender“, erklärt Markus Seidl, Leiter des Projekts MEETeUX sowie des Instituts für Creative Media/Technologies der FH St. Pölten. Dieses Wissen sei jedoch wichtig, um die Technologien möglichst niederschwellig und für alle zugänglich einsetzen zu können.

Genau hier setzt das Projekt MEETeUX an. Im Zentrum steht Forschung an der Schnittstelle von Mensch und Maschine zum Interaktionsdesign und dem Erlebnis für NutzerInnen. „Smartphones könnten etwa als ‚Magic Lens‘ wie eine Lupe benutzt werden, bestimmte Informationen könnten – auch als 360-Grad-Video oder -Audio-Vorführung – automatisch abgespielt werden, sobald man sich in der Nähe einer Station befindet. Oder Ausstellungsbesucherinnen und -besucher können mit gesammelten Gegenständen und Informationen gemeinsam an der Lösung eines Rätsels arbeiten“, sagt Seidl.

PartnerInnen im Projekt MEETeUX sind mehr als zehn Museen sowie AnbieterInnen von Museumsinstallationen. Ziel des Projekts, das noch bis Ende 2019 läuft, ist ein eigener Prototyp für kreative, digitale Ausstellungspräsentationen. Derzeit laufen dazu konzeptionelle und technische Vorarbeiten. ■

<https://www.stiftadmont.at>
<http://meeteux.fhstp.ac.at>

Durchs Schlüsselloch: Geschichte erzählt!

Die neue Dauerausstellung 2018 – Erzherzog Franz Ferdinand und der Erste Weltkrieg auf Schloß Artstetten



Foto: Schloß Artstetten / D. Mayrhofer

Schloß Artstetten – architektonisch reizvolle, von sieben charakteristischen Türmen flankierte Anlage hoch über der Donau.

Packend und faktenreich ist die neue Dauerausstellung in Schloß Artstetten, die den BesucherInnen die Geschichte durch einen anderen Blickwinkel zeigt. Am Jahrestag der Schlacht „auf dem Amselfeld“ (1389), am 28. Juni 1914, ermordet ein serbischer Nationalist den österreichischen Thronfolger. Genau den, der die Minoritäten der k.u.k. Monarchie stärken und (drohende) Kriege verhindern wollte! Der Lauf der Geschichte ist nach dieser Untat nicht mehr zu ändern – aus Freunden werden Feinde. Das Ergebnis: 17 Millionen Tote in Europa und drei vernichtete Kaiserreiche. Dennoch geht die Geschichte weiter.

Aus der großen Liebe des Thronfolgers zu Gräfin Sophie Chotek entsteht eine neue Familie: die Hohenbergs. Die Kinder des Thronfolgers erleben aber weitere Tragödien. In Tschechien werden sie für den Vater verantwortlich gemacht, 1918 entschädigungslos enteignet und kommen als Flüchtlinge nach



Foto: Schloß Artstetten / D. Mayrhofer

Bei der Eröffnung (v.l.): Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister, Andreas Bardeau (Ehemann von Fürstin Anita), Fürstin Anita Hohenberg, Bundespräsident a.D. Heinz mit Ehefrau Margit, Alix d'Harambure-Fraye (Tochter der Fürstin und Schloß Artstetten-Geschäftsführerin), Holger Bienzele (»die Berater«) und Julia Walleczek-Fritz (Universität Krems)

Kultur



Foto: Schloß Artstetten / D. Mayrhofer

Auch der Werdegang des Erzherzogs, seine Ausbildung und sein Wirken bei Militär und Marine werden im Schloß Artstetten gezeigt.

Österreich. Als Gegner des „Anschlusses“ werden sie 1938 von den Nationalsozialisten ins Konzentrationslager Dachau interniert und wieder aller Güter enteignet. Von den Russen am Ende des Krieges gerettet, stellt Schloß Artstetten fast eine Ausnahme in Österreich dar. Und diese Geschichte machte im Lauf des vergangenen Jahrhunderts aus Artstetten ein Zentrum für Frieden. Die Geschichte Österreichs lebendig und menschlich zu zeigen, ist Anlaß zur Neugestaltung. Schloß Artstetten ist nicht nur die Gedenkstätte des Thronfolgers, sondern auch ein Haus voller Leben:

Der Aufbau der neuen Dauer-Ausstellung kehrt in einigen Bereichen der konservativen musealen Darstellung den Rücken. Hier wird die Geschichte durch das Schlüsselloch erzählt und konfrontiert den Besucher mit Fragen: Warum bleibt das Auto des Thronfolgers in Sarajevo genau 2,5 Meter vor dem Attentäter stehen? Warum ist der Name Hohenberg am Anfang und am Ende der Monarchie zu finden? Wodurch wurde ausnahmsweise in einem hoch herrschaftlichen Haus ein inniges, liebevolles Familienleben geführt? Weshalb wurde der Thronfolger schon als Kaiser dargestellt – allerdings nur auf Skizzen? Was passiert mit den drei Waisen, wovon sich ein Teil der Zukunft den Sudeten-Deutschen anschließt der andere Teil in Dachau eingesperrt ist?

Eine mobile Ausstellungs-Applikation beschreitet neue Wege der Vermittlung von Geschichte – und ermöglicht es jedem Gast, daheim „seine Ausstellung“ wieder und wieder zu besuchen...

Begleitend dazu werden in Kooperation mit „die Berater“ Unternehmensberatungs



Foto: Schloß Artstetten / D. Mayrhofer

Totenmasken von Sophie von Hohenberg und Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este

GmbH im Rahmen des EU-Projektes NETWORLD kostenlos friedenspädagogische Workshops für Jugendliche angeboten. Die Entwicklung des Workshopkonzepts und die Schulung der durchführenden KulturvermittlerInnen erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, Stadtschlaining.

Das EU-Projekt NETWORLD – Networking in Preserving the First World War Multicultural Heritage in the Danube Countries – setzt sich zum Ziel, das baukulturelle Erbe des Ersten Weltkrieges im Donauraum zu erfassen und zu sichern.

Die bilinguale Jahresausstellung 2018

20 km von Gmünd entfernt liegt die kleine tschechische Stadt Chlum, in der Erzher-

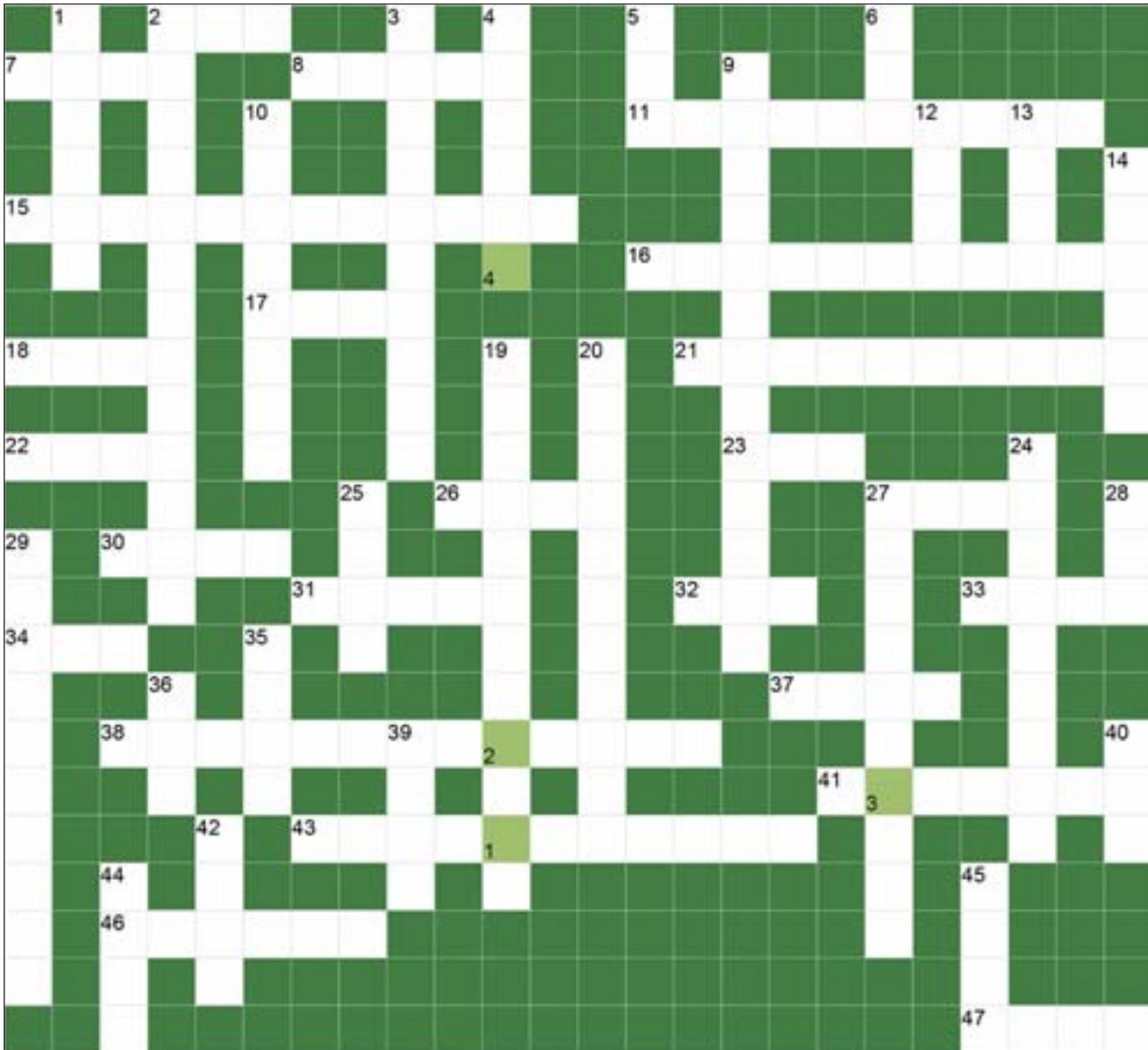
zog Franz Ferdinand einst das kleine Schloß Chlumetz besaß, von dem aus er 1914 nach Sarajevo aufbrach... und wo die drei Waisen am 28. Juni die schreckliche Nachricht erfuhren...

Im Gedenkjahr 2014 gestaltete der tschechische Künstler Paul Franz Zaigla gemeinsam mit dem Historiker Václav Rameš und dem Chlumer Bürgermeister Jiří Hajek eben dort, in Schloß Chlum, eine bilinguale Ausstellung rund um Franz Ferdinand.

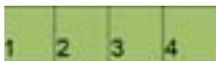
Die Besitzer von Schloß Artstetten sind stolz und den Initiatoren mehr als dankbar, diese zweisprachige Ausstellung – speziell für die zahlreichen BesucherInnen aus der Tschechischen Republik – nun als Dauerleihgabe zeigen zu dürfen. ■

<http://www.schloss-artstetten.at>

ÖJ-Rätsel



Der gesuchte Begriff ist der Name der Stadt,
 in der die OÖ. Landesausstellung 2018 stattfindet.



Waagrecht

2 Kleinbus, 7 frz. Weichkäse, 8 afrik. Tier, 11 Singvogel, 15 Herabsetzung des Wertes, Tilgung, 16 essbare Geflügelinnerei, 17 österr. Stadt/Tirol, 1. SOS-Kinderdorf, 18 arkt. Meeresvogel/Schwimmvogel/Seevogel, Vogel Mz., 21 Sterndeutung, 22 engl.-amerik. Längenmaß, Elle 0,914 m, 23 Deckel, 26 Gärstoff, 27 Bruder v. Abel, 30 afrik. Kuhantilope, Huftier, Tier Mz., 31 tot, 32 russ. Stadt, 33 österr. Schausp. Hans †1990, 34 Schiffs-Anlegeplatz, 37 Birkengewächs, 38 Operette v. Zeller, 41 Mangel an Lebenserfahrung, 43 Hülsenfrucht, 46 einfältiger Mensch, Narr, Tor, 47 oxydiertes Eisen

Senkrecht

1 milchig, 2 Vergeudung, 3 alkohol. Getränk, 4 nordamerik. Wildrind, Büffel, Tier Mz., 5 Abk.: Meterkilogramm, 6 aktuell, 9 afrik. Steppenschwein, 10 weibl. Vorname, 12 lat. männl. Vorname, 13 junges Rind, 14 österr. Stadt/Salzburg, 19 Wüschelrutengänger, 20 Arbeitnehmer, Gehaltsempfänger Mz., 24 gewerbl. Verarbeitung v. Rohstoffen, 25 ital. Stadt, 27 fränk. Herrschergeschlecht 751-911, 28 bayr. Fluß z. Donau, 29 Metronom, 35 Mitgeschöpf, 36 frz. Münze, 5 Centime, Kleinmünze, 39 desgleichen, 40 Vorwort, 42 Insekt, 44 männl. Vorname, 45 Anrede

Die Auflösung dieses Rätsels finden Sie auf der Seite
http://www.oe-journal.at/Aktuelles/!2018/0518/W1/Raetsel_174.htm